

DM 7,50 Österreich 65,– öS Schweiz 7,50 sfr Nr. 1 Januar 1992 E 8080 E

Das *andere* deutsche Nachrichtenmagazin

Bonn:

Die Asylanten-Probleme bedrohen die innere Sicherheit

Volksabstimmung sollte über Moskaus Angebot entscheiden Ostpreußen an Bonn zu verkaufen

Schweiz:

Die Amokfahrt in die Europäische Gemeinschaft

Sowjetunion:

Kissinger und das Verschwinden des Gold-Schatzes

John F. Kennedy:

Die Mafia und der US-Präsident

Irak:

Das Land wird die »Bombe« bekommen

Deutschland:

Die Zukunft Preußens und die noch offene deutsche Frage

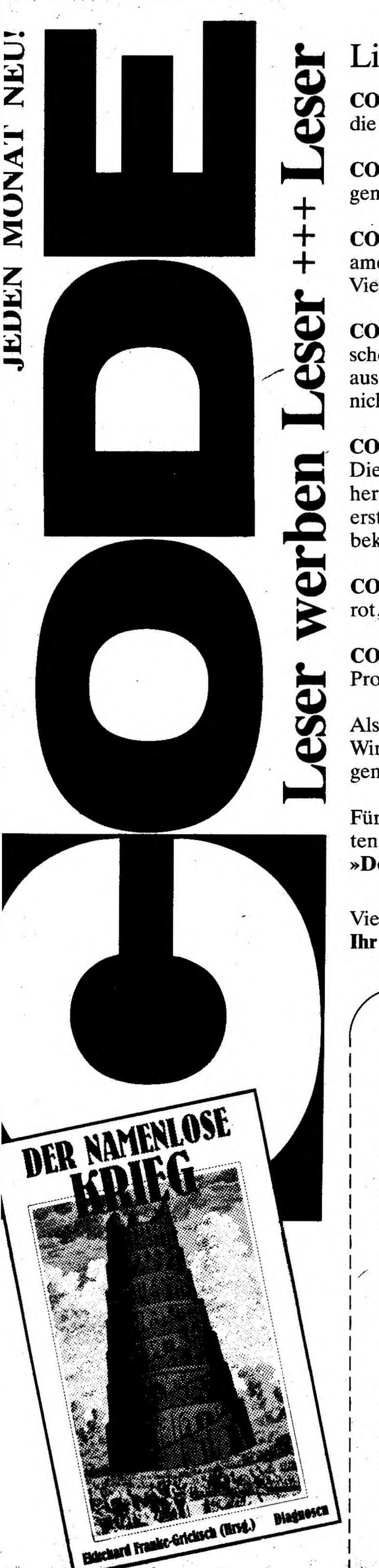
Die umfassende Dokumentation über Hintergründe zur Geschichte von Krieg und Revolutionen. Die Autoren haben sich eingehend mit dem internationalistischen Netzwerk beschäftigt, das die Welt regiert.



Archibald Maule Ramsay »Der namenlose Krieg«
Adolf Rossberg »Der Orden des Herrn Weishaupt«
Karl Heise »Okkultes Logentum«
Leon de Poncins »Hinter den Kulissen der Revolution«
Konrad Lerich »Der Tempel der Freimaurer«
Im Anhang: Die Konstitution »Alter und Angenommener Schottischer Ritus«

»Der namenlose Krieg«, 448 Seiten mit 84 Abbildungen DM/Sfr 36,–
ISBN 3-923864-04-3
Verlag Diagnosen D-7250 Leonberg
Zu beziehen über den Buchhandel

Verlagsauslieferung:
SPS-Verlagsservice GmbH · D-5400 Koblenz
Telefon 02 61/8 07 06 - 0
Telex 862 662
Telefax 02 61/8 07 06 54



Lieber Leser,

CODE ist das andere deutsche Nachrichtenmagazin, das sich vorwiegend Themen widmet, die in der Establishment-Presse einseitig, tendenziös oder gar nicht dargestellt werden.

CODE ist politisch, wirtschaftlich unabhängig und keinen gesellschaftlichen Gruppierungen verpflichtet.

CODE hat weltweit einen Mitarbeiterstab von 80 Korrespondenten und arbeitet mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight« und dem Nachrichtendienst »New American View« zusammen.

CODE bietet einer Reihe jüdischer Journalisten und Rabbiner die Möglichkeit, ihre politischen Bedenken gegen den Zionismus zu äußern. Diese jüdischen Autoren gehen davon aus, daß der politische Zionismus nichts mit ihrer Religion zu tun hat, und sie halten jene nicht für antisemitisch, die gegen den Zionismus vorgehen.

CODE veröffentlicht regelmäßig die Arbeitsergebnisse des Institutes for Historical Review. Die Beiträge werden aus der Vierteljahreszeitschrift »The Journal of Historical Review«, herausgegeben von Theodore J. O'Keefe, übernommen und für den deutschen Sprachraum erstmalig publiziert. Das Institute for Historical Review wird von einer Reihe international bekannter Historiker und Publizisten getragen.

CODE ist weder antiamerikanisch noch antisemitisch, weder rechts, noch links, auch nicht rot, schwarz, grün oder braun.

CODE ist national, konservativ, patriotisch und dadurch den deutschen Belangen und Problemen besonders aufgeschlossen.

Als Leser von **CODE** kennen Sie bereits die offene kritische Haltung dieser Zeitschrift. Wir bitten Sie daher, zu überlegen, wer aus dem Kreis ihrer Familie, Ihrer Bekannten, Kollegen und Freunde Abonnent von **CODE** werden könnte.

Für Ihre Mühe möchten wir Sie gerne entschädigen. Wenn Sie uns einen neuen Abonnenten, der noch nicht Bezieher der Zeitschrift war, werben, erhalten Sie als **Prämie das Buch »Der namenlose Krieg«.**

Vielen Dank
Ihr Diagnosen Verlag

Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51 · D-7250 Leonberg

Ich habe einen neuen Abonnenten für CODE geworben.

Senden Sie CODE ab __________
bis auf weiteres zum jährlichen Abonnementspreis von 78.– DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer (im Ausland DM 78.– zuzüglich DM 15.– Versandkosten für den einfachen Postweg, der Betrag wird zum Tageskurs umgerechnet) an:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

☐ Der neue Abonnent ist damit einverstanden, daß das Abonnentengeld von seinem Konto (Bank- oder Postscheckkonto) abgebucht wird.

Bank/Ort

Bankleitzahl

Kontonummer

☐ Der neue Abonnent legt einen Verrechnungsscheck über den Betrag von 78.– DM anbei (Ausland: DM 93.– Gegenwert in ausländischer Währung zum Tageskurs)

☐ Bittet um Übersendung einer Rechnung.

Die Einziehungsermächtigung gilt bis auf Widerruf und erlischt automatisch bei Beendigung des Abonnements.

Datum

Unterschrift des Abonnenten/Kontoinhabers

Ich bin darüber belehrt, daß ich diese Bestellung des Abonnements ohne Angabe von Gründen gegenüber dem Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, binnen einer Woche schriftlich widerrufen kann, daß es zur Fristwahrung genügt, wenn der Widerspruch innerhalb der laufenden Frist abgesandt wird.

Unterschrift

Ich habe den neuen Abonnenten geworben und erhalte dafür das Buch »Der namenlose Krieg«. Der neue Abonnent war noch nicht Bezieher dieser Zeitschrift, ist nicht mit mir identisch, und ihm wurde eine Kopie dieses Bestellscheins ausgehändigt. Meine Anschrift:

Name

Vorname

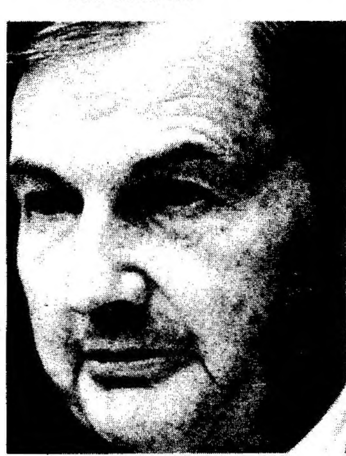
Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

CODE
Das *andere* deutsche Nachrichtenmagazin

Deutschland

Finanzen



David Rockefeller hat das Sagen bei der Trilateralen Kommission und den Bilderbergern.

Internationales

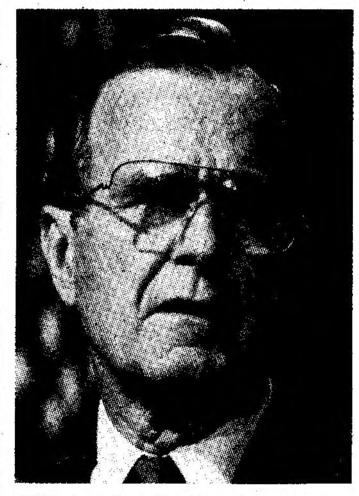


US-Präsident John F. Kennedy hatte wie sein Vater enge Kontakte zu Gangstern und der Mafia.



Michail Gorbatschow hat sich mit dem amerikanischen Präsidenten über das Schicksal Kubas verständigt.

6. Jahrgang Nr. 1 Januar 1992



Wie eingehend informiert war der damalige CIA-Chef George Bush, heute US-Präsident, über die Aktion »Watch Tower«?

Naher Osten

Ständige Rubriken

Der Schwindel von Greifswald

Nach Hoyerswerda war Greifswald im November des vergangenen Jahres das Aushängeschild für eine in Deutschland angeblich immer größer werdende Ausländerfeindlichkeit. Daß die Berichterstattung in den Medien keineswegs der Wahrheit entsprach, sondern vielmehr eine reine Tendenzberichterstattung darstellte, deckte ironischerweise ausgerechnet ein Reporter des »Stern« auf.

Wörtlich heißt es dort: »Wenn er an die Medien denkt, packt den Christenmenschen die Wut. ›Stinksauer‹, wettert Thomas Fuhrmann, Geschäftsführer der Diakonie in Greifswald, sei er über den ›ungeheuren Mist, der da verzapft wurde – das Fernsehen brachte sogar gestellte Bilder.‹

Was Fuhrmann so erbost, ist der Wirbel um eine Randale, die der Stadt in Mecklenburg den Ruf eingetragen hat, ›ein zweites Hoyerswerda‹ (ARD) zu sein. TV-Berichte über Schlägereien vor einem Asylantenheim hatten den Eindruck erweckt, das Haus sei von Rechtsradikalen angegriffen und verwüstet worden. Die Polizei sei zu spät eingeschritten, und die Ausländer hätten sich in akuter Lebensgefahr befunden; so sei auch ihre – illegale – Flucht in den Westen mit Hilfe von Unterstützern zu erklären.«

Doch die Realität war weit weniger dramatisch«, weiß der »Stern« zu berichten, »als es ein ›Tagesthemen‹-Film am 4. November suggerierte. Massentumulte, wie sie die ARD zeigte, wurde nicht vor dem Heim gefilmt, sondern in einem Fußballstadion. Dort hatte tags zuvor eine der inzwischen üblichen Schlachten zwischen Fußball-Rowdys und Polizisten getobt. Ins Heim (ARD-Kommentar: ›Verängstigte Menschen, kaputte Scheiben, überall Pflastersteine‹) kam kein einziger Hooligan. Der desolate Zustand einiger Räume erklärte sich aus der Verbarrikadierung durch die Heimbewohner.

Der ARD-Film zeigte ausführlich große Pflastersteine im ersten Stock, um die ›Lebensgefahr‹ für die Bewohner zu unterstreichen. Doch die schweren Brocken sind keineswegs ins Heim geworfen, sondern von den Asylbewerbern selber herangeschafft worden – so Hauswart Krause, der bei den Ereignissen von Anfang an dabei war. Zur Selbstverteidigung oder schon in der Absicht, die Fernsehleute zu leimen? Vom NRD war bis zum Redaktionsschluß keine Stellungnahme zu bekommen.«

Weiter heißt es in dem Artikel: »Daß Steine dieses Kalibers unmöglich als Wurfgeschosse für Angreifer taugen, schon gar nicht in höheren Etagen landen können, ohne auch nur die Fenster zu beschädigen, müßte freilich auch dem blauäugigsten Reporter aufgegangen sein.

Zwei Tage später legte das ZDF-Magazin ›Kennzeichen D‹ nach. In Greifswald, einem Ort ›mit höchstem Sicherheitsrisiko‹, habe sich eine ›unglaubliche Geschichte‹ zugetragen. Doch die Hansestadt ist so sicher oder unsicher, wie viele Orte im Osten oder im Westen. 150 Asylanten leben hier seit einem Jahr, ohne daß es zu ernsthaften Zwischenfällen gekommen wäre – bis zu jenem Sonntag.

Da waren rund 150 Radau-Fans des Ostberliner Fußballclubs BFC beim Auswärtsspiel ihrer Mannschaft mit örtlichen Polizeikräften zusammengestoßen. Der Krawall war beträchtlich, mehrfach gab die Polizei Warnschüsse ab. Asylbewerber, die sich das Spiel hatten ansehen wollen, ergriffen in Panik die Flucht; rund 30 Hooligans verfolgten sie bis auf das nahe Heimgelände. ›Dort haben wir überhaupt erst kapiert, daß da ein Heim war‹, so ein festgenommener Hooligan zum Stern.

Es flogen Steine und Bierflaschen. Ins Haus konnten die Randalierer nicht, weil die Bewohner den Eingang verrammelt hatten. Wenige Minuten später kam die Polizei, nahm einige Hooligans fest und vertrieb den Rest. Nach Spielende warfen andere, auf dem Weg in die Innenstadt, von der Straße Steine und Flaschen über den Zaun und schossen mit Leuchtraketen. Bilanz: 15 Verletzte auf Seiten der Polizei, 20 bei den Hooligans, 26 Festnahmen. Rund ein Dutzend Fensterscheiben gingen zu Bruch, zwei in Zimmern von Asylbewerbern.

In der Nacht verfrachteten vermummte Unterstützer, zum Teil aus Schleswig-Holstein herbeitelefoniert, teils schon vor dem Krawall im Heim, die Asylbewerber zurück ins schleswig-holsteinische Neumünster; von hier waren sie erst eine Woche zuvor gekommen. Die Polizei schritt nicht ein.

Was Innenminister Georg Diederich ›ein politisches Kidnapping‹ nannte, war allerdings eher ein diffiziler Gruppenprozeß. Einige der Asylbewerber saßen, als der Konvoi aus dem Westen anrückte, auf gepackten Koffern. Andere wollten im Heim bleiben und konnten offenbar erst kurz vor Abfahrt unter psychologischem Druck überzeugt werden, daß ihnen in Greifswald der sichere Tod drohe.

Die selbstinszenierte Odyssee der 70 Asylbewerber aus zwölf Ländern hatte am 12. September begonnen. Damals besetzte die Gruppe eine Kirche in Neumünster, um gegen ihre Verteilung auf die neuen Bundesländer zu protestieren, wo die Verfahren abgewickelt werden sollen. Ein Teil der Menschen hat gute Chancen auf Anerkennung, ein anderer kaum.

Der Auftritt als Gruppe mit gewählten Sprechern, Novum in der deutschen Asylgeschichte, aggressive Sprüche und kesse Forderungen (etwa nach Einzelzimmern) heizten die Asyldebatte weiter an. In der Ex-DDR, von den Asylanten pauschal als Hort des Faschismus und Totschlägern klassifiziert, schlug die Empörung Wellen...«

Ist dies alles schon sehr interessant, führt der »Stern« weiter aus: »Innerhalb der Gruppe führten von Anfang an kurdische Türken das Wort, intelligente, hochpolitische junge Männer. Über die Umstände ihrer Flucht und das Ausmaß ihrer Bedrohung im Heimatland erzählen sie wenig. Dafür verwickeln sie Besucher in Diskussionen über die ›ungebrochene Tradition des deutschen Faschismus und Rassismus‹. Sie haben in Norddeutschland Freunde und Genossen, sind an nichts weniger interessiert als ins ferne Greifswald zu gehen, wo es keine Exilgruppen und kein türkisches Konsulat zum Demonstrieren gibt. Ihre Haltung findet sich auf Flugblättern, die von Organisationen wie der TPK/ML verbreitet werden: ›Politischer Flüchtling oder sogenannter Armutsflüchtling – der Imperialismus verursacht Not und Elend in ihrer Heimat, macht sie zu Flüchtlingen und hat für beide aufzukommen‹.

Inzwischen soll die Gruppe zwar nicht mehr nach Greifswald zurück, aber über Mecklenburg-Vorpommern verteilt werden. Die Stimmung ist radikal geworden. Statt Kirchenleuten beraten jetzt autonome ›Unterstützer‹ und militante ›Antifa‹-Grüppchen die Asylbewerber. Deren Marschrichtung ist klar: Den Staat vorführen, der irgendwann Gewalt anwenden muß, wenn die Gruppe nicht nachgibt. Paranoide Züge brechen auf: ›Pressekonferenzen‹ werden nur noch vermummt abgehalten, Journalisten behindert. Den Flüchtlingen schadet das, aber es treibt die von den Autonomen erhoffte Konfrontation voran.«

Das Blatt schließt: »Erklärungen der Asylbewerber tauchen neuerdings auch im ›Angehörigen-Info der Politischen Gefangenen in der BRD‹ auf, einer RAF-Publikation. Die ›Bild‹-Zeitung müht sich fleißig, die Militanten aus der Hafenstraße herbeizuschreiben. Sobald die Polizei versuchen wird, die Asylbewerber zu kassieren, wird ihr Auftritt kommen, fürchtet man in Kiel.

Dann wären alle Beteiligten in diesem tristen Spiel gut bedient. Bis auf die Asylanten, über deren Anträge, so oder so, endlich entschieden werden muß.«

Dieser Artikel zeigt, wo die wahren Menschenverächter sitzen, nämlich auf der politisch linken Seite. Sicherlich ist es zu verurteilen, wenn irgendwelche rechtsextremen Wirrköpfe mit äußerster Gewalt gegen Asylanten vorzugehen versuchen, statt die wahre Schuld bei den Politikern zu suchen, aber immerhin spielen sie nicht, wie die Autonomen, auf dem Rücken der unschuldigen Menschen und unter dem Deck-

mäntelchen der Menschlichkeit ihr abscheuliches Spiel.

Denn diese Typen gaukeln den in diesen Tagen ohnehin oftmals sehr ängstlichen Asylanten eine Hilfesbereitschaft vor, die überhaupt nicht vorhanden ist, und schwächen dadurch deren Chancen auf Anerkennung. Sie machen nichts anderes als das, was sie den Rechten vorwerfen: Denn durch die Politisierung der Sache werden vielleicht auch Menschen nicht als Asylanten anerkannt, die in ihrer Heimat wirklich politisch verfolgt werden und denen nach ihrer Rückkehr eine langjährige Haftstrafe oder gar der Tod droht. Dies nehmen diese Autonomen aber zur Durchsetzung ihrer Ziele bewußt in kauf. Seltsam ist nur, daß man hierüber kaum was hört, selbst von den Politikern nicht, die diesen Sachverhalt eigentlich auch wissen sollten. □

Vier Regierungsmitglieder, vier Flugzeuge

CSU-MdB Günther Müller staunte nicht schlecht, als sich das, was er eigentlich für einen schlechten Scherz hielt, dann doch als Wahrheit entpuppte: Der Bundeskanzler und drei Bundesminister waren nämlich wirklich mit vier verschiedenen Flugzeugen zum Londoner Gipfel der sieben wichtigsten westlichen Industrienationen, den sogenannten G 7, angereist.

Auf seine Anfrage erhielt er die offizielle Auskunft: »Es ist richtig, daß am Sonntag, dem 14. Juli 1991, der Bundeskanzler aus Frankfurt/Main und der Bundesminister für Wirtschaft aus Münster/Osnabrück, und am Montag, dem 15. Juli 1991, der Bundesminister der Finanzen aus Memmingen und der Bundesminister des Auswärtigen aus Köln/Bonn jeweils mit einem eigenen Flugzeug nach London anreisten.«

Angesichts dieser Verschwendung von Steuergeldern stellt sich die Frage, wieso es eigentlich nicht möglich gewesen wäre, daß sich diese vier Personen am Flughafen Köln/Bonn trafen, wohin Waigl durchaus auch hätte einfliegen können, wohingegen bei Möllemann und Kohl auch durchaus die Anreise mit dem Wagen möglich gewesen wäre. Ein gemeinsamer Flug hätte sicherlich mehrere hunderttausend Mark gespart, aber darauf kommt es nun wirklich nicht an! □

Honecker soll gar nicht nach Deutschland kommen

Nach den vielen Mißgeschicken der Bundesregierung in den vergangenen Monaten, könnte nun noch ein weiteres auf sie zukommen: nämlich eine nicht mehr unmöglich erscheinende Auslieferung des früheren DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honekker.

Obwohl die Bundesregierung und hier vor allem auch Bundeskanzler Helmut Kohl offiziell auf eine baldmögliche Auslieferung drängt, soll es sich nach Angaben von Bonner Insidern inoffiziell ganz anders anhören. Danach sollen alle vier großen Parteien, also CDU, CSU, SPD und FDP, überhaupt kein Interesse an einer Rückkehr Honeckers haben.

Eines steht nämlich fest: Wenn Honecker wirklich vor Gericht gestellt würde, dann würde dies fast zwangsläufig den Sturz einiger Spitzenpolitiker nach sich ziehen. Denn es ist in Bonn ein offenes Geheimnis, daß in den Stasi-Akten noch jede Menge äußerst brisantes Material über Spitzenpolitiker aller Couleur lagert. Und es muß davon ausgegangen werden, daß Honecker einige dieser Dinge ausplaudern würde beziehungsweise irgendwelche Medienorgane plötzlich sehr interessante Kopien in ihren Briefkästen finden würden.

Gerüchte besagen, daß die Bundesregierung den sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow inoffiziell gebeten haben soll, die Sache möglichst noch so lange wie nur irgend möglich zu verzögern, in der Hoffnung, daß die deutsche Bevölkerung der Sache irgendwann einmal müde wird und dann sagt: »Na gut, laßt ihn doch ins Exil nach Chile reisen.«

Andere sagen, daß wer die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse kritisiert hat, dies nun eigentlich auch bei Honecker machen müßte. Denn in beiden Fällen war oder wäre kein fairer Prozeß zu erwarten. Vor allem würde wieder gegen den rechtlich für einen freiheitlichen Staat eigentlich selbstverständlichen Grundsatz verfahren: »Keine Anklage darf jemanden aufgrund nachträglich geschaffener Gesetze verfolgen.«

Und so pervers es auch klingt, Honecker hat sich damals auf dem Boden der in der DDR geltenden Gesetze bewegt. Und Verstöße gegen das Völkerrecht werden sonst auch nicht verfolgt. Von daher stoßen sie besonders negativ auf, wenn ein geschaßter Staatschef deswegen angeklagt wird, andere, die dies jetzt noch tun, aber auch weiterhin frei wirken können, ohne eine Anklage befürchten zu müssen. □

Wenig Solidarität der Westmit den Mitteldeutschen

Daß das Nationalgefühl der Deutschen derzeit noch wenig ausgeprägt ist, zeigt das jüngste Wehklagen der westdeutschen Arbeitnehmer über ihre Weihnachtsgeldabzüge und die hohen Zinsen. Diese sind notwendig geworden durch die vielen Milliarden Mark, die für den Wiederaufbau der in mehr als vier Jahrzehnten vollständig heruntergewirtschafteten Ex-DDR gebraucht werden.

Es zeigt sich, daß viele Leute nicht einmal bereit sind, für die (Teil-)Wiedervereinigung für eine begrenzte Zeit auf 50, 100 oder 200 Mark im Monat zu verzichten. Die »Wiedervereinigung« stand vor der Wende in der DDR bei Befragungen nach politischen Zukunftswünschen meist recht weit oben, doch tun will hierfür kaum einer etwas.

Wenn sich die Klagen dagegen richten würden, daß die nunmehr von der Bundesregierung durchgesetzten Sonderopfer gar nicht nötig gewesen wären, wenn es endlich die schon lange überfälligen Änderungen in der Asylpolitik oder die nicht notwendige Finanzhilfe für den Ölkrieg der Amerikaner gegen den Irak gegeben hätte, wären diese noch berechtigt. Ohne Verständnis kann man aber nur darauf reagieren, wie viele Leute jetzt auf einmal sagen: »Hätte ich gewußt, daß ich wegen der Wiedervereinigung auf so und so viel Geld verzichten muß, dann wäre es mir lieber, sie wäre gar nicht gekommen!«

Damit werden dann also rein materielle Überlegungen höher gestellt, als die Interessen des nur durch kommunistische Machtwillkür getrennten Volks. Selbst wenn seitens mancher Mitteldeutschen jetzt zuviel zu schnell gefordert wird – aus rein menschlichen Motiven aber durchaus entschuldbar –, so sollte doch die Freude über den Fall der Mauer größer sein als der Verzicht auf insgesamt wenige Mark, zumal viel Geld ohnehin für im Grunde genommen unwichtige Dinge ausgegeben wird. Ausgenommen hiervon sind natürlich Arbeitslose und viele Rentner, für die das fehlende Geld oftmals wirklich an die Existenz geht. □

Zunehmende Opposition gegen Genscher

Die Opposition in der Union gegen Genscher wird immer stärker. Sollte es 1994 nochmals zu einer Koalition der CDU/CSU mit der FDP kommen, dann sind nicht nur die Christsozialen, sondern nun auch die Christdemokraten immer mehr gewillt, den Außenministerposten der FDP und hier besonders Genscher zu entreißen.
Zu dieser Absicht haben sicherlich auch die vielen Mißgeschicke »Wendelins« in letzter Zeit beigetragen. So vermißt man bezüglich des jugoslawischen Bürgerkriegs alles, was die FDP so gerne an Genscher lobte, nämlich die angebliche Fähigkeit, zwischen stark verfeindeten Gruppen zu vermitteln. Vielmehr hört und sieht man überhaupt nichts von Genscher, er ist quasi in der Versenkung verschwunden und hat damit und durch sein »Nicht-Fleisch-nicht-Fisch-Verhalten« dem Ansehen der Deutschen nicht nur in Europa, sondern in der ganzen Welt sehr geschadet. □

Bonn

Ausländer kosten Milliarden

Alfred König

»Ausländer. Gewinn für Deutschland.« Mit dieser Überschrift auf der Titelseite stellte die in Düsseldorf erscheinende »Wirtschaftswoche« ein von ihr beim Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) in Auftrag gegebenes Gutachten der Öffentlichkeit vor. Danach stellen die Ausländer für Deutschland einen großen Gewinn dar, auch im finanziellen Bereich. Ohne sie würde es uns, so das RWI, weitaus schlechter gehen.

Die Analyse des RWI erscheint auf den ersten Blick sogar durchaus logisch. Erst bei genauerer Analyse ergeben sich dann viele Ungereimtheiten und sogar Fehler. Über manche Dinge geht das Essener Wirtschaftsforschungsinstitut sogar schlichtweg hinweg, was dann natürlich das Ergebnis verfälscht.

Das Problem differenziert sehen

Um es an dieser Stelle noch einmal klar darzustellen: Auch CODE hat nichts gegen die vor vielen Jahren nach Deutschland gekommenen Arbeiter, die sich integriert haben und hier fleißig ihrer wie auch immer gearteten Arbeit nachgehen, brav ihre Steuern zahlen und sich an die Gesetze halten. Auch würde es sicher unmenschlich sein, diese Leute jetzt von heute auf morgen aus ihren sozialen Bindungen zu lösen und abzuschieben.

Auch ist es sicherlich richtig, daß die deutsche Wirtschaft bis zu einem gewissen Grade ausländische Arbeitnehmer braucht, besonders in einigen Bereichen, wie etwa der Müllabfuhr oder den Gastronomieberufen. Dieses ändert alles aber nichts daran, daß die kriminellen Ausländer abgeschoben gehören und auch bei der Aufnahme neuer Ausländer heute die Kapazitätsgrenze erreicht ist. Ab einem bestimmten Punkt, und der ist jetzt erreicht, schädigen die neu hier einreisenden Ausländer nämlich die Volkswirtschaft!

Nicht abgestritten werden kann die Feststellung des RWI, daß Ausländer nicht unbedingt Deutschen die Arbeitsplätze wegnehmen. Dieses trifft zumindest auf die sogenannte Drecksarbeit, wie etwa Müllmann oder Toilettenreiniger zu. Auf entsprechende Inserate meldet sich heute wirklich kaum ein arbeitsloser Deutscher. Nur liegt dies sicherlich auch an dem umfangreichen sozialen Netz, das den Deutschen auffängt.

Ein Widerspruch in sich selbst

Hier liegt auch eine der wesentlichen Schwächen der RWI-Studie. Sie haben die Zuwanderer zusammengefaßt, also auch die aus der UdSSR oder aus Polen ausreisenden Deutschstämmigen. Es ist aber so, daß das Problem der Facharbeiter wesentlich durch Deutschstämmige entlastet wurde, weniger durch Ausländer. Gerade die Facharbeiter sind es aber, die durch ihre qualifizierte Tätigkeit erst die einfachen Arbeiter nötig machen. Wenn der Abteilungsleiter des RWI, Hans Dietrich von Loeffelholz, dann sagt: »Die Zuwanderer haben per saldo die Arbeitslosigkeit in Westdeutschland vermindert«, dann ist es in erster Linie den deutschstämmigen Facharbeitern und erst dann den billigen ausländischen Arbeitnehmern zu verdanken.

Richtig, zumindest für Westdeutschland ist, daß der größte Nachfragedruck auf dem Wohnungsmarkt von Deutschen ausgeübt wird, die immer größere Wohnungen haben wollen und heute viel früher aus der elterlichen Wohnung ausziehen. Wenn die Ausländer, wie das RWI es positiv darstellt, in die alten, billigen Wohnungen ziehen, dann retten sie vielleicht diesen Wohnraum, verhindern auf der anderen Seite aber auch Renovierungen und Modernisierungen, die bei einer vernünftigen Wohnungsbaupolitik auch nicht unbedingt die Mieten ins Unermeßliche steigen lassen müßten.

Gerade aus einem fünfstöckigen Altbau mit 3,50 Meter oder noch höheren Decken ließen sich heute unproblematisch sieben Stockwerke machen. Schon wäre auf gleicher Fläche mehr Wohnraum geschaffen. Da die Nachfrage dadurch auch auf mehr Angebot stoßen würde, wären gleichzeitig auch die Mietsteigerungen nicht so stark, da die Angebotsverknappung die Preise steigen läßt. Weitere Tatsache ist auch, daß angesichts des ohnehin sehr knappen Wohnraums in Mitteldeutschland jeder dort hinziehende Ausländer die Wohnungsnot vergrößert.

Und wenn, wie das RWI stolz vermerkt, schon 135000 »deutsche Türken« – schon dies ist ein Widerspruch in sich selbst – heutzutage einen Bausparvertrag haben, bedeutet dies nichts anderes, als daß die Leute erstens in Deutschland bleiben wollen und zweitens die aufgrund der hohen Bevölkerungsdichte und der geografischen Lage Deutschlands ohnehin schon sehr knappen Baumöglichkeiten noch weiter verknappt werden, was die Preise nochmals anzuziehen läßt.

Folgen verfehlter Familienpolitik

Am positivsten ist noch die Zahl von rund 140000 ausländischen Unternehmern in der Bundesrepublik zu werten – selbst wenn darunter schon die türkische Ein-Mann-Schneiderei fällt –, da diese aufgrund ihres unternehmerischen Engagements sicherlich dem deutschen Steuerzahler mehr bringen als ihn kosten.

Das RWI wertet es als besonders positiv, daß die ausländischen Steuerzahler, die damit auch Sozialabgaben abführen, dazu beitragen, die sich nach oben hin vergrößernde Alterspyramide bezahlbar zu machen. Ohne Ausländer könnte die Rentenversicherung im Jahre 2040 auf 40 Prozent des Arbeitseinkommens klettern.

Zwar mag dies stimmen, doch ist hier sicherlich eine verfehlte Familienpolitik daran schuld. Dies wäre aber dahingehend zu ändern, daß für deutsche Familien mehr getan wird, damit auch mehr Kinder gezeugt werden und nicht eine Familie mit vier Kindern heute schon als asozial gilt, aber nicht nach dem Motto: »Na und, holen wir uns eben ein paar Ausländer rein, und schon stimmt die Statistik wieder«. Auch wird über kurz oder lang bei zunehmender Integration auch der ausländische Geburtenüberschuß wieder schwinden, so daß langfristig sogar mit einer noch schlimmeren Alterspyramide gerechnet werden muß, als die langfristigen Statistiken jetzt an die Wand malen.

Wenn die Ausgaben für Scheinasylanten nur zu einem Teil der Rentenversicherung zugeschlagen würden, ergäbe sich hieraus eine wesentliche Entlastung. Vergessen werden darf auch nicht, daß manche Sozialabgaben, wie etwa Kindergeld, heute schon in der Relation mehr an Ausländer als an Deutsche gehen, wodurch auch Steuererhöhungen resultieren.

Eine seltsame Zahlen-Spielerei

Ganz seltsam wird die Ausarbeitung des RWI aber, wenn es um die Kosten-Nutzen-Rechnung geht, wobei mal wieder die Zuwanderer in einen Topf gepackt werden, also zwischen deutschen Aussiedlern und etwa zugewanderten Türken nicht unterschieden wird.

Auf der Habenseite stehen danach 29 Milliarden Mark an Sozialabgaben und Steuern, 25 Milliarden Mark »Einkommensgewinne von deutschen durch Zuwanderer, dadurch höhere Steuern und Sozialabgaben« – ein äußerst schwieriger Punkt, da er nicht in Zahlen meßbar ist, sondern auf Schätzungen beruht, die wiederum durch die Vermischung

von Ausländern und Deutschstämmigen verfälscht werden – und drei Milliarden Mark durch »Einsparung an Sozialabgaben durch Mehrbeschäftigung« (siehe vorherigen Punkt).

Auf der Sollseite stehen dagegen lediglich 16 Milliarden Mark an öffentlichen Zuwendungen für Zuwanderer. Wer sich nur einmal die wahren Kosten nur für Asylbewerber anguckt – zu den offiziell genannten wenigen Milliarden Mark müssen noch die indirekten Kosten wie Armenrecht bei Klagen von abgewiesenen Asylbewerbern, Löhne und Arbeitszeit der mit Ausländerfragen beschäftigten Beamten zugerechnet werden –, der weiß, daß man mit den genannten 16 Milliarden Mark bei weitem nicht auskommt. Unter dem Strich kommt das RWI demzufolge auf einen Gewinn von 41 Milliarden Mark für die öffentlichen Kassen.

Ergebnisse mit großen Unsicherheiten

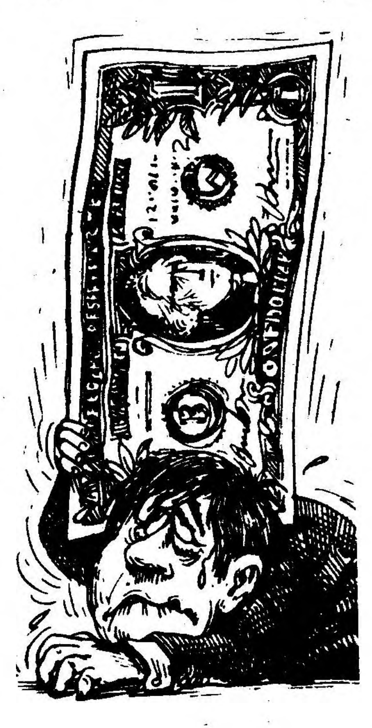
Selbst wenn diese Rechnung jetzt fälschlicherweise einmal angenommen stimmen würde, stellt sich noch immer die Frage, warum soll dieser Gewinn durch mehr als 90 Prozent Scheinasylanten gesenkt werden? Hat Deutschland denn angesichts der großen innenpolitischen Probleme Geld zu verschenken, gerade wenn man bedenkt, wie stark steigend die Kriminalität auch durch die Asylbewerber wird – übrigens werden die dadurch entstehenden Mehrkosten auch nicht der Ausländerrechnung zugeschlagen?

Wenn man jetzt einmal die deutschstämmigen Zuwanderer aus der RWI-Rechnung herausnimmt, die wahren, deutlich über 16 Milliarden Mark liegenden Kosten für Ausländer zurechnet, sieht die Bilanz ganz anders aus. Dann bleibt, wenn überhaupt, nur ein kleiner Gewinn stehen, der bei konsequenter Asylpolitik durchaus in beträchtliche Höhe gebracht werden könnte. Das wären dann die Ausländer, die wirklich arbeiten und nicht dem Staat auf der Tasche liegen.

Welche Gesinnung hinter der RWI-Ausarbeitung steht, läßt sich leicht aus zwei Sätzen erkennen: »Ein afghanischer Emigrant mit Darmstädter Ingenieurdiplom dürfte leichter einzugliedern sein als ein deutschstämmiger Kolchosbauer aus Kasachstan.« An anderer Stelle läßt die »Wirtschaftswoche« Herbert Leuninger von der Arbeitsgemeinschaft Pro Asyl zu Wort kommen. Dieser sagte: »Wer in einer Diktatur die hohen Fluchthürden überwunden und den schwierigen Weg nach Deutschland geschafft hat, der dürfte hier allemal zum dynamischen Teil der Bevölkerung zählen.«

Hierzu gibt es ein ganz klares Gegenargument: Wie ist es möglich, daß Leute, die in einem Land angeblich politisch verfolgt werden, mit Sack und Pack und all ihren Wertgegenständen und oftmals sogar einem Batzen Bargeld höchstoffiziell nach Deutschland ausreisen können? Sind dies denn wirklich »besonders Dynamische« oder nicht vielmehr Wohlstandsflüchtlinge?

Alleine diese wenigen, in aller Kürze skizzierten Punkte dürften ausreichen, die Fehler in der RWI-Studie für jeden offensichtlich werden zu lassen. Hier muß an den Satz von Winston Churchill erinnert werden, der einmal sagte: »Ich glaube nur an die Statistiken, die ich selbst gefälscht habe.« Wenn die RWI-Studie schon keine Fälschung ist, so arbeitet sie doch mit Parametern, von denen zumindest einige sehr zweifelhaft sind. Damit sind dann eben auch die Ergebnisse mit großen Unsicherheiten belastet! □



Deutschland

Bonns »Steuer-Erklärung«

Emil Schlee

Seit einiger Zeit und mit zunehmender Ausweitung werden die »Blätter« unserer Medienwelt mit Ankündigungen, Darlegungen und Kriterien zum Thema »Steuern«, »Steuererhöhungen«, »neue Steuern«, »Einkommens- und Verbrauchssteuern«, »Steuerreformen« sowie »Subventionsabbau« angefüllt und bewegt.

Zu dieser »Steuererhöhungs- und Subventionsabbau-Bewegung« des Staates Bundesrepublik Deutschland ist vereinfacht folgendes zu sagen: Der Schuldenberg des Staates Bundesrepublik Deutschland (Bund-Länder, Gemeinden) beläuft sich 1991 auf 1,5 Billionen DM mit steigender Tendenz! 1991 muß unser Staat 90 Milliarden DM Zinsen zahlen – 1992 werden es 98 Milliarden DM sein –. Zur Orientierung: Der Bundeshaushalt 1991 mit all seinen Ausgaben beträgt 410 Milliarden DM – 1992 werden es 422 Milliarden DM sein.

Das Geldvermögen der Bürger – der privaten Haushalte – in den alten Bundesländern belief sich Ende 1990 auf knapp drei Billionen DM – genauer: 2960 Milliarden DM –, in den neuen Bundesländern beträgt das Geldvermögen der Bürger ein Fünftel des Westvermögens: Insgesamt hat sich das private Geldvermögen in den letzten 20 Jahren fast versechsfacht?

Bilanz: Von welcher Partei die Regierungen in Bonn auch immer gestellt werden, finanzpolitisch wird es zukünftig wohl nur noch eine Politik geben: Wie komme ich »armer Staat« an die Ersparnisse des »reichen Bürgers«?

Logisch: Über Steuern und Subventionsabbau und wohl zum Teil auch über das Karlsruher »Enteignungsurteil« vom 23. April 1991, das die Ergebnisse der kommunistischen »Bodenreform« unantastbar macht, weil angeblich nur so die Teileinheit durch die Sowjets ihre Billigung erfahren konnte. Die praktische Handhabung dieses dubiosen Urteils sieht dann so aus: »Wegen der Einheit dürfen die Enteigneten zwar ihren Besitz – zwischen 1945 bis 1949 enteignet – nicht zurükkerhalten, aber über den »freien Markt« (Treuhand) wieder zurückkaufen. Das würde einen Treuhandvermögensgewinn von etwa 800 Milliarden DM ausmachen!

Deutschland – das Welt-Sozialamt

Scheinheilig einseitig auch die Begründung für diese Steuerpolitik: Einerseits die »hohen Kosten der Einheit«, andererseits »der Golfkrieg« und andere passende Ereignisse. Sagen sollte man den Bürgern, daß mit seinen Steuergeldern hohe und höchste Beiträge für die Vereinten Nationen, die EG, die NATO und viele andere internationale Organisationen, für Wiederaufbau und Lebensstandardangleichung Mitteldeutschlands – in den nächsten zehn Jahren rund vier Billionen DM –, die hohen Milliardenbeträge für Polen, Sowjetunion, Golfregion, Entwicklungshilfe, Israel und für viele andere Staaten und Nöte und Zwecke gezahlt werden.

Natürlich läßt sich dieser selbstgemachte und zum Teil noch ferngesteuerte Zustand ändern, aber da muß sich der Wähler wohl etwas anderes als bisher einfallen lassen. □

Deutschland

Hoyerswerda und seine Lehren

Siegfried Gärtner

Seit Wochen überschlagen sich die Massenmedien in wilden Angriffen gegen »Rechtsradikale«, Skinheads und sogenannte »Ausländerfeinde«. Was war geschehen? Jugendliche waren zuerst in der niederschlesischen Kreisstadt Hoyerswerda – derzeit zum Freistaat Sachsen gehörend – mit Steinwürfen und anderen Gewaltmitteln gegen Wohnheime von »Asyl«-Bewerbern vorgegangen, andere folgten.

Daher die einhellige Empörung. Denn daß dieses jahrzehntelang so schafsgeduldige deutsche Volk einmal irgendwo zur Selbsthilfe greifen könnte, das hielten die weltlichen und »geistlichen« Machthaber zwischen Rhein und Oder mit ihren Massenmedien für unmöglich, und der Vorfall übertrug ihnen daher ein ganz neues gruseliges Politgefühl. Und, o Schock, zahlreiche Einwohner der Stadt Hoyerswerda und anderswo, sympathisierten offen mit den »Rowdies«.

Die Lüge von der »Ausländerfeindlichkeit«

Man mag solche gewalttätigen Ausbrüche immer bedauern; aber hier erhebt sich doch die Frage: Wer ist eigentlich für die sich von Tag zu Tag verschärfende Ausländerflut verantwortlich?
Es sind alle jene Politiker und Leitartikler, die seit Jahren nichts gegen die zunehmende Scheinasylantenflut unternehmen, ja sie offen oder versteckt begünstigen, weil sie ideologische Scheuklappen tragen und in die Wahnidee einer »multikulturellen Gesellschaft« vernarrt sind, obwohl sie wissen, daß diese das Ende des deutschen Volkes bedeuten würde. Sie handeln daher antidemokratisch, denn in einer echten Demokratie hat der Wille des Staatsvolkes zu gelten, und überhaupt bedeutet das Wort Demokratie Volksherrschaft und nicht etwa Herrschaft irgendwelcher internationaler Mächte und Organisationen.

Die Prediger »ewiger Schuld« und einer daraus resultierenden Verpflichtung zur unbegrenzten Ausländeraufnahme sind wegen ihrer Deutschfeindlichkeit nicht nur abzuwählen, sie sind auch zu bedauern, da sie innerlich krank sind, denn kein gesunder Mensch läßt sich von fremder Propaganda einreden, sein Volk sei in der Wurzel schlecht und habe deshalb die Vernichtung verdient. Umso mehr, als es sich um das Volk im Herzen Europas handelt, das objektiv zu den ersten Kulturnationen der Welt gehört.

Um alle Gegner der jetzigen Wahnsinnspolitik mundtot zu machen, wird ständig mit den Schlagworten »Fremdenhaß« und »Ausländerfeindschaft« gearbeitet. Die Deutschen sind aber von Haus aus nicht ausländerfeindlich, ganz im Gegenteil. In keinem Land erreichen fremde Gelehrte, Künstler und Wissenschaftler einen solchen Bekanntheitsgrad wie bei uns. Kein Volk ist gegenüber fremden Kulturen so aufgeschlossen wie das deutsche.

Es bezahlt bieder und brav die gesamten EG-Lasten allein – die anderen bekommen immer mehr aus der EG-Kasse heraus als sie einlegen –, es gibt 50 Milliarden DM pro Jahr allein für den Tourismus im Ausland aus und wird dabei regelmäßig um 200 Millionen DM bestohlen: Nur, es ist nicht bereit, aus lauter Begeisterung für die Fremden Selbstmord zu begehen.

Und dies ist genau der Punkt, an dem sich die Geister scheiden. Diejenigen, die es auf diesen Weg des nationalen Selbstmords drängen wollen, enthüllen damit ihren nationalen Selbsthaß, sofern es sich um Deutsche handelt, und zeigen, daß sie in Wahrheit ebenso inländerfeindlich und in abartiger Weise antideutsch wie auch unmenschlich sind.

Bei keiner Sonntagsrede irgendeines Politikers oder Klerikers darf das Wort vom Rechtsstaat fehlen, den wir nun endlich erreicht hätten. Aber ist dem auch so, ganz abgesehen davon, daß die Bundesrepublik auch nach dem Zusammenbruch des Marxismus immer noch ein typischer »Linksstaat« ist?

Was geschieht mit den unzähligen Wirtschaftsasylanten, die illegal unsere Grenzen überschreiten oder von Schlepperorganisationen eingeschleust werden? Werden sie oder die Chefs dieser Schlepperbanden für ihr unrechtmäßiges Tun bestraft, da sie offensichtlich bestehende Gesetze verletzen und somit illegal handeln? Haben je Kirchen oder Gewerkschaften gegen diese ständigen Rechtsbrüche protestiert? Nein, alle diese Illegalen werden in unserem Rechtsstaat für ihr unrechtmäßiges Tun noch belohnt und in Heimen, Hotels oder Kasernen auf Kosten des deutschen Steuerzahlers untergebracht.

Auf der anderen Seite wird unser Pflegepersonal in den alten und neuen Bundesländern für seine schwere aufopferungsvolle Arbeit mit einer viel zu geringen Entlohnung abgespeist. Es fehlt an Kindergärten, zu wenig Lehrer werden eingestellt.

»Die Armen an unseren Tisch lassen«

Als Folge der jahrzehntelangen kommunistischen Mißwirtschaft leiden viele unserer mitteldeutschen Landsleute bitter Not. Überall fehlt es an Geld. In die EG-Kassen hat Bonn in den letzten Jahren mindestens 300 Milliarden DM bezahlt. Unsere notleidenden mitteldeutschen Bundesländer erhalten aber jetzt von Brüssel vergleichsweise nur einen Bettelpfennig. Unseren Außenminister bezeichnen viele nur noch als »Scheckbuchreisenden«. Bonn hat immer Geld, wenn von außen Forderungen an uns herangetragen werden.

Das Grundgesetz mit dem großzügigst ausgelegten Asylparagraphen wird jedoch trotz jahrelangen Geredes nicht geändert. Jetzt aber, wo es darum geht, deutsche Soldaten als UNO-Blauhelme möglicherweise in die fernsten Winkel der Erde zu schicken, erklärt Genscher in New York vor versammelter Weltöffentlichkeit die entsprechend notwendige Grundgesetzänderung bereits als feststehende Tatsache, obwohl sie noch gar nicht beantragt ist. Offensichtlich hat er in dieser Sache von der »Opposition« bereits feste Zusagen.

So rasch geht das also, wenn andere etwas von uns wollen, aber in all den Fragen, die dem Volk offensichtlich auf den Nägeln brennen, geschieht nichts. Der »Michel« soll bezahlen und den



Der »friedliche« Einheitsbrei aus allen Rassen, der unseren »One-World«-Utopisten vorschwebt, ist wahnwitzige Illusion.

Mund halten: Anders kann man die Gesinnung und das Verhalten unserer verantwortlichen Politiker in Bund und Ländern nicht umreißen. Überall zeigt sich diese fremdhörige inländerfeindliche Politik.

Die Förderer der Ausländerflut geben sich heute keine Mühe mehr, den Mißbrauch des Asylrechts zu bestreiten, was auch offensichtlich unsinnig wäre, aber sie führen ins Feld, es sei Pflicht der »Reichen«, also der Deutschen und Europäer, die vielen Armen der Welt zu sich an den Tisch zu nehmen. Die jahrzehntelangen Bemühungen gerade des deutschen Volkes um Entwicklungshilfe und seine zahllosen Spenden, besonders auf Geheiß der Kirchen, waren also unnütz und werden nicht honoriert.

Neulich klagte ein Asylanteneiferer, die Länder der Dritten und Vierten Welt hätten pro Tag 200 Millionen Dollar Schuldzinsen zu tilgen. Was beweist dies aber? Daß in den letzten Jahrzehnten unvorstellbare Billionensummen von den Industriestaaten und Japan in die sogenannten Entwicklungsländer hineingepumpt wurden. Aber der Motor springt nicht an, und die Länder der Dritten Welt können weder Schulden noch Zinsen zurückzahlen.

Die Deutschen werden aus Gewohnheit beschuldigt

Warum ist das so? Weil auch der liberalkapitalistische Westen genau wie der Marxismus dem Gleichheitswahn huldigt, wonach eben Mensch gleich Mensch sei. Die Machthaber in den meisten farbigen Staaten kennen aber nur Stammesinteressen und keine Staatsverantwortung. Viele dieser »Staaten« bestehen aus Hunderten verschiedener Rassen, Völker, Sprach- und Religionsgemeinschaften mit dem dadurch bedingten unvermeidlichen Chaos. Die Entwicklungsgelder, die in solche Länder strömen, werden daher von den führenden Machthabern oder Stämmen verpraßt oder für kostspielige Waffenkäufe verschwendet.
Im übrigen hat die »humanitäre« Hilfe nur zu einer uferlosen Vermehrung der Menschen der Dritten und Vierten Welt geführt. Not, Elend, Armut, Umweltzerstörung und blutige Bürgerkriege breiten sich epidemieartig aus. Ohne die ständige Hilfe eines Heeres unserer Techniker, Ärzte, Lehrer und Helfer wären diese sogenannten Staaten schon längst zusammengebrochen. Dafür müssen sich die Europäer dann in der UNO und vor anderen internationalen Gremien wüste Schimpfreden über ihren angeblichen Rassismus seitens farbiger Wichtigtuer anhören.

Die Behauptung, die Industriestaaten würden von der Dritten/Vierten Welt leben und diese ausbeuten, ist daher absurd. Wo nichts ist, kann man nichts holen.



Asylanten werden zum Hierbleiben verleitet, indem ihnen internationale Schlepperorganisationen goldene Berge versprechen.

Was aber die Rohstoffe in den Ländern jener Welt betrifft, so wären die dortigen Völker meist außerstande, diese selbst zu erschließen.

Wer aber ist für den heutigen Zustand der Welt verantwortlich? Die Deutschen, die schon aus Gewohnheit ständig beschuldigt werden, am allerwenigsten. Die Kritiker müßten sich da zunächst an die Weltkriegssieger wenden, an jene Europakreuzzügler, die 1941 in ihrer Atlantikcharta zusammen mit dem »lieben Onkel Stalin« scheinheilig die »Vier Freiheiten« verkündet haben: Freiheit von Hunger, Unterdrükkung, Krieg, Not und Armut. Was wurde daraus?
Nie wurden mehr Kriege auf der Welt geführt als seit 1945. An mehreren dieser Konflikte waren die USA, Frankreich, Großbritannien und die Sowjetunion direkt beteiligt. Das Chaos mit immer neuen Bürgerkriegen, Hungerepidemien und Massenvölkerwanderungen breitet sich aus. Und nun sollen ausgerechnet die Deutschen mit dem liberalsten Asylrecht der Welt dafür geradestehen. Die Deutschen, die im Ersten Weltkrieg selbst ausgehungert wurden, deren Volksgebiet nach zwei Weltkriegen dann grausam zerstückelt wurde, und die Millionen von Heimatvertriebenen in ihrem zerstörten Restraum aufnehmen mußten. Sie haben sich durch Fleiß und Können zumindest wirtschaftlich wieder hochgearbeitet. Soll ihnen nun wieder einmal, wie schon so oft, ihre Tüchtigkeit als Schuld angerechnet werden?

Die Drittweltschwärmer tun so, als wären Armut und Unfähigkeit eine moralische Empfehlung und als würde Wohlstand an sich schon einen charakterlichen Makel anzeigen. Sie fordern daher die Armutswanderung von Süd nach Nord geradezu heraus. Aber selbst der liberale französische Politiker Giscard d'Estaing hat diese Wanderung eine Invasion genannt und Spanien stellte sämtliche Hilfsleistungen an Asylanten ein.

Eine Folge der marxistischen Phrasen

Die Völker der dritten Welt sind kein »Heerlager der Heiligen«. Neun Zehntel ihres Elends sind selbstverschuldet. Es handelt sich zwar nicht immer, aber häufig um Länder mit riesigem Raum und reicher Naturausstattung. Die Schuld der Weißen liegt lediglich darin, daß sie die Eliten der farbigen Völker auf ihren Universitäten jahrzehntelang mit marxistischen Phrasen und egalitärem Unsinn gefüttert haben.

Im übrigen würde die Verwirklichung der These, wir müßten »die Armen an unsern Tisch« bringen, gar nichts nützen, sondern nur ein apokalyptisches Chaos heraufbeschwören. Im Nu wäre Europa selbst ein Armenhaus. Die ganze Kultur würde in einem Meer von Neid, Haß, Rauschgift, Aids, Mord, Krankheit und Kriminalität versinken. Den Humanaposteln kann man folgende Rechnung aufmachen: Überschlagen wir die Zahl der deutschen Familien und setzen sie in das Verhältnis zum Weltflüchtlingsproblem, so könnte sich jeder Familienvater bei uns auf folgendes einrichten:

An seinem Tisch hat er aufzunehmen: 60 Schwarzafrikaner, mindestens 100 Süd- und Südostasiaten sowie etwa 40 Lateinamerikaner.

Viele unserer Asylfanatiker haben keine Ahnung von der Zusammensetzung der heutigen Weltbevölkerung, andere wiederum kennen sie, aber bei denen hat der Wahnsinn schon Methode.

Vor diesem ganzen Hintergrund muß man das Aufbegehren der Bevölkerung in den neuen Bundesländern, vor allem in Hoyerswerda, sehen. Hier leben Menschen, die mit ungeheuren wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, welche ihre Ursache in der ihnen aufgezwungenen marxistischen Diktatur haben. Und nun sehen diese Leute, daß ein sonst knauseriger Staat das Geld hinter wildfremden Menschen herwirft, die meist illegal über unsere Grenzen gekommen sind und keinerlei Bezug zu unserem Land haben.

Diese sogenannten »Asylanten« hoffen, in unserem Staat bequem und sorglos leben zu können. Für die riesigen Kosten aber müssen in erster Linie die deutschen Arbeiter und Angestellten mit ihren Steuergroschen aufkommen, nicht die Bundestagsabgeordneten und Oberkirchenräte.

Und weiter haben es diese Mitteldeutschen satt, nun vom Westen dieselben Phrasen zu hören, mit denen sie vom vergangenen SED-Regime so schändlich betrogen worden sind. Darf man sich da wundern, daß manchen Leuten »der Kragen platzt«? Man darf es nicht, und es ist zu hoffen, daß sich dies auch in den Herkunftsländern der »Asylanten« herumspricht. □

Die Ostpreußen-Affäre und der »Amtseid«

Klaus Wünsche

Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung ist erschreckend wenig sensibilisiert. Anders läßt es sich nicht erklären, daß zwei Skandale in der deutschen Politik kaum Beachtung finden, die Medien, aber auch die Öffentlichkeit einfach so darüber hinweggehen. Die Rede ist von Ostpreussen und, dadurch bekannt geworden, die Lüge um den »Amtseid«, den Bundespräsident, Bundeskanzler, Ministerpräsidenten und Minister vor den Parlamenten leisten müssen.

Es verdichten sich nämlich immer mehr die Gerüchte, Berichte und Meldungen, wonach es das immer nur als »angeblich« deklarierte Angebot Moskaus, wegen der finanzell katastrophalen Lage Teile Ostpreussens an Deutschland verkaufen zu wollen, sehr wohl gegeben hat. Ein Sprecher des Auswärtigen Amtes hatte dies alles dementiert und dies später damit begründet, man wolle weiteren wüsten Spekulationen jede Grundlage nehmen.

Das Angebot war ernst gemeint

Bekanntgeworden war dies alles durch eine Meldung des Züricher »Vertraulichen Schweizer Brief«, der gemeldet hatte, zwei hochrangige Mitarbeiter des Moskauer Präsidialrates hätten diese Idee Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher schmackhaft machen wollen. Doch der Liberale sei, so der »Vertrauliche«, »prinzipiell dagegen, das Problem der deutschen Ostgebiete überhaupt anzurühren. Deutschland wolle angesichts der Probleme in den neuen Bundesländern Ostpreussen nicht einmal geschenkt«.

Nun verlautete jedoch aus gut informierten Kreisen der Universität Königsberg, daß die zitierten Berichte den Tatsachen entsprächen und Moskaus Angebot »durchaus ernst gemeint« war. Ein weiteres Indiz für die Glaubwürdigkeit der vorliegenden Informationen, wenn auch nicht unbedingt für die Glaubwürdigkeit der Dementis aus Bonn, sieht etwa der Brucker Kreisrat Carl-Wolfgang Holzapfel in Äußerungen eines hochrangigen Beraters der CDU/CSU-Fraktion in Bonn, die dieser bereits vor zwei Jahren vor internen Kreisen gemacht haben soll. Danach sei ein »zu erwartendes Angebot vom Verkauf Ostpreussens« bereits ernsthaft in diplomatischen Kreisen Moskaus »im Gespräch«.

Diese Informationen kommen aus so viel Quellen, daß an ihnen auch wirklich etwas dran zu sein scheint. Dafür sprechen, wenn man sich im Diplomatengeschwätz etwas auskennt, auch Bonner Stellungnahmen. Umso ungeheuerlicher ist dann, daß der Bundesaußenminister – wohl in Absprache mit Kohl – dies »mir nichts, dir nichts« ablehnt und es noch nicht einmal für Wert erachtetn, den höchsten Souverän, nämlich das Volk, hierüber zu informieren.

Die deklaratorische Formel

Kreisrat Holzapfel sah hiergegen einen Verstoß gegen den Amtseid, den Genscher vor dem Bundestag abgelegt hatte, und erstattete Anzeige gegen Genscher. Begründung: Laut Amtseid ist jeder Minister verpflichtet, laut Artikel 64 Absatz 2 des Grundgesetzes »den Nutzen zu mehren und Schaden vom deutschen Volk abzuwenden«. Durch die schroffe Ablehnung habe Genscher gegen diese Auflage verstoßen. Denn, so Holzapfel, es handele sich bei dem Anerbieten der UdSSR keineswegs um eine unfreundliche Maßnahme, sondern vielmehr um eine Möglichkeit, anerkannte Rechtspositionen Deutschlands in friedlicher Form umzusetzen.

Und hieraus entwickelte sich ein peinlicher Skandal, den wohl keiner vorhergesehen hatte. Oberstaatsanwalt Irsfeld lehnte die Verfolgung der Anzeige Holzapfels aber mit der Begründung ab, der Amtseid eines Ministers sei »kein gerichtlicher Eid«. Vielmehr handele es sich bei der Floskel »Ich schwöre« lediglich um eine rein deklaratorische, also erklärende Formel. Diese hat aber nicht die Rechtsverbindlichkeit wie etwa ein vor Gericht abgelegter Eid oder eine Erklärung an Eides statt. Damit steht der Amtseid aber nicht unter der sogenannten Strafbewahrung, das heißt simpel ausgedrückt, selbst wenn man dem abgelegten Eid zuwider handelt, kann man nicht bestraft werden.

Keine Empörung bei den Wählern

Damit stellt sich also die Frage: Was hat dieser Eid überhaupt für einen Sinn? Die Antwort kann nur lauten: Volksverdummung. Denn den Bürgern wird mit Ablegung dieses Eids eine Verbindlichkeit vorgegaukelt, die in dieser Konsequenz überhaupt nicht gegeben ist. Denn weder (auf Bundesebene) der Kanzler noch seine Minister können aus diesem Eid her jemals ins Obligo genommen werden.

Selbst wenn, überspitzt ausgedrückt, ein Minister später mal sagt, ich habe alles aus diesen und jenen Gründen bei Verhandlungen nur das mindeste für Deutschland herausgeholt, aber auf vieles, was machbar gewesen wäre, von vorneherein verzichtet, kann er vom Gesetz her nicht belangt werden. Der Eid ist reine Makulatur und nicht das mindeste wert.

Man kann sich nur wundern, warum dies nicht zu einem Aufschrei der Empörung unter den Wählern geführt hat. Allerdings haben die etablierten Massenmedien auch alles dafür getan, daß dies entweder gar nicht veröffentlicht wird oder wenn, dann nur in einem spöttischen Kontext, nach dem Motto »Ja, ja, der Holzapfel spinnt«.

Von den Politikern wird diese Unverbindlichkeit gerne damit begründet, daß sie im engen Sinne des Wortes gar keine Entscheidungsträger sind, sie von daher auch gar nicht in die Pflicht genommen werden können. Denn jedes Gesetz oder jede wirklich wichtige Entscheidung müßte vom Parlament mehrheitlich abgesegnet werden. Damit trage dann eben auch das Parlament die letztendliche »Verantwortung«.

Damit stellt sich aber das nächste Problem. Wie will man ein Parlament in die Haftung nehmen? Wenn dieses, wie in der Vergangenheit öfters geschehen – etwa eine Verjährung der während des Dritten Reichs stattgefundenen Straftaten mit peinlichen Showprozessen gegen kranke Greise oder kein Stopp der Wiedergutmachungszahlungen –, Entscheidungen trifft, die sich eben nicht zum Nutzen des deutschen Volkes auswirken, sondern ganz im Gegenteil diesem schaden, wen kann man dafür dann in die Verantwortung nehmen? Niemanden!

Folglich ist in Deutschland wie in den anderen Demokratien im übrigen auch, die wunderbare Möglichkeit gegeben, daß vom Volk gewählte Vertreter Politik machen, letztendlich aber keiner hierfür verantwortlich ist. Denn man kann auch nicht einfach sagen, »Gut, dann nehmen wir eben jeden, der dafür gestimmt hat, in Verantwortung«. Zum ersten ist es niemanden nachzuweisen, daß er absichtlich gegen den Nutzen des deutschen Volkes gestimmt hat – wobei dabei wieder Auslegungssache ist, was ist Nutzen und was schadet dem Volk –, und zum anderen gibt es genügend geheime Entscheidungen, wo man nur von den wenigsten weiß, wie sie abgestimmt haben. □

Bonn

Waffen-schiebereien nach Israel

Alfred König

Die Politiker aller im Bundestag vertretenen Parteien haben trotz – zumeist vordergründiger – Differenzen die Bundesrepublik immer als den freiheitlichsten Staat, den es je auf deutschem Boden gab, bezeichnet. Nicht nur die Mißstände in der Asylpolitik, sondern noch viel mehr die jüngst bekanntgewordenen Waffenschiebereien nach Israel lassen den Namen »Bananenrepublik« aber geeigneter erscheinen als den Namen »Bundesrepublik«.

Denn was sich dabei ereignet hat, hat nun beim besten Willen nichts mehr mit einem »geheimen Handeln aus berechtigtem Interesse« zu tun, sondern muß alle an einem Frieden im arabischen Raum bemühten Menschen vor den Kopf stoßen – ganz abgesehen davon, daß hierbei auch gegen schärfste Regelungen wie etwa das Kriegswaffenkontrollgesetz verstoßen wurde, von einer Nichtbefragung des für den Export eigentlich zuständigen Bundessicherheitsrates ganz zu schweigen –.

Zudem wurde das ganze wie eine billige Schmierenkömödie abgewickelt. Vom Bundesnachrichtendienst (BND) als landwirtschaftliche Güter deklariert, fielen der nicht informierten Hamburger Wasserschutzpolizei plötzlich unerklärlich große Ketten und Rohre auf. Bei genauem Hinsehen stellten sich die angeblichen landwirtschaftlichen Geräte dann als Panzer der NVA der ehemaligen DDR heraus.

Als Erklärung wurde angegeben, derartige Lieferungen seien unter befreundeten Geheimdiensten üblich. Die Lieferungen sollen zur Erhöhung der eigenen Verteidigungsbereitschaft Aufschlüsse über den technischen Stand des Gegners geben. Dabei waren die Israelis weniger an den Panzern selber interessiert, diese hatten sie während des Golfkriegs zu hunderten erbeutet. Vielmehr ging es ihnen um die Elektronik und Radartechnik und auf welchen Frequenzen sowjetisches Flugabwehrgerät arbeitet. Auch sollte herausgefunden werden, mit welcher Technik ein Brückenlegegerät welche Hindernisse überwinden kann. Auch die von den Sowjets entwickelten Ideen beim Bau von fahrenden Containern für Führungspunkte im Gefechtsfeld sind für die Israelis von Interesse.

Das Fatale an dieser Lieferung ist, daß sie an einen Staat erfolgt, der die Menschenrechte in Israel und in den von ihm besetzten Gebieten mit Füßen tritt und trotz, etwas überspitzt ausgedrückt, fast schon unzähliger UNO-Resolutionen nicht bereit ist, die gegen jedes Völkerrecht verstoßenden Gebietseinverleibungen rückgängig zu machen. Vielmehr werden trotz scharfer Proteste nicht nur der UN, sondern auch den USA in den besetzten Gebieten immer mehr Siedlungen gebaut und damit alle Friedensbemühungen von vorneherein konterkariert, zumal dort meistens orthodoxe Juden angesiedelt werden, die zu keinerlei Zugeständnissen an die arabische Urbevölkerung bereit sind.

Bonns wenig überzeugende Rolle

Nicht weniger schlimm ist auch der Vertrauensbruch gegenüber der UdSSR. Zwar war sich diese im klaren darüber, daß nach der deutschen (Teil-)Wiedervereinigung die im Besitz der NVA befindlichen sowjetischen militärischen Güter von westlichen Geheimdiensten untersucht und die Geräte in alle Einzelteile zerlegt werden.

Nicht gedacht war aber sicherlich, daß diese dann auch noch an den eigenen Gesetzen und zuständigen Behörden vorbei von unterrangigen deutschen Dienststellen in sogenannte Spannungsgebiete weiterverkauft würden. Erschwerend kommt noch hinzu, daß die Panzer sehr wohl binnen kürzester Zeit wieder gebrauchsfertig gemacht und gegen die arabische Bevölkerung hätten eingesetzt werden können. Damit wird aber das bißchen Vertrauen, das Deutschland nach der wenig überzeugenden Rolle im Golfkrieg spielte, bei diesen Ländern noch weiter verspielt, zumal alle diesbezüglichen Käufe zum Wunsch bestimmter Waffen immer wieder ablehnend beschieden worden waren.

Geradezu grotest wird die ganze Angelegenheit, wenn man bedenkt, mit welcher Härte Deutschland vor und nach dem Golfkrieg seitens der Israelis kritisiert wurde. »Deutsche Gas-Waffen morden 46 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs wieder Juden«, so und ähnlich lauteten viele Überschriften in Zeitungen und Äußerungen vieler Politiker.

Obwohl sich inzwischen herausgestellt hat, daß deutsche Firmen, wenn überhaupt, dann nur den allergeringsten Teil am Export der von den Irakis benötigten Waffen beteiligt waren, viele der gelieferten oder dort selber produzierten Dinge sehr wohl auch für nichtmilitärische Zwecke geeignet waren und auch eingesetzt wurden, gab es bis heute keinerlei Entschuldigungen seitens der Regierung des Judenstaates bei deutschen Stellen. Vielmehr wurde nach Hilfe zum Wohnungsbau in großer Milliardenhöhe angefragt.

Der Handel begann bereits 1967

Nun mußte seitens der Bundesregierung zugegeben werden, daß die nunmehr aufgedeckten Lieferungen nicht die bislang einzigen an Israel waren. So wurden bereits seit Oktober 1990 unter anderem zwei Schiffsraketen »zu Testzwecken« nach Israel geliefert. Zuvor und danach soll ebenfalls zwischen Deutschland und Israel reger Handel auf diesem Gebiet geherrscht haben. Laut BND soll dieser sogar schon 1967 begonnen haben!

Der verantwortliche Leiter auf der Hardthöhe (dem Sitz des Bundesverteidigungsministeriums), Brigadegeneral Georg Bautzmann, hat eigenem Bekunden zufolge einen Beschluß des Bundessicherheitsrates »nicht für relevant« gehalten, da die Waffen nur »leihweise« und in kleinen Mengen nach Israel gebracht werden sollten.

Man kann sich nur fragen, ob diese Naivität echt oder nur gespielt ist? Gerade wer die israelische Geschichte mit ihren »Präventivschlägen« kennt, der muß wissen, daß die Israelis unter Umständen sehr wohl dazu bereit sein könnten, ist der entsprechende Code erst einmal geknackt, einen neuen »Präventivschlag« vorzubereiten und dann auch auszuführen.

Hinzu kommt noch, daß Israel nach Analyse des Aufbaus dieser Waffen ohne Probleme dazu in der Lage wäre, diese nachzubauen. Alleine aus diesen beiden Gründen, denen noch weitere folgen könnten, ist eine Lieferung nach Israel nicht dem Frieden dienlich, sondern nur der weiteren Unterdrückung der Araber in diesen Gebieten.

Überzogen scheint es jetzt aber von der Opposition, den Kopf vom Bundesverteidigungsminister Gerhard Stoltenberg zu fordern. Sicher ist aber, daß Stoltenberg lediglich gewisse Kompetenzen bei der Finanzierung der Bundeswehr zuzugestehen sind. Bei den eigentlichen Kerngebieten, dem Militär also im engeren Sinne, erscheint er restlos überfordert und vollkommen von seinen Beratern abhängig. Dieses hat sich in der Vergangenheit mehrfach gezeigt.

Wenn »ein Kopf zu rollen hat«, dann der von BND-Chef Konrad Porzner, der der SPD angehört. Denn dieser ist der eigentliche Verantwortliche in der Affäre, da die Lieferung der ehemaligen NVA-Waffen von seinen Untergebenen unter Umgehung aller gesetzlichen und internen Dienstvorschriften erfolgen sollte. □

Revisionismus

Hat Preußen wieder eine Zukunft?

Emil Schlee

Wer heute eine solche Frage stellt, muß damit rechnen, daß er nicht nur erstaunt angesehen, sondern auch für etwas »verrückt« gehalten wird. Denn die Umerziehungsmaßnahmen der Sieger-, Besatzungs-, Kontroll- und Schutzmächte sowie die von ihnen abhängigen deutschen Lizenzträger auf allen Ebenen des öffentlichen Lebens seit 1945 sorgen mit allen Mitteln dafür, daß in der »veröffentlichten Meinung« Preußen möglichst zum Schimpfwort wurde und als Staatsgebilde für immer verschwinden soll.

Alle diese Negativkräfte in und außerhalb Deutschlands, die in großer Zahl unter den Politikern, Intellektuellen, Literaten, Redakteuren, Kirchenvertretern und Gewerkschaftsführern anzutreffen sind, scheinen vergessen zu haben, daß in der funktionierenden Demokratie das Volk der eigentliche Souverän ist, von dem alle Macht ausgeht und auszugehen hat; daß Idealismus, Wahrheit, Glaubhaftigkeit, Geschichte und Tradition, Selbstbewußtsein und Gelassenheit die in die Zukunft tragenden Kräfte eines Volkes sind, deren Fehlen aber den Untergang eines Volkes in Materialismus, Egoismus, Maßlosigkeit und Pessimismus bedeutet und zur Folge hat.

Wer ahnungslos ist, bleibt ahnungslos

Vergessen ist auch, daß man ohne geschichtliche Grundkenntnisse, ohne Geschichtsbewußtsein und Traditionspflege keine Vision, keine Perspektive, keinen Weg für die Zukunft, in die Zukunft entwickeln oder finden kann, denn wer geschichtslos ist, ist gesichtslos, wer ahnungslos ist, bleibt auch ahnungslos.

Ein Volk ist eine Abstammungs-, Sprach- und Kulturgemeinschaft, das durch den gemeinsamen Willen, sich friedlich einen freiheitlichen Staat in einer europäischen Friedensordnung aufzubauen, zur Nation, also zur Willensgemeinschaft wird, die mit einer sogenannten »multikulturellen Gesellschaft« heutiger, oberflächlicher Denkungsart nichts gemein hat. Ich gehöre keiner »Gesellschaft«, ich gehöre dem deutschen Volke an!

Friedrich II., der Große (1712 bis 1786), von seinem Volk »Der Alte Fritz« genannt.

Als in Mecklenburg geborener Bekenntnispreuße und auch aus geschichtlicher Kenntnis und langjähriger politischer Erfahrung halte ich die Frage, ob Preußen noch oder wieder eine Zukunft hat, für durchaus sinnvoll und berechtigt und möchte allen von der heilbaren Krankheit des Pessimismusses befallenen Zeitgenossen zwei nachdenkenswerte Aussagen zweier in Deutschland nicht ganz unbekannten Persönlichkeiten entgegenhalten:

Ben Gurion, mit nur zweijähriger Unterbrechung seit Ausrufung des Staates Israel am 14. Mai 1948 bis 1963 amtierender ehemaliger Ministerpräsident jenes Landes, machte die erfahrungsschwere Aussage: »Wer nicht an Wunder glaubt, ist kein Realist!«

»Realisten« mit verkürzten Perspektiven

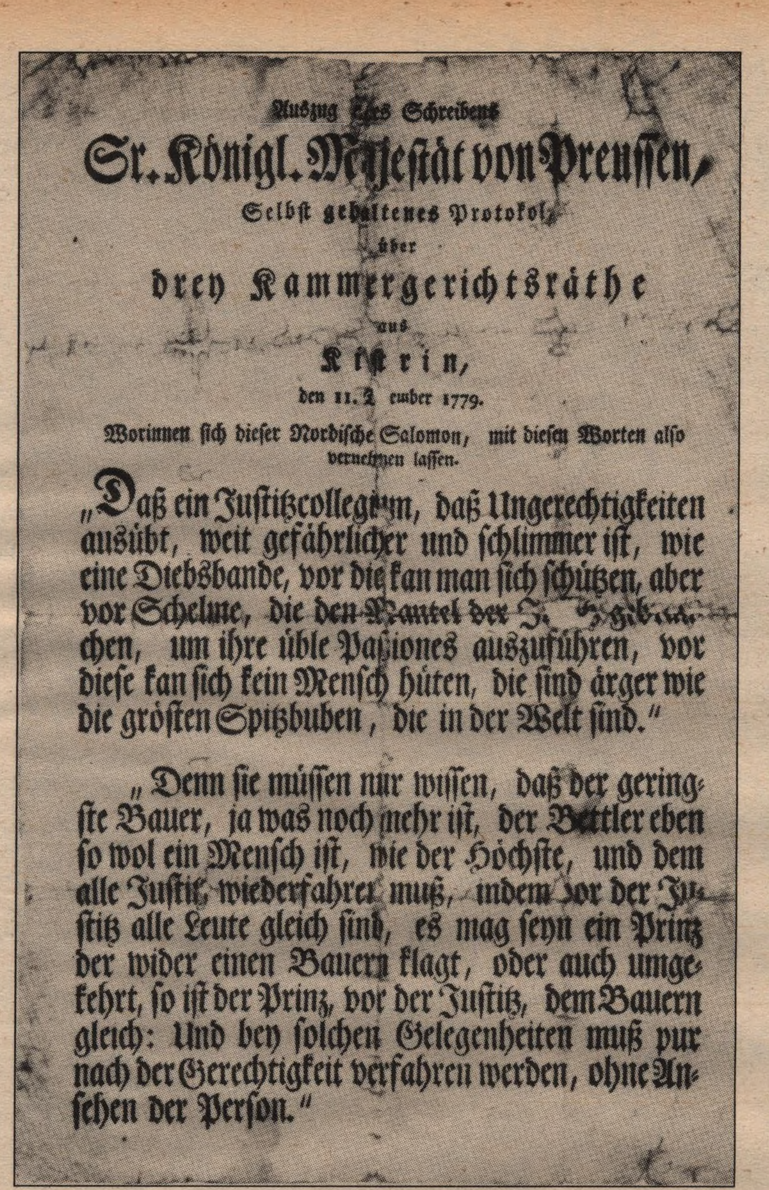
Und Dr. Herbert Kremp, ehemals Chefredakteur der Zeitung »Die Welt«, seit 1987 Chefkorrespondent dieser Zeitung in Brüssel, meinte ebenfalls: »Wer das Unmögliche nicht denkt, verkürzt seine Perspektive!«

Haben uns Deutschen nicht gerade die letzten zwei Jahre gelehrt, wie richtig und wahr beide vorstehenden Aussagen sind, wie wenig »Realisten« es bei den politischen Verantwortungsträgern gibt, denen man auch noch nachsagen muß, daß sie mit »verkürzten Perspektiven« herumlaufen.

Diese »Rote-Teppich-Ausroller« und »DDR-Anerkennungs-Bereitwilligen« wollten nicht glauben oder wahrhaben, daß der sogenannte »DDR-Staat« samt Mauer und Stacheldraht, trotz Kommunismus in der Sowjetunion und in deren Satellitenstaaten überhaupt und so schnell zusammenbrechen und verschwinden könnte.

Sie haben sich auch nicht vorstellen können oder wollen, daß in Deutschland als Ganzem die deformierte politische Nachkriegslandschaft aufbrechen würde, die als erledigt betrachtete »deutsche Frage« wieder auf die sogenannte »Tagesordnung der Weltpolitik« gesetzt werden könnte, daß sich die politischen Schwerpunkte in Deutschland, in Europa und in der Welt so schnell und einschneidend verlagern würden.

Und weil unsere gegenwärtigen politischen Führungskräfte in Deutschland nicht an »Wunder« glauben, auch nicht dafür arbeiten, das »Unmögliche« nicht mitdenken oder mitbedenken und daher keine Weitsichtperspektive entwickeln in der Lage sind, aus diesem Grunde auch den Tiefgang der auf uns zukommenden Umbrüche und schnelle Veränderungen nicht erkennen; deswegen ahnen und spüren sie wohl auch nicht, daß in dieser Zeit alle grundgesetz- und völkerrechtswi-



Auszug des Schreibens

Sr. Königl. Majestät von Preussen,

Selbst gehaltenes Protokol,

über

drey Kammergerichtsräthe

aus

Küstrin,

den 11. [illegible]ember 1779.

Worinnen sich dieser Nordische Salomon, mit diesen Worten also vernehmen lassen.

„Daß ein Justitzcollegium, daß Ungerechtigkeiten ausübt, weit gefährlicher und schlimmer ist, wie eine Diebsbande, vor die kan man sich schützen, aber vor Schelme, die den Mantel der J[illegible]chen, um ihre üble Passiones auszuführen, vor diese kan sich kein Mensch hüten, die sind ärger wie die grösten Spitzbuben, die in der Welt sind."

„Denn sie müssen nur wissen, daß der geringste Bauer, ja was noch mehr ist, der Bettler eben so wol ein Mensch ist, wie der Höchste, und dem alle Justitz wiederfahren muß, indem vor der Justitz alle Leute gleich sind, es mag seyn ein Prinz der wider einen Bauern klagt, oder auch umgekehrt, so ist der Prinz, vor der Justitz, dem Bauern gleich: Und bey solchen Gelegenheiten muß pur nach der Gerechtigkeit verfahren werden, ohne Ansehen der Person."

Flugblatt vom 11. Dezember 1779 mit den Worten Friedrichs des Großen über die Gleichheit vor dem Gesetz.

drigen Verträge, Abmachungen und Urteile das Papier nicht wert sind, worauf sie geschrieben stehen, weil sie von den politischen Ereignissen zukünftig einfach überholt, überrollt werden.

Im Zuge der Vorboten der sich abzeichnenden großen Veränderungen und Entwicklungen in diesem letzten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts und Jahrtausends und darüber hinaus erleben wir gegenwärtig den beginnenden Zusammenbruch der Sowjetunion als letztem europäischen Kolonialreich, daß Rußland, will es als europäischer Staat überleben, in allen seinen Teilen, gerade auch dem sibirischen, aufgeben muß. Will es seinem Volk einen europäischen Standard aufbauen, muß es seine Kolonien abbauen.

Die Sehnsucht und Forderung der Menschen

Im Zusammenhang hiermit bricht auch der seit Bestehen gegen alle Regeln der Humanität und des Völkerrechts verstoßende Kommunismus mit seinem Kernstaat zusammen, der nur deswegen solange überleben konnte, weil die westliche Welt – ob bewußt oder aus Furcht – ihn immer wieder am Leben erhielt. Dieses insgesamt für Europa und die Welt überragende Ereignis verschiebt im noch nicht abschätzbaren Maße ganz erheblich die politischen Gewichte: Das Gleichgewicht der beiden Weltmächte USA und UdSSR ist ins Wanken geraten. Die von Roosevelt benötigte und daher geförderte Sowjetunion hat in Europa ihre Schuldigkeit getan und kann gehen.

Die durch zwei Weltkriege zu Mittelmächten abgesunkenen ehemaligen europäischen Großmächte verlieren weiter an Bedeutung.

Die Europäische Gemeinschaft erlebt eine politische Schwerpunktverschiebung, auf die sie so nicht vorbereitet war, und steht vor schwierigen Problemen mit auch existenziellen Fragestellungen.

Deutschland gewinnt an Boden und Gewicht, seine Zurücksetzung, Bevormundung und Kontrolle werden nicht zu halten sein, die Rückgabe der Akten und Archive des Deutschen Reiches wird unvermeidbar, die Vorenthaltung der Selbstbestimmung und vollen Souveränität wird langsam zum politischen Skandal.

Die Sehnsucht und Forderung der europäischen Menschen und Völker, Nationen und Staaten nach Wahrheit und Gerechtigkeit, nach Selbstbestimmung und Souveränität, nach Freiheit und Frieden werden immer stärker und unabwendbarer werden.

Bilanz: »Friedens«-Diktaten und »demokratischen« Gewaltherrschaften, künstlichen Staatsgebilden und Lizenz-Regierungen, Umerziehungsmärchen und Wahrheitsunterdrückungsmaßnahmen wird die Luft ausgehen. Man kann heute auf Dauer keine Staaten, die von ihren Völkern und Nationen als Abstammungs- und Willensgemeinschaft berechtigt gewollt werden, willkürlich unterdrücken, aufteilen oder verbieten.

Die Demokratie auf dem Prüfstand

Diese Feststellung gilt neben den zahlreichen Beispielen hierfür in aller Welt gerade auch für den mitteleuropäischen sowie den ost-mitteleuropäischen Raum und zeigt seine Gültigkeit ebenso am Beispiel der Geschichte und Entwicklung in Polen, in den drei baltischen Staaten, in der Tschechoslowakei und an Jugoslawien und wird sich auch am Beispiel Deutschland als Ganzem und hierin auch an Preußen als richtig erweisen. In der hier angeschnittenen Frage stehen Selbstbestimmung und Menschenrecht, Glaubwürdigkeit und Existenz der Demokratie auf dem Prüfstand und auf dem Spiel.

Bezüglich der Zukunftchancen Preußens in der sich heute schnell wandelnden Welt mag eine Aussage von Professor Hans-Joachim Schoeps im Nachwort seines Buches »Das war Preußen« (1968) zum eigentlichen Thema die Einleitung geben. Dort steht zu lesen:

»Der ehemalige Staat Preußen, dessen Territorien heute viergeteilt sind: zwischen Rußland, Polen, sowjetisch besetzte Zone Deutschlands und Bundesrepublik Westdeutschland, ist in einer ähnlichen Lage wie Polen zwischen 1795 und 1918.

Polen ist wiedererstanden, weil die Staatsidee über ein Jahrhundert hin am Leben blieb.

Es könnte sein, daß Europa an Preußen Ähnliches erleben wird, da sich eine historische Wirklichkeit nicht verbieten oder auflösen läßt.

Preußen ist heute eine anonyme Macht. Aber eine Macht, die wächst und die wirksamer ist als viele andere Kräfte im heutigen Tagesgeschehen.«

»Als ideelle Position ist Preußen höchst lebendig!« Diese bedeutungsvollen Aussage von Professor Schoeps möchte ich im Interesse dieses Themas eine ebenso gewichtige Erklärung des früheren Bundestagspräsidenten Hermann Ehlers zur Seite stellen, die dieser im Rahmen seiner Ansprache anläßlich der Veranstaltung zum Reichsgründungstag 1953 in Berlin gemacht hat. Sie lautet: »Wie die Geschichte auch laufen mag, wir werden auch das preußische Selbstbestimmungsrecht so ernst zu nehmen haben, daß den Menschen des Landes, das einst Preußen war, insbesondere den Menschen aus dem deutschen Osten, die Entscheidung darüber ausschließlich vorbehalten bleiben muß, in welcher staatlichen Form sie leben wollen.

Niemand kann ihnen diese Entscheidung abnehmen, keiner darf sie ihnen, aus welchen Gründen auch immer, präjudizieren. Die einzigen legitimen Richter

Revisionismus

Hat Preußen wieder eine Zukunft?

über das preußische Land um Magdeburg und in der Mark, in Pommern, Schlesien und Preußen, sind die Menschen, die ein Recht auf ihre Heimat haben!«

Diesen Aussagen und Forderungen ist nichts hinzuzufügen! Sie haben ihre Berechtigung und Verlangen unsere Unterstützung.

Endgültige Regelung der noch offenen Fragen

Ihnen stehen auch keine grundgesetzliche Bedenken entgegen, denn: Das Deutsche Reich ist 1945 nicht untergegangen, wie die Siegermächte selbst erklärt haben, existiert also weiterhin fort, besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, wie auch das Bundesverfassungsgericht in mehreren Urteilen festgestellt hat, und wird erst durch einen Friedensvertrag, der immer noch aussteht und durch keinen anderen Vertrag ersetzt werden kann, eine endgültige Regelung der heute noch offenen Fragen erfahren.
Das gesamte deutsche Volk bleibt weiterhin aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden; ein Auftrag, der durch keine Grundgesetz- oder Präambelmanipulation erlöschen kann, denn die territoriale Reichweite des Wiedervereinigungsgebots umschließt nach einem Gutachten des Völkerrechtlers Professor Klein aus Mainz alle Gebiete, die nach dem Stand vom 31. Dezember 1937 zu Deutschland gehören, wobei das ehemalige Mitglied des damaligen parlamentarischen Rates, Hermann von Mangoldt, der auch den maßgebenden Kommentar zum Grundgesetz verfaßt hat, bekundete, daß der Parlamentarische Rat bewußt von der Identität mit dem nicht untergegangenen Deutschen Reich ausging.

Hier soll auch erwähnt werden, daß der bekannte Völkerrechtler Professor Blumenwitz 1978 bewußt die Feststellung traf, daß die Bundesregierung zwar die besatzungsrechtliche Regelung von »Deutschland in den Grenzen vom 31. Dezember 1937« akzeptiert habe, damit aber der »gesamtdeutsche Souverän« nicht gebunden werden kann, sondern streng genommen in einem Friedensvertrag mit Deutschland



Preußen prägten auch die Großen der Geisteswissenschaften wie der Philosoph Immanuel Kant.

auch die Probleme des Sudetenlandes, des Memellandes und Danzigs behandelt werden müßten.

Von Professor Blumenwitz kommt auch die Aussage (1982), »daß die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges ihre Befugnis über Deutschland nicht aus dem Recht, sondern abweichend vom allgemeinen Völkerrecht allein aus dem Sieg herleiten.«

Der gesamtdeutsche Souverän hat das endgültige Sagen

Von welchem »Recht« oder »Sieg« her die heutigen Politiker in Bonn den Verzicht auf ein Drittel deutschen Gebietes im deutschen Osten ableiten oder das Bundesverfassungsgericht die völkerrechtswidrige Enteignung privaten Besitzes und Eigentums deutscher Bürger rechtfertigen will, wird der gesamtdeutsche Souverän, das deutsche Volk, sicherlich noch einfordern.

Auch das Kontrollratsgesetz von 1947 ist kein »amtlicher Totenschein des Staates Preußen«!

Einmal abgesehen von den historisch unhaltbaren Unterstellungen und Behauptungen im Vorspann dieses Gesetzes, heißt es immerhin in Artikel 2, Satz 2: »Die Bestimmungen dieses Artikels unterliegen jeder Abänderung und anderer Anordnungen, welche die alliierte Kontrollbehörde verfügen oder die zukünftige Verfassung Deutschlands festsetzen sollte.«
Stalins Deutschland-Karte in Teheran sah für die Nachkriegszeit ein Preußen-Land vor, das das nördliche Mitteldeutschland – mit Mecklenburg, Sachsen-Anhalt – und Ostdeutschland – mit Brandenburg, Pommern, Schlesien, aber ohne Ostpreußen – vorsah. Den restlichen Teil Mitteldeutschlands faßte er in »Sachsen« zusammen.

Rußland war gegen den Auflösungsbeschluß des Kontrollrats von 1947.

Auch hier hat der »gesamtdeutsche Souverän« noch das endgültige Sagen. Das bestätigte auch der Kommentar der Moskauer Nachrichtenagentur »Tass« vom 25. Februar 1947, daß der Kontrollratsbeschluß über Preußen »geändert werden kann, wenn das von der alliierten Kontrollbehörde gewünscht wird oder wenn dies in der zukünftigen Verfassung Deutschlands vorgesehen sein wird«. Über Auflösen und Fortbestehen, über ein Weiter- oder Wiederbestehen Preußens, über die Zukunft Preußens kann noch und muß noch vom Souverän bestimmt und entschieden werden.

Es ist daher gar nicht so ungewöhnlich, wenn »Das Ostpreußenblatt« vom 2. Februar 1991, Seite 4, unter der Überschrift »Gibt es bald wieder ein Land Preußen« eines Beitrages von Helmut Kamphausen, davon berichtet, daß der brandenburgische Ministerpräsident Manfred Stolpe (SPD) Überlegungen angestellt habe, »wonach eines Tages aus dem Land Brandenburg wieder Preußen werden könnte«, sich Louis Ferdinand Prinz von Preußen solchen Ansichten »voll und ganz« angeschlossen habe, der Historiker und Publizist Wolfgang Venohr von einer »glänzenden Idee« sprach und anregte, daß man Sachsen-Anhalt hinzunehmen sollte, und meinte außerdem:

»Ein solches Land Preußen mit sechs Millionen Einwohnern und der Landeshauptstadt Potsdam könnte – auch ökonomisch – eine große, positive Rolle in Deutschland spielen; wie es sich für diesen verpflichtenden Namen gehört.«

Eine Vereinigung »Freistaat Brandenburg-Preußen e.V.« wurde auch schon gegründet, der Vorsitzende, Dr. Hermann Knaack, erklärte, daß die Mitglieder der Vereinigung »den Zusammenschluß der Länder Brandenburg und Sachsen-Anhalt und des vorpommerischen Teils

des Landes Mecklenburg zu einem Bundesland Freistaat Brandenburg-Preußen« im Auge hätten.

Auch Hans-Dietrich Sander hat in den von ihm herausgegebenen »Staatsbriefe« (Heft 12/1990) für die Wiedereinführung des Ländernamens »Preußen« wie folgt plädiert:

Der Name Preußen liegt auf der Straße

»Der Name Preußen liegt auf der Straße und wartet, daß wir ihn aufheben. Da es die brandenburgische Regierung bei der Neukonstituierung der Länder, die seit 1952 in Bezirke aufgeteilt waren, nicht getan hat, wäre es die Angelegenheit eines Drucks von unten, der im letzten Jahr schon einiges bewirkt hat: nämlich den Zusammenbruch der DDR. Eine Zurücktaufung Brandenburgs wäre ein solches politisches Sakrament, dessen Initationskraft wir bedürfen, um uns für die bevorstehenden Jahre zu wappnen.

Ich plädiere, den Ländernamen Preußen wiedereinzuführen – als symbolischen Auftakt zur Tilgung der alliierten Altlasten, die bezwecken, Deutschland als Subjekt in der Weltpolitik auszuschalten – als Entrada für den einer neuen deutschen Politik, die, wie die Politik aller anderen Länder, vorrangig dem eigenen Interesse folgt und in der Interessenabwägung mit anderen Ländern sich von ihnen nicht den Kurs der eigenen Politik diktieren läßt – als Vollbremse für den frechen Separatismus der westdeutschen Bundesländer, der im Begriff ist, auf die mitteldeutschen überzugreifen – als Hebel gegen die sich in Bonn einigelnde, an der Westbindung festhaltende Bundesregierung – als Basis für eine neue Osteuropapolitik, deren oberstes Ziel ist, den deutschen Osten zurückzugewinnen – als pièce de resistance gegen Eurokratie und Multikultur, denn Preußen war kein multikulturelles Gemeinwesen, sondern ein Staat, der verstand, mit Minderheiten umzugehen, sich von ihnen nicht aufweichen ließ, sondern ihnen seinen Stil aufprägte, ohne ihre Identität zu löschen – als Fundus für die Wiedererweckung des deutschen Staatsbewußtseins – als Reinigungsquell für den von Ichsucht, Wohlstand und Dekadenz verschmutzten deutschen Volksgeist – als Anreiz zur Wiederannahme verworfener Haltungen: dienstbereit, diszipliniert, pflichtbewußt, verantwortungsfreudig, wehrwillig, anspruchsvoll in der Sache, anspruchslos in der Person – als Stimulans für die Wiederkehr eines öffentlichen Ethos, der den Deutschen in den Nachfolgestaaten des Reiches ausgetrieben wurde – als Mobilisierungssignal, um die dringend gebrauchte Gegenelite zu versammeln – als Wegweiser einer Entwicklungspolitik für die neuen Bundesländer nach dem Modell der preußischen Kolonisierung erworbener Gebiete – als Alternative für die nicht korrumpierten SED-Kader anstelle des ungeliebten Kapitalismus – und schließlich auch als ein Reglement, um den Gesamtberliner Sumpf trockenzulegen.
Das alles kann der Impuls auslösen, der zweifellos noch immer im Namen Preußen steckt. Gelingt es, ihn als Ländernamen zu reaktivieren, wird er in dem Maße, wie das Scheitern des Unternehmens Bundesrepublik, wie Günter Maschke sagen würde, im Vereinigungsprozeß offenbar wird, den preußischen Typus wiederaufstehen zu lassen, den seine Feinde in den Dreck traten: jene Symbiose aus Athen und Sparta, aus Apollo und Dionysos, in der sich klassische und militante, gebändigte und urtümliche Elemente kreuzten.

Heute brauchen wir nur noch den Impuls, den das politische Sakrament der Umtaufung des Landes Brandenburg in das Land Preußen bietet.«

Der Preuße weiß, daß es um Deutschland geht

Wenn man neben vielen anderen historischen, politischen, ideellen, wirtschaftlichen und sonstigen Argumenten, die die Gründungsidee eines solchen Preußenstaates gerade in heutiger Zeit stützen würden, anmerken kann, daß die Parteiverdrossenheit ständig steigt, und auch die Nichtwählerschaft bei über 30 Prozent liegt, daß das Bedürfnis nach Sicherheit, Recht, Ordnung, Geborgenheit im Sinne des preußischen Tugendkatalogs im Wachsen begriffen ist, schon 1987 bei einer Meinungsumfrage des Bayerischen Rundfunks sich 51 Prozent der älteren Hörer und sogar 57 Prozent der jüngeren Hörer für die Wiedereinführung der Monarchie in Deutschland aussprachen, und sich 1991 bei einer Umfrage eines Meinungsinstituts mit der Frage, ob die Bürger in der Bundesrepublik Deutschland an der Spitze des Staates einen Bundespräsidenten oder lieber einen Monarchen sehen möchten, 59,1 Prozent sich für einen Monarchen aussprachen, – dann wird deutlich, daß sich die politischen Parteien gar nicht so sehr in Sicherheit wiegen sollten, daß selbst monarchische Vorstellungen immer stärkeren Zuspruch finden und die Ablehnung Bonner Politik im Umgang mit dem deutschen Volk ständig wächst.

Die Frage, ob Preußen wieder eine Zukunft hat, ist berechtigt, notwendig und durchaus offen und liegt in der Hand des »gesamtdeutschen Souveräns«.

Auch die »deutsche Frage« wird solange offen bleiben, bis eine gerechte Regelung in einem Friedensvertrag für Deutschland gefunden worden ist.

Vergessen wir nicht: »Wer nicht an Wunder glaubt, ist kein Realist!« »Wer das Unmögliche nicht denkt, verkürzt seine Perspektive!«

Und oft sind die Träume von heute die Wirklichkeiten von morgen. Die Zukunft bringt und gibt uns nichts! Wir sind es, die ihr alles geben müssen! Der Preuße weiß, daß es um Deutschland geht! □

Karikatur auf die Beschneidung der Pressefreiheit.

Moskaus Politik mit den Kurilen

Die sowjetische Tageszeitung »Isvestia« verkehrte die langjährige Moskauer Politik ins Gegenteil und erkannte die japanischen Ansprüche auf die Kurilen-Inseln effektiv an. Die Zeitung veröffentlichte Dokumente aus der Zarenzeit Rußlands, mit denen die Behauptung, daß die vier Inseln tatsächlich Japan gehören, untermauert werden. Die Zeitung schrieb, daß das sowjetische Außenministerium die Dokumente ausfindig gemacht und »Isvestia« beauftragt habe, sie zu veröffentlichen. Die Zeitung hob hervor, das sowjetische Volk sei jahrzehntelang mit falschen Informationen über die Kurilen indoktriniert worden.

Die Inseln wurden in den letzten Tagen des Zweiten Weltkriegs von den sowjetischen bewaffneten Streitkräften besetzt, und die Sache war seitdem ein Stolperstein für die diplomatischen und finanziellen Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Japan und die Sowjetunion unterzeichneten nach dem Kriege wegen der Kurilen-Frage niemals einen Friedensvertrag.

Das wichtigste von »Isvestia« veröffentlichte Dokument ist eine geheime handschriftliche Anweisung von Zar Michael I. an Admiral Graf Putyatin zu Verhandlungen mit den Japanern. Rußland versuchte seinerzeit, Zugang zu Japan zu bekommen, im Kielwasser der Briten und Amerikaner. Dem Admiral wurde befohlen, den Japanern mitzuteilen, daß die Grenzen auf den Kurilen nördlich von Iturup und südlich von Yurup verlaufen sollten, worauf Japan immer bestanden hatte.

Inzwischen verkündete Japan ein Hilfspaket in Höhe von 2,5 Milliarden Dollar an die Russen, wodurch es seine frühere Politik revidierte. Ein japanischer Sprecher sagte, die Inseln seien für die Beziehungen zu Moskau kein Hindernis mehr, und der Wendepunkt in der Situation sei der gescheiterte Staatsstreich gewesen. Laut dem Londoner »Guardian« war auch eine japanische Delegation in den sowjetischen Fernen Osten gereist, um die dortige Nahrungs- und Arzneimittelsituation zu untersuchen. □

Europäische Firmen bauen drittgrößten Staudamm

Italienische, deutsche und französische Firmen sollen in einer Partnerschaft mit China in der Provinz Sichuan den drittgrößten Staudamm der Welt bauen. Dies stellt eine bemerkenswerte Abkehr von der Arbeitskräfte-Intensität dar, von der Auslandsinvestitionen in China beherrscht werden. Die Weltbank verleiht beinahe die Hälfte der 1,9 Milliarden Dollar, die für den Bau des 240 Meter hohen großen Staudamms am Yalong, der nur wenige Meter niedriger als der höchste Staudamm in der Sowjetunion sein wird, benötigt werden.

Dumez International und GTM International (Frankreich), Impreglio SpA und Torno (Italien) und Philip Holzmann AG und Hochtief AG (Deutschland) unterschrieben im August 1991 den Vertrag mit Premierminister Li Peng.

Das Projekt wird über 550-Megawatt-Generatoren verfügen, berichtet die Agence France Presse. »Die Jahreserzeugung wurde auf die Hälfte der Energieerzeugung der Provinz festgelegt, immer noch weit unter dem Bedarf.« □

AID kritisiert Nahrungsmittel-Verteilung

US-Agency for International Development (AID) und ortsansässige peruanische Geschäftsleute protestieren gegen die Tatsache, daß der Generaldirektor der H.B. Fuller Co., Bernando Wagner, eine kostenlose tägliche Abgabe von Haferbrei mit hohem Proteingehalt an Tausende von armen peruanischen Kindern eingerichtet hat. Ein peruanischer Geschäftsmann, der in der Peruvian-American Chamber of Commerce tätig ist, lamentierte: »Ich bin gegen die Ausgabe von Nahrungsmitteln. Alles, was man damit erreicht, ist, daß diese Menschen noch mehr Kinder in die Welt setzen.«
US-AID hat bislang noch nicht entschieden, was offiziell über Fullers Programm gesagt werden soll, da die Organisation »Selbsthilfe«-Programme bevorzugt. Ein Offizieller von AID sagte: »Wir sind dazu verpflichtet, die Gemeindeorganisationen bei ihren eigenen Initiativen zu unterstützen ... die gelegentlich eine weniger wirksame Art und Weise sein können, mit dem Nahrungsmittelproblem fertig zu werden, aber wir glauben, daß sehr viel damit gewonnen werden kann, wenn die Menschen ihre Methoden selbst entwickeln.«

Hat Fuller das nicht getan? Er erklärte: »Ich bin ein Kapitalist, aber die Art von Kapitalismus, die ich hier sehe, ist eine Ungeheuerlichkeit... Die erste Priorität besteht darin, diese Kinder zu ernähren. Dies auf eine sozial annehmbare Art und Weise zu tun ist wunderbar, aber das ist zweitrangig.« □

Öko-Faschisten verzögern Projekte

Verzögerungen bei Projekten in der Provinz Quebec, Kanada, wurden von dem Industrieführer Richard Le Hir, Chef der Manufacturers' Association in Quebec, auf die »Öko-Faschisten« geschoben. Indem er einige Umweltschutzgruppen als »Öko-Faschisten« brandmarkte, schlug er vor, daß »unverantwortliche« Umweltschützer, die auf »Furcht statt auf Tatsachen« beruhende Informationen verbreiten, von den Sitzungen des provinziellen Office of Public Hearings on the Government (BAPE) ausgeschlossen werden, schrieb die »Montreal Gazette«.

BAPE wies kürzlich auf dringendes Verlangen von Umweltschutzgruppen, darunter Greenpeace, ein Soligaz-Erdgasprojekt in Varennes, Quebec, in der Größenordnung von 230 Millionen Dollar, als unsicher für die Bewohner zurück, obwohl sich ähnliche Einrichtungen in Frankreich als völlig sicher erwiesen haben.

Indem sie ihre Sorgen über sehr viele verlorene Arbeitsplätze und den entstandenen Schaden für die Wirtschaft, die sich aus der Taktik der Umweltschützer ergeben, zum Ausdruck brachten, machten die Hersteller in Quebec acht Vorschläge dazu, wie die Vorstöße von BAPE vereinfacht werden können. »So sehr wir wünschen, daß Quebec grün bleibt, dürfen wir es andererseits nicht zulassen, daß es ein ›Wirtschaftsgemüse‹ wird«, sagte Le Hir. □

Katholiken kritisieren IWF-Plan

Zum ersten Male hat ein katholisches Organ den Internationalen Währungsfonds (IWF), Jeffrey Sachs und sein polnisches Modell namentlich angegriffen und nach einem Infrastruktur-Entwicklungsplan für den Osten aufgerufen. Dieser bisher noch nie dagewesene Angriff auf den IWF erschien in »Il Sabato«, der italienischen Zeitschrift, die oft die Ansichten von Kardinal Ratzinger widerspiegelt.

»Es muß mit äußerster Klarheit gesagt werden, daß die Pläne des IWF für die UdSSR und die Länder des Ostens berüchtigt sind«, schrieb Professor Franco Cardini von der Universität Florenz.

»Das Modell des IWF ist eines, das Polen von dem Harvard-›Eierkopf‹ Jeffrey Sachs auferlegt wurde: Zunächst einmal Bezahlung der Schulden, dann Steigerung der Exporte, auf Kosten der Verlangsamung der Entwicklung der Produktionskapazitäten und des Lebensstandards der Bevölkerung. Die amerikanischen Wirtschaftsberater, die Boris Jelzin und Eduard Schewardnadze so sehr mögen – und Gregorij Jawlinskij schlägt diesen gefährlichen Weg ein – schlagen für die Sowjetunion die gewöhnlichen monetarischen Rezepte vor, die auf der Annahme beruhen, daß der Nennwert des Kapitals wich-

tiger als die reale Wirtschaft sei. Die andere Wunderkur ist Nullwachstum – vielleicht mit Zwangssterilisierung? – und das alte Instrument Adam Smiths, der »freie Markt«. Die neuen russischen Führer erwarten hiervon den Wohlstand; sie werden Chaos und die neue Gefahr eines Bürgerkriegs bekommen.

Das ehemalige Imperium braucht ganz andere Modelle. Es braucht in erster Linie eine Neufestlegung der Infrastruktur für den Transport und die Verteilung der Güter (Eisenbahnen, Kanäle, Strom- und Telefonleitungen), und dann einen geschmeidigen Finanzüberbau, der die Vergabe von Krediten zu niedrigen Zinsen für produktive Investitionen im Lande ermöglicht, die von Steueranreizen flankiert werden und auf eine Weise organisiert werden müssen, die vor allem den kleineren und mittleren Unternehmern zugute kommt.

Die »Europäische Gemeinschaft ist in der Lage, nicht nur Vorschläge zu machen, sondern auch Kapital und technologische Strukturen bereitzustellen. Aber dies alles behindert die Pläne der neuen Weltordnung, die sich fest an die Vereinigten Staaten klammern, also an das – falls wir es vergessen haben sollten – am meisten verschuldete Land der Welt, das vor einer Produktionskrise nach dem Beispiel der Zusammenbrüche des Börsenmarktes und der Großbanken steht. Und dieses Neuland möchte der neu in Erscheinung getretene Liberalismus der ehemaligen Sowjetunion als Weg zur Überwindung ihrer alten Probleme anempfehlen.« □

Banker hoffen, daß Sowjets Schulden bezahlen

»Ungeachtet der fortdauernden Verschlechterung der Binnenwirtschaft und der Veränderungen im politischen Umfeld dürfte die Sowjetunion dieses Jahr in der Lage sein, ihren Schulddienstverpflichtungen nachzukommen«, stellte das Institute of International Finance in einer vertraulichen Studie fest. Um die Zahlungen leisten zu können, müsse die Sowjetunion ihre Einfuhren scharf drosseln und Gold im Werte von fünf Milliarden Dollar verkaufen.

Das Institut ließ verlauten, daß von den Handelsbanken erwartet wird, daß sie ihr Risiko in der UdSSR in diesem Jahr um 11 Milliarden Dollar verringern, zusätzlich zu den Kürzungen von zehn Milliarden Dollar des vergangenen Jahres.

Die Gruppe der Banker rief die Sowjets dazu auf, in Verbindung mit dem internationalen Währungsfonds und der Weltbank »bedeutsame« Wirtschaftsreformen durchzuführen. »Vorhandene Wirtschaftsstrukturen könnten auseinanderfallen«, heißt es in dem Bericht. »Ein plötzliches Zerbrechen des Systems ohne schnell greifbare Alternative wird eine gewaltige Wirtschaftskatastrophe herbeiführen.« □

Chirac für Hilfe an den Osten und die Dritte Welt

Der ehemalige französische Premierminister Jacques Chirac befürwortete auf einer Konferenz der Europäischen Demokratischen Union (EDU), es sei nicht nur »politisch notwendig«, den armen Ländern der Dritten Welt und den neuentstehenden Demokratien des Ostens zu helfen, sondern man muß sie auch »moralisch unterstützen«.

Er rief die Vereinigten Staaten und Japan dazu auf, damit zu beginnen, 0,8 Prozent ihres jeweiligen Bruttosozialprodukts zur Hilfe an die Dritte Welt bereitzustellen. Europäische Länder haben sich bereits zu dieser Summe verpflichtet.

Die EDU setzt sich aus 24 europäischen politischen Parteien zusammen – christlich-demokratische, liberale und konservative. Chirac, Vorsitzender der Gaullistischen Partei (RPR) Frankreichs, Gastgeber der Konferenz, war jedoch die einzige Führungspersönlichkeit, die die tiefgehenden Wirtschaftsprobleme des Südens und des Ostens anschnitt.

Die Neuordnung in Europa muß Stabilität herbeiführen, sagte Chirac. Wenn Europa im Süden, der derzeit ein höheres Bevölkerungswachstum verzeichnet, nicht in der Lage ist, »jenen Ländern dabei zu helfen, Arbeitsplätze im eigenen Lande für die Kinder, die noch geboren werden, zu schaffen, dann werden wir unsere reichen Länder in Europa zu einem außergewöhnlichen Einwanderungsprozeß verurteilen, dessen soziale, politische und strategische Folgen unberechenbar sind«, warnte er.

Was den Osten betrifft, so empfahl er, »die notwendige – und die schnellstmöglichste – Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft unter Einschluß der Demokratien im Osten. Es sei undenkbar, daß wir aus Egoismus oder Mangel an historischem Weitblick die Berliner Mauer mit einer neuen Mauer, der des Geldes ersetzen. »Osteuropa kann nicht »auf die Rolle einer Pufferzone zwischen einem reichen und geschützten Europa der Zwölf und einer ehemaligen UdSSR, arm, überbewaffnet und in voller Revolution, beschränkt werden.« □

Der freie Markt – für Osteuropa zunächst eine Utopie

In seiner Eröffnungsansprache vor der Konferenz der International Labor Organization in Paris, warnte der AFL-CIO-Präsident Lane Kirkland, daß Versuche, »Freie Markt«-Modelle in Osteuropa einzuführen, nichts weiter als eine neue Art der Tyrannei sind.

»Es gibt dort draußen jene Utopisten, die aus der bequemen Position ihrer geregelten und halb-sozialisierten Wirtschaften heraus sich an dem Gedanken zu erfreuen scheinen, den neuen Demokraten eine Art Großexperiment der Ideologie des freien Marktes aufzuerlegen«, sagte Kirkland.

Sich auf den vom Marshall-Plan im kriegsverwüsteten Westeuropa erzeugten Optimismus beziehend, warnte Kirkland: »Wenn jemand damals versucht hätte, sie davon zu überzeugen, daß die Dinge sich zunächst verschlechtern müssen, um schließlich besser zu werden, dann hätten die westeuropäischen Länder dies vielleicht abgelehnt. Sie hätten vielleicht die Ouvertüren Stalins akzeptiert und wären den Schalmeienklängen der Utopie der Arbeiter durch kommunistischen Totalitarismus erlegen.«

»Und doch ist dies genau die Botschaft, die die Arbeiter der ehemaligen kommunistischen Diktaturen heute von den westlichen Demokratien und von den Eliten der internationalen Hochfinanz vernehmen.

Lassen Sie mich darauf hinweisen, daß die Botschaft leninistisch ist. Der Gedanke, daß, um in der Zukunft besser zu werden, etwas zunächst verschlimmert werden muß, ist lediglich eine andere Form des ›revolutionären Defaitismus‹ oder Lenins Dogma, daß eine Diktatur das notwendige Vorspiel zum universalen Königreich der Freiheit sei. Das ist die Doktrin, die die erbarmungslose Jagd nach der Utopie antreibt –, ganz gleich, ob die Rechte oder Linke oder die Liberalen des freien Marktes zum Halali blasen. Auf jeden Fall ist es eine menschenverachtende, antidemokratische und gefährliche Übung, und es liegt in jedermanns bestem Interesse, ihr aus dem Weg zu gehen.

Wir müssen uns ständig daran erinnern, daß Gesellschaften und Staaten unter den Menschen entstehen, nicht um dem gesichtslosen Marktplatz, sondern den Bestrebungen wirklicher Menschen zu dienen. Wenn wir das nicht tun, dann könnte das Ende des Kalten Krieges lediglich die Morgendämmerung eines anderen Krieges zwischen den Menschen und den Agenten und Erfüllungsgehilfen einer anderen Form des ruinösen blinden Eifers ankündigen.« □



BCCI-Bank

Eine Folge des Eurodollar-Debakels

David Hudson

Der Skandal, der um die Bank of Credit and Commerce International (BCCI) entstanden ist und diese zerstört hat, wurde der Öffentlichkeit gegenüber als ein solcher der Wäsche von Drogengewinnen, der Kapitalflucht aus Ländern der Dritten Welt in sichere Finanzhäfen des Westens und der Gefälligkeit zwischen Geheimdiensten und terroristischen Organisationen dargestellt. Diese Behauptungen beruhen zwar alle auf Wahrheit, lassen aber einen größeren und unendlich wichtigeren Punkt außer Acht.

Es handelt sich hierbei um die Fähigkeit der BCCI – und jeder anderen ausländischen Bank mit einer Devisenabteilung – durch Darlehen amerikanische Dollar aus dem blauen Dunst heraus zu schaffen. Bei unserem Schulden-Geld-System ist jeder Dollar, der sich irgendwo in der Welt befindet – mit Ausnahme von Münzen und einer keinen Anzahl von US-Banknoten, die direkt vom amerikanischen Finanzministerium ausgegeben werden –, von einer Bank auf Zinsen – unnötige Zinsen – durch Leihen überhaupt erst entstanden. Und die Darlehensnehmer müssen natürlich die Zinsen zahlen und schließlich das Kapital zurückzahlen.

Geldwäsche war nicht allein das Übel

Das amerikanische Volk weiß und versteht, daß es ein schwerwiegendes Problem der Drogengeldwäsche gibt. Dieses Problem wird amtlicherseits dadurch angepackt, daß bei der rechtmäßigen, alltäglichen Verwendung von Bargeld in der Höhe von über 3000 Dollar oder auch geringerer Beträge, wenn zum Beispiel einem Schalterbeamten die Transaktion »verdächtigt« vorkommt, drakonische Auflagen hinsichtlich der Registrierungs- und Meldepflicht gemacht werden.

Gutinformierte Amerikaner haben Verständnis dafür, daß Bürger der Mittelklasse und wohlhabende Bürger aus Ländern der Dritten Welt ihr Geld nach Übersee, weit weg von der zweifachen Verwüstung durch Besteuerung und Inflation im Inland, transferieren wollen. Alle Amerikaner sind durch Romane, Filme und Fersehshows, in denen die Exzesse sowohl der Geheimdienste als auch der Terroristengruppen in der ganzen Welt dramatisiert werden, verwirrt. Diese Exzesse kosten Geld und erfordern die Kooperation der Banken.

So ist es eher angebracht, über die BCCI unter diesen Aspekten zu diskutieren, mit der Freigabe einer Lawine von technischen Informationen, die der Laie nur schwer verdauen kann. Geldwäsche, Kapitalflucht und schmutzige Tricks, was auch immer ihre entkräftenden Auswirkungen sein mögen, sind für den Laien verständlich, und lenken die Aufmerksamkeit von einem viel größeren Problem ab.

Die Frage der Bankenaufsicht

Dieses größere Problem ist die Fähigkeit ausländischer Banken, amerikanische Dollar durch Verleihen entstehen zu lassen, ohne die völlig unzureichende Überwachung, die amerikanischen Banken durch amerikanische Aufsichtsbehörden zuteil wird. Eine dieser Aufsichtsbehörden ist das Federal Reserve System (Zentralbankwesen), daß den verschiedenen Banken gehört, die es überwachen muß.

Die BCCI wurde 1972 von pakistanischen Bankleuten mit Kapitalbeiträgen von der Bank of America (BofA) und nahöstlichen Investoren ins Leben gerufen. Die BofA verkaufte ihren Einsatz in der Zeit zwischen 1980 und 1982.

Auf dem Höhepunkt ihrer Macht im Jahre 1988 war die BCCI die siebtgrößte Privatbank der Welt, mit einem Kapital von 1,5 Milliarden Dollar und Vermögenswerten (Darlehen) in Höhe von 20 Milliarden Dollar. Die BCCI unterhielt mehr als 400 Filialen in 78 Ländern. Ihre Mutterorganisation war eine Holdinggesellschaft mit Sitz in Luxemburg, wo die BCCI eine Bank betrieb.

Am 13. Oktober 1988 stellte die Londoner »Financial Times« fest: »Die Hauptaufsichtsbehörde der BCCI ist das Luxembourg Monetary Institute, die Zentralbank von Luxemburg«.

Aber sechs Tage später stellte die gleiche Zeitung fest, daß Holdinggesellschaften, darunter die Muttergesellschaft, nicht unter die Kontrolle des Luxembourg Monetary Institute fallen.

»Die Holdinggesellschaft hat zwar ihren Sitz hier in Luxemburg, aber es ist wichtig, sich daran zu erinnern, daß Holdinggesellschaften keine Handelsgeschäfte abwickeln, kein Konto eröffnen, kein Darlehen bereitstellen oder Vermögenswerte kaufen oder verkaufen dürfen«, sagte Jacques Poos, damals Luxemburgs Finanzminister. »Es sind nur Verwaltungseinheiten.«

Da die BCCI Luxemburg als ihren Hauptsitz beansprucht, entzog sie sich effektiv der Beaufsichtigung. Gesetz und Traditionen diktieren, daß Banken, die auf internationaler Basis tätig sind, in bezug auf erforderliche Rücklagen und Kapitalien und damit zusammenhängende Angelegenheiten der Aufsichtspflicht ihres Heimatlandes unterliegen. Amerikanische Großbanken, die in Übersee tätig sind, unterstehen der Aufsichtspflicht amerikanischer Behörden, britische den britischen Aufsichtsbehörden, französische, japanische, italienische und andere Banken den entsprechenden Aufsichtsbehörden ihrer Heimatländer.

Eurodollar aus blauem Dunst

Selbst wenn die BCCI eine luxemburgische Bank wäre, im Gegensatz zu einer luxemburgischen Holdinggesellschaft, die eine von mehr als 400 Filialen in diesem kleinen Land unterhält, wäre es lächerlich, anzunehmen, daß ein Land, das kleiner als Rhode Island ist, mit einer Bevölkerung von 370000, eine aufsichtführende Infrastruktur stellen kann, die ausreicht, um eine Bank von der Größenordnung der BCCI zu überwachen, selbst wenn diese auf völlig ehrenwerte und korrekte Weise betrieben würde. Diese fehlende Überwachung war wahrscheinlich der Hauptgrund, warum die BCCI so operieren konnte, wie sie es getan hatte, selbst wenn man berücksichtigt, daß »ehrliche« Banken im allgemeinen nur einer solchen Aufsicht unterliegen, die sie bereitwillig akzeptieren.

Diese fehlende Beaufsichtigung führte dazu, daß die BCCI Milliarden Dollar mit betrügerischen Darlehen an ihre Auftraggeber und ihre Freunde, Darlehen, die niemals zurückgezahlt zu werden brauchten, scheffelte. Das traurige Beispiel der BCCI bestätigte die vor etwa 13 Jahren durch den populistischen Wirtschaftswissenschaftler Dr. E.L. Anderson in der zweiten von zwei Monographien über das Thema der unvermeidlichen Folgen der Exzesse des Systems des Schuldengeldes Amerikas und der übrigen Welt gemachten Beobachtungen. Diese Monographien, mit der Überschrift »The Upright Spike«, waren in ihrer Analyse dieser verwickelten Fragen schöpferisch.

Die zweite Monographie, allgemein als »Upspike Two« bekannt, befaßt sich des längeren mit der Frage der Überseebanken, die US-Dollar durch Verleihen schaffen. Es ist als habe Anderson, schon fast ein Jahrzehnt bevor die BCCI zu einem gängigen Initialwort für Bankbetrug wurde, eine Kristallkugel gehabt.

Anderson stellte fest, daß es Banken, die auch nur einer nomina-

len Aufsicht unterliegen, »nicht gestattet ist, Darlehen aus dem ›blauen Dunst‹ heraus zu vergeben. Von Gesetzes wegen sind sie gezwungen, Rücklagen zu unterhalten, ob sie das wollen oder nicht. Aber wenn es zu Eurodollar kommt, dann unterliegen die Banker solchen schweren Einschränkungen nicht. Sie können buchstäblich Dollar aus dem Nichts herbeizaubern. Und sie tun das auch.«

Weiter schrieb Anderson: »Erstaunlicherweise unterliegen europäische Banken praktisch keinerlei Beschränkungen, wenn es dazu kommt ›Dollar‹ zu verleihen, die es nur in der Vorstellung des Bankers und des Darlehensnehmers gibt. Eine Bank kann jeden Betrag an ›Dollar‹ an jedermann ›verleihen‹. Und solange die Schecks der Bank von anderen Banken honoriert werden, kann die Charade unbegrenzt fortgesetzt werden – und das ist auch geschehen.

Die einzige Beschränkung auf die Ausgabe von Dollar durch ausländische Banke ist die Bereitschaft anderer Banken – ausländische oder amerikanische – die Kredite von der ausgegebenen Bank zu akzeptieren. Mit anderen Worten, sollte die Volksbank von Liechtenstein oder die Banco Cafetero von Panama ein Darlehen von zehn Millionen Dollar an die Autoreifenfirma Michelin in Paris vergeben, dann bestehen diese Dollar lediglich als Eintrag in den Büchern der ausgebenden Bank zu Lasten der Firmal Michelin, die von diesem Kredit mit Schecks abheben würde, die in anderen Banken irgendwo in der Welt – einschließlich den USA – deponiert werden.

Man kann sicher sein, daß die Banker weiterhin Darlehen in Eurodollar vergeben, solange ihre Schecks von anderen Banken akzeptiert werden, weil Eurodollar sie nichts kosten, außer daß sie mit ihrem Geldzauberstab wedeln, während Darlehen, die in der Währung ihres eigenen Landes bereitgestellt werden, von dessen Behörden und Zentralbank beaufsichtigt werden.«

Als Anderson 1978 diese Worte niederschrieb, war die Schaffung von Dollar in überseeischen Ländern weitgehend auf Europa beschränkt. Jetzt hat sich diese Praxis in großem Rahmen auf Asien (Asiendollar) und auf die übrige Welt ausgedehnt.

Dieser Mangel an äußerer Disziplin führte logischerweise zum nächsten Schritt, der völligen Verfälschung von Vermögenswerten (Darlehen). Price Waterhouse, die internationale Rechnungsprüfungsfirma, die die BCCI in London überprüfte, berichtete, daß Darlehen an BCCI-Insider gemäß Sicherheiten mit dem Vermerk »keine rechtliche Basis« und »keine Bewertung« vergeben wurden. Diese Darlehen wurden ungeachtet der Tatsache vergeben, daß »keine unterzeichneten Darlehensvereinbarungen, kein Schriftwechsel mit dem Kunden, keine Vermögenserklärung oder Informationen über nicht ausgeschütteten, versteuerten Reingewinn« vorhanden waren.

Wie umfangreich waren diese Darlehen?

Das »Wall Street Journal« schätzte, daß eine weltweite Liquidation der BCCI zwischen fünf und 15 Milliarden Dollar kosten würde. Dieser breite Spielraum deutet darauf hin, daß niemand weiß, wieviel »Darlehen« vergeben wurden, noch wieviel freies Geld hergestellt wurde. □

Absprachegremien

Weltweite Eroberung heißt das Ziel der Eliten

James P. Tucker

Während die Nationen schlafen, geht die Schattenregierung der Trilateralen Kommission, der Bilderberger und des Council on Foreign Relations (CFR) verstohlen auf das gemeinsame Ziel der weltweiten Eroberungen zu, wie sie kürzlich auf dem Treffen der Bilderberger in Baden-Baden nochmals formuliert und weitere Schritte geplant wurden.

Die Eliten der Absprachegremien nähern sich rapide ihrem weitgesteckten Ziel, die Welt in einzelne Regionen aufzuteilen, damit sie leichter durch die Vereinten Nationen regiert werden können.

Die Sorge um Moskau

Länder der westlichen Hemisphäre – eine der Regionen – handeln eine »Freihandels«-Vereinbarung aus, die sie in die Richtung eines einzigen »Supersstaates« drängt.

Westeuropa, eine andere Region, ist weit vorangeschritten, ein einziger Superstaat zu werden. Man debattiert nun darüber, ob es eine eigene Militärmacht haben oder am NATO-Bündnis festhalten soll, so daß amerikanische Steuerzahler weiterhin das meiste Geld zahlen können.

Die Trilaterale Kommission und die Bilderberg-Gruppe ringen verzweifelt darum, die Sowjetunion in der einen oder anderen Form zusammenzuhalten, so daß eine weitere »Region« beibehalten werden kann, möglicherweise unter Einschluß ehemaliger Ostblockländer. Ihr Plan, amerikanische Steuergelder an kommunistische Regierungen zu vergeben, die die Existenz Amerikas vier Jahrzehnte lang bedrohten, steht bereits fest.

Das Freihandels-Abkommen mit Mexiko wird öffentlich als solches gefördert: ein Abkommen zwischen zwei Ländern die eine lange gemeinsame Grenze haben.

Aber es ist viel mehr als das, was die meisten Zeitungen wissen, worüber sie aber nicht berichten. Gekoppelt mit dem Handelsabkommen mit Kanada, soll das Abkommen ausgedehnt werden, bis die ganze westliche Hemisphäre ein politisches Gebilde in der »Neuen Weltordnung« wird.

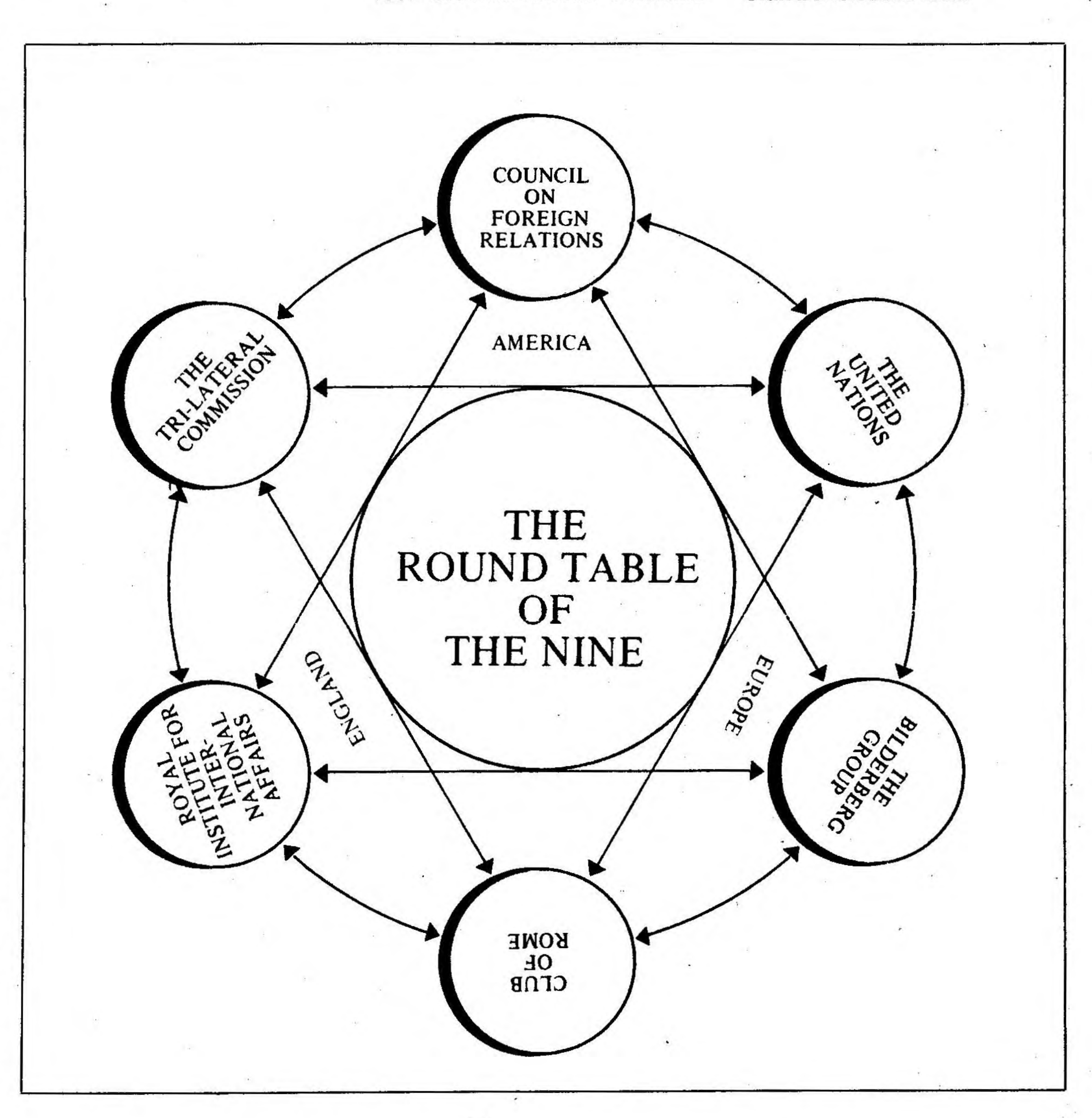
Rafael Angel Calderon Fournier, Präsident von Costa Rica, deckte am 11. Oktober 1991 teilweise die Hand der Schattenregierung bloß, als er im National Press Club in Washington sprach.

Sein Land sei entschlossen, »Teil der Freihandelszone Nordamerika« zu werden, sagte er, und bezog sich dabei auf das bevorstehende Abkommen zwischen den USA und Mexiko.

Das Wirtschaftsgebilde der »Neuen Weltordnung«

»Mit großer Zufriedenheit und Hoffnung beobachten wir die Verhandlungen zwischen Kanada, den Vereinigten Staaten und Mexiko, die zur Eröffnung einer North America Free Trade Area führen«, sagte der Staatspräsident von Costa Rica.

Warum war der Präsident so zuversichtlich, daß Costa Rica in eine Vereinbarung einbezogen würde, von der gesagt wird, daß sie nur Kanada, die Vereinigten



Das Netzwerk der weltweiten Absprachegremein, das vom Rockefeller- und Rothschild-Clan beherrscht wird.

Staaten und Mexiko betrifft? Seine Gehilfen erklärten, daß es private Zusagen gegeben habe, daß alle Länder der westlichen Hemisphäre zu einem einzigen Wirtschaftsgebilde zusammengeschlossen werden.

Das Ziel, sagten sie, sei es, nach dem Vorbild der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EG) zusammenzukommen. Westeuropa hat bereits ein Parlament, das Mitgliedsstaaten Gesetze auferlegen kann, es beseitigt alle Wirtschaftsgrenzen und plant, eine eigene Währung zu entwikkeln.

Als die Europäische Gemeinschaft am 22. Oktober 1991 zustimmte, sieben weitere Länder aufzunehmen, so daß es jetzt 19 Mitgliedsstaaten sind, sagten Wirtschaftswissenschaftler in Luxemburg, daß diese Aktion ähnlichen Vereinbarung in der westlichen Hemisphäre und Asien Schwungkraft verleihen werde.

Eine europäische Armee wird geplant

Indessen drängten in Brüssel Deutschland und Frankreich auf eine Armee der Europäischen Gemeinschaft, um den Superstaat mit Panzern und Streitkräften einer einzigen Nation zu versorgen.

Sie schlugen auch vor, daß die Außenpolitik der ehemaligen europäischen Staaten der EG überlassen werden soll. Nur die EG sollte Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und zur Sowjetunion unterhalten, argumentierten die Franzosen und die Deutschen.

Das Problem hier ist der potentielle Verlust von Milliarden von amerikanischen Steuergeldern, mit denen die NATO jährlich finanziert wird, wenn diese durch eine europäische Armee hochgestuft wird. Wegen der ungeheuren Profite, die in der Verteidigungsindustrie auf dem Spiel stehen, sprach sich der amerikanische Verteidigungsminister Dick Cheney, ein Trilateraler, promt gegen eine europäische Armee aus und rief zur Beibehaltung der NATO auf.

Obwohl die öffentliche Politik der Vereinigten Staaten fast ein halbes Jahrhundert lang Freiheit und völlige Souveränität für die gefangenen Nationen forderte, bestand die wirkliche Politik der Schattenweltregierung darin, die Sowjetunion intakt zu halten.

Die Ukraine und andere Republiken sperren sich gegen jede Art von sowjetischer Föderation. Aber die Vereinigten Staaten – Präsident Bush ist ein Trilateraler – und andere sagen ihnen, daß sie unter dem sowjetischen Banner bleiben müssen, oder es werde ihnen verwehrt, an der massiven Hilfe, die jetzt zugesagt wird, beteiligt zu werden.

Die Vereinigten Staaten haben den Sowjets bereits 2,5 Milliarden Dollar an Landwirtschaftskrediten gewährt, was einem Geschenk gleichkommt. Indessen schickt sich die Gruppe der Sieben Industrienationen – wobei die amerikanischen Steuerzahler wiederum die Hauptlast tragen – an, Milliarden an Bargeld bereitzustellen und die Schulden der Sowjets an westlichen Banken in Höhe von 70 Milliarden Dollar umzuplanen.

Der Fortschritt ist unheilverkündend

Die Strategische Defense Initiative (SDI; »Krieg der Sterne«) wurde wegen ihres ungeheuren Profit-Potentials von der Bilderberg-Gruppe unverzüglich gutgeheißen, nachdem sie von US-Präsident Ronald Reagan 1983 vorgeschlagen worden war. Jetzt, wo die militärische Bedrohung durch die Sowjets vorbei ist, argumentieren die Befürworter von SDI, die den Querschnitt der Führung der Bilderberger und Trilateralen repräsentieren, dahingehend, daß sie gebaut werden müsse, um sich gegen Raketen in den Händen von Verrückten in der Dritten Welt verteidigen zu können.

Diese Entwicklung werden dem amerikanischen Volk und Verbündeten der USA ein bißchen hier und ein bißchen dort serviert, so daß sie als getrennte Entwicklungen ungefährlich erscheinen.

Wenn sie aber zusammen betrachtet werden, dann ist der von den verrückten Genies, die die Welt hinter den Mauern der Geheimhaltung regieren, gemachte Forschritt Unheil verkündend. □

Gold

Kissingers Hilfe beim Verschwinden des Moskauer Staatsschatzes

Warren Houg und Martin Mann

Der größte Goldraub in der Geschichte – mehr als 1000 Tonnen staatseigene Barren – geht zur Zeit in Moskau vor sich, wo sowjetische Regierungsbeamte auf der Flucht das Edelmetall, das ein Vermögen wert ist, in ein geheimes Netzwerk von westlichen Depots, die von dem Rockefeller-Konsortium organisiert werden, abzweigen.

CODE erfuhr exklusiv aus hochstehenden diplomatischen und Bankkreisen, daß der kühne Plan von Kissinger Associates, der Strategie-Beratungsfirma des ehemaligen amerikanischen Außenminister Henry Kissinger, in die Tat umgesetzt wird.

Wo blieb Moskaus Gold?

Was ein sowjetischer Wirtschaftswissenschaftler – der der Sonderhilfsmission angehört, die vor mehreren Wochen am Hauptsitz der Vereinten Nationen in New York City eintraf – unseren diplomatischen Korrespondenten gegenüber, als »die geheime Privatisierung unserer Goldreserven« bezeichnete, spielt jetzt bei wirtschaftlichen Entwicklungen eine bedeutsame Rolle hinter den Kulissen, bestätigten andere Informanten.

«Es schlug sicherlich in Bangkok wie eine Bombe ein«, berichtete unsere Sonderkorrespondentin Christiane de Murville, die kürzlich der Jahreskonferenz des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank in der thailändischen Hauptstadt beiwohnte. »Als Grigorij Jawlinskij, Leiter der sowjetischen Delegation bei der Zusammenkunft in Bangkok uns sagte, die sowjetischen Goldreserven seien bis auf 240 Tonnen geschrumpft, verfiel die Pressekonferenz in erstauntes Schweigen«, berichtete die altgediente französische Börsen-Journalistin.

Britanniens Finanzminister Norman Lamot (links) spricht mit dem US-Finanzminister Nicholas Brady über die Goldreserven der Welt.

Vor weniger als sechs Jahren belief sich der Goldbesitz der Sowjets auf mehr als 2600 Tonnen. Wohin sind alle diese Vermögenswerte verschwunden? »Jawlinskij konnte dies nicht erklären«, berichtete Frau de Murville. »Er sagte, ›das meiste davon ist von unserem verfaulten System aufgefressen worden‹, – ein freimütiger Satz, der aber nicht sehr viel Licht darauf warf, wie und von wem der gewaltige Vorrat verschlungen worden ist.«

In einer Reihe von Privatgesprächen mit sowjetischen Wirtschaftsvertretern in den Vereinigten Staaten, mit gut unterrichteten Diplomaten der Vereinten Nationen und westlichen Wirtschaftswissenschaftlern verfolgte unsere Reportermannschaft die Spur der Untergrundkanäle zurück, durch die, wie aus gut unterrichteten Kreisen verlautet, mehr als die Hälfte der sowjetischen Goldreserven verschwunden sind.

Als er gebeten wurde, den tatsächlichen Aufenthaltsort – nicht die endgültige Verfügung über den zusammenschrumpfenden Goldvorrat der Sowjets – zu erklären, sagte Jawlinskij, ein sowjetischer stellvertretender Ministerpräsident, zu westlichen Zeitungsleuten, seit 1987 seien sage und schreibe 400 Tonnen des kostbaren Metalls exportiert worden, um die in sich zusammensackende sowjetische Wirtschaft zu stützen.

Daß die Länder des riesigen Imperiums, aus dem bis vor kurzem die UdSSR bestand, auf eine Depression zusteuern, ist wahr genug, sagen Wirtschaftswissenschaftler der Vereinten Nationen. Ihr Bruttosozialprodukt ist mit alarmierendem Tempo gefallen – ein Sturz um mehr als zehn Prozent wird für die ersten sechs Monate des Jahres 1991 berichtet –, was auf eine tiefgehende Wirtschaftskrise hindeutet.

Die Geschenke des Westens

Aber die düsteren Indikatoren der Sowjetwirtschaft weisen keinerlei Anzeichen – keine Auswirkung – von zunehmenden Goldverkäufen im Ausland auf. »Anstatt Milliarden auf dem Metallmarkt zu verdienen, hat Moskau sich in Schulden gestürzt«, sagte Dr. Mirko Patic, ein Wirtschaftswissenschaftler der Vereinten Nationen, der den internationalen Geldverkehr überwacht.

Seit 1987 haben sich die sowjetischen Auslandsschulden verdreifacht. »Derzeit schulden die Sowjets allein den Deutschen 25 Milliarden Dollar«, sagte Whitman Poeleswan, ein Forschungsgelehrter am Institute of International Economics. »Sie schulden den Briten rund neun Milliarden Dollar und Japan besitzt sowjetische Schuldscheine im Gesamtwert von mehr als fünf Milliarden Dollar.« Die Gesamtsumme sowjetischer Anleihen bei westlichen Banken und Regierungen belaufen sich auf 82 Milliarden Dollar.

Die ehemalige UdSSR erhielt auch mehr Direkthilfe vom Westen als allgemein angenommen wird, berichten Beobachter und Finanzreporter der Vereinten Nationen.

»Aus meinen Studien verschiedener Berichte geht hervor, daß die Sowjets in diesem Jahr bereits Dreiviertel der Auslandshilfe erhalten haben, die sich gegen Ende des Jahres 1991 auf 18 Milliarden Dollar belaufen hat«, äußerte Sherry Buchanan, ein britischer Verleger wirtschaftlicher Schriften. »Das bedeutet, daß sie mehr Geschenke vom Westen –

gemessen in Dollar – erhalten, als der gesamte Marshall-Plan, der nach dem Zweiten Weltkrieg ins Leben gerufen wurde, um die Wirtschaft Westeuropas anzukurbeln, ausmacht.«

Das Einzige, was die betrüblichen sowjetischen Daten nicht widerspiegeln, ist die Auswirkung der gewaltigen Goldverkäufe. »Der Grund dafür ist einfach: Ein Großteil des Vorrats wurde ins Ausland geflogen und dann in einem Netzwerk von verdeckten Bankdepots untergebracht«, meinte der sowjetische Wirtschaftswissenschaftler Wladimir Kwint.



David (links) und Laurence Rockefeller leiten zusammen eines der größten politischen Finanzimperien der Welt.

Die Rolle der Chase Manhattan

Kwint, der jetzt in den Vereinigten Staaten an einem Buch arbeitet, ist ein altgedienter Geschäftsführer des staatlichen sowjetischen Golddirektorats. »Nicht alles sowjetische Gold, das ins Ausland geschickt wurde, wurde ausgegeben«, versicherte er. »Eine Menge davon bleibt in privater Hand und auf privaten Bankkonten.«

Die neue Mannschaft sowjetischer Diplomaten, die im letzten Jahr in der Hauptgeschäftsstelle der Vereinten Nationen eintraf, sprach mit offener Verbitterung über die Fangarme des sowjetischen Kommunismus.

Die von der Chase Manhattan Bank, dem Finanz-Flaggschiff der Rockefeller Dynastie, gespielte geheime Rolle in der, wie ein sowjetischer Wirtschaftler es nannte, »größten Geldwäsche-Operation, die jemals irgendwo stattfand«, begann vor einem Jahrzehnt, bestätigten unsere Informanten.

1982 wurde in Moskau eine neue sowjetische Verwaltung, bekannt als Uprawlenie Delami (Zentrales Geschäfts-Direktorat), unter der Leitung von Nikolai Krutschina, einem kommunistischen Spitzenbeamten, ins Leben gerufen. Chase Manhattan, damals die einzige amerikanische Handelsbank mit einer Geschäftsstelle in der sowjetischen Hauptstadt wurde zum internationalen Finanzberater der neuen Agentur, die für weltweite Finanzinteressen der sowjetischen Regierung verantwortlich war.

»Nicht nur die sowjetische Regierung; Krutschina war auch mit der Handhabung des heimlichen internationalen Finanznetzwerks der Kommunistischen Partei betraut«, sagte Kwint. »Dutzende von Milliarden Dollar in harter Währung, Gold und Diamanten gingen in diesen gigantischen fiskalischen Waschautomaten hinein und tauchten als sanierte Aktiengesellschafts-Holdings und solchen von Strohmännern der sowjetischen Führer in Dutzenden von westlichen Großbanken wieder auf.«

Viele Dutzende von Milliarden

1987 wurde der Prozeß der Transferierung riesiger Bargeld- und Goldverstecke in verborgene westliche Depots beschleunigt, als die Kommunisten überall im Sowjetblock ihre diktatorische Macht zu verlieren begannen. In Moskau nahm Oleg Schenin, ein hochrangiges Mitglied des Politbüros und oberster Rechnungsführer der Kommunistischen Partei, den Transfer der riesigen Währungs- und Goldreserven, die jetzt dazu bestimmt waren, eine Staatskasse von Hunderten von Millionen Dollar in dem ausgedehnten internationalen Netzwerk versteckter Partnerschaften, Holdings und geheimer Bankkonten persönlich in die Hand und hielt diese für den Augenblick bereit, wo die gesamte Führung der Kommunistischen Partei gezwungen werden könnte, sich ins Ausland abzusetzen.

»Chase Manhattan, die mit den Sowjets seit deren Machtergreifung vor 70 Jahren enge Finanz- und Beratungsbindungen unterhalten hatte, spielte bei diesen diskreten Transaktionen eine Schlüsselrolle«, sagt ein sowjetischer Diplomat am Hauptsitz der Vereinten Nationen in New York.



Henry Kissinger ist der kommunistischen Elite behilflich, sich mit den Goldreserven der zusammenbrechenden Sowjetunion davon zu machen.

Besuch der Rockefellers in Moskau

Ein anderer sowjetischer Gesandter, der einer Wirtschafts-Einsatzgruppe beigeordnet ist, sagte: »1987 statteten David und Laurence Rockefeller nämlich Moskau einen persönlichen Besuch ab, begleitet von dem ehemaligen amerikanischen Außenminister Henry Kissinger. Sie trafen zweimal mit Schenin zusammen und führten detaillierte Gespräche mit Krutschina, der inzwischen am Hauptsitz der Chase Manhattan Bank in New York City ein regelmäßiger Besucher geworden war.«

Was sich in diesem Stützpunkt geheimer sowjetisch-kapitalistischer Kollaboration an der Wall Street zugetragen hat, wird vielleicht niemals bekannt werden. Vier Tage nachdem der kommunistische Staatsstreich in Moskau durch reformistische Kräfte unter Boris Jelzin niedergeschlagen war, wurde der Finanzmanager Krutschina durch »unbekannte Angreifer« aus dem Fenster seines Apartments gestürzt; in den Berichten der medizinischen Hilfskräfte wird er als »bei unserer Ankunft bereits tot« bezeichnet.

Krutschinas Chef Schenin wurde am gleichen Tag in einer Kolonne von Staatskarossen in Windeseile weggebracht; er wurde seitdem nicht mehr gesehen, verlautet aus Kreisen der Vereinten Nationen. Somit wurden die verschwörerischen Beziehungen zwischen Kommunisten und Wall-Street-Banken, die seit 1917 bestanden, zum größten Geldwäsche-Netzwerk der Welt. □

Vietnam

Big Oil drängt George Bush

Mike Blair

Die Regierung des US-Präsidenten George Bush führt unter starkem Druck von Big Oil die Vereinigten Staaten näher an die Normalisierung der Beziehungen zu Vietnam heran. Die Interessen des großen Ölgeschäfts verlangen die Entwicklung der reichen Ölfelder vor der Küste Vietnams.

Um diesem Prozeß Einhalt zu gebieten, ruft das National Steering Committee for American War Veterans (Landesweiter Steuerungsausschuß für amerikanische Kriegsteilnehmer) alle POW-MIA-Gruppen und Aktivisten dazu auf, Produkte der Mobil Oil Corporation zu boykottieren. Das National Steering Committee befürchtet, daß der Prozeß bedeutet, daß die Vereinigten Staaten sich ihrer allerletzten Möglichkeit begeben, das Regime in Hanoi dazu zu zwingen, über seit dem Vietnam-Krieg in Südostasien immer noch vermißte amerikanische Kriegsgefangene und Verschollene Rechenschaft abzulegen.

Vertrauen zu einem Kriegsverbrecher

Ein Sprecher der Kriegsteilnehmergruppe sagte, Mobil Oil spiele unter den Interessen des Big Oil, die Bush-Regierung unter Druck zu setzen, die Beziehungen zu Vietnam zu normalisieren oder zumindest das derzeitige Handelsembargo gegen den kommunistischen Staat aufzuheben, eine Hauptrolle.

Die Regierung werde von dem Vorsitzenden des neuen Senate Select Committee on POWs/MISs (Senatsausschuß für Kriegsgefangene und Vermißte), Senator John Kerry, unter Druck gesetzt, das Handelsembargo aufzuheben und plant wie es heißt, die Sanktionen in naher Zukunft aufzuheben.

Es war zu erfahren, daß US-General John Vessey, ehemaliger Vorsitzender der Joint Chiefs of Staff und Bushs Sonderbotschafter zur Lösung der Frage der vermißten Amerikaner, Beamte des vietnamesischen Außenministeriums in die Vereinigten Staaten eingeladen hat, um dort mit Führungspersönlichkeiten des Kongresses über die Frage der Normalisierung zu sprechen.

Schritte zur Beendigung des Embargos und/oder zur Normalisierung der Beziehungen zu Vietnam sind seit der Ernennung von Vo Van Kiet zum neuen Ministerpräsidenten des Landes durch das vietnamesische Politbüro beschleunigt worden.
Indem sie mit Kiet verhandelt, setzt die Bush-Regierung blindlings Vertrauen in einen der berüchtigtsten Kriegsverbrecher des Vietnam-Kriegs, daß bessere Beziehungen zur Lösung der Frage der Kriegsgefangenen und Vermißten seitens Hanoi führen werde.




Profit-Interessen von Big Oil zwingen den US-Präsidenten die grausamen Ereignisse des Vietnam-Krieges zu vergessen.

Es ist bekannt, daß Kiet 1960 in den Zentralausschuß der Kommunistischen Partei Südvietnams berufen wurde und somit die längste Zeit des Krieges im Vietcong-Militärausschuß der Partei diente.

Der Zentralausschuß war für den Ablauf der Vietcong-Einsätze in Südvietnam verantwortlich.

Laut Douglas Pike, Herausgeber der »Indochina Chronology«, eines vom Institute of East Asia Studies an der University of California in Berkeley herausgegebenen Vierteljahresblattes, war Kiet »eine bedeutsame Figur bei der Kriegsführung im Süden« und »darüber bestehen keinerlei Zweifel«.

Pike ist Amerikas führender Experte in Sachen Vietcong und hat 15 Jahre damit zugebracht, dessen Geschichte und Infrastruktur zu studieren, als er vor dem Fall Südvietnams in der amerikanischen Botschaft in Saigon arbeitete.

Die dokumentierten Verbrechen

Als Leiter des Vietcong-Ausschusses, der den Verlauf des Krieges im Süden steuerte, trägt Kiet die Verantwortung für zahlreiche vom Vietcong begangene Kriegsverbrechen, darunter folgende:

Am 24. Juni 1965 gab Radio Hanoi bekannt, daß der GI Harold George Bennett aus Perryvill, Arkansas, aus Vergeltung für die Hinrichtung des Vietcong-Terroristen Van Dong nach einem ordentlichen Prozeß der Regierung von Südvietnam erschossen worden sei.

Bennetts sterbliche Hülle wurde von den Kommunisten in Hanoi niemals freigegeben, obwohl sie mit Sicherheit wissen, wo sie verblieben ist, zumal die Hinrichtung unter der Leitung des Vietcong-Zentralausschusses erfolgte.

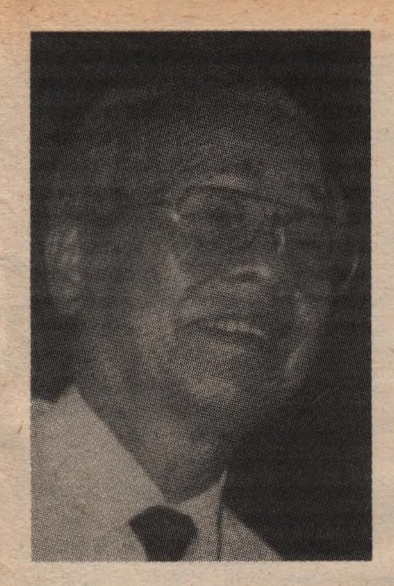
Captain Humberto Roque »Rocky« Versace aus Norfolk, Virginia, und Sergeant der 1st Class Kennet M. Roraback aus Baldwin, New York, wurden laut Meldung von »Liberation Radio« des Vietcongs aus Vergeltung für den Tod dreier Vietcong-Terroristen in Dannang, Südvietnam, hingerichtet. Wiederum wurden die sterblichen Überreste von Versace und Roraback niemals zurückgegeben, obwohl ihre Hinrichtung ebenfalls vom Vietcong-Zentralausschuß geleitet wurde.

Die Regierung von Hanoi überführte Ende November 1988 die sterbliche Hülle des Commanders der US-Navy Edwin B. Tukker aus Baldinville, Massachusetts, dessen F8C Crusader am 24. April 1967 in der Nähe von Hon Gay City in der Provinz Quang Ninh in Nordvietnam abgeschossen wurde. Tucker starb im Krankenhaus von Hon Gay City, wo er wegen der Verwundungen behandelt wurde, die er erlitt, als er mit dem Fallschirm aus seiner Maschine absprang.

Seine sterblichen Überreste wurden gekocht, um das Fleisch zu entfernen, und die Knochen wurden mit Draht zusammengebunden, so daß er in der Ärzte-Schule von Quang Ninh als »Lehrmittel« ausgestellt werden konnte. Das Skelett verblieb dort, während Kiet von April 1972 als Vorsitzender der Staatlichen Planungskommission in Hanoi und 1988 als stellvertretender Ministerpräsident und danach als Ministerpräsident diente.

Aus Rücksicht auf Peinlichkeiten

Die sterblichen Überreste des Commanders wurden dann von dem amtierenden Ministerpräsi-



Vo Van Kiet, Vietnams Ministerpräsident, war einer der berüchtigsten Kriegsverbrecher des Vietnam-Krieges.

denten Kiet zurückgegeben, als die amerikanische Regierung versprach, in der Öffentlichkeit nicht bekanntzugeben, wo die Überreste in den vorangegangenen 15 Jahren »geruht« hatten. Diese Vereinbarung wurde getroffen, um der Regierung in Hanoi Peinlichkeiten zu ersparen.

Am 15. Januar 1967 entdeckten südvietnamesische Soldaten die sterblichen Überreste von 81 Zivilisten, die von Vietcong-Streitkräften im Mekong-Delta ermordet worden waren.

Insgesamt 3000 vietnamesische Zivilpersonen wurden unter dem Befehl von Kiet und anderer Mitglieder des Vietcong-Zentralausschusses während der kommunistischen Besetzung der alten Stadt Hue während der Tet-Offensive von 1968 ermordet.

»Liberation Radio« des Vietcong verkündete am 15. Juni 1967, daß der amerikanische Zivilist Gustav C. Hertz hingerichtet worden sei, und daß dies als Vergeltung für ein »Blutbad am vietnamesischen Volk« geschehen sei.

Nach ihrer Gefangennahme wurden Leutnant William M. Grammar der US-Marines und Sergeant Orville B. Fritz vom Vietcong und Nordvietnamesen am 23. März 1967 in der Provinz Quang Tri gefoltert und hingerichtet.

Diese Fälle von vietnamesischen Kriegsverbrechen sind nur eine kleine Auswahl der Verbrechen, für die Kiet zur Verantwortung gezogen werden müßte.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden sowohl deutsche als auch japanische Führer auf Grund dessen, daß Streitkräfte unter ihrem Kommando Kriegsverbrechen begangen haben sollen, vor Gericht gestellt und hingerichtet.

Aber Saddam Hussein ist schuldig

Derzeit erwägt ein Human Rights Caucus auf Kongreßebene, ob der irakische Staatspräsident Saddam Hussein wegen seines Verhaltens während des Krieges am Persischen Golf als Kriegsverbrecher zur Rechenschaft gezogen werden sollte.

Kritiker der Normalisierung der Beziehungen zu Vietnam oder der Aufhebung des Handelsembargos, als Mittel zur Erlangung der Kooperation Hanois bei der Lösung der Frage nach den seit dem Vietnam-Krieg vermißten Amerikaner, verweisen auf die Normalisierung der Beziehungen zwischen den USA und Rotchina von 1979.

Obwohl es 8177 amerikanische Kriegsgefangene und Vermißte aus dem Korea-Krieg gibt, an dem die Rotchinesen zusammen mit den Nordkoreanern beteiligt waren, hat Peking bislang noch über keinen einzigen Amerikaner Rechenschaft abgelegt, obwohl zahlreiche Beweise dafür vorliegen, daß sie 1953 bei Kriegsende in Gefangenschaft waren.

Es gibt keinerlei Hinweise darauf, daß das Thema mit den Chinesen auch nur diskutiert wurde.

Darüber hinaus, wenn das Handelsembargo über Vietnam aufgehoben wird, ist damit zu rechnen, daß Handelsgüter von Vietnam in die Vereinigten Staaten und andere westliche Länder ausgeführt werden, von denen ein Großteil von den Tausenden von Südvietnamesen hergestellt werden, die von dem kommunistischen Regime als Sklavenarbeiter festgehalten werden. In gleicher Weise haben die Rotchinesen Amerika im Jahr 1991 mit billigen Ausfuhren unter Ausbeutung von Sklavenarbeitern 400000 Arbeitsplätze gekoset. □

One-World

Die Völker auf dem Weg zu Nationalstaaten

Alfred König

Die Menschheit ist einer der größten Katastrophen, die ihr drohten, quasi in letzter Sekunde gerade noch einmal entgangen. Die Rede ist von der »Einen Welt«, geführt durch eine Zentralregierung, die US-Präsident George Bush als erster unverhüllt nach dem Sieg der Alliierten über den Irak als weiteres anzustrebendes Ziel nannte.

Diese »One World« war auch das Ziel des Zerfalls des Kommunismus. Mit materiellem Wohlstand für alle, wenn auch nur auf einem gerade ein angenehmes Leben sichernden Lebensstandard, aber nicht mehr, sollten die Völker ruhiggestellt werden. Und dadurch, daß Grenzen nur noch Makulatur sein sollten, sollte ein multikultureller Einheitsbrei geschaffen werden, der sich viel leichter kontrollieren läßt, als eigenständige Gebilde. Das Experiment Deutschland zeigte, daß derartiges sehr wohl möglich ist.

Neu aufkommendes Nationalgefühl

Aber es kam ganz anders, als von den Einweltlern gewollt und auch eigentlich vorgesehen. Denn plötzlich zeigte sich, daß das Blut doch dicker als Wasser ist – und die Völker besannen sich auf ihre Nationalität. Denn nichts anderes als neu aufkommendes Nationalgefühl ist es doch, was derzeit speziell in Europa geschieht. Zwar werden die Grenzen heute nicht mehr als Abschottung zu anderen Staaten gesehen, doch wird dennoch auf eine Eigenstaatlichkeit gepocht.

Und dabei zeigt sich vor allem, daß die zwangsweise zusammengeführten Staaten, wie etwa in Jugoslawien und der UdSSR, am stärksten auf eine Revidierung der ihnen aufgezwungenen Entscheidung pochen, sich zu unhomogenen Staatengebilden zusammenzuschließen.

Eines der besten Beispiele hierfür ist der Bürgerkrieg in Jugoslawien, wo die serbische kommunistische Soldateska versucht, das Staatengebilde mit Macht zusammenzuhalten. Selbst der Bürgerkrieg mit vielen zehntausend Toten hält die Kroaten aber nicht davon ab, auf das Selbstbestimmungsrecht ihres Volkes zu pochen.

Selbst von der internationalen Staatengemeinschaft schnell vorgelegte Kompromißprogramme, den Staatenbund nicht zu verlassen, dafür lediglich einen nach föderalistischem Vorbild entstehenden Staat zu bilden, also zumindest den Weg zu Einer-Welt in Kleinformat zu beginnen, fand nicht die Zustimmung aller Parteien. Die Kroaten befürchteten nämlich zu Recht, daß sie damit auf viele der ihnen eigentlich zustehenden Rechte hätte verzichten müssen.

Doch Jugoslawien und die Sowjetunion sind nicht die einzigen Beispiele, die auf zunehmendes Nationalgefühl schließen lassen. In der CSFR gibt es Absetzbewegungen zwischen den Tschechen und den Slowaken. In Frankreich drängen die Korsen vermehrt auf mehr Eigenständigkeiten. Selbst in Schottland mehren sich die Stimmen, die für eine zumindest

One-World

Die Völker auf dem Weg zu Nationalstaaten

teilweise Loslösung aus dem Vereinigten Königreich mit einer eigenen schottischen Regierung sind.

Unangenehme Fragen an die Herrschenden

Gelingt es Kroatien, als eigenständiger Staat anerkannt zu werden, der sich praktisch nur aufgrund des Mehrheitswillens der Bevölkerung bilden konnte, werden wohl die Unruhen in Nordirland und der Druck auf die britische Regierung zunehmen, Nordirland sich wieder an die Volksrepublik Irland anschließen zu lassen.

Für uns Deutsche ganz wichtig sind die zunehmenden Bestrebungen in Südtirol, Österreich und der Wolgadeutschen, sich von der Fremdherrschaft loszulösen und zumindest eine eigene, an nationalen Punkten sich ausrichtende Regierung zu erhalten.

Ein Indiz hierfür war doch der Sieg der FPÖ in Wien, wo die Partei Jörg Haiders ihren Stimmenanteil circa verdreifachen konnte.

Und wenn man im wiedervereinigten West- und Mitteldeutschland einmal die von der Ex-Stasi geschürte Ausländerfeindlichkeit beiseite läßt, bleibt dennoch ein stark wachsendes Nationalgefühl feststellbar. Dies zeigte sich nicht nur bei einigen Wahlen, sondern auch von der zunehmenden Bereitschaft, sich öffentlich seines Nationalstolzes zu bekennen beziehungsweise für die Herrschenden unangenehme Fragen über die jüngere deutsche Geschichte zu stellen.

Eines war von den »Hintermännern der Weltgeschichte« übersehen oder zumindest nicht so stark wie nunmehr eingetreten, erwartet worden. Sie hatten geglaubt, mit der Masse der Bevölkerung spielen zu können, nach dem Motto: »Wenn es einige kleinere Zugeständnisse gibt, dann ist das Volk zufrieden.« Sie hatten nie geglaubt, daß das Volk die Revolution quasi selber in die Hand nehmen könnte. Genau dies geschah aber in Ungarn, Polen, Deutschland und dann auch in der Sowjetunion. Denn die Bevölkerung ergriff nicht nur, wie vorgesehen, den kleinen Finger, sondern gleich die ganze Hand. Und schon war der schönste Plan reine Makulatur.

Machiavelli kannte die Probleme

Dabei hätten diese Leute bloß in dem Buch »Der Fürst« (»Il Principe«) von Niccolò Machiavelli nachlesen müssen. Dann hätten sie gewußt, daß ihr Plan keine großen Erfolgsaussichten hatte.

So heißt es im 6. Kapitel: »Die Mühen, die sie bei der Eroberung der Herrschaft haben, kommen zum Teil von der neuen Ordnung und den neuen Formen, die sie zur Begründung ihres Staates und zu ihrer Sicherheit einführen müssen. Man muß sich überlegen, daß es keine schwierigere Tat, keinen zweifelhafteren Erfolg und keine gefährlichere Handlungsweise gibt, als Staatsoberhaupt zu werden und eine neue Ordnung einzuführen.

Denn der Neuerer hat alle die zu Feinden, die sich bei den alten Gesetzen wohlbefinden, und er hat an denen nur zaghafte Verteidiger, die sich von den neuen Gesetzen Vorteile erhoffen. Dieses Zaudern kommt zum Teil von der Furcht vor den Gegnern, die die Gesetze auf ihrer Seite haben, und zum Teil von der Ungläubigkeit der Menschen: Wirklich Vertrauen haben sie nicht zu den neuen Verhältnissen, wenn sie diese nicht durch lange Erfahrung gesichert sehen. Daher kommt es, daß die Feinde bei jeder Gelegenheit leidenschaftlich angreifen und die anderen nur flau verteidigen.

So läuft der Neuerer samt ihnen Gefahr. Will man diesen Punkt genau prüfen, so muß man untersuchen, ob diese Neuerer auf eigenen Füßen stehen oder von anderen abhängig sind, das heißt, ob sie zur Durchführung ihrer Unternehmung Hilfe erbitten müssen oder ob sie es aus eigener Kraft vermögen. Im ersten Fall fahren sie immer schlecht und bringen nichts zustande; aber wenn sie nur von ihren eigenen Leuten abhängen und Gewalt ausüben können; dann laufen sie nur selten Gefahr. Daher siegen alle bewaffneten Propheten, und die nicht bewaffneten gehen zu Grunde.«

Die Lösung liegt in der Mitte

So ist es schon Hitler ergangen. Um zu Geld zu gelangen, hatte er sich mit Teilen der von ihm bekämpften Gegner zusammengetan und seine Politik in einigen Teilen nach ihnen ausgerichtet. Dafür machten ihn diese dann in der ganzen Welt verächtlich. Der Adel und die alte militärische Führung fühlten sich übergangen, weil er ihnen wesentliche Rechte beraubte. Folglich intregierten sie gegen ihn und waren maßgeblich für den Untergang des Dritten Reichs verantwortlich.

Nicht viel anders ergeht es den heutigen Einweltlern. Sie haben schlicht und einfach das Volk und die alten Herrschenden vergessen oder es nicht geschafft, diese von ihren Absichten zu überzeugen. Zum Glück, muß man sagen, denn sonst wäre man der weltumspannenden Diktatur heute schon ein gutes Stück näher gekommen.

Wie soll es aber denn nun weitergehen, werden sich manche fragen. Man kann doch nicht wieder in die Zeit zurückfallen, wo kleine und kleinste Nationalstaaten ihr eigenes Süppchen kochen und damit etwa den ungehinderten Reiseverkehr erschweren oder sich gar abschotten. Auch bergen diese Klein- und Kleinststaaten ein viel größeres Konfliktpotential gegeneinander als große, in einem Europa vereinte Staaten.

Die Lösung liegt, wie praktisch immer, auch hier in der Mitte. Denn, und dies soll hier nicht verschwiegen werden, der Rückfall in Kleinstaaten, also etwa ein Europa mit 60 oder 70 selbständigen Staaten, birgt sicherlich große Risiken, da diese in den meisten Fällen kaum wirtschaftlich überlebensfähig sein dürften.

Die ideale Konstellation wäre sicherlich ein lockerer föderalistischer Staatenbund, etwa nach dem Vorbild der Bundesrepublik – was jetzt nur auf das Staatengebilde, nicht auf die Regierungsform gemünzt ist –. Man könnte sich sogar durchaus vorstellen, daß die einzelnen Staaten dabei mehr Rechte bekommen, als es hierzulande die Bundesländer haben.

Eine ideale Konstellation

Warum sollte Jugoslawien nicht als fester Staatenbund wie bisher, sozusagen als föderalistisches Gebilde weiterbestehen bleiben. Denn die einzelnen Teile hätten mit Ausnahmen von vielleicht Kroatien kaum eine Möglichkeit, international wettbewerbsfähig zu sein und liefen damit in die Gefahr, bald wieder von einem wirtschaftlich stärkeren Staat einverleibt zu werden.

Konzentrieren diese Kleinstaaten aber ihre Potentiale, dann werden sie stark. So könnte ein derartiger Staat durchaus auch nur eine einheitliche Regierung für Wirtschaftsfragen, Außenpolitik und einigen innenpolitischen Punkten haben. Alles andere, durchaus auch in strafrechtlichen Fragen, könnte dann den einzelnen Staaten innerhalb dieses Staatengefüges vorbehalten bleiben. Dabei könnte diesen Kleinstaaten dann durchaus auch das Recht eingeräumt werden, mit einer gewissen Frist von einigen Jahren aus dem Staatenbund auszuscheiden, wobei dies dann noch mit einem Volksentscheid gekoppelt werden könnte.

Damit wäre dann den allermeisten Interessen Genüge getan. Zumindest überwiegen die Vorteile die Nachteile bei weitem. Diese Föderationen sollten dabei auf den alten gewachsenen Beziehungen aufbauen, also nicht etwa Andorra dem nächstgrößeren Nachbarstaat einverleiben. Denn dadurch geschähe dann das, was derzeit in der UdSSR passiert und mit Abstrichen auch in Jugoslawien. Denn Kroatien erklärte sich zu einem lockeren Föderalismus bereit. Die Stalinisten Serbiens waren jedoch nicht bereit, auf Kroatien zu verzichten, da sie von dessen Reichtum profitierten. In einem föderalistischen Staatengebilde hätten sie dagegen aber zu viel Zugeständnisse machen müssen. □



Metalle

Indien betreibt Protektionismus zur Rettung der Wirtschaft

David Hudson

Indien, eines der ärmsten Länder auf der Erde, plagt sich mit seinem Vermächtnis des Sozialismus herum, der das Land tief in Schulden gestürzt hat. Aber es betreibt die Wirtschaftspolitik des Protektionismus, die das Land zum Wohlstand führen und als Musterbeispiel für Länder der Dritten Welt sowie für die Vereinigten Staaten dienen könnte.

Die traditionelle Nachfrage der Bevölkerung Indiens nach Silber als Wohlstandsvorrat, kombiniert mit einer guten Wirtschaftsleistung, hat Indiens jüngste Praxis des »Enthortens« von Silber ins Gegenteil verkehrt. Dies wirkt sich auch kurstreibend auf den Preis von Silber aus.

Silber als Mitgift

Das jüngste Wirtschaftswachstum und die nachlassenden Silberpreise haben dazu geführt, daß sich der Pro-Kopf-Verbrauch von Silber in Indien im letzten Jahrzehnt verdoppelt hat, wie aus dem Silver Institute verlautet. Gute Ernten bedeuteten, daß die Bauern ihren bescheidenen Besitz an Silber nicht zu verkaufen brauchten, um zu überleben.

Als Silber in den sechziger Jahren von seinem künstlich niedrig gehaltenen Preis von 1,29 Dollar pro Unze im Januar 1980 kurzfristig auf 50 Dollar pro Unze stieg, wurde indisches Silber verstärkt zum Kauf angeboten. Dieses Silber deckte den heimischen Bedarf in Indien, und der Überschuß wurde auf dem schwarzen Markt exportiert, um gegen Bargeld mit gewöhnlichen Amerikanern und anderen zu konkurrieren, die danach trachteten, den gestiegenen Wert ihres Silberbestecks und -geschirr zu realisieren.

Silber ist besonders als Mitgiftgut gefragt. Eine Mitgift wird von dem Vater einer Hindu-Braut an den Bräutigam und dessen Familie gezahlt.

Silberschmuck wird auch oft der Braut überreicht und ist häufig das einzige Gut, abgesehen von ihrer Bekleidung, das eine verheiratete Frau selbst besitzt. Heute wird Silber mit etwas über vier Dollar pro Unze auf dem Weltmarkt gehandelt, aber zu neun Dollar pro Unze in Bombay. Das ist so, weil Indien die Einfuhr von Silber verbietet, ebenso wie die Ausfuhr, außer über amtliche Kanäle.

Metalle

Indien betreibt Protektionismus zur Rettung der Wirtschaft

Indien, ein Land in politischem Aufruhr nach der Ermordung des ehemaligen Premierministers Radjiv Gandhi am 21. Mai 1991, als er danach strebte, seine Congress Party zu einem weiteren Wahlsieg zu führen, steht jetzt vor Problemen, die Länder wie Bangladesh und Zaire längst überwältigt hätten. Aber Indien hat eine Wirtschaftspolitik betrieben, die ihm die Möglichkeit gab, die vielen wirtschaftlichen Probleme, die das Vermächtnis des Sozialismus hinterlassen hatte, zu bewältigen.

Ein Land mit großer Armut

Indien hat eine Bevölkerung von 850 Millionen, in einem Land, das nur ein Drittel der Größe der Vereinigten Staaten aufweist. Seine Bevölkerung spricht 16 verschiedene Hauptsprachen, darunter Hindi (die Amtssprache) und Englisch, das einen beigeordneten amtlichen Status genießt und ein bedeutender Einigungsfaktor in einem Land ist, dessen Hauptvolksgruppen sich sonst überhaupt nicht gegenseitig verstehen könnten.

Die rassisch unterschiedliche Bevölkerung Indiens besteht zu 83 Prozent aus Hindus, 11 Prozent Moslems, drei Prozent Christen und zwei Prozent Sikhs. Rassen- und Kastenunterschiede, zusammen mit Sprachbarrieren, bedrohen Indiens Einheit ebensosehr, wie die traditionalen Streitigkeiten unter Hindus und Moslems, die 1947 zur Teilung Indiens führten.

Die Menschen in Indien sind arm in einem Ausmaß, das sich jeder westlichen Vorstellung entzieht. Indiens Bruttosozialprodukt in Höhe von 246 Milliarden Dollar (1988) entspricht ungefähr dem der Niederlande (14,8 Millionen Einwohner). Sein Pro-Kopf-Einkommen von 300 Dollar macht etwa ein Achtel des mexikanischen aus. Indiens Lebensstandard sieht nur im Vergleich zum nahegelegenen Bangladesch und Burma, zu Rotchina und zum subsaharanischen Afrika nördlich von Südafrika gut aus.



Zwei glühende Verehrerinnen, Verwandte Ghandis, schmiegen sich liebevoll an ihn, als er gegen die Mißhandlungen der Moslems durch die Hindus protestierte

Die Last der Auslandsschulden

Was Indien als seine Mittelklassen-Bevölkerung – die oberen zehn Prozent – bezeichnet, hat ein Einkommen und den Lebensstandard weit unter dem, was der Westen als Mittelklasse bezeichnet. Eine indische Familie der Mittelklasse ist eine solche, die ein Fahrrad, ein Rundfunkgerät und einen modernen Ofen ihr eigen nennt. Obwohl ein Prozent der Bevölkerung nach westlichem Standard vielleicht komfortabel und manchmal sogar üppig leben, lebt die Mehrheit der Inder als Bauern mit einem Existenzminimum oder als Arbeiter in städtischen Gebieten von der Hand zum Mund unter armseligsten Verhältnissen.
Wie die meisten anderen Länder der Dritten Welt hat Indien beträchtliche Auslandsschulden. Die 70 Milliarden Dollar, die das Land überseeischen Verleihern – meistens ausländische Regierungen und Agenturen wie die Weltbank und der Internationale Währungsfonds – schuldet, sind weniger als die Schulden der Hauptschuldner wie Brasilien und Mexiko auf absoluter Basis, und viel weniger auf einer Pro-Kopf-Basis.

Aber bei Indiens niedrigem Niveau sowohl bei Einfuhren als auch bei Ausfuhren, wird die Bedienung dieser Schulden immer schwieriger. 1988 importierte Indien Waren im Werte von 19,1 Milliarden Dollar, bei einem Handelsbilanzdefizit von 5,8 Milliarden Dollar. Indiens Handelsbilanzdefizit wird eigentlich sehr gering veranschlagt, da ein lebhafter Schmuggelhandel mit Verbrauchsgütern betrieben wird.

Die traditionellen Handelsrouten laufen auf dem Seewege von den Scheichtümern am Persischen Golf, über Bombay, Goa und andere Häfen an der Westküste, und in einem geringeren Ausmaß über Kalkutta und Madras an der Ostküste. Korrupte Zollbeamte sind allzu begierig dazu bereit, bei diesem Unternehmen zu kooperieren, eine Erscheinung, die anderswo in der Dritten Welt nicht unbekannt ist.

Indiens Isolierung vom Hauptstrom des internationalen Handels ist beabsichtigt. Nach der Unabhängigkeit betrieb Indien eine Politik des Einfuhrersatzes. Nach den von der Weltbank veröffentlichten Zahlen entsprechen Indiens Wareneinfuhren neun Prozent des Bruttosozialprodukts, und seine Ausfuhren von Fertiggütern vier Prozent des Bruttosozialprodukts. Dies sind die niedrigsten Zahlen in Asien. Indiens Währung, die Rupie, ist nach Maßstäben der Dritten Welt gemessen stabil und steht gegenüber den schwächeren Währungen seiner unmittelbaren Nachbarn (Bangladesch, Burma, Iran, Nepal, Pakistan und Sri Lanka) über pari. Derzeit mit einem amtlichen Kurs von gerade unter 21 Rupies pro Dollar notiert, hat die Rupie in den letzten Jahren eine Reihe von Abwertungen erfahren, um den Export anzukurbeln und Währungsgeschäfte auf dem schwarzen Markt einzudämmen.

Strenger Protektionismus als Wirtschaftspolitik

Indien betreibt wahrscheinlich die protektionistischste Wirtschaftspolitik aller Länder auf Erden. Der Import, zum Wiederverkauf, der meisten Verbrauchsgüter ist untersagt. Als Folge davon wird beinahe alles, was in Indien gebraucht wird, Autos und Autobusse, Rundfunk- und Fernsehgeräte, Bekleidung, Geräte, Nahrungsmittel und mehr, im Inland hergestellt. Indien hat genug Eisenerze, um eine heimische Stahlindustrie zu unterhalten. Seine großzügigen Kohle- und bescheidenen Ölvorräte machen das Land weitgehend autark in bezug auf Energie.

Indiens Straßenwesen ist primitiv, aber sein Eisenbahnnetz, das von den Briten gebaut wurde, ist Neidobjekt der Dritten Welt. Es lockt viele westliche Touristen an, die sich nach Luxusreisen per Bahn sehnen. Indiens Luftverkehrswesen ist angesichts der starken Abhängigkeit von Bahnreisen ausreichend. Sein internationaler Flaggenträger, Air India, genießt einen guten Ruf.

Indien hat eine tatkräftige und fleißig arbeitende Bevölkerung. Angesichts seiner zermürbenden Armut und des Mangels an Gelegenheiten für seine gebildeten, intelligenten Bürger ist es überraschend, daß es so wenige Auswanderer gibt. Ein Faktor in kausalem Zusammenhang damit ist die Tatsache, daß orthodoxe Hindus es als Sünde erachten, ihr Vaterland zu verlassen.
Indische Einwanderer in die Vereinigten Staaten sind stets gesetzestreu und verursachen nicht die Kriminalität und andere gesellschaftliche und soziale Probleme, wie andere Einwanderergruppen es tun.

Angesichts einer protektionistischen Politik, ausreichender Ressourcen und einer tatkräftigen und fleißigen Bevölkerung stellt sich die Frage: Warum ist Indien so arm? Warum bekommt es immer noch etwa vier Milliarden Dollar pro Jahr an Bewilligungen und Darlehen zu niedrigen Zinsen aus so vielen ausländischen Quellen? Einfach ausgedrückt, die drei Hauptgründe dafür sind Überbevölkerung, Sozialismus und Korruption.

Indiens Bevölkerungsdichte ist beinahe zehnmal so hoch wie die der Vereinigten Staaten, aber großzügige 57 Prozent seiner Landgebiete sind für die Landwirtschaft geeignet. Indien hat in den letzten drei Jahrzehnten gewaltige Fortschritte in der Landwirtschaft gemacht. Hungersnot gehört jetzt der Vergangenheit an, und Indien ist in bezug auf Nahrungsmittel Selbstversorger.

Indiens sozialistische Regierung hält seine Wirtschaftsproduktivität niedrig. Kurz nach der Unabhängigkeitserklärung verstaatlichte Indien 17 Großindustrien, darunter Stahl, Automobile, Eisenbahn, sehr viel Bergbau und mehr. Was von Privatunternehmen übrigblieb, unterliegt einem System von Lizenzen und Zulassungen, das Chicago oder New York City als libertarianisches Nirvana erscheinen läßt. Es ist für Geschäftsbetriebe schwierig, mit anderen zu fusionieren, oder für einen Betrieb, einen anderen aufzukaufen.

Dies bezieht sich auch auf Kleinbetriebe, nicht nur auf größere Firmen – die ohnehin weitgehend verstaatlicht werden –. Ein Betrieb der expandieren möchte, benötigt eine Sondererlaubnis, um seine Kapazität zu erhöhen. Den Betrieben wurde vorgeschrieben, daß sie sich in besonderen – im allgemeinen ärmeren – Gegenden niederlassen müssen.

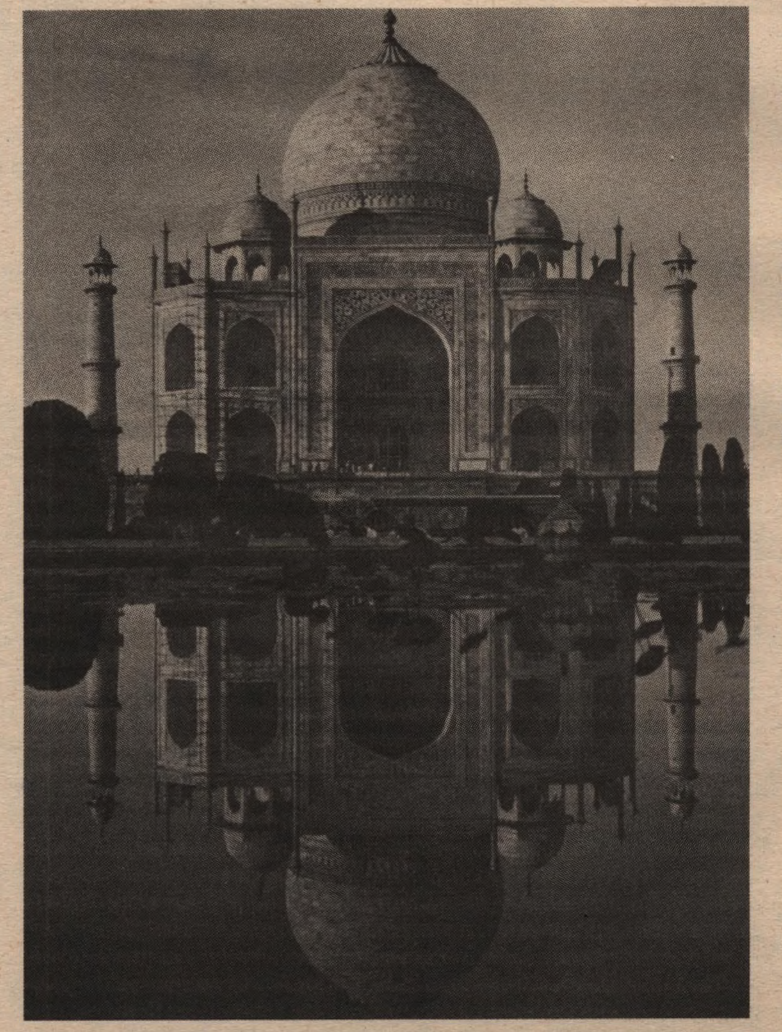
Die Folgen des Sozialismus

Das edle Ziel der Schaffung und Beibehaltung von Arbeitsplätzen wurde dadurch pervertiert, daß Firmen, die ständig Verluste machen, im Geschäft bleiben müssen. Anstatt eine nicht gewinnträchtige Fabrik schließen zu dürfen, müssen die Firmen sie offen halten, um Aussperrungen und Arbeitslosigkeit zu vermeiden, oft mit Hilfe von Regierungsdarlehen.

Diese Darlehen, die für die Regierung »Vermögenswerte« darstellen, die ebenso illusorisch sind, wie die Vermögenswerte vieler bankrotter amerikanischer Banken und Spar- und Darlehenskassen, sind eine Schuld in Höhe von mehreren Billionen Rupies, die eines Tages rationalisiert werden muß. Regierungseigene Firmen werden im allgemeinen nach osteuropäischem Vorbild von vor 1989 geführt, wobei es unmöglich ist zu sagen, ob sie Gewinne machen oder – viel wahrscheinlicher – wieviel Geld sie verlieren.

Ohne Freihandel besteht eine gute Chance

Wie man sich gut vorstellen kann, schiebt das Establishment, Indiens Sorgen eher auf den Protektionismus als auf den Sozialismus. Die in London ansässige Zeitschrift »Economist« war in einer im Mai 1991 veröffentlichten Übersicht über Indien so unverblümt in ihrer Verurteilung des Protektionismus, daß diese sich mehr wie eine für westliche Exporteure, die nach neuen Märkten Ausschau halten, bestimmte Polemik – was sie natürlich war – als eine ernsthafte Diskussion über Indiens Wirtschaft anhörte.



Tadsch Mahal, das aus weißem Marmor erbaute königliche Grabmal, Wahrzeichen Indiens.

Sie spricht neidisch von den, an die Facharbeiterschaft gezahlten niedrigen Löhnen, als willkommene Gelegenheit für stärkere Investitionen des Auslands in Indiens Exportindustrie. Indiens Beschränkungen auf Einfuhren werden als wachstumshemmend verdammt. Eine höchst lächerliche Feststellung in dieser 18seitigen Strafpredigt war die Bemerkung: »Es ist für Indien ebenso absurd, Selbstversorgung anzustreben, wie es für Spanien oder die Schweiz wäre, dies zu tun.«

Wenn es auch für diese kleinen Länder schwierig wäre, so autark zu sein, wie sie es vielleicht wünschen, so sind es gerade die größeren Länder der Welt, wie Indien und die Vereinigten Staaten, die höchst wirksam eine protektionistische Politik betreiben können.

Diese Länder haben sowohl beträchtliche natürliche Ressourcen als auch große Bevölkerungen. Ihre Völker haben sich als fleißig und unternehmungsfreudig erwiesen, wenn sie nicht unter dem zweifachen Joch des Sozialismus und der repressiven Besteuerung zu leiden haben. Beide verfügen über eine große Anzahl von Kleinbetrieben, die zu einer wirtschaftlichen Erholung führen könnten, wenn ihre eigenen Regierungen und internationale Großfirmen sie nur in Ruhe lassen. □



Europa-Journal

Rote Armee plädiert für Atomkraft

»Krasnaja Swedsda« (»Roter Stern«), das Organ der sowjetischen Armee veröffentlichte einen Leitartikel, in dem erklärt wird, daß die »UdSSR« Atomkraftprojekte unterstützen sollte. Diese Ansicht schlägt denjenigen ins Gesicht, die meinen, daß, nach Tschernobyl, Atomenergie nicht mehr verwendet werden kann.

Unter Bezugnahme auf »alternative« Energiequellen, wie Sonne, Wind, Gezeiten und Wasserkraft, wird in dem Leitartikel darauf hingewiesen, daß diese Alternativen zwar brauchbar seien, daß sie aber den zukünftigen Bedarf des Landes nicht decken können. »Wir brauchen Atomkraftwerke«, obwohl diese sorgfältig überprüft und ihr Bau und Betrieb streng kontrolliert werden müssen. □

Cholera bei Odessa aufgetreten

Ukrainische Gesundheitsbehörden haben einen Sonderalarm ausgelöst, nachdem im Raume Odessa Cholera ausgebrochen ist. Etwa 50 infizierte Ukrainer wurden in Krankenhäuser eingeliefert, und Dutzende andere stehen unter scharfer ärztlicher Beobachtung. Die Behörden tragen sich mit dem Gedanken, Tagesversorgungsstationen und sogar Schulen zu schließen, eine Maßnahme, die kürzlich in Moskau getroffen wurde, nachdem Ende September 1991 eine Flut von Ruhr-Infektionen unter Kindern aufgetreten war.

Der Ausbruch der Cholera spiegelt eine schlechte Gesundheitsversorgung und Mangel an Medikamenten, besonders für die Älteren, Kinder und Kleinkinder, in großen Teilen der ehemaligen Sowjetunion wider.

Viele pharmazeutische Firmen sind entweder heruntergekommen oder wurden nach Protesten radikaler Umweltschutzgruppen geschlossen, mit der Begründung, daß die zur Herstellung von Medikamenten verwendeten Chemikalien giftig seien. Wiederholt hatten über Monate hinweg Beamte verschiedener sowjetischer Städte und Republiken den Westen dazu aufgerufen, Medikamente und medizinische Technologie bereitzustellen. □

Rote Armee soll Transkaukasus verlassen

Das Parlament von Aserbaidschan segnete eine Reihe von provokativen Erlassen des Präsidenten Ayaz Mutalibow ab, mit denen die in Aserbaidschan stationierten sowjetischen Streitkräfte direkt herausgefordert werden. Dem Schritt haftet das Potential zur Herbeiführung einer neuen Kriegsführung unter den einzelnen Volksgruppen in diesem Gebiet an.

In den Erlassen wird die sowjetische Armee angewiesen, alle in ihren Kasernen gelagerten Waffen und Ausrüstungen zurückzulassen, wenn die Truppen Aserbaidschan verlassen, so daß diese Ausrüstung an die neu geschaffene aserbaidschanische Nationalgarde übergeben werden kann. Die Erlasse stellten darüber hinaus alle Verbände der sowjetischen Armee in Aserbaidschan unter die Befehlsgewalt des Präsidenten Mutalibow.

Mutalibow, der den Moskauer Putschversuch vom 19. August 1991 öffentlich unterstützt hatte, schützte »die gespannte Lage« in der Hauptstadt Baku als Entschuldigung vor.

Andere Maßnahmen in den Erlassen verlangen, daß alle 140000 aserbaidschanischen Dienstverpflichteten, die derzeit in der sowjetischen Armee dienen, nach Hause geschickt werden – was Rußland im Laufe des nächsten Jahres zu tun beabsichtigt – und rufen alle aserbaidschanischen Offiziere auf, aus der Armee auszutreten und die neue Nationalgarde zu bemannen. Nicht in der endgültigen Fassung, aber im ersten Entwurf enthalten – und möglicherweise als Geheimprotokoll beibehalten – war ein Befehl, Einheiten der aserbaidschanischen Garde längs der Grenzen zu Armenien in Stellung zu bringen. □

Französische Kritik an Brundtland-Studie

Ein führender französischer Schriftsteller hat das Konzept der »tragbaren Entwicklung«, wie es in dem Bericht »Our Common Future« der Brundtland World Commission on Environment and Development vertreten wird, angegriffen. Professor Alfred Grosser vom Institut für Politische Studien in Paris sagte, daß für »diese großartige Sache der Ökologen« das Konzept »tragbare Entwicklung« lediglich der jüngste von mehreren Versuchen in den letzten 30 Jahren sei, mit einer allumfassenden »paradiesischen Version dessen, wie die Beziehungen zwischen Menschen eigentlich sein sollten, in Erscheinung zu treten«.

Aber, fragte Grosser, warum werden solche Gedanken benötigt, wenn die menschliche Rasse, im Einklang mit den Traditionen der Aufklärung und des Christentums, vollkommen gute Gedanken über Gerechtigkeit, Freiheit und Wahrheit entwickelt hat? Diese Werte mögen oft verletzt worden sein, sie behalten nichtsdestoweniger einen gemeinsamen Gesichtspunkt bei: »Sie stellen die Menschheit über alles andere«, während der Ökologismus »die Erde, die Natur, mindestens mit der Menschheit auf eine Stufe stellt. Ich bin dagegen. Um die Umwelt vor den Verschmutzern zu schützen, brauche ich keinen neuen Wert. Ich brauche nur andere Menschen zu respektieren, und zwar die von heute, nicht die von morgen«. Worauf es ankomme seien »menschliche Ressourcen«, nicht »die Natur an und für sich«, sagte Grosser.

Schließlich, warnte er, ist es nur ein kurzer Pfad von der Naturanbetung der Ökologisten zu dem Gedankengut Adolf Hitlers. »Weder Marx noch Tarzan« ist die Überschrift seines Kommentars – wobei sich Tarzan auf diejenigen bezieht, die »Natur« und »Wald« über den Glauben an die Großartigkeit des Menschen stellen.«

In seinem Artikel in der Tageszeitung »Libération« schrieb Professor Grosser weiter: »Ich habe den Eindruck, daß wir, sogar in Frankreich, dabei sind, zu einer Vergötterung der Natur auf Erden – Gaia – zurückzukehren. Dies macht mich furchtbar wütend.

Die Größe der jüdisch-christlichen Zivilisation besteht darin, eine Menschheit geschmiedet zu haben, die nicht unter der Herrschaft der Natur steht. Die unglaubliche Entwicklung der Wissenschaften und Technologien des Westens haben zu einer Situation geführt, in der Dutzende von Millionen Menschen keine Hungersnot und Elend mehr kennen, wie sie auf anderen Kontinenten auftreten. Im Einklang mit der Bibel betrachtete der Mensch sich als dominierenden Faktor über die Natur, der nicht mehr gezwungen ist, sich den Naturkräften zu unterwerfen, an die die Menschen des Altertums und die Griechen glaubten.

Es gibt jetzt den Typus des verzerrten Neochristentums, der mich irritiert: jene Formel der ›Achtung vor der Schöpfung‹, die vom Weltkirchenrat als höchster Wert eingeführt wurde, setzt voraus, daß es keine Evolution gegeben hat. Wenn wir all denjenigen gefolgt wären, die jetzt sagen: ›Die Natur existiert spontan, wir müssen sie respektieren ... Wir müssen den Wald respektieren, weil er der Wald ist, basta‹, dann hielten wir immer noch Steine in den Händen und klammerten uns wie Tarzan an den Bäumen fest.«

Grosser meint, das Schlimmste, was wir jetzt tun könnten, wäre, einen gescheiterten Marxismus durch »Ökologismus« als allumfassende Glaubensstruktur zu ersetzen. □

Britanniens Skinhead-Bewegung breitet sich aus

»Britannien weist in den letzten Jahren einen traurigen Rekord

bei Exporten auf, aber auf einem anderen Gebiet war es bemerkenswert gut, nämlich bei der Verbreitung der rassistischen und gewalttätigen Subkultur der Skinheads«, heißt es in einem Bericht des Europäischen Parlaments, der von dem britischen Parlamentarier Glyn Ford zusammengestellt wurde. Die Londoner »Sunday Times« berichtete, daß eine Anzahl von Skinheads, die sich kürzlich in Deutschland an rassistischen Gewalttätigkeiten beteiligten, Briten waren.
Fords Bericht über »Rassismus und Fremdenfeindlichkeit« stellt fest: »Skinheads traten erstmals Ende der sechziger Jahre in Großbritannien auf und waren als ›Paki bashing‹ (auf Pakistanis Einschlagende) bekannt ... Anfang der siebziger Jahre war ihre Zahl rückläufig, sie fanden jedoch von Ende der siebziger Jahre bis ungefähr 1982 eine natürliche Heimat in der British Movement.

Über die nächsten fünf Jahre hinweg bauten die rassistischen Skinheads ihre Organisation mittels einer Reihe von Kapellen auf, die rassistische Musik spielten.

In den achtziger jahren verbreitete sich der Skinhead-Kult von Britannien nach Westdeutschland, Belgien und Holland und dann nach Skandinavien aus.

Der Kult gewann auch unter jungen arbeitslosen Rassisten in Frankreich an Popularität und erreichte schließlich Ungarn, Polen und die DDR.

Eine der erschreckendsten Entwicklungen war ihr Erfolg in den USA. Vor etwa drei Jahren hatten sie rund 400 Anhänger. Innerhalb eines Jahres waren es schon rund 4500.

Die etablierten rassistischen Gruppen sehen sie als Kanonenfutter an ... die Landesgrenzen überschreiten können ... Sie werden auch als gewaltige Finanzquelle für die rassistische Bewegung angesehen. In Großbritannien sind sie in der Lage, ein Einkommen von einer Million Pfund aus dem Verkauf von Konzertkarten, Videos, T-Shirts, Stiefeln,

Schallplatten und Tonbändern zu erzielen. Sie verkaufen auch Schutz für Konzerte und öffentliche Veranstaltungen anderer Leute.«

Wie dokumentiert ist, sind solche Gruppen wie Skinheads Kanonenfutter, nicht nur dafür, was Ford als »etablierte rassistische Gruppen« bezeichnet, sondern auch für mit schmutzigen Tricks arbeitende Geheimdienste. Es ist in diesem Zusammenhang bemerkenswert, daß die britische Presse bei den Anschuldigungen, die kürzlichen Ausbrüche von Skinheads in Deutschland seien eine »charakteristisch deutsche« Erscheinung, die Führung übernommen hat. □

Vatikan kritisiert Italiens Premierminister

Der italienische Premierminister Giulio Andreotti wurde von einem Offiziellen der katholischen Kirche wegen seines Vorhabens, den von Peking eingesetzten »Bischof« von Shanghai besuchen zu wollen, kritisiert. Der Bischof von Shanghai ist Mitglied der von der Regierung unterstützten Chinesisch-Katholischen Patriotischen Gesellschaft, die die Autorität des Papstes oder des Vatikans nicht anerkennt.

»Ich muß leider sagen, daß unser Premierminister den Christen von China keinen Dienst erweist, wenn er den Bischof von Shanghai besucht«, sagte Pater Piero Gheddo.

Gheddo, Leiter der Agentur Asia News, die sich auf die Kirche in China spezialisiert, meinte, der Bischof Aloysius Jin Lu Xian sei »von der Chinesischen Kommunistischen Partei und nicht vom Papst berufen worden«. Er sagte, acht Bischöfe würden vermißt und sollen sich in »Umerziehungslagern« befinden, und viele weitere seien verhaftet worden.

Gheddo meinte weiter, Andreotti sollte sich, wenn er schon einmal in Shanghai ist, mit dem vom Vatikan anerkannten Bischof der Stadt, Joseph Fan Zhongliang, treffen, der im Juni 1991 für einige Wochen inhaftiert war. □

Walesa meint, der Westen habe Polen getäuscht

Polen wurde vom Westen über die Wirtschaftspolitik »hinters Licht geführt«, erklärte der polnische Staatspräsident Lech Walesa. Befragt, ob die fehlende konkrete Hilfe aus Europa im Lichte der westlichen Forderungen nach Reformen des »freien Marktes« heuchlerisch sei, antwortete er: »Das entspricht nun mal der kapitalistischen Philosophie. Natürlich waren wir zu naiv. Wir glaubten alle jene Parolen, die wir gehört haben.«
Er stellte auch fest: »Der Westen sieht alles vom kapitalistischen Standpunkt. Man fordert uns auf, Fabriken stillzulegen, Menschen auf die Straße zu setzen. Anstatt eine untüchtige Werft zu schließen, möchten wir sie lieber leben lassen und die Maschinen dazu benutzen, etwas anderes herzustellen. Bei unseren Reformen hat Polen einen Fehler begangen, wir entschlossen uns, schnell voranzuschreiten, um mit dem Westen Schritt zu halten. Als Folge davon haben wir heute mit furchtbaren Problemen zu kämpfen.«

»Ich möchte ein intelligenter Kapitalist sein«, meinte Walesa, »einer der langfristig denkt«. Seine Priorität sei es, Handelsabkommen mit den Republiken der ehemaligen UdSSR abzuschließen. »Die politische Seite wird folgen.« □

Kroatische Juden verurteilen Serbiens Völkermord

Kroatiens Jüdischer Kongreß in Zagreb richtete einen Aufruf an die Welt, Serbiens Aggression Einhalt zu gebieten. Repräsentanten dieser 200 Jahre alten jüdischen Gemeinde »stellen mit Kummer, Verzweiflung und Erschütterung fest, daß die Republik Kroatien, deren Bürger wir sind, von einer brutalen Streitmacht angegriffen wird, die Völkermord verübt«, heißt es in der Erklärung. »Daß die Bevölkerung der Republik Kroatien einem entsetzlichen körperlichen und psychologischen und wirtschaftlichen Gemetzel ausgesetzt wird, ohne Achtung für Staatsangehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, religiöse oder politische Überzeugungen. Daß die Juden Kroatiens und ihre Institutionen, ihr privates und öffentliches Eigentum der gleichen Gefahr ausgesetzt sind.
Und daß der Schaden für Kroatien und seine Städte und Dörfer das Ende des jüdischen Vermächtnisses, das auf diesem Boden seit uralten Zeiten vorhanden war, bedeuten kann«.

In dem Aufruf heißt es weiter, daß obwohl Behauptungen aufgestellt werden, mit denen versucht wird zu beweisen, daß die Republik Kroatien antisemitisch und neofaschistisch ist, genoß die jüdische Gemeinde alle Rechte einer religiösen und ethnischen Minderheit, ohne Behinderung und ohne jede Diskriminierung. Daher verleihen wir unserer vollen Unterstützung für die erklärte Politik der Republik Kroatiens Ausdruck, die einen neuen und demokratischen Staat aufbauen will, in dem menschliche und politische Rechte, ethnische und religiöse Rechte für alle Bürger oder Gruppen honoriert werden.

»Vor allem appellieren wir an unsere Brüder in der jüdischen Gemeinde und an Einzelpersonen überall in der Welt, auch an die öffentliche Meinung, ihre Regierungen und internationalen Organisationen unter Druck zu setzen, um in Kroatien zum Schutz des menschlichen Lebens eine Feuereinstellung zu erreichen. Wir werden niemals vergessen, wie das jüdische Volk vor den Augen der Welt, die wortlos zusah, im Holocaust umkam. Wir wollen nicht, daß sich diese tragische Geschichte in Kroatien wiederholt.« □



Europa-Parlament

Was man in Straßburg so redet

Emil Schlee

In Straßburg im Europa-Parlament wurde die heikle Frage der Vertretung der neuen mitteldeutschen Bürger der Europäischen Gemeinschaft im Europa-Parlament erörtert. Heikel deswegen, weil es natürlicherweise um die Erhöhung der Anzahl der deutschen Volksvertreter im Europa-Parlament ging.

Erinnern wir uns und vergessen nicht, daß schon die Teilvereinigung Deutschlands für viele Abgeordnete ein »Schock« gewesen ist, weil hiermit eine Stärkung der Position der Deutschen in Europa einherging, die einfach unerwünscht ist. Bei solchen Gelegenheiten brechen immer wieder die im Untergrund schwelenden Voreingenommenheiten gegenüber Deutschland auf.

Die Grünen in Straßburg

Normalerweise sollte es selbstverständlich sein, daß in einem »Parlament der Bürger« diese angemessen vertreten sind. Das ist im Europäischen Parlament, das selbst bei weitem noch nicht alle parlamentarischen Rechte zugebilligt bekommen hat, noch längst nicht der Fall. Zwar haben die zwölf Mitgliedsstaaten je nach »Größe« festgesetzte Mandate im Parlament – Frankreich, Großbritannien, Deutschland und Italien jeweils 81, Spanien 60, Niederlande 25, Griechenland, Belgien und Portugal jeweils 24, Dänemark 16, Irland 15, Luxemburg 6 –, aber trotzdem sind die Unterschiede in der Volksvertretung pro Abgeordneten doch sehr groß.

In Luxemburg vertritt ein Europa-Abgeordneter 70000 Bürger, in Irland 240000, in der alten Bundesrepublik Deutschland 760000 und durch unterschiedliche Wahlsysteme – zum Beispiel Mehrheitswahlrecht in Großbritannien – sind ganze Bevölkerungsgruppen gar nicht vertreten.

Nach der Teilvereinigung Deutschlands wurden für die 16 Millionen »EG-Neu«-Bürger 18 »Beobachter« als Vertreter der ehemaligen DDR-Bevölkerung in Mitteldeutschland in das Europäische Parlament berufen – ohne Rede- und Stimmrecht.

Nun waren zwar einige Abgeordnete gern bereit, wegen der neuen 16 Millionen EG-Bürger die Erhöhung des deutschen Finanzanteils am EG-Haushalt 1992 – von bisher 25 auf 28,6 Prozent bei einem Umfang von 60 Milliarden DM, der dann auf 66 Milliarden DM steigt – anzunehmen, aber nicht die Erhöhung der deuschen Abgeordnetenzahl von 81 auf 99!

Fehlende Auswahlkriterien für Parlamentsvertreter

Trotzdem haben am 10. Oktober 1991 die Abgeordneten des Europäischen Parlaments mehrheitlich einem Entschließungsantrag zugestimmt, in dem es unter anderem heißt, »daß es erforderlich ist, die Zahl der deutschen Mitglieder im Europäischen Parlament um 18 zu erhöhen«, und beauftragten ihren Präsidenten, »diese Entschließung dem Rat, der Kommission sowie der Regierungskonferenz zur Politischen Union zu übermitteln«. Bei der Abstimmung sprachen sich bei 334 abgegebenen Stimmen 240 für den Antrag aus, 47 waren dagegen und 47 enthielten sich der Stimme.
Einmal abgesehen vom Stimmverhalten derjenigen, die dagegen waren oder sich der Stimme enthielten, soll hier doch die im Protokoll stehende Erklärung, abgegeben von der deutschen Grünen, Frau Dorothee Piermont, Remagen, 1943 in Straßburg geboren, zur Kenntnis gebracht werden, weil man sich besorgt fragen muß, was wohl im Kopf und Herz dieser Frau vor sich geht, die – von Beruf Antiquarin – eine solche Erklärung abzugeben imstande ist:

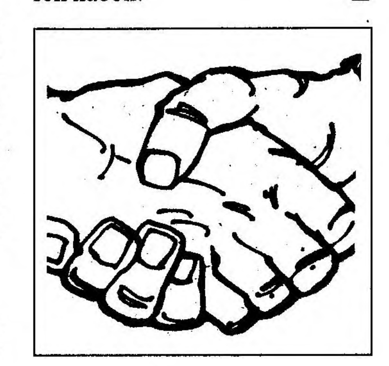
»Ein Jahr ist vergangen, seit die Bundesrepublik Deutschland die DDR schluckte. Der Bissen bleibt ihr zwar vorübergehend etwas im Halse stecken, wird aber mittelfristig Großdeutschland stärken und läßt ihm schon jetzt den Kamm schwellen. Noch klingen mir die Beteuerungen der bundesrepublikanischen Kollegen in den Ohren, das deutsche Gewicht in der EG sollte nicht vergrößert, das institutionelle Gleichgewicht nicht verändert werden, auch nicht im Europäischen Parlament.
Damals, vor dem 3. Oktober 1990, war man für das Gelingen des Unternehmens ›Anschluß‹ noch auf den guten Willen der anderen EG-Staaten angewiesen. Heute, ein Jahr danach, fallen die Masken. Die Losung lautet: Wozu noch falsche Rücksichten, zumal die Forderung nach mehr Gewicht für Großdeutschland im EP sich so hübsch demokratisch verpacken läßt. Verschwiegen wird, daß 16 Millionen Bürger keineswegs nur durch zusätzliche Abgeordnete, sondern ebensogut im Rahmen des bisherigen Kontingents von 81 deutschen Abgeordneten vertreten werden können.

Das Europäische Parlament, das noch am 24. Oktober 1990 Stein und Bein schwor, daß die Benennung von 18 Beobachtern, ›unter keinen Umständen als Präzedenzfall für den längerfristigen Beschluß über die Gesamtstruktur der Vertretung im EP angesehen werden sollte‹, schickt sich unter dem Ansturm der deutschen Abgeordneten in den beiden größten Fraktionen an, seine eigenen Beschlüsse zu Makulatur zu erklären. Zufall?

Wohl kaum, wenn man verfolgt, wie schamlos das vergrößerte Deutschland seinen Machtzuwachs ausspielt: Vom Versuch einer EG der zwei Geschwindigkeiten bei Wirtschafts- und Währungsunion über die Verhandlungen Japan-EG hinsichtlich des zukünftigen Automarktes bis zur ständigen Drohung mit der Anerkennung von Slowenien und Kroatien im Alleingang, ganz zu schweigen von den Pressionen, in Kaliningrad, das ohne Komplexe wieder Königsberg genannt wird, eine Sonderwirtschaftszone für ›Wolgadeutsche‹ zu errichten.

Wen vertreten diese Volksvertreter eigentlich?

Man ist wieder wer und möchte das dargestellt sehen, zum Beispiel indem Berlin, Hauptstadt des Bismarck- und Nazireiches, wieder zur Hauptstadt gekürt wird, indem der Leichnam des Preußenkönigs Friedrich, auf dessen Konto der Schlesische Krieg und eine polnische Teilung gehen, als Symbol deutscher Kontinuität mit militärischen Ehren nach Berlin transferiert wird, oder indem man die kollektive Verantwortung für zwölf Jahre Nazi-Greuel vom Tisch wischt und auf den Boden ehemaliger KZ Supermärkte baut.
Vor diesem Hintergrund ist die seit Wochen in Deutschland herrschende Pogromstimmung zu sehen. Laut dem ›Spiegel‹ herrscht in Europa wieder Angst vor den Deutschen. Zu Recht, wie ich finde. Ich lehne daher jede Erhöhung der Anzahl der deutschen Abgeordneten im Europäischen Parlament ab.«
Solange es keine Auswahlkriterien für Kandidaten parlamentarischer Mandate oder Regierungsämter gibt, werden wir es wohl wieder erleben, daß über dubiose Parteiwege eingeschleuste und vorgesetzte »Volksvertreter« nicht wissen, wen und was sie eigentlich zu vertreten und verantwortlich zu tun und zu lassen haben. □



Schweiz

Amokfahrt in die EG

Rudolf Seufert

Die Troika der Volkszerstörer Helvetiens, Delamuraz, Felber und Ober-Asylantenfreund Zuber, ist auf der Zielgeraden in die EG! Gerade hatte das Schweizer Volk über verwaschene Parteiprogramme und Parlamentskandidaten abgestimmt, da wurden erstmals lauthals in der Schweiz Stimmen laut über »Wahlmanipulation«. Unter eklatanter Mißachtung des Volkswillens – wie in CODE vorausgesagt – versuchten die beiden Erstgenannten das Schweizer Volk über seinen Willen hinweg in die Europäische Gemeinschaft (EG) zu zwingen.

Jetzt geht es im Intercity-Tempo Richtung Brüssel: Das Vehikel zur Volksberuhigung heißt zunächst EWR-Beitritt. Das ist bis 1. Januar 1993 von Leuten wie Delamurez, einem Freund des Weines, vorbestimmt. Bundesrat Felber stößt ins gleiche Horn: »Eine einmalige Herausforderung für das Parlament«, meint dieser und verschweigt, daß damit die Homogenität des 700 Jahre gewachsenen Schweizer Volkes zerstört wird.

Ein besonders hinterhältiges Vorgehen

Einzigartige Signale gegen die Demokratie: Die Regierung hatte dem Volk das Scheitern einer eigenständigen Annäherung an die EG zunächst verschwiegen. So dann hat Delamuraz entgegen jeglicher demokratischer Spielregeln dem Volk aus dem Ausland, nämlich aus Luxemburg, mitgeteilt, daß nunmehr offen die Vollmitgliedschaft in der EG angestrebt werde. Egal, ob es dem Souverän paßt oder nicht.

Der EG-Beitritt scheint somit unabwendbar geworden. Ein besonders hinterhältiges Vorgehen gewählter Volksvertreter, die bewußt den Amokweg über das Ausland wählen, da sie sich zuhause nicht so sicher fühlen können. Besonders hinterhältig vor allem deshalb, weil Typen wie Delamuraz ihre Schritte, die bislang vom Volkswillen nicht gedeckt sind, zuerst und vor allem im Parlament in Bern zu erläutern hätten.

Europa wird durch eine aufgeblasene Bürokratie in Brüssel mit ihren diktatorischen EG-Normen entmündigt.

Typen wie Koller: Er freut sich über die »einmalige Herausforderung«, daß typische Schweizer Gesetze abgeschafft werden müssen – zugunsten der diktatorischen EG-Normen. Da ist natürlich für altbewährte demokratische Normen kein Platz mehr.

Zunächst muß das Volk auf so klassische demokratische Rechte wie das »fakultative Referendum« verzichten. Es soll für EG-Erlasse außer Kraft gesetzt werden. »Nur die dümmsten Kälber wählen ihren Metzger selbst!« Die Deutschen als Vorbild für risikolose Volkszerstörung.
So sollen insgesamt 1400 Erlasse binnen eines Jahres aus dem EG-Recht in die Schweiz übernommen werden, ferner sollen 60 Gesetze »angepaßt« werden. Das Parlament wird sich in zwei bis drei Sondersessionen mit der EG befassen. Der 6. Dezember 1992 soll die »entscheidende Abstimmung« sein, in der sich das Volk selbst entmündigen soll zugunsten der EG-Mafia.

Binnen eines Jahres also wird die Propagandamaschine von Delors & Co. und Freund Delamuraz das Wasser auf die EG-Mühlen leiten. Dem zufriedenen und satten Volk wird es schon gefallen, wie man meinen könnte, schließlich hat es sich gegen Überfremder-Typen wie Zuber und Arbenz noch immer nicht erhoben. Zuber kürzlich in einer Grundsatzdiskussion mit Nationalrat Ruf und dem Chef des Bundesamtes für Flüchtlingswesen, Arbenz: »Es haben noch zigtausend Asylanten Platz!«

Entmündigung zugunsten der EG-Mafia

Delors wird sich über den Milliarden Franken-Segen aus Helvetien wohl bald freuen dürfen, vom obligatorisch abzuliefernden Goldschatz ganz zu schweigen. Und erst die USA, denen ja bekanntlich das Schweizer Bankgeheimnis seit Jahren ein gewaltiger Dorn im Auge ist!

Haben doch die One-World-Watchers wiederholt – und gar nicht so vergeblich – ihre Unterhändler nach Helvetien ausgesandt und auf die Lockerung des Bankgeheimnisses gedrängt. 1990 hatten die Schweizer dem Insistieren der USA erstmals etwas nachgegeben.

Auch ein Signal dafür, daß an die USA ein klarer Souveränitätsteilverzicht erfolgt ist und die Schweiz seither über dem Teich unter der »Nr. 52« geführt wird.

Unterstützung aus Bayern

Vorläufig jedenfalls. Oder weiß das Schweizer Volk denn nicht, daß im »Europa der Regionen«, für das beispielsweise sehr nachdrücklich der bayerische Ministerpräsident Streibl – ein enger Spezi von Delors – eintritt, mitunter gar kein Platz für kleine Nationen mehr sein soll?

Nach den im Sommer 1991 geäußerten Vorstellungen mancher Eurokraten und EG-Mitgliedstaaten soll in einem »Europa der Regionen«, was immer auch darunter zu verstehen sein mag, für Kleingebilde wie Luxemburg künftig kein Platz mehr sein.

Schon kam aus den Niederlanden und England der Vorschlag, das Großherzogtum einfach aufzuteilen und an andere bestehende Staaten anzugliedern. Damit wäre unter anderem auch das Problem der Steueroase liquidiert, auf die Luxemburg bekanntlich auch zukünftig pocht.

Warum soll dieses Schicksal denn nicht auch der Schweiz widerfahren können? Das liegt freilich nicht am eingeschränkten Vorstellungsvermögen der Luxemburger oder Schweizer, sondern nur an den Typen wie Delors & Co. □



Frankreich

Meinungszensur im »pluralistischen« Staat

Beat Christoph Baeschlin

Der vormalige Staatspräsident Frankreichs, Valérie Giscard d'Estaing, hat es erfahren müssen, daß »Demokratie« und »Pluralismus« sowie »Freiheit der Meinungsäußerung« nur in Teilbereichen des politischen Lebens gelten. Ende September 1991 hat er in der Zeitung »Figaro« freimütig von der Einwanderung Fremdrassiger gesprochen und gesagt, diese sei heute zu einer unerträglichen Invasion ausgeartet. An dieser Meinungsäußerung ist das Menschenrecht auf freie Rede zerschellt. Es wurde offenkundig, daß Theorie und Praxis unserer westlichen Demokratie nicht deckungsgleich sind.

Jeder, der es wissen will, stellt fest, daß die Demokratie weitgehend zur Herrschaft der Geheimgesellschaften umfunktioniert worden ist, daß »Pluralismus« wesentliche Bereiche des Meinungswesens ausschließt, und daß die »Freiheit der Meinungsäußerung« nur gewährt oder gebilligt wird, sofern die von den Hintergrundmächten verfügten Tabus ehrfurchtsvoll berücksichtigt werden. Und zu diesen Tabus gehören Einwanderung und Überfremdung.

Weil Valérie Giscard diese Tatsachen mißachtet hat, ist die ganze »öffentliche Meinung« Frankreichs in unflätiger Weise über ihn hergefallen. Giscard hatte nicht nur die Masseneinwanderung kritisiert – was an sich schon ein schweres Meinungsdelikt ist – sondern auch gefordert, daß die Verleihung des Bürgerrechts nicht mehr – wie dies seit 70 Jahren geschieht – jedem auf französischem Territorium geborenen Kind automatisch zukommen solle.
Kaum waren Giscards Äußerungen bekannt geworden, so erschütterte ein Kesseltreiben von der Stärke eines Erdbebens die gesamte Meinungsmache Frankreichs. Das geschah auf Befehl der Leithammel im Informationswesen. Da gab es kein Ansehen der Person. Daß Giscard bis 1981 das höchste Amt im Staate eingenommen hatte, spielte plötzlich keine Rolle mehr. Von einem Augenblick zum anderen war er eine Unperson geworden.
Giscard ist »einer, der sich im Dreck wälzt«, er ist ein »niederträchtiges Subjekt«. So lauten die häufigsten Schmähungen, wie sie in schnaubender Entrüstung von den angeblichen Hütern der demokratischen Moral ausgestoßen wurden. Der Vorsitzende des Abgeordneten-Hauses, Ex-Ministerpräsident Laurent Fabius, verstieg sich zu rülpsendem Überschwang und krächzte: »Giscard d'Estaing ist ekelerregend und verursacht Brechreiz.«

Giscards Feststellung: Es gibt die Zensur

Solch edle Worte gab der Mann von sich, der das zweithöchste Amt im Staate inne hat, und sie gelten dem vormaligen Staatschef, der eine persönliche Meinung auszusprechen wagte. Aber diese persönliche Meinung verstößt gegen ein Tabu der »pluralistischen Demokratie«.

Es ist undenkbar, daß Giscard nicht im Bild war, welches Risiko er einging mit seinen Betrachtungen, womit er die Meinungszensur herausforderte. Vielleicht hatte er nicht erwartet, daß er – der vormalige Staatspräsident – in so unflätiger und nicht endenwollender Haßkampagne durch alle Medien zerzaust würde. Die Heftigkeit der Anti-Giscard Beleidigungen offenbarte einen märchenhaften Tiefstand des »pluralistischen« Diskussions-Stils.

Giscard sagte: »Dieses Tohuwabohu ist bedenklich. Da kommt zum Ausdruck, daß die einen zur Diskussion unfähig sind, und daß die anderen nicht zulassen, daß öffentlich über Dinge gesprochen wird, die für die Zukunft sehr bedeutungsvoll sind. Geht es doch darum, Regeln aufzustellen, die das Volk für seine Zukunft als richtungsgebend erachtet.«
So begann Giscard seine Antwort auf die Haßtiraden, die durch seine freie Meinungsäußerung verursacht worden waren. Aber da kam nun der wahre Charakter des so viel gerühmten »Pluralismus« zum Ausdruck: die ätzenden Schmähungen gegen den vormaligen Staatspräsidenten verstummten keineswegs, und gleichzeitig wurden die erklärenden Worte desselben in fast allen Informationsmedien Frankreichs mit eisigem Stillschweigen übergangen. Auch da haben wir es wieder: die Zensur! Sie befiehlt zu schreien, und im Handkehrum befiehlt sie zu schweigen! Und das Tolle ist: die freie Presse in der freien westlichen Welt bemüht sich untertänig und kriecherisch, den von unsichtbaren Zentralen ausgehenden Weisungen Nachachtung zu verleihen.

»Man will nicht gestatten, daß die Franzosen ein Problem öffentlich erörtern, das für ihre Zukunft sehr bedeutsam ist«, sagt Giscard. Damit hat er unwiderruflich bestätigt, daß es in Frankreich eine Meinungszensur gibt. Schade, daß er sich mit dem unpersönlichen »man« begnügte. Denn als Politiker, der alle Stufen der Staatslenkung kennen gelernt hat und der wohl mit allen Wassern gewaschen ist, weiß er genau, wer »man« ist, dem die Macht zusteht zu entscheiden, worüber die »öffentliche Meinung« zu reden und zu schweigen hat.
Natürlich sieht die Verfassung der fünften französischen Republik die Freiheit der Meinungsäußerung vor und sichert sie als unabdingbares Recht zu. Ebenso erhalten alle Menschenrechts-Deklamationen dieses angeblich »unveräußerliche Recht«. Aber die Frage der Überschwemmung Westeuropas mit artfremden Menschen ist ein Tabu, eine Frage, die offensichtlich nicht im Rahmen der verfassungsrechtlichen und menschenrechtlichen »Grundfreiheiten« Platz hat.

Das Abbiegen der Moralbegriffe

Und doch handelt es sich da um eine Sache, die jeden angeht, weil sie von grundlegender Bedeutung ist. Aber gerade darum muß in dieser Existenzfrage für Volk und Staat eisiges Schweigen walten. Vor allem die Massenmedien, aber auch die große Presse, dazu die »moralischen Instanzen« wie Kirchen, Schulen, Parteien, Antirassismus-Vereine haben sich bedingungslos als die Kämpfer und Mitläufer in dieser Vernebelungskampagne zu betätigen. Und sie tun es fast alle. Besonders stramm machen die politischen Parteien mit. Aber auch die Kirchen sind genüßlich am Werk, wenn sie als Handlanger und Kammerdiener der sich im Hintergrund verbergenden wahren Machthaber über die Demokratie betätigen dürfen. So fühlen sich manche Kirchen als »nützliche Institution« und vergessen in ihrem Eifer ihren tatsächlichen Auftrag und Dienst am Volk.
So wird dem Volk die falsche Meinung aufgenötigt, es sei böse und unanständig, eine normale Diskussion über die Einwanderung zu führen, und es sei »unmoralisch«, wenn ein Volk das legitime Recht beansprucht, über seinen Lebensraum frei und demokratisch zu verfügen. Die künstlich geschürte moralische Verkrüppelung ist mit der Besudelung Giscards und mit der gegen ihn entfachten pseudo-moralischen Haßkampagne mit greller Klarheit offenbar geworden.

Es wäre Zeit, daß die »freie Presse« in der »freien demokratischen Welt« die unerträgliche, lügenhafte und heuchlerische Tabuisierung der Einwanderer-Problematik endlich als solche entlarven würde. Sonst pfeifen wir auf den »Pluralismus«. Denn man merkt doch zu sehr die unlautere Absicht, und man wird verstimmt. □

John F. Kennedy

Die Mafia und der US-Präsident

Joseph Sobran

In der Eröffnungsszene des Filmes »Miller's Crossing« beschwert sich ein Schmalspur-Gangster verärgert über einen Rivalen, der seine sorgfältigen Versuche, Kämpfe zu organisieren, zunichte gemacht habe. »Es läuft alles auf die Ethik hinaus«, sagt er. »Wenn man einem Mittelsmann nicht mehr trauen kann, wem kann man dann noch trauen?«

Dies scheint die Gefühle des inzwischen verstorbenen Sam Giancana über die Gebrüder Kennedy zusammenzufassen. Laut Judith Campbell Exner, die sowohl Giancanas als auch John Kennedys Geliebte war, vertrat der Chicagoer Gangster die Ansicht, er sei von John und Robert Kennedy hintergangen worden. Er hatte 1960 während des Kennedy-Wahlkampfes bei den entscheidenden Vorwahlen im Frühjahr in West Virginia mitgeholfen und im November Jack möglicherweise zu seinem knappen Sieg verholfen. »Ihr Freund wäre kein Präsident, wenn ich nicht gewesen wäre«, pflegte er zu Mrs. Exner zu sagen.

Von links: Robert und John F. Kennedy mit ihrem Vater Joseph der US-Botschafter in London war.

Ein deutlicher Mangel an Ethik

Und wie belohnten die Kennedys seine Großzügigkeit? Sie weigerten sich, einem ausgewiesenen Gangsterkumpel von Giancana, Joe Adonis, zu helfen, wieder ins Land zu kommen. Und als Generalstaatsanwalt wurde Robert zu einem Kreuzzügler gegen das organisierte Verbrechen. Ein deutlicher Mangel an Ethik.

Mrs. Exner hatte schon vorher einen Teil dieser Geschichte zum Besten gegeben. Jetzt, wo sie unheilbar krank ist, gab sie dem Journalisten Anthony Summers, dessen Bericht über die Kennedys und die Clique vom Universal Press Syndicate vertrieben wird, nährere Einzelheiten bekannt.

Mrs. Exner erzählte, sie sei vor und nach der Wahl von 1960 mehrmals mit dem Präsidenten und Giancana zusammen gewesen. Die bemerkenswerteste dieser Zusammenkünfte habe sich am 18. April 1961 im Embassador East Hotel in Chicago, zwei Wochen nach der katastrophalen Invasion in der Schweinebucht, ereignet. Der Präsident und der Verbrecherboß heckten damals einen Plan aus, Fidel Castro zu töten. Wenn sie den Tatsachen entspricht, dann wirft die Story ein interessantes Licht auf John F. Kennedys weltmännische Verhöhnung von »Verschwörungs-Theorien«. Die absurdeste jener Theorien scheint im Vergleich zu andauernden Enthüllungen über das, was unter dem runden Tisch von Camelot tatsächlich vorgegangen ist, matt zu sein.

Aber ist es wahr? Mrs. Exners Behauptungen scheinen mit allem, was wir über das geheime Leben der Kennedys erfahren haben, übereinzustimmen. Und Mr. Summers sagt, ihr Bericht werde in jedem Punkt, wo er ihn mit neu freigegebenen offiziellen Aufzeichnungen über Präsident Kennedys damalige Reiseroute vergleichen konnte, untermauert. Der Gangster sei über Kennedys Hinterhältigkeit so wütend gewesen, daß er, Unheil verkündend, voraussagte, der Präsident werde eines Tages »getroffen«.

Mr. Summers stellt fest, daß der Familien-Patriarch, Joseph Kennedy, von seinen Tagen als Schnapsschmuggler während der Prohibition her Bindungen zum Gangstertum unterhalten habe, die bis in den Wahlkampf seines Sohnes um die Präsidentschaft hineinreichten. In einem FBI-Bericht wird festgestellt, daß der alte Herr während seines Aufenthaltes in Kaliforniens Cal-Neva Lodge – deren Miteigentümer Giancana war – »von vielen Gangstern besucht wurde«. John Kennedy selbst unterhielt auch freundschaftliche Beziehungen zu solchen Gangstern wie Meyer Lansky und Gus Battaglia. Frank Sinatra scheint ein weiteres Bindeglied zwischen dem Präsidenten und Giancana gewesen zu sein.

Nun kann es gesagt werden. Zumindest teilweise. Wie viel davon unbekannt bleibt, mag jeder selbst ermessen. Zu denjenigen, die nicht sehr viel von all dem ermessen konnten, gehörten Jack Kennedys zahlreiche Kumpels in der Presse, die erst dann einen »Untersuchungs-Journalismus« entdeckten, als Richard Nixon ins Weiße Haus einzog. Im Lichte der vielen kürzlichen Enthüllungen über die Kennedys und Lyndon Johnson sieht Watergate langsam wie ein Augenblick der moralischen Erhebung in Amerikas nationaler Geschichte aus.

In der Tat – man zittert vor Angst, es auszusprechen – Teddy Kennedy mag, unter moralischen und ethischen Aspekten gesehen, die erste Wahl des Kennedy-Clans sein. Zumindest hat sich bislang noch kein Gangser über dessen Mangel an einem Ehrenkodex beschwert. Wie war es möglich, daß die älteren männlichen Kennedys sich so viele Jahre lang in der Nähe von Mafiosi aufhalten konnten, ohne irgendwann einige Skrupel zu bekommen?

Die Folge der Untergrundtätigkeit

Zu ihren Lebzeiten von der Presse geschützt, erwarben John und Robert Kennedy sich einen Glorienschein des Märtyrertums, als sie ermordet wurden. Und doch könnte es sein, daß der Mord an John nicht das Werk eines »einsamen Revolverhelden«, sondern die Folge seiner eigenen Untergrundtätigkeiten war. Robert, Jacks bösartiger Killer, hat sich immer noch etwas von seinem liberalen Heiligenschein bewahrt. Und doch berichtet der ehemalige US-Senator Eugene McCarthy, der 1968 um die Nomination der Demokraten zum Präsidentschaftskandidaten gegen Bobby antrat, daß am Vorabend der Vorwahl in Kalifornien, Bobbys Männer Orange County mit Flugblättern eindeckten, in denen behauptet wurde, McCarthy plane, eine große Anzahl von Schwarzen aus Watts in das County zu verfrachten – ein phantastischer Anreiz zu rassisch bedingten Ängsten und Vorurteilen. Stunden später wurde Bobby erschossen und zum Märtyrer erhoben.

Es wird Zeit, alle jene Flughäfen, Stadien und Kulturzentren in der Welt umzubenennen. □

Weißes Haus

Man spricht von Demokratie und fördert Diktaturen

US-Präsident George Bushs Liebesaffäre mit den kommunistischen Diktaturen in allen Teilen der Erde war das Thema einer Diskussion, die der Chefredakteur von »The Spotlight«, Vince Ryan, mit dem ehemaligen amerikanischen Botschafter für Rumänien, David Funderburk, führte.

David Funderburk, Inhaber des Bachelor of Arts und Master of Arts der Wake Forest University in North Carolina und eines Magister-Titel der University of South Carolina, lehrte Geschichte am Wingate College, an der University of South Carolina, der Hardin-Simmons University und der Temple University. Er diente von 1981 bis 1985 als amerikanischer Botschafter für Rumänien und war Berater des amerikanischen Bildungsministeriums. 1986 stellte er sich als Kandidat aus North Carolina für die republikanische Nominierung zum Senat. Der ehemalige Botschafter ist der Verfasser des Buches »Betrayal of America: George Bush's Appeasement of Communist Dictators Betrays American Principles« (»Verrat an Amerika: George Bushs Beschwichtigung kommunistischer Diktaturen verstößt gegen amerikanische Grundsätze«). Nachstehend eine überarbeitete Niederschrift der Diskussion mit Funderburk. Die Fragen von Vince Ryan sind fett gedruckt.

Nicht im Einklang mit den US-Idealen

Herr Botschafter, Ihr Buch »Betrayal of America« stellt eine ziemliche Anklage nicht nur gegen Präsident George Bush selbst, sondern auch gegen das US-Außenministerium dar. Es trieft von Namen einer ganzen Reihe von prominenten Leuten. Warum haben Sie das Buch geschrieben?

US-Präsident Jimmy Carter besuchte während seiner Amtszeit Ceausescu (ganz links), der das liebste Kind des Banken-Establishments war.

Funderburk: Ich schrieb es, weil ich natürlich sehr enttäuscht wurde, als ich amerikanischer Botschafter in Rumänien war. Unsere Regierung trieb eine Politik der Zusammenarbeit mit dem kommunistischen Diktator Rumäniens, Nicolae Ceausescu. Ebenso mit vielen anderen kommunistischen Herrschern.

Ich habe in Osteuropa bei Familien gewohnt, die wegen ihrer politischen und religiösen Überzeugungen durch Schläge zur Unterwerfung gezwungen wurden; und ich glaubte nicht, daß es mit Amerikas Prinzipien oder Idealen in Einklang zu bringen ist, daß wir sozusagen mit Leuten wie Ceausescu ins Bett gehen. Natürlich liegen uns jetzt Beweise dafür vor, daß Bush das gleiche mit Teng Hsiao-p'ing in Rotchina und mit Michael Gorbatschow in der Sowjetunion betreibt.

Wir alle haben Berichte darüber gehört, daß unsere Auslandsbotschafter von Kontakten mit dem Präsidenten ausgeschlossen werden. Als Sie Botschafter in Rumänien waren, konnten Sie da sicher sein, daß Ihre Mitteilungen bis zum Präsidenten durchdrangen?

Funderburk: Anfangs war ich mir dessen nicht so sicher, da wir über Kabel berichteten, aber dann sagte ich: »Ich werde es dem Präsidenten aus erster Hand vortragen.«

Ich setzte mich also hin und sprach mit Ronald Reagan und mit Bush.
Bush kam tatsächlich nach Rumänien und ich weihte ihn über die Schrecken Ceausescus und der Handvoll von Männern, die von Ceausescus Herrschaft profitierten, ein. Dies hatte jedoch keinerlei Einfluß auf die Politik.

Die Hauptakteure bleiben die gleichen

Was Sie suggerieren trifft sehr wohl zu. Ich glaubte, ich sei dort als ein von Reagan Ernannter, um das auszuführen, wovon Reagan unter dem Aspekt der Reagan-Doktrin und der Reagan-Revolution immer redete.

Offensichtlich sagten seine zum Außenminister Ernannten, ob Alexander Haig oder George Shultz, das eine und setzten eine Politik in die Tat um, die etwas ganz anderes war. Mit anderen Worten, die gleiche Politik, wie sie zuvor bereits betrieben wurde.
Die Politik hatte sich nicht geändert, ungeachtet dessen, daß Reagan nun Präsident war.
Die Hauptfiguren in der außenpolitischen Arena haben sich nicht wirklich geändert. Die Hauptarchitekten der Außenpolitik Bush sind im wesentlichen die gleichen wie unter Nixon, Ford, Carter und Reagan.

Über die Jahre hinweg haben wir oft gehört, daß die Vereinigten Staaten sogenannte rechtslastige, totalitäre Diktaturen, die die Menschenrechte verletzen, unterstützen. Sie sagen jedoch, die Vereinigten Staaten seien gleichermaßen schuldig, totalitäre Regime des linken Flügels, die ebenfalls die Menschenrechte verletzen, zu unterstützen.

Funderburk: Stimmt genau. Jimmy Carter war ebenso oft mit Ceausescu im Bett wie andere Politiker aus den Vereinigten Staaten.

Dies ging so weit, daß die rumänische Securitate (Geheimpolizei) ihre Agenten in Carters Baptist Church in Atlanta eingeschleust hatte, um sicher zu gehen, daß der Pastor nichts Negatives über den Kommunismus sagte.

Ich würde auch zum Beispiel sagen, daß Leute wie Brent Scowcroft, Lawrence Eagleburger, Robert Strauss – alle diese Charaktere, ob sie nun von einem Demokraten oder einem Republikaner ernannt wurden, finanzielle Interessen in kommunistischen Ländern unterhielten.

Könnten Sie die Ideologie des amerikanischen Außenministeriums, wenn es überhaupt eine solche gibt, erklären?

Funderburk: Wie ich beobachtet habe, teilt zumindest das, was die Mehrheit im US-Außenministerium zu sein scheint – zumindest die Leute, mit denen ich zusam-

mengetroffen bin –, nicht die Ansichten der breiten Mehrheit des amerikanischen Volkes.
Die Beamten des Außenministeriums scheinen mehr an den Staaten als Kunden interessiert zu sein, mit dem sie es gerade zu tun hatten, auch wenn es ein kommunistischer Staat war, als daran, sich um die Interessen Amerikas zu kümmern.

Außenpolitik im Interesse der Banker

Sehr selten traf ich jemanden im Außenministerium an, der ehrlich darum besorgt war, unsere Interessen, oder die Interessen des Volkes, das unter dem kommunistischen System litt, voranzustellen. Die Funktionäre des Außenministeriums könnte man als Leute bezeichnen, die nicht den Glauben an Gott, an eingeschränkte Regierung, an die Rechte des Einzelnen, an das Recht auf Privateigentum – alle diese Dinge – teilen.

Was geht in einer ausländischen Botschaft vor sich? Beginnt die Bürokratie der Botschaft damit, Ihnen Papiere vorzulegen und zu sagen: »Unterzeichnen Sie hier?«

Funderburk: Ich fand heraus, daß die Leute vom Außenministerium dachten: »Nun, wir können jemanden wie David Funderburk auf diesen Posten setzen, und dann Politik um ihn herum betreiben und ihn umgehen«.

Später fand ich heraus, daß, was wir auch immer aus der Botschaft versandten, am amerikanischen Außenministerium eine rote Flagge hochgehen ließ, und sie sagten: »Dies ist von Funderburk befleckt worden. Er ist Inhaber eines politischen Amtes, und schließlich ist er ein von Reagan Ernannter. Nun, Reagan ist gekommen und er wird auch wieder gehen, und wir werden immer noch hier sein.«

Die Bürokraten sind ordiniert worden, um Außenpolitik zu betreiben, und das planen sie auch zu tun.

Sie pflegten Leute wie Lawrence Eagleburger oder die wohlhabenden Banker aus New York mit direkten Botschaften zu Ceausescu zu schicken und Politik unter Umgehung der normalen Kanäle zu betreiben.

Als ich unter Protest von meinem Posten zurücktrat, da schickten sie Senator Robert Dole und eine Delegation herüber, um Ceausescu zu versichern, daß er sich keine Sorgen über irgendwelche Kritik, die ich an seinem Regime geübt hatte, zu machen brauche.

Können Sie uns etwas über die Veränderungen sagen, die derzeit in Rumänien vor sich gehen?

Funderburk: Ich würde sagen, daß wir im Dezember 1989 keine wirkliche Revolution in Rumänien hatten, aber stattdessen war es wahrscheinlich ein inszenierter Staatsstreich, der von GRU und KGB der Sowjetunion durchgeführt wurde.

Was nach Ceausescu im Amt war, war Ion Iliescu, ein Schützling von Michael Gorbatschow. Er hat drei Jahre in Moskau zugebracht und mit Gorbatschow zusammen studiert. Iliescu war auch ein vertrauter Kollege von Ceausescu selbst.

Als ich Botschafter war, hatte ich Informationen über Iliescu, aus denen hervorging, daß er ein orthodoxer Kommunist ist. Hier hatten wir also einen Kommunisten à la Ceausescu, der nach Ceausescu ins Amt geschleußt wurde. Es war, als wollte Gorbatschow seine Glasnost-Reformphase haben, und um diese zu schützen, ließ er eine Botschaft an die alten kommunistischen Herren ergehen, dahingehend, daß er neue kommunistische Gesichter einsetzen werde. Und nun hat Gorbatschow heute seinen Verbündeten Iliescu in Rumänien an der Macht.



Nicolae Ceausescu (links) konnte von Jimmy Carter volles Verständnis für seine grausame Diktatur in Rumänien erwarten.

Gorbatschow wollte nur neue Gesichter

Sie können den Namen der Kommunistischen Partei ändern, aber die Charaktere haben sich nicht geändert.

Hat Ceausescu die Botschaft nicht verstanden?

Funderburk: Ceausescu war wahrscheinlich geisteskrank und hat die Botschaft nicht verstanden, während die meisten anderen osteuropäischen kommunistischen Führer die Botschaft sehr wohl verstanden haben.

Wußten Sie von Ceausescus Verirrungen zu der Zeit, als Sie dort als Botschafter dienten?

Funderburk: Oh, absolut. Die Rumänen wußten dies schon seit rund 25 Jahren. Ich selbst hatte die ganzen siebziger Jahre hindurch als Professor und Beamter der US-Information Agency (Informationsministerium) in Rumänien gelebt.

Bush mußte das wissen. Er wurde darüber belehrt. Es ging aus Informationen des amerikanischen Geheimdienstes hervor.

Ungeachtet dessen zogen es Bush und das US-Außenministerium vor, mit diesem kommunistischen Diktator ins Bett zu gehen.

Was zum Beispiel das kommunistische China anbelangt, so verstößt die von Eagleburger und Scowcroft betriebene Politik der Bush-Regierung gegen das Gesetz. Der Status der Meistbegünstigten Nation im Handel ist nicht dafür vorgesehen, an ein Land vergeben zu werden, das Sklavenarbeiter beschäftigt.

Würden Sie sagen, daß Bush den Zusammenbruch der Sowjetunion eigentlich nicht will?

Funderburk: Bush hat es am liebsten mit Gorbatschow zu tun. Er kennt ihn. Auch die Freunde um Bush herum ziehen die Monopolvereinbarungen vor, mit denen

Weißes Haus

Man spricht von Demokratie und fördert Diktaturen

sie Geld scheffeln können, wenn *sie mit der Sowjetunion verhandeln.*

Der Drahtzieher heißt Henry Kissinger

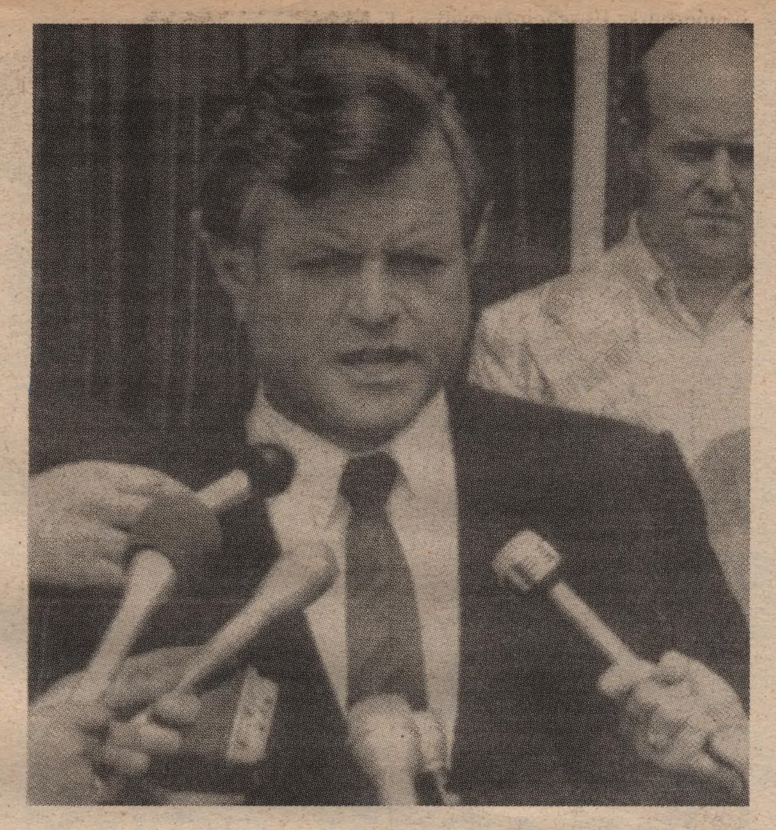
Auf genau die gleiche Weise verfahren rund 450 amerikanische Großbanken und Firmen mit dem kommunistischen China. Dazu gehört auch der Bruder des Präsidenten, Prescott Bush, der Gelder in Rotchina investiert hat.

Sie scheinen aus diesen Beziehungen Nutzen zu ziehen, obwohl weder das chinesische noch das amerikanische Volk etwas davon haben. Ebenso hat Robert Strauss, der neue Botschafter für die Sowjetunion, Gelder im Konzern Martin-Marietta angelegt, der bei Geschäften mit den Sowjets sehr viel Geld verdient.

Zwischen 1985 und 1989, ungefähr, waren Eagleburger und Scowcroft, die beiden Hauptarchitekten der Außenpolitik von Bush, Vorstandsvorsitzender beziehungsweise stellvertretender Vorstandsvorsitzender von Henry Kissinger Associates, einer Beratungsfirma, die Geschäfte zwischen amerikanischen Gesellschaften und kommunistischen Ländern vermittelt. Eagleburger saß im Vorstand einer kommunistischen Bank in Jugoslawien und im Vorstand von Yugo-America, einer Automobilfirma. Selbst die »New York Times« stellte die Frage, ob bei Strauss nicht ein Interessenkonflikt vorliege. Nach Ansicht von Bush offensichtlich nicht.

Was genau treibt Henry Kissingers Beratungsfirma?

Funderburk: Sie hilft Banken und Firmen hierzulande, Geschäfte mit fremden Ländern, einschließlich kommunistischen Ländern wie Rotchina, in die Wege zu leiten. Sie macht sich dabei ihre Verbindungen und vielleicht ihre Inside-Informationen zunutze.



US-Senator Edward M. (Teddy) Kennedy während einer Senats-Anhörung über die Einsetzung David Funderburks als US-Botschafter in Rumänien.



US-Senator Robert Dole (links) und US-Präsident Ronald Reagan wußten über Ceausescus Grausamkeiten Bescheid.

Eagleburger und Scowcroft flogen direkt nach dem Massaker am Platz des Himmlischen Friedens nach China. Kissinger selbst wurde davon fernmündlich unterrichtet, aber sonst wußte niemand davon – nicht einmal Mitglieder des Kongresses.

Funderburk: Richtig. Eagleburger verdiente bei Kissinger Associates rund eine Million Dollar pro Jahr und Scowcroft rund 500000 Dollar.

Was wird in Osteuropa in bezug auf die amerikanische Position geschehen?

Funderburk: Es ist eine traurige Tatsache, daß diese winzig kleine Elite von Insidern innerhalb des Establishments in den Vereinigten Staaten scheinbar stets die Interessen der kommunistischen Zentralregierungen vor die Interessen der Menschen stellen, die nach Freiheit streben. Das ist eine große Tragödie.

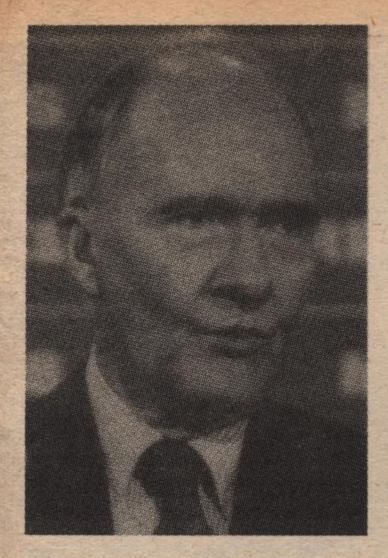
Die Phrase von der Neuen Weltordnung

Das chinesische Volk, das rumänische Volk und das sowjetische Volk werden ihre Finger erheben und sagen: »Wo wart Ihr als wir um die Freiheit kämpften? Eure Regierung lag mit dem Diktator, der unser Volk unterdrückte, im Bett.«

Wann entdeckten Sie, daß Sie zu der »außenstehenden« Gruppe gehörten?

Funderburk: Ich glaube, das habe ich schon sehr früh erkannt. Zum Beispiel, als mein Name als möglicher Botschafter genannt wurde, beschafften sich die Senatoren Edward M. Kennedy, Joseph Biden, Paul Sarbanas und Paul Tsongas ein früheres Buch von mir, lasen es Wort für Wort vor dem Senate Foreign Relations Committee und fragten: »Wie konnten Sie so furchtbare Dinge sagen?«

Daher glaube ich, daß sie von Anfang an Bescheid wußten. Als ich dann feststellte, daß niemand in Washington auf irgendetwas hörte, was ich zu sagen hatte, wurde mir alles ziemlich klar.



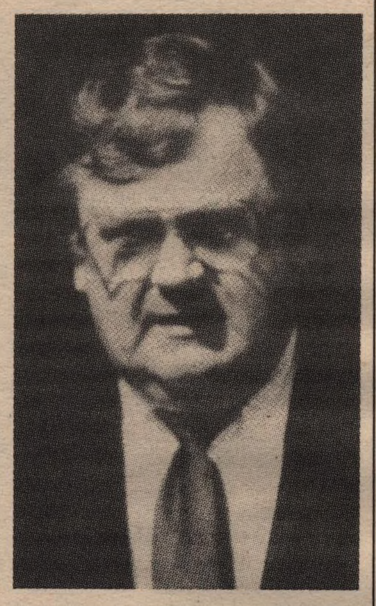
Brent Scowcroft, Vorstandsvorsitzender von Kissingers Beraterfirma, vermittelte Geschäfte mit den Kommunisten.

Was waren denn das für furchtbare Dinge, die Sie gesagt hatten?

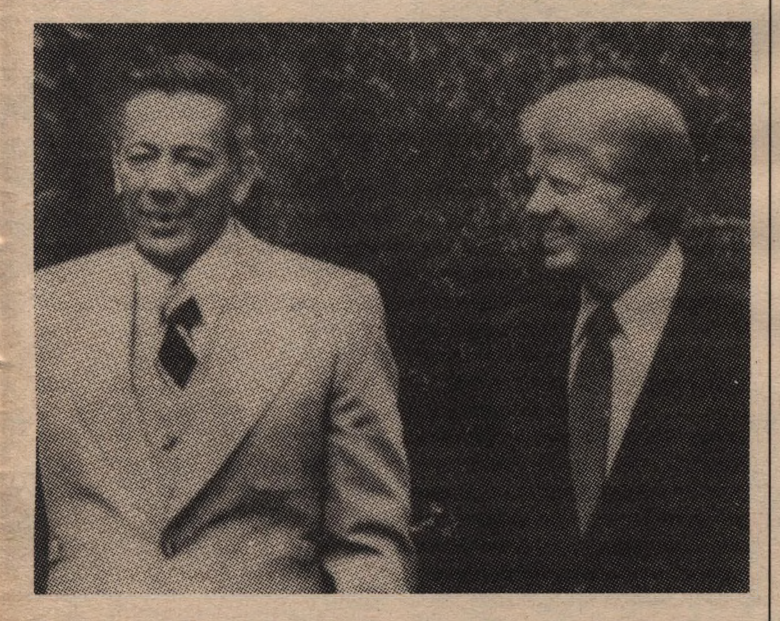
Funderburk: Ich hatte zu den bedeutsamen Medien in den Vereinigten Staaten kritisch Stellung genommen, und ich kritisierte Universitätsprofessoren, die nicht über die Massenmorde der kommunistischen Regime sprache.

In Ihrem Buch bringen Sie große Besorgnis über die kommende »Neue Weltordnung« und die Zentralisierung der Verfügungsgewalt in den Vereinten Nationen zum Ausdruck. Entwickelt sich das wirklich so?

Funderburk: Es scheint gewiß so zu sein. Bush fühlt sich frei, die Phrase »Neue Weltordnung« in den Mund zu nehmen und vor den Vereinten Nationen zu sprechen und zu sagen, daß die USA die Vereinten Nationen als Vehikel benutzen wollen, um die neue Weltregierung zustandezubringen. Dies ist die nette UNO, in der die meisten Mitglieder Atheisten, Sozialisten und Feinde Amerikas sind. Bush sagte, wir wollen mit den Mitgliedstaaten zu Bett gehen und die Werte und Normen mit ihnen teilen. □



Bei Lawrence Eagleburger lagen ebenfalls Interessenkonflikte vor; er saß im Vorstand einer kommunistischen Bank in Jugoslawien.



Freundschaft bestand auch zu General Omar Torrijos (links, mit US-Präsident Jimmy Carter), dem Diktator von Panama.

CODE

Das *andere* deutsche Nachrichtenmagazin

Vereinigt mit DIAGNOSEN – das zeitkritische Magazin

CHEFREDAKTEUR: Ekkehard Franke-Gricksch.

DEUTSCHE REDAKTION: Gunther Burckhardt, Heinz H. Schwan.

INTERNATIONALE Redaktion: Afrika: Ivor Benson; Argentinien: Dr. Walter Beveraggi Allende; Australien: Les Shaw; Freies China: Joseph Yu-jui Ku; Großbritannien: Vivian Bird, C. Gordon Tether; Kanada: Patrick Walsh; Mexico: Arturo Ramirez; USA: Michael Collins Piper, George Nickolas, Alec de Montmorency, James P. Tucker; Zentralamerika: Moises D. J. Ulluo Durate.

NAHOST-REDAKTION: Victor Marchetti.

LAYOUT: Grafik Design Team, Reutlingen.

CODE hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Wochenzeitschrift »The Spotlight«, herausgegeben von der Cordite Fidelity Inc., 300 Independence Ave. S. E., Washington, D. C. 20003, USA.

CODE hat eine weitere Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Newsletter »New American View«, herausgegeben von Victor Marchetti, P. O. Box 999, Herndon, VA 22070, USA.

CODE veröffentlicht außerdem regelmäßig die Beiträge aus »The Journal of Historical Review«, herausgegeben von Theodore J. O'Keefe, Institute for Historical Review, P. O. Box 1306, Torrance, California 90505, USA.

CODE kostet als Einzelheft DM 7.50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 78.– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementpreis für das Ausland beträgt jährlich DM 78.– zuzüglich DM 15.– Versandkosten für den einfachen Postweg.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

CODE darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

CODE erscheint monatlich jeweils am letzten Mittwoch des Vormonats.

Vertrieb In- und Ausland: SPS-Verlagsservice GmbH, Karl-Mand-Straße 2, D-5400 Koblenz, Telefon (02 61), 80 70 60, Fax (02 61) 8 07 06 54.
Satz und Repro: Fotosatz-Studio für Werbung und Satz
Wolfgang Schweikhardt, Reutlingen.
Druck: Greiserdruck, Rastatt.
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Ekkehard Franke-Gricksch
Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg

CODE erscheint im **Verlag Diagnosen GdbR.** Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, Telefon (0 71 52) 2 60 11, Fax (0 71 52) 2 83 40.
ISSN 0932-3473

Die nächste Ausgabe der Zeitschrift CODE erhalten Sie am 29. Januar 1992 bei Ihrem Buch- oder Zeitschriftenhändler.

Rotchina

Washington fördert Sklavenarbeit

Mike Blair

Der Einsatz von Strafgefangenen als Sklavenarbeiter, der bei der Herstellung rotchinesischer Waren in der Größenordnung von 16 Milliarden Dollar, die in die Vereinigten Staaten ausgeführt werden, eine bedeutende Rolle spielt, wird 400 000 Amerikanern ihre Arbeitsplätze kosten, wie ein Unterausschuß für auswärtige Angelegenheiten des US-Repräsentantenhauses ermittelte.

Nach Aussage des Vorsitzenden des Unterausschusses, des Abgeordneten Sam Gejdenson, wird das amerikanische Handelsbilanzdefizit gegenüber Rotchina in Höhe von 12 Milliarden Dollar im laufenden Jahr an sich schon 250 000 amerikanischen Arbeitern ihren Arbeitsplatz kosten.

Einfuhr von Häftlingsware verboten

Es sei darauf hingewiesen, daß Chapter 19, Section 1307 des US-Code (Gesetzbuch) mit der Überschrift »Convict Made Goods; Importation Prohibited« (»Von Häftlingen hergestellte Waren; Einfuhr verboten«) folgenden Wortlaut hat:

»Alle Güter, Waren, Artikel und Handelsgüter, die ganz oder teilweise im Ausland von Strafgefangenen und/oder Zwangsarbeitern und/oder Leiharbeitern unter Strafsanktionen produziert oder hergestellt werden, dürfen in keinen Hafen der Vereinigten Staaten eingebracht werden und ihre Einfuhr ist hierdurch verboten.«

Nichtsdestoweniger haben in den letzten Jahren die amerikanischen Regierungen der Präsidenten Ronald Reagan und George Bush den Rotchinesen den Handelsstatus des Meistbegünstigtsten Landes (Most Favored Nation = MFN) zuerkannt und ihnen niedrige Zölle und sonstige Handelsvorteile eingeräumt. Ungeachtet dessen, daß sowohl der US-Senat als auch das Repräsentantenhaus Gesetze verabschiedet haben, die die Zuerkennung des MFN-Status an die Rotchinesen für ein weiteres Jahr untersagen, hat keines der beiden Häuser Schritte unternommen, um den Unterschied zwischen den beiden Gesetzen zu erläutern. Der Status des Meistbegünstigten Landes wird Rotchina daher zu Unrecht zuerkannt.

Das amerikanische Repräsentantenhaus hat nämlich mit knapper Mehrheit dafür gestimmt, diesen Handelsstatus ganz und gar zu annulieren. Dieser Beschluß kam jedoch im US-Senat niemals zur Abstimmung.

Auf jeden Fall wurde beträchtlicher Druck auf die Regierung ausgeübt, den unfairen Handelspraktiken der Rotchinesen, die den Vereinigten Staaten Jahr für Jahr gewaltige Handelsbilanzdefizite eingebracht hatten, Einhalt zu gebieten.

US-Senator Max Baucus führte eine Gruppe mehrerer Senatoren aus vorwiegend landwirtschaftlichen Staaten an, die dem US-Präsidenten damit drohten, ihre Unterstützung für den MFN-Status für Rotchina zurückzuziehen, falls Peking keine Schritte unternehme, den Zugang zu amerikanischen landwirtschaftlichen Produkten für Rotchina zu verbessern.

US-Präsident George Bush kennt keine Skrupel, wenn es um Profit geht, unterstützt man auch Sklavenarbeit.

Dies zwang die Regierung dazu, eine Untersuchung anzuordnen, die vier Wege, auf denen die Rotchinesen amerikanische Einfuhren auf ungerechte Weise einschränken, unter die Lupe nehmen soll: Erstens, Rotchinesische Einfuhrquoten und direktes Handelsembargo auf einige Produkte; zweitens, komplizierte Erfordernisse zur Erlangung der Einfuhrlizenz; drittens, höchst spezifische technische Normen, die sich nur mit im Inland produzierten chinesischen Gütern messen können; und viertens, die Weigerung, einschlägige Bestimmungen zu veröffentlichen, die es amerikanischen Geschäftsleuten ermöglichen würden, bei der Ausfuhr von Waren nach Rotchina rechtliche Probleme zu vermeiden.

Die Sklavenarbeit wird ignoriert

Die regierungsseitig durchgeführte Untersuchung trug dem Einsatz von Sklavenarbeitern durch die Rotchinesen zur Produktion eines Großteils der nach Amerika exportierten Waren keinerlei Rechnung. Ende September 1991 hörte der Gejdenson-Unterausschuß die Zeugenaussagen verschiedener Experten an, die sich intensiv mit Pekings einsatz von Sklavenarbeitern befaßt hatten.
Das wohl dramatischste Zeugnis wurde von Harry Wu, einem Gastgelehrten am Hoover Institute an der Stanford University in Kalifornien, abgelegt.

Wu, der 19 Jahre in rotchinesischen Sklavenarbeiterlagern zubringen mußte, bevor er 1985 nach Amerika floh, kehrte im vergangenen Sommer nach Rotchina zurück, um Pekings Ausbeutung von Sklavenarbeitern zur Herstellung von Handelsgütern zum Export in die USA dokumentarisch zu erfassen.

»1985 gelang es mir endlich, mich aus dem Käfig herauszuschlagen und nach Amerika zu entkommen«, sagte Wu vor dem Unterausschuß unter Gefühlsausbrüchen aus. »Ich bin ein Überlebender, und ich trage die Verantwortung gegenüber denjenigen, die noch in den Lagern schmachten. Ich war einer der 550 000 ›konterrevolutionären Schriftsteller‹ in den Lagern, und sie (die Rotchinesen) behaupten, sie hätten keine politischen Gefangenen. Wenn ich nicht gehe, wer sonst wird es tun?«

Sich als chinesisch-amerikanischer Geschäftsmann ausgebend, besichtigte Wu rund 20 rotchinesische Industrieanlagen, die Güter zum Export in die Vereinigten Staaten herstellen. Er legte sich die Uniform eines rotchinesischen Häftlingswärters zu, um ein Gebiet besuchen zu können, das sonst allen Besuchern verschlossen ist. Die einzigen Einwohner dort sind Sklavenarbeiter und Gefängnisbeamte und deren Familien.

Wu sagte vor dem Unterausschuß aus, rund 14 Millionen Sklavenarbeiter würden derzeit von den Rotchinesen eingesetzt. Er selbst habe rund 1000 Sklavenarbeitslager ausfindig gemacht, und seiner Schätzung nach gebe es auf dem gesamten rotchinesischen Festland etwa 3000 solcher Lager.

Etiketten über die Herkunft bedeuten nichts

Weiteres Beweismaterial wurde von Mike Jendrezejczyk, Washingtoner Leiter der Menschenrechtsgruppe Asia Watch, vorgelegt, der aussagte, daß ungeachtet aller Versicherungen aus Peking Waren, die in Rotchina hergestellt werden, in die Vereinigten Staaten fließen. Etiketten bezüglich der Herkunft der Waren hätten keinerlei Bedeutung, sagte er und wies darauf hin, daß einige dieser Waren als in Hongkong oder sogar in Panama produziert ausgewiesen werden.

Der Sprecher von Asia Watch sagte, es gebe in einer einzigen Provinz Rotchinas 130 Sklavenarbeitslager.

Die Baumwollfabrik »New Life« stelle mit Sklavenarbeit Waren im Werte von 28 Millionen Dollar für den Export her.

Er fügte hinzu, daß im Falle des Verdachts, daß rotchinesische Waren, die von einer amerikanischen Firma eingeführt werden, unter Einsatz von Sklavenarbeitern hergestellt werden, es dem amerikanischen Importeur obliegen sollte, das Gegenteil zu beweisen.

»Es kann unmißverständlich gesagt werden, daß das umfangreiche rotchinesische Sklavenarbeitersystem amerikanische Arbeitsplätze in der Schuh-, Spielzeug-, Bekleidungs-, Textil-, Handwerkzeug- und Elektronikindustrie (in den Vereinigten Staaten auf einem Tiefstand angelangt) vernichtet hat«, sagte Jeffrey Fiedler vom Food and Allied Trade Department der AFL-CIO (Abteilung für Nahrungsmittel und Verwandte Handelsgüter der American Federation of Labor and Congress of Industrial Organizations) vor dem Unterausschuß aus.
»Amerikanische Arbeiter können mit Sklavenarbeitern aus Rotchina nicht konkurrieren«, sagte Fiedler. »Leider hat die Regierung nichts unternommen, um die Einfuhr von Waren, die von Häftlingen produziert werden, zu unterbinden, ungeachtet dessen, daß sie über umfangreiches Wissen über die systematische Natur dieses Handels verfügt. Es ist uns klar, daß die derzeitige Initiative der Regierung hinsichtlich des Einsatzes von Häftlingen auf Drohungen auf Kongreßebene, den MFN-Status zu beenden, beruht.«

Chinesische Sklavenarbeit ist konkurrenzlos

Seit den Anhörungen des Unterausschusses hat der US-Customs Service (Zollbehörde) Lieferungen von Schraubenschlüsseln und Stahlrohren aus Rotchina beschlagnahmt.

Fiedler sagte vor dem Unterausschuß, es sei festgestellt worden, daß die amerikanische Regierung nur drei oder vier Zollbeamte in Hongkong beschäftigt, die sich mit Ausfuhren nach Amerika nicht nur aus Rotchina, sondern auch aus Hongkong, Pakistan, Macao und den Philippinen, befassen müssen.

Amerikanischen Geschäftsleuten sei sehr wohl bekannt, daß Sklavenarbeiter eingesetzt werden, um die Waren, die sie von den Rotchinesen kaufen, zu produzieren, und hätten bei Besuchen auf dem chinesischen Festland sogar Sklavenarbeiter bei der Arbeit an diesen Waren beobachtet.

Fiedler sagte: »Beide Regierungen wollen jedermann einreden, das Problem Sklavenarbeiter sei längst gelöst worden.«

Wu sagte, ihm sei bei einem Besuch beim Labor Reform Detachment Nr. 2 (Abteilung zur Reform des Beschäftigungswesens) in Shanghai eine Auszeichnung gezeigt worden, die dieser Abteilung von der Pekinger Regierung für ihren Anteil bei der Bewältigung des Aufstands am Platz des Himmlischen Friedens verliehen worden sei. Die Abteilung, sagte er, ist dafür verantwortlich, ein bis zwei Millionen Handwerkzeuge pro Jahr für den Export herzustellen. □

Haiti

US-Soldaten stehen zum Einsatz bereit

Mike Blair

Liberale Elemente im amerikanischen Kongreß und verschiedene selbsternannte Menschenrechtsgruppen drängen auf ein militärisches Eingreifen der USA in dem kleinen Staat Haiti in der Karibik, wo derzeit blutiger Bürgerkrieg herrscht.

CODE erfuhr aus einer Vielfalt von Quellen, daß das US-Verteidigungsministerium Eventualpläne für eine derartige Intervention in der Schublade hat, angeblich um die Demokratie in Haiti wiederherzustellen, und um die dortigen Interessen Amerikas zu schützen.

Die Methoden des ANC

Das Verteidigungsministerium hat bereits 500 Marines zum Marinestützpunkt Guantanamo Bay an der südöstlichen Spitze von Kuba entsandt, vermutlich um gegebenenfalls eine Evakuierung der schätzungsweise 15000 Amerikaner in Haiti zu unterstützen. Bislang liegen noch keine Beweise dafür vor, daß amerikanische Bürger besonders gefährdet sind.

Die USA greifen jedoch von Zeit zu Zeit ein, um das Blutvergießen in dem barbarischen Land der Schwarzen zu beenden.

Bei den stumpfsinnigen Forderungen nach einem militärischen Eingreifen der USA geht die Frage, welche Art von Regime amerikanische Soldaten wiederherstellen sollen, völlig unter.

CODE erfuhr, daß der Staatsstreich durch das »necklacing« (Umhängen eines brennenden Reifens um den Hals) eines sehr populären Soldaten durch Anhänger des gestürzten Präsidenten von Haiti, Jean-Bertrand Aristide, ausgelöst worden sein könnte.

Das sogenannte »necklacing« ist eine Greueltat, die besser dafür bekannt ist, daß sie in Südafrika verübt wird, wo diese Praxis von den marxistischen Anhängern des African National Congress (ANC) und der überführten Mörderin Winnie Mandela, Frau des ANC-Präsidenten Nelson Mandela, gefördert wird. Die Arme des unglücklichen Opfers werden entweder abgeschnitten oder an den Körper gefesselt und ein mit Benzin gefüllter Autoreifen wird dem Opfer um den Hals gehängt und angezündet.

Während eines Besuchs in New York im September 1991 sagte Aristide vor jubelnden Anhängern in der Cathedral of St. John the Divine: »Wir wurden gewählt und müssen uns daher an die Spielregeln halten. Aber wenn wir die Macht durch eine Revolution übernommen hätten, dann hätten wir das Recht bereits verstaatlicht und wären losmarschiert ... Wir müssen langsamer vorgehen, aber wir werden trotzdem zum Ziel gelangen.«

Am 27. September 1991 drückte sich Aristide auf den Stufen vor dem Nationalpalast Haitis in Port-au-Prince genauer aus.

Die ruchlose Praxis des Präsidenten

Seine Worte an seine Gegner richtend, sagte er: »Das Geld, das Sie besitzen, gehört Ihnen eigentlich nicht. Sie haben es durch Diebstahl unter einem üblen Regime und System an sich gerissen.«

Sich dann an seine Anhänger wendend, sagte Aristide: »Wenn immer Ihr hungrig seid, richtet Eure Augen auf jene, die nicht hungern. Wenn immer ihr keine Arbeit habt, richtet Eure Augen auf jene, die Menschen an die Arbeit bringen können. Fragt sie ›Warum nicht?‹ Wenn wir einen Beamten mit klebrigen Händen erwischen ... unterlaßt es nicht, ihm das zu geben, was er verdient.«

Dann, unter Bezugnahme auf das »Halsband«, sagte er zu seinen Anhängern: »Welch ein schönes Werkzeug. Welch eine schöne Vorrichtung. Sie riecht gut, und überall wo Ihr hingeht, wollt Ihr diesen Geruch einatmen.«

In Haiti wird die ruchlose Praxis als »Père Lebrun« bezeichnet, was »Old Man Brown« bedeutet, eine Bezugnahme auf Fernseh-Werbespots für eine Autoreifenfirma namens Lebrun.

Zwei Tage nach dieser Rede und nach dem »necklacing« des populären Soldaten, trat die haitische Armee in Aktion und jagte Aristide zum Teufel.
Seitdem ruft die Organization of American States (OAS) ihre Mitgliederstaaten dazu auf, haitische Vermögenswerte einzufrieren und dem Staat in der Karibik ein Handelsembargo aufzuerlegen.

Derzeit erwartet Bush einen Aufruf der OAS zu einer Militäraktion in Haiti, die nach Schätzungen von Militärexperten den Einsatz von 10000 Soldaten erfordern wird. Er begrüßte Aristide im Weißen Haus und gab dem gestürzten haitischen Führer moralische Unterstützung.

Es ist damit zu rechnen, daß bei einer eventuellen Invasion, wie bei dem Einmarsch in Grenada im Jahre 1983, ein Großteil der Soldaten von den Vereinigten Staaten gestellt würden.

Eine nach Haiti entsandte OAS-Delegation, die die Rückkehr Aristides nach Haiti in die Wege leiten sollte, wurde von Haitis Stabschef, General Raoul Cedras, in die Wüste geschickt. Danach stürmte das Militär das Parlament des Landes und zwang die Gesetzgeber dazu, einen Nachfolger für Aristide zu ernennen. Man wählte Joseph Nerette, Richter am Obersten Gericht Haitis.

Mit einer Bevölkerung von 6409000 ist Haiti das ärmste Land in der westlichen Hemisphäre, mit einem Pro-Kopf-Bruttosozialprodukt von nur 360 Dollar. Die Arbeitslosenquote beläuft sich auf etwa 50 Prozent. Die Menschen haben eine Lebenserwartung von nur 55 Jahren, und es herrscht eine Kindersterblichkeitsquote von 92 auf 1000 Lebendgeburten.

Ärmstes Land der westlichen Hemisphäre

Haiti, das Christoph Kolumbus 1492 besuchte, war von 1677 bis 1804 eine reiche französische Kolonie. Es erhielt dann nach einer Revolution ehemaliger Sklaven unter der Führung von Toussaint L'Ouverture seine Unabhängigkeit. Alle Weißen wurden von den Schwarzen getötet.

Eine Periode politischer Gewalttätigkeiten führte zu einer amerikanischen Besetzung des Landes von 1915 bis 1934.

Dr. Francois »Papa Doc« Duvalier wurde 1957 zum Präsidenten und 1964, nachdem er sich zu einem Diktator gewandelt hatte, zum Präsidenten auf Lebenszeit gewählt. Ihm folgte nach seinem Tode im Jahre 1971 sein Sohn, Jean-Claude »Baby Doc« Duvalier. »Baby Doc« wurde nach schweren Bürgerunruhen 1986 gestürzt.
Fünf verschiedene Regierungen herrschten nach Duvaliers Entfernung aus dem Amt und bis zur Ernennung Aristides zum Präsidenten vor einem Jahr. □



Kuba

US-Firmen helfen Castro

Mike Blair

Amerikanische Firmen umgehen das US-Handelsembargo gegen das kommunistische Kuba und füllen die Lücke in Kubas notwendigem Außenhandel, die durch den Zusammenbruch des Kommunismus in Osteuropa und in der Sowjetunion, bis vor kurzem die Haupthandelspartner des Inselstaates, entstanden ist.

CODE erfuhr, daß amerikanische Firmen 1990 ihre Auslandsfilialen und die Hintertür genutzt haben, um Waren im Werte von mehr als 500 Millionen Dollar an das kommunistische Regime Fidel Castros zu verkaufen.

Im Jahr 1990 stellten amerikanische Firmen beim US-Treasury-Department (Finanzministerium) den Antrag, im Namen ihrer Tochterfirmen im Ausland Waren im Werte von 533 Millionen Dollar zu verkaufen, eine Erhöhung von 169 Millionen Dollar im Vergleich zu 1989, und Kubas Export an die Tochterfirmen erreichte 172 Millionen Dollar, im Vergleich zu 162 Millionen Dollar im Vorjahr. Wenn die Zahlen für 1991 vorliegen, wird damit gerechnet, daß der illegale Handel durch die Hintertür steil nach oben geschossen sein wird.

28 Jahre lang waren amerikanische Firmen durch ein Embargo daran gehindert, mit Kuba Handel zu treiben. Ihre im Ausland eingetragenen Filialen sind jedoch nicht an diese Beschränkung gebunden.

»Auslandsfilialen amerikanischer Firmen unterliegen nicht dem Gesetz der Vereinigten Staaten«, erklärte Robert Levine, ein Sprecher für das Office of Foreign Assets Control (Aufsichtsbehörde für Vermögenswerte im Ausland) des amerikanischen Finanzministeriums. »Sie unterliegen den Gesetzen anderer Länder«.

Rund 500 Millionen Dollar, der von den Auslandsfilialen beantragten Gelder für Verkäufe an Kuba, waren für Getreide und andere Verbrauchsgüter bestimmt, verlautet aus dem Finanzministerium. Die übrigen 33 Millionen Dollar waren für Dauergüter, darunter solche Teile wie Zündkerzen, Automobil-Ersatzteile und Chemikalien bestimmt.
Wegen des Rückzugs der Sowjetunion und ihrer ehemaligen Ostblock-Vasallenstaaten aus dem Handel mit Kuba, leidet das Land in der Karibik unter der schlimmsten Wirtschaftskrise seit 30 Jahren. Allein in der ersten Hälfte dieses Jahres fiel der sowjetische Handel mit Kuba um 25 Prozent.

Kuba hing zu 85 Prozent seines Handels von der Sowjetunion und den ehemaligen Ostblockstaaten ab. Castro beklagte sich jedoch kürzlich darüber, daß die Lieferung von Stapelware, bei denen das Land auf die Sowjetunion angewiesen ist, darunter Reis, Seife, Dosenfleisch, Speck und Speiseöl, im laufenden Jahr gleich »Null« war. Was die Dinge noch verschlimmert, die sowjetischen Reformer sind dazu entschlossen, die Praxis der Subventionierung des Austausches von sowjetischem Öl gegen kubanischen Zucker einzustellen, ein vernichtender Schlag für die kubanische Wirtschaft.

Kubas Fidel Castro ist durch die Verringerung der Moskauer Wirtschaftshilfe in arger Bedrängnis.

»Niemand weiß, welches Erdöl im kommenden Jahr erhältlich sein wird«, sagte Castro.

Moskaus vernichtender Schlag

Man sieht bereits Pferde und andere Zugtiere an der Arbeit auf kubanischen Feldern, während Traktoren sowjetischer Bauart wegen Mangel an Benzin nutzlos herumstehen.

Praktisch alle Nahrungsmittel, darunter Brot, sind in Kuba jetzt rationiert.

US-Senator Connie Mack hat einen Gesetzentwurf eingebracht, um den Handel zwischen amerikanischen Auslandsfilialen und Kuba zu unterbinden.

Als »Mack Amendment« bekannt, wird dieses Änderungsgesetz von einigen Ländern, darunter Großbritannien und Kanada, scharf kritisiert. Sie führen Beschwerde darüber, daß die Vereinigten Staaten keinerlei Befugnis haben, Filialen, die vom Ausland aus operieren, zu beaufsichtigen.

Nach einer Studie der John Hopkins University stellten 1988 insgesamt 93 amerikanische Auslandsfilialen Anträge auf Handelslizenzen mit Kuba.

Aus der Studie ging hervor, daß allein in der Schweiz ansässige amerikanische Auslandsfilialen an 75,5 Prozent der Einfuhren und Ausfuhren in Höhe von 705 Millionen Dollar im Rahmen der Anträge auf Handelslizenzen mit Kuba beteiligt sind. Castro traf sich kürzlich, mit dem Hut in der Hand, mit den Staatspräsidenten von Mexiko, Kolumbien und Venezuela auf einem Wirtschaftsgipfeltreffen in Cozumel, Mexiko, wo er, wie berichtet wird, um Wirtschaftshilfe für die in Schwierigkeiten geratene Wirtschaft seines marxistischen Staates ersuchte.

Die Präsidenten der drei lateinamerikanischen Staaten sagten Castro, daß sie nichts tun könnten, um zu helfen, auch kein Öl an Kuba liefern könnten, um die Lücke zu füllen, mit der durch die Kündigung der Zucker-für-Öl-Vereinbarung mit der Sowjetunion zu rechnen ist.

»Wir sind nicht in der Lage, irgendjemandem zu helfen, genau deswegen, weil wir dabei sind, die Rettung der Wirtschaften unserer eigenen Länder zu vollbringen«, sagte Präsident Carlos Andrez Perez von Venezuela.

Perez meinte, es gebe keine Möglichkeit, Kuba in das Abkommen von San José einzubeziehen, das lateinamerikanischen Ländern mexikanisches und venezuelanisches Öl zu reduzierten Preisen anbietet. □

Kuba

Bush und Gorbatschow sind sich einig

Mike Blair

Die Regierung von US-Präsident George Bush könnte die Schließung des amerikanischen Marinestützpunktes an der Guantanamo Bay am südöstlichsten Zipfel Kubas in Erwägung ziehen, als Gegenleistung dafür, daß sie die Sowjets dazu bringen wollen, eine gewaltige elektronische Abhörstation in Lourdes bei Havanna zu beseitigen.

CODE erfuhr, daß das amerikanische Verteidigungsministerium, anstatt Guantanamo als Hauptzentrum der amerikanischen Marinetätigkeit in Westindien beizubehalten, den Bau eines neuen Stützpunktes auf einer kleinen Insel im Zentrum der östlichen Karibik in Betracht ziehen könnte.

Premierministerin Eugenia Charles (links) ist ein ergebener Partner von US-Präsident George Bush.

Soldaten statt Touristen

Aus Quellen auf der Insel Dominica, rund 400 Meilen (640 km) östlich von Puerto Rico gelegen, verlautet, daß die Regierung des Kleinstaates, geführt von Ministerpräsident Mary Eugenia Charles, daran interessiert ist, engere Bindungen an die Vereinigten Staaten zu entwickeln, mit der Möglichkeit, dort Militärstützpunkte zu bauen, was der heimischen Wirtschaft den dringend benötigten Auftrieb verleihen könnte.
Die Wirtschaft Dominicas ist wegen des fast völligen Fehlens von Industrie und ihrer Abhängigkeit von Bananen und von einem begrenzten Tourismus als Hauptquelle für Devisen ein hoffnungsloser Fall.

Dominica verfügt im Gegensatz zu anderen Inselstaaten in der Karibik nicht über ausgedehnte sandige Strände, die nun einmal erforderlich sind, um Touristen anzulocken. Sein Pro-Kopf-Einkommen ist so niedrig, daß es praktisch ein Staatsgeheimnis der Charles-Regierung ist.

Dominica entwickelte unter der Regierung von US-Präsident Ronald Reagan, als Ministerpräsident Charles die Länder in der Karibik zur Unterstützung des amerikanischen Einmarsches in Grenada und zum Sturz der dortigen marxistischen, kubafreundlichen Regierung anführte, enge Beziehungen zu den Vereinigten Staaten. Seitdem ist Charles der Lieblings-Staatschef der amerikanischen Regierung in der östlichen Karibik.

Ein Freund der Vereinigten Staaten

Der Inselstaat hat eine strategisch bedeutsame Lage zwischen Guadeloupe und Martinique, die beide als Übersee-Departments der französischen Regierung einen hohen Lebensstandard genießen.

Die Verlegung eines großen amerikanischen Marinestützpunktes nach Dominica wäre ein unglaublicher Auftrieb für dessen Wirtschaft und seine 80000 Einwohner. Der Stützpunkt könnte tausenden von Inselbewohnern Beschäftigung bieten.

Guantanamo Bay, die etwa 12 Meilen lang und 5 Meilen breit ist, ist über einen engen Kanal im südlichsten Teil der Bucht zugänglich. Das Land auf beiden Seiten des Eingangskanals, plus mehr als 9000 englischen Morgen angrenzenden Gewässer, ist der Standort des Marinestützpunktes, mit seinen Flugplätzen und umfangreichen Reparatur- und Ausbildungseinrichtungen.

Zur Zeit ist der Stützpunkt veraltet, und dort vor Anker liegende US-Kriegsschiffe könnten leicht durch Verminung und Blockierung des engen Eingangskanals, festgesetzt werden.

Die Vereinigten Staaten bewahrten sich das Recht, den Stützpunkt in der Guantanamo Bay zu unterhalten, durch ein 1903 mit Kuba unterzeichneten Abkommen. 1934 wurde die Vereinbarung durch einen Vertrag überholt, mit dem das amerikanische Pachtrecht auf den Stützpunkt bestätigt wurde.

Kuhhandel zwischen Moskau und Washington

Der riesige Stützpunkt wird von den US-Marines verteidigt, aber Militärexperten sind sich darüber einig, daß er leicht von kubanischen Streitkräften überrannt werden könnte. Außerdem ist der Stützpunkt ein einladendes Ziel für kubanische Artillerie und Boden-Boden-Raketen.
Der kubanische Staatspräsident hat bei den Vereinten Nationen schon mehrmals gefordert, daß die USA den Stützpunkt aufgeben sollen.

Kürzlich gab der sowjetische Staatspräsident Michael Gorbatschow bekannt, daß mehrere tausend sowjetische Soldaten, darunter 2300 Militärberater und 2800 Mitglieder einer motorisierten Infantriebrigade, aus Kuba abgezogen werden.

Die Sowjets haben jedoch darauf hingewiesen, daß sie beabsichtigen, das gewaltige Spionagezentrum in Lourdes, das amerikanische elektronische Verbindungswege abhört, beizubehalten. Die Einrichtung ist mit rund 2100 sowjetischen Militär- und Ziviltechnikern bemannt.

Die Anlage in Lourdes verwendet fortschrittliche Elektronik, um amerikanische Marine- und andere Militärmanöver in den östlichen Vereinigten Staaten sowie amerikanische Militär-, Raumfahrt- und inländische Verbindungswege zu überwachen. Die Anlage ist in der Lage, amerikanische Transport- und andere Handelstätigkeiten längst der Ostküste und in Lateinamerika auszuspionieren und Satelliten-Telefonverbindungen abzuhören.

Der Abzug anderer sowjetischer Truppen von der Insel soll in diesem Jahr beginnen. Außerdem haben die Sowjets sämtliche militärische Lieferungen an Kuba, die schätzungsweise einen Wert von einer Milliarde Dollar pro Jahr erreichten, gestoppt.

Castro hat die Entscheidung der Sowjets, ihr Militärpersonal zu verringern und ihre Lieferung von Kriegsgerät einzuschränken scharf verurteilt und darauf bestanden, daß der Abzug von sowjetischen Streitkräften und die Beseitigung des Spionagezentrums in Lourdes mit der Schließung des US-Marinestützpunktes in Guantanamo verknüpft wird. □



Südafrika

Der Präsident wird des Verrats beschuldigt

Jaap A. Marais

Wie aus den Medien des Establishments verlautet, ist der in Südafrika zwischen dem südafrikanischen Präsidenten F. W. de Klerk und dem African National Congress (ANC) ausgehandelte Entwurf eines »Friedensabkommens« der erste Schritt zu einer friedlichen Koexistenz und Wohlstand. Aber einige Südafrikaner haben eine ganz andere Auslegung parat. Nachstehend ein Kommentar von Jaap A. Marais, Vorsitzender der Herstige Nasionale Party, einer südafrikanischen Partei weißer Nationalisten.

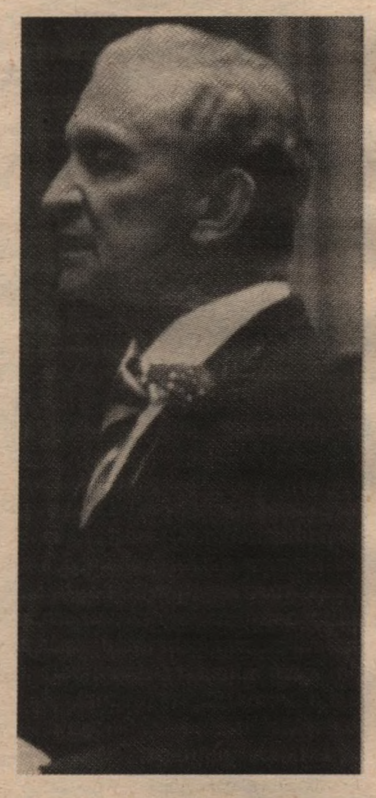
Die derzeitige Welle der Gewalttätigkeiten in Südafrika ist die unmittelbare Folge der Wiederzulassung des African National Congress (ANC) und der South African Communist Party (SACP).

Durch Unregierbarkeit zur Macht

Es ist allgemein bekannt, daß die SACP den ANC beherrscht, und daß das erklärte Ziel der SACP darin besteht, Südafrika unregierbar zu machen, und über die Unregierbarkeit zur »Macht des Volkes« vorzustoßen. Was sich im vergangenen Jahr in Südafrika abspielte ist, daß die SACP diesem Ziel durch provozierte Gewalttätigkeiten, die wiederum Unstabilität und Unsicherheit in der Gesellschaft herbeiführten, gedient hat.

Unter diesen Umständen konnten die für diese Zustände Verantwortlichen sogar ihrer Besorgnis über die Gewalttätigkeiten Ausdruck verleihen und nach Aktionen verlangen, sie zu beenden, während sie gleichzeitig die Verantwortung für diese Gewalttätigkeiten der Polizei oder einer »dritten Kraft« anlasteten.

Nachdem sie dies getan hat, erhebt die SACP Anspruch darauf, sich an den offiziellen Bemühungen, die Gewalttätigkeiten zu beenden, zu beteiligen und Mitwirkende des Mechanismus zu sein, der darauf abzielt, die Polizeistreitkräfte zu überwachen. Natürlich konnte sie sich, was sie betrifft, kaum etwas Besseres erhoffen. Durch das »Friedensabkommen« wird die SACP Teil einer Behörde, die für Gesetz und Ordnung in Südafrika verantwortlich ist und sich somit die Regierungsgewalt mit der bestehenden Regierung teilt. Gleichzeitig wird sie in der Lage sein, die Polizei auf indirekte Weise zu überwachen.



Jaap A. Marais ist Vorsitzender der Herstige Nasionale Party weißer Nationalister in Südafrika.

Es ist eine bestürzende Tatsache, daß in dem Entwurf des Friedensabkommen die derzeit stattfindende Ausbildung von ANC-Terroristen in Uganda und Tansania, die dazu vorgesehen sind, die Führung der sogenannten Selbstschutz-Einheiten in den Townships der Schwarzen zu übernehmen und sie zur »Volksmiliz« zu machen, überhaupt nicht erwähnt wird. Der ANC behauptet, die Beendigung der Gewalttätigkeiten habe mit »dem bewaffneten Kampf« überhaupt nichts zu tun. Das eigentliche Ziel ist es anscheinend, die Polizei zu behindern, so daß für diejenigen, die daran beteiligt sind, das Land unregierbar zu machen und den Boden für den »bewaffneten Kampf« zu bereiten, mehr Spielraum vorhanden ist.

Statt Regierungsverantwortung Regierungsunfähigkeit

Die primäre Funktion einer Regierung besteht darin, Gesetz und Ordnung in einem Land zu gewährleisten. Wenn es Kräfte gibt, die darauf aus sind, ein Land unregierbar zu machen, um selbst die Macht zu übernehmen, wie es das öffentlich erklärte Ziel der SACP ist, dann hat die Regierung die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, entschlossen gegen solche Kräfte vorzugehen.

Wenn eine Regierung unfähig oder nicht dazu bereit ist, ihre Macht einzusetzen, um Gesetz und Ordnung sicherzustellen, dann ist dies ein Eingeständnis ihrer Regierungsunfähigkeit. Es gibt keine Möglichkeit, die Verantwortung für Gesetz und Ordnung mit denjenigen zu teilen, die für Gewalt und Chaos verantwortlich sind.

Es ist völlig unhaltbar, daß die südafrikanische Regierung nicht nur die Bedingungen geschaffen hat, die es diesen Kräften ermöglichen, ihre Ziele mit Gewalt voranzutreiben, sondern sie auch noch in Strukturen eingliedern will, deren Hauptaufgabe es wäre, die Polizei bei ihren Bemühungen, die für Gewalttätigkeiten verantwortlichen Kräfte im Zaum zu halten, zu überwachen. Es ist offensichtlich, daß der ANC-SACP die derzeitigen Zustände der Gewalt und des Terrors als Rechtfertigung für ihren Anspruch benutzt, sich die Regierungsgewalt mit der jetzigen Regierung zu teilen. Und die Bereitschaft der Regierung, sich die Verantwortung für Gesetz und Ordnung mit der ANC-SACP – die sich auf der letzten ANC National Conference weigerte, auf Gewalt zu verzichten und eine politische Partei zu werden – zu teilen, ist die erste Stufe des Prozesses zur Übergabe der Regierungsgewalt.

Das »Friedensabkommen« ist kaum mehr als eine Hintertür durch die der ANC-SACP sich einschleichen und sich in einer derart entscheidenden Sache, wie Gesetz und Ordnung, die Gewalt mit der bestehenden Regierung teilen kann.

Starke Verbindungen des ANC zu den Kommunisten

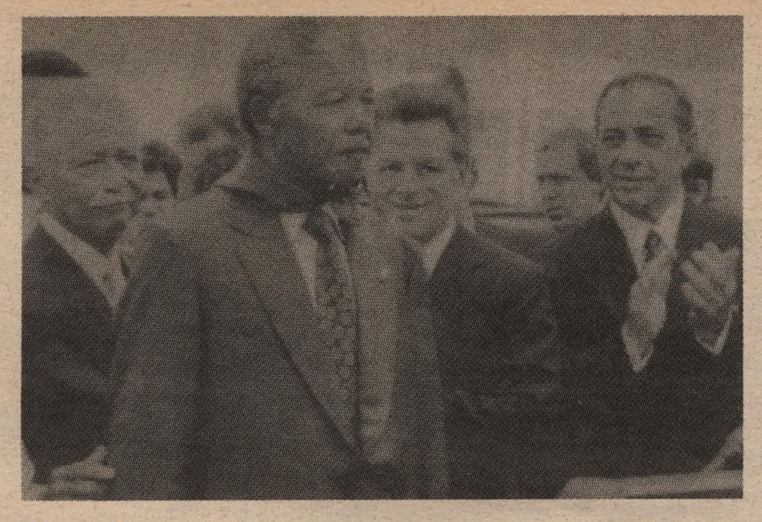
Was die ganze Sache eines »Friedensabkommens« zwischen der Regierung und der ANC-SACP zu einem fast surrealistischen Schauspiel macht, ist die Tatsache, daß die kommunistischen Parteien in der Sowjetunion und in Osteuropa, die bislang den ANC-SAPC hauptsächlich gefördert haben, völlig in Mißkredit geraten und in einigen dieser Staaten bereits verboten worden sind. Es gibt also sehr gute Gründe, warum die südafrikanische Regierung vom ANC verlangen sollte, seine Beziehungen zur SACP abzubrechen – ein Standpunkt, den die Regierung auch zunächst eingenommen hatte – widrigenfalls es keine weiteren Verhandlungen mit dem ANC-SACP mehr geben darf.

Es sollte klar sein, daß, wenn sich die SACP von dem ANC trennen sollte, der ANC stark lahmgelegt würde und nicht mehr fähig wäre, sich als einer »der Hauptmitspieler« bei dem Prozeß, eine neue Verfassung für Südafrika zu entwerfen, aufzuspielen.

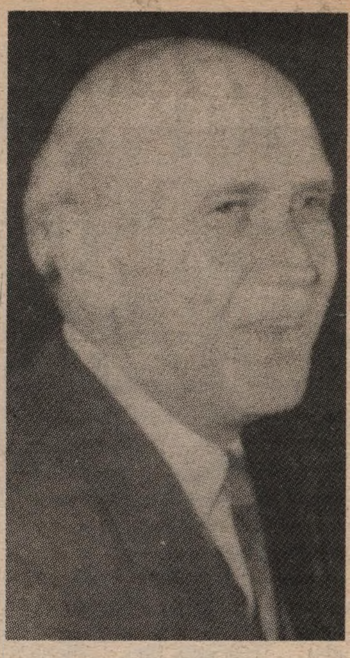
Südafrika

Der Präsident wird des Verrats beschuldigt

Gewisse Merkmale des geplanten »Friedensabkommen« bedürfen wegen ihrer kalkulierten Verschwommenheit einerseits und andererseits wegen des Ausmaßes in dem das »Friedensabkommen« zu einem sozialwirtschaftlichen Programm wird, einer eingehenden Untersuchung.



Nelson Mandela, Revolutionär, Terrorist und Kommunist, steht kurz vor seinem Ziel: Beteiligung an der Regierungsgewalt in Südafrika.



Der Präsident Südafrikas F. W. de Klerk wird von Internationalisten als anpassungsfähig beurteilt.

»Ein Siedler, eine Kugel!«

Das Nichtvorhandensein von Definitionen, der in dem Dokument verwendeten Begriffe, ist auffällig. Wörter wie zum Beispiel »Organisationen«, »Wiederaufbau« (reconstruction) und »Frieden« können von verschiedenen Leuten sehr unterschiedlich ausgelegt werden.

»Reconstruction« war der in den Vereinigten Staaten nach dem Bürgerkrieg verwendete Begriff, als die Weißen im Süden auf jede mögliche Art erniedrigt und sogar ihres Wahlrechts beraubt wurden. Es ist weithin bekannt, daß die Politik des ANC-SACP darin besteht, die »Apartheid« zu kriminalisieren, um eine Ausrede dafür zu haben, die Weißen Südafrikas zu verfolgen.

Darüber hinaus sind Schwarze jahrelang dazu aufgestachelt worden, Weiße zu töten, wie klar und deutlich in dem Ruf zum Ausdruck kommt: »Ein Siedler, eine Kugel«.

Unter dem Begriff »Organisation« kann der ANC-SACP alle seine verschiedenen Fronten tarnen und auf diese Weise im Rahmen des »Friedens« eine Kommandoposition beziehen.

»Frieden« ist ein Begriff, der in der kommunistischen Terminologie eine völlig unterschiedliche Auslegung vom normalen Sprachgebrauch erfährt.

Für Kommunisten bedeutet »Frieden« die Einstellung jeglichen Widerstands gegen kommunistische Forderungen.



Südafrika ist eines der reichsten Länder der Erde und der größte Produzent von Edelmetallen und Mineralien wie Gold, Platin und Diamanten.

Es ist klar, daß die Festlegung dieser und anderer Begriffe bewußt ausgelassen wurde, damit man etwas in der Hand hat, um die Begriffsbestimmungen jeweils so abändern zu können , wie das von Zeit zu Zeit erforderlich erscheint.

Die Hinzufügung eines Kapitels über »sozial-wirtschaftlichen Wiederaufbau und Entwicklung« in dem Entwurf eines sogenannten »Friedensabkommens« ist ein weiterer Beweis dafür, daß die Regierung Stück für Stück zu Gunsten einer Übergangsregierung auf ihre Macht verzichten will.

Dies grenzt unter dem Aspekt des Absatzes 5.13, wonach die Unterausschüsse des National Peace Committee zum Beispiel auf »die gleichmäßige Zuteilung von Hilfsmitteln des Staates« achten sollen, ebenso wie der Absätze 1.7 und 1.13, wonach durch die Aktionen des vorgeschlagenen »Friedens« strukturiertes »Wirtschaftswachstum« und »Wohlstand« gefördert werden können, geradezu ans Absonderliche.

Der Gewalt nicht Einhalt gebieten

Die Herstige Nasionale Party – HNP, eine nationale Partei der weißen Afrikaner – hat keinen Anteil an den Gewalttätigkeiten, die seit der Wiederzulassung des ANC und der SAPC vorherrschen. Es obliegt der alleinigen Verantwortung der Regierung, Gesetz und Ordnung zu sichern und in entscheidender Weise mit denjenigen fertigzuwerden, die Gewalttätigkeiten in der Gesellschaft verursachen.
Die in dem Entwurf des »Friedensabkommens« vorgeschlagenen Maßnahmen werden der Gewalt nicht Einhalt gebieten, aber Polizeieinsätze gegen Kräfte, die Gewalt und Unruhe hervorrufen, lähmen. Die HNP wird sich nicht an einem Abkommen beteiligen, das offensichtlich Teil einer verborgenen Tagesordnung ist, wonach es dem ANC-SACP durch politische Verstohlenheit ermöglicht wird, gemeinsam mit der derzeitigen schlecht geführten und unfähigen Regierung die Regierungsgewalt zu übernehmen. □

Nukleare Bedrohung aus Rotchina

Mike Blair



Hiroshima ist für die Menschheit keine Warung. Immer mehr Staaten verfügen inzwischen über Atombomben.

Die Pläne von US-Präsident George Bush, bei den strategischen Atomstreitkräften der USA Kürzungen vorzunehmen, im Vertrauen darauf, daß der sowjetische Staatspräsident Michail Gorbatschow ihm auf diesem Wege folgen wird, wird von vielen Experten des westlichen Verteidigungswesens als törichtes, vielleicht sehr gefährliches übermäßiges Hervorheben eines Mannes betrachtet, dessen Macht in dem, was auch immer von der Sowjetunion übrigbleibt, rapide dahinschwindet.

Was jedoch gut informierte Militärfachleute langsam beunruhigt, ist die Tatsache, daß Bush bei seiner fortdauernden Liebesaffäre mit Pekings Führung völlig übersieht, daß Rotchina, das bevölkerungsreichste Land der Welt, nach wie vor ein radikaler marxistischer Staat mit einem schnell wachsenden Atompotential ist. Durch Informationen aus einer Vielfalt von Quellen ist CODE zu der Schlußfolgerung gekommen, daß zu einer Zeit, in der Bush Amerikas B-52- und B1-Bomber in den Nicht-Alarmzustand versetzt hat – zum ersten Mal in 30 Jahren –, Peking über mindestens 650 leichte Harbin-B-5-Bomber und sage und schreibe 150 mittelschwere Schenjang-B-6-Bomber – Chinas Version des sowjetischen TU-16 Badger – verfügt, die alle mit Atomwaffen für den freien Fall bestückt werden können.

Die Rotchinesen sollen einen Vorrat von mehreren hundert Atombomben haben. Außerdem sind der B-6 in der Lage, in der Luft abzuschießende Marschflugkörper mit Atomsprengköpfen mitzuführen.

Das Schlimmste von allem ist jedoch die Tatsache, daß die Rotchinesen über ein stetig anwachsendes Arsenal von mindestens 24 interkontinentalen ballistischen Raketen (ICBM) vom Typ CSS-4 verfügen, von denen jede mit einem 50 Megatonnen-Atomsprengkopf bestückt ist und eine Reichweite von rund 8000 Meilen (12800 km) hat.

Außerdem hat die Volksbefreiungs-Kriegsmarine eine unbekannte und stetig wachsende Anzahl von CSS-XN-4-Atomraketen, die von U-Booten abgefeuert werden, mit Fünf-Megatonnen-Sprengköpfen bestückt sind und eine Reichweite von etwa 2500 Meilen (4000 km) haben sollen. Die Rotchinesen können sie von ihren atomgetriebenen Unterseebooten der Xia-Klasse abfeuern, deren Anzahl immer größer wird.

Die Rotchinesen verfügen in ihrem Atomwaffenarsenal über bis zu 150 Mittelstrecken-Atomraketen und mindestens 74 Kurzstrecken-Atomraketen.

Israelische Hilfe für Peking

Den Roten in Peking wurde beträchtliche Hilfe seitens der Israelis bei der Modernisierung eines Großteils ihres konventionellen Kriegsgeräts, vor allem ihrer Artillerie, zuteil. Die Israelis halfen ihnen auch, die Genauigkeit ihrer Raketen, vor allem ihrer Silkworm-Marschflugkörper, die vom Iran und Irak während ihres blutigen Krieges eingesetzt wurden, zu erhöhen.

Die Silkworms sind in der Lage, 1100-Pfund-Sprengköpfe bis zu 50 Meilen (80 km) weit mitzuführen. Die Sprengköpfe können atomar sein.
Trotz gegenteiliger Versprechungen erweitern die Rotchinesen zur Zeit ihre Programme zur Entwicklung sowohl von chemischen als auch biologischen Kriegswaffen, darunter Artillerie, Bomben und Raketen.

Über die letzten Jahre hinweg haben die kommunistischen Herren in Peking verschiedene Typen von amerikanischen und anderen kommerziellen Verkehrsflugzeugen gekauft, die noch eine weitere Gefahr darstellen.

Die Rotchinesen sind dafür berüchtigt, daß sie ausländische Waffensystems kopieren. Als Beispiel sei genannt, daß alle ihre Bomber und Jagdflugzeuge Imitationen von Maschinen sowjetischer Konstruktion sind.

Es ist daher zu erwarten, daß die Chinesen jetzt dabei sind, westliche Flugzeuge zur Verwendung als Bomber und Militärtransportmaschinen nachzubauen.

Sie erhielten außerdem vom Westen fortschrittliche Elektronik und Düsenantriebs-Technologie für ihre Flugzeuge.

Das Unheimlichste an dem rotchinesischen Faktor bei allen Plänen zur atomaren Abrüstung ist die Tatsache, daß, anders als bei den Sowjets, keinerlei Beweise dafür vorliegen, daß die Regierung in Peking als kommunistischer Staat des harten Kurses weniger gefürchtet werden muß.

Die Herrscher über Rotchina verfolgen immer noch den harten Kurs des marxistischen Diktators Mao Tse Tung und legen ungeachtet des Zusammenbruchs des Kommunismus in ganz Europa und des Zerfalls des Sowjetreiches keinerlei Anzeichen der Mäßigung an den Tag. □

Israel kein verheißenes Land für Sowjet-Juden

»Sowjet Jews Rue Exodus to Israel« (»Sowjetische Juden bereuen Exodus nach Israel«), schrieb die Londoner »Times«. Selbst angesichts der Berichte über einen unmittelbar bevorstehenden harten Winter in der ehemaligen Sowjetunion, schreibt der Korrespondent Richard Beeston, »kämpfen hunderte von kürzlich eingewanderten Sowjets miteinander um die Chance, nach Hause zurückkehren zu dürfen«.

»In Szenen, die selbst die loyalsten Unterstützer der rechtslastigen Regierung Israels in peinliche Verlegenheit versetzen und erschrecken, belagerten aufgebrachte sowjetische Juden, die keine ausreichende Arbeit oder Unterkunft finden können, Beamte des sowjetischen Konsulats, um sich die Dokumente zur Rückreise zu beschaffen. Die sowjetische konsularische Mission, vor der Menge durch private Sicherheitswachen und bewaffnete israelische Polizei geschützt, wurde mit tausenden von Anträgen von sowjetischen Juden überschwemmt.«

»Als uns Israelis in der Sowjetunion Videos vorführten, wie Israel sein werde, glaubten wir, unser Leben sozial und wirtschaftlich verbessern zu können«, sagte eine Frau aus Kiew.« In Wirklichkeit ist genau das Gegenteil wahr, wir haben einen Rückgang unseres Lebensstandards erfahren. Hierher zu kommen war der dümmste Fehler, den wir jemals begangen haben, und wir planen, so bald wie möglich zurückzukehren.«

»Dieses Land ist eine große Enttäuschung für uns«, sagte ein Mann aus Sankt Petersburg. »Wir dachten, daß wir ins Mutterland zurückkehren würden. Stattdessen haben wir es nur mit Aggression zu tun gehabt. Obwohl wir einen Antisemitismus in Rußland hatten, ist die Feindseligkeit, der wir hier begegneten, viel schlimmer.«

Viele russische Jüdinnen, zumeist hoch gebildet, wenden sich der Prostitution zu, wenn sie nach Israel kommen, als einzige Möglichkeit, ihren Lebensunterhalt zu verdienen, berichtete die Londoner »Sunday Times«. Nach amtlichen Schätzungen beläuft sich die Arbeitslosigkeit unter russischen Emigranten auf 40 Prozent; nach inoffiziellen Schätzungen sind es 75 Prozent. □

Die Kraftprobe mit Israel

»Bei ihrer Forderung, daß das amerikanische jüdische Establishment nicht nur Shamirs Standpunkt – Zurückweisung der Formel Land für Frieden – akzeptieren, sondern die amerikanische Regierung in dieser Sache direkt herausfordern soll, sind die israelischen Führer des rechten Flügels auf die seit jeher bestehenden Gefühle der Minderwertigkeit und der Ehrerbietung gegenüber dem Heiligen Land, die zwar kaum anerkannt werden, aber nichtsdestoweniger sehr tiefgründig sind, angewiesen.«

Dies schreibt Rabbi Arthur Hertzberg, ehemaliger Präsident des American Jewish Congress und Mitvorsitzender des Beratungsausschusses des Jüdischen Weltkongresses, in der »New York Review of Books«.

In seinem Artikel »The Showdown with Israel – What US-Jews Don't Know« (»Die Kraftprobe mit Israel – Was amerikanische Juden nicht wissen«) argumentiert Hertzberg dahingehend, daß amerikanische Juden über die Bereitschaft der Mehrheit des israelischen Volkes, Land gegen Frieden zu tauschen, vorsätzlich in Unwissenheit gehalten werden.

»Yedioth Ahronoth«, die am meisten gelesene Zeitung in Israel, führte eine Meinungsumfrage durch und berichtete darüber auf ihrer ersten Seite. Daraus ging hervor, daß 69 Prozent der israelischen Öffentlichkeit, ganz gleich welcher politischer Zugehörigkeit, dazu bereit war, Land gegen Frieden auszuhandeln. Die Hälfte der Befragten waren Anhänger von Shamirs eigener Likud-Partei.

»Diese erstaunlichen Tatsachen«, schreibt Hertzberg, »haben die Auffassungen in der amerikanischen Judenheit nicht berührt, weil die amerikanisch-jüdische Presse und Organisation sie nicht veröffentlicht haben, und sie vielleicht nicht einmal kennen«.

Warum? Herzberg sagt, daß jüdische Führungspersönlichkeiten ehrerbietig sind, egal, welche Partei auch immer in Israel an der Macht ist. Berichte über oder auch nur Zurkenntnisnahme politischer Diskussionen innerhalb Israels werden als undiskutabel erachtet, denn dies würde notwendigerweise bedeuten, daß Juden in der Diaspora so oder so zu einem Streitfall zwischen israelischen Juden, die per Definition die einzigen sind, die über Israels Zukunft entscheiden können, Stellung zu nehmen hätten. Er schreibt, daß diese Einstellung keineswegs neu ist, daß »das Gefühl, daß Diaspora-Juden in gewissem Sinne geringere Juden als diejenigen, die in Zion leben, sind, in der gesamten Struktur des traditionellen jüdischen Gesetzes deutlich zum Ausdruck kommt«.

In den alten Tagen bedeutete dies, daß im Heiligen Land lebende Juden als heiliger, und daher weiser als andere angesehen wurden. Heute herrscht das Gefühl vor, daß »die Diaspora den Israelis Ehrerbietung schuldet, weil diese und ihre Kinder die Kriege Israels geführt haben, während die Juden in der Diaspora nur Geld gestiftet und politische Unterstützung geleistet haben«.

Seine Einstellung spiegelt sich nicht nur in der Haltung amerikanischer Juden gegenüber Israel, sondern auch in Israels Auffassung von seinen Beziehungen zu den USA wider. »Israel erwartet einfach ›besondere Beziehungen‹, weil es der einzige und zuverlässige Repräsentant einer Demokratie nach amerikanischem Stil im Nahen Osten sei. Wenn Demokratie die weltliche Religion des Westens ist, dann ist Israel der wahre Repräsentant des Glaubens in einer höchst sensiblen Region, und hat daher das Recht auf besondere Ehrerbietung. Jeder Versuch, Israel als einen von vielen anderen amerikanischen Belangen zu behandeln, wird scharf zurückgewiesen.«

Hertzberg berichtet über ein erstaunliches Beispiel der Selbstzensur in der Diaspora. Anfang des Jahres 1991 hielt Ministerpräsident Shamir in Israel eine inszenierte »Solidaritäts-Massenversammlung« für Repräsentanten des Weltjudentums ab. Der Zweck der Übung bestand darin, bei der Unterstützung der expansionistischen Politik des Likuds Einmütigkeit zu zeigen. Die israelische Presse berichtete seinerzeit, daß Israels kombinierte Geheimdienste einen Bericht erstellt und Shamir vorgelegt hätten, aus dem hervorging, daß die fortgesetzte Besetzung des Westufers nicht nur teuer und letztendlich zwecklos sei, sondern eine ernsthafte Bedrohung für Israels Sicherheit darstelle.

Hertzberg sprach mit dem britischen, inzwischen verstorbenen Pressebaron Robert Maxwell – zu dessen Holdings die »New York Post« und »Ma'ariv« in Israel gehören –, wenige Stunden nachdem die Nachricht erstmals in Israel bekannt wurde. Hertzberg fragte Maxwell, ob seine Zeitungen über die Empfehlung der Geheimdienste an den Ministerpräsidenten berichten würden. Maxwell erklärte, es gebe keinen derartigen Bericht – weil Shamir selbst dessen Vorhandensein bestritten habe. Die Angelegenheit wurde daraufhin fallengelassen.

»Aber«, schreibt Hertzberg, »es war mir bald klar, daß die meisten amerikanischen Delegierten auf der Konferenz nach Hause reisen würden, ohne etwas von der Einschätzung der Geheimdienste zu wissen, oder, falls sie es wissen sollten, glauben würden, daß sie die Meinungsverschiedenheiten des Ministerpräsidenten, aus ideologischen Gründen, mit seinen eigenen Geheimdienstfachleuten nichts angehe.«

Die Tatsachen der israelischen Besetzung der West Bank und Gazas sind jedoch immer schwieriger zu übersehen, trotz der besten Bemühungen der israelischen Regierung und der jüdisch-amerikanischen Presse – weitgehend wegen des heftigen Streits zwischen Shamir und Prä-

sident Bush, in dem beide Seiten weithin publizierte Anklagen und Gegenanklagen erheben. Die Auseinandersetzung, sagt Hertzberg, »zwingt amerikanische Juden dazu, sich bislang ignorierten Realitäten zu stellen, und sich ernstlich über Israels Politik der Annexion in den besetzten Gebieten eine Meinung zu bilden«. □

Irak gibt Daten über medizinische Katastrophe bekannt

Der irakische Gesundheitsminister gab neue Daten bekannt, die das ganze Ausmaß der derzeit durch die von den USA auferlegten Blockade und Embargo am irakischen Volk verübten Völkermords erkennen lassen.

Das Ministerium berichtet, daß als Folge des Mangels an Medikamenten und damit zusammenhängender dringend benötigter Dinge, 16000 von Krebs heimgesuchte Iraker entweder keine wirksame oder gar keine Behandlung erhalten. Mehr als 14000 Kinder unter fünf sind bereits aus Mangel an Medikamenten gestorben. Nur 690 irakische Patienten wurden in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres dringenden Augenoperationen unterzogen, wegen des akuten Mangels an Arzneimitteln und Betäubungsmitteln. Im gleichen Zeitraum des Vorjahrs wurden im Irak 6012 Augenoperationen durchgeführt. Weil es nicht möglich ist, zu operieren, stieg die Anzahl der neuen Fälle von Erblindung im Irak in den letzten sechs Monaten um 1000 Prozent an.

Seit Verhängung des Embargos gab es allein in der Provinz Salah al-Din in Westirak 1188 Fehlgeburten, die auf die Blockade zurückzuführen sind. Darüber hinaus gab es seit Beginn der Blokkade 1640 Fälle von eingeschleppter Cholera im Irak, nach praktisch keinem einzigen Fall im vorhergehenden Zeitraum. Die eigentliche Zahl der Cholerafälle liegt notwendigerweise höher als berichtet werden kann, auf Grund der wegen des Krieges und der Blockade zusammengebrochenen Gesundheitsüberwachung. □

Irak fordert die Blockfreien heraus

Der irakische Außenminister Ahmad Hussein sagte vor einer Versammlung der Bewegung der Blockfreien in Ghana, der Angriff gegen den Irak sei in der Geschichte ohne Präzedenzfall und stelle ein deutliches Beispiel für eine neue Phase des Imperialismus so wie einen Anschlag gegen die Souveränität, die teritoriale Unversehrtheit und wirtschaftliche Infrastruktur der blockfreien Staaten dar. Er meinte herausfordernd, daß der Widerstand der Non-Alignet Movement (NAM) gegen die Versuche, den Irak zu zerstören und sein Volk auszuhungern, zeigen werde, ob die Bewegung wirklich bereit ist, die von ihr vertretenen Grundsätze zu verteidigen.

Hussein klagte an, daß die Vereinigten Staaten jetzt damit begonnen haben, die zweite Phase des amerikanisch-zionistischen Planes zur Konsolidierung der Annexion palästinensischer Gebiete durch Israel einzuleiten.

Er kam zu der Schlußfolgerung, daß die Versammlung unter sehr kritischen Umständen zusammentritt, die von der NAM verlangen, die Grundsätze, nach denen sie gegründet wurde, klar herauszustellen und ihre Haltung im Lichte dieser Grundsätze neu zu überdenken. Die letzten dieser Grundsätze waren die auf der achten Gipfelkonferenz im September 1989 getroffenen Entscheidungen, vor allem bezüglich der Versuche einiger Supermächte, ihre Vorherrschaft wiederherzustellen und die blockfreien Staaten zu beherrschen und deren wirtschaftliche Ressourcen auszubeuten.

Die irakische Delegation legte der Konferenz einen Vorschlag zur Beendigung des dem Irak auferlegten wirtschaftlichen Belagerungszustands vor. Der Entwurf ruft die Völkergemeinschaft dazu auf, Druck auf den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen auszuüben, damit dieser dringende Maßnahmen ergreife, um das Embargo aufzuheben. Er ruft auch diejenigen Länder, die irakische Vermögenswerte eingefroren haben, dazu auf, diese freizugeben, so daß der Irak die notwendigsten Lebensmittel und Medikamente für sein Volk kaufen kann. □

Israelische Siedler beschlagnahmen arabische Wohnungen

Eine Gruppe von 50 jüdischen Siedlern übernahmen in Ost-Jerusalem sieben arabische Wohnungen und warfen deren Bewohner hinaus. Der Gruppe, El Ad, schloß sich Yuval Neeman, der israelische Minister für Wissenschaft und Technologie, an. Sie wurde später von der Polizei vertrieben. Der Vorfall ereignete sich ein Jahr und einen Tag nachdem die Israelis am al Haram al Sharif – Jerusalems Tempelberg – 21 Araber niedergemetzelt hatten, nachdem eine Gruppe von Siedlern versucht hatte, die Moschee Al Aqsa, eine der heiligsten Stätten des Islam, anzugreifen. Am Jahrestag des Massakers verbannten die israelischen Behörden alle Araber aus Jerusalem.

Am 11. Oktober 1991 fuhr ein nicht identifizierter arabischer Fahrer seinen Kombiwagen in eine Gruppe von israelischen Soldaten hinein, wobei zwei getötet und 11 verletzt wurden. Wie berichtet wird, trägt sich die israelische Regierung mit dem Gedanken, alle Araber aus der Hauptstadt zu verbannen. □

Japanische Truppen in den Nahen Osten

Die japanische Regierung erörtert einen eiligen Gesetzesentwurf, um im Rahmen der überstaatlichen Peace Keeping Operations (PKO) japanische Streitkräfte an den Persischen Golf nach Kaschmir und an sechs andere heiße Stellen der Welt entsenden zu können, berichtete UPI. Wenn dieser Gesetzesentwurf verabschiedet wird, dann könnte dies zum ersten Einsatz japanischer Truppen in Übersee seit dem Zweiten Weltkrieg – im Dienste der anglo-amerikanischen Neuen Weltordnung – führen.

Im November 1990 gab es Unruhen auf den Straßen, als Kaifu, Japans Ministerpräsident, vorschlug, Soldaten in den Irak zu entsenden; er machte einen Rückzieher, und seine Regierung wurde beinahe gestürzt. Japans Verfassung verbietet speziell den Gebrauch oder die Androhung von Gewalt im Ausland bei der Lösung von Streitigkeiten. Japans bewaffnete Streitkräfte sind ausschließlich zur Selbstverteidigung verpflichtet.

Die »Friedensklausel« ist in Japan wegen der Tragödie von Hiroshima und Nagasaki zutiefst populär. Die meisten Japaner glauben, daß Japan die Mission zu erfüllen habe, die Menschheit vor den Gefahren eines thermonuklearen Holocaust zu warnen. □



Geheimdienste

US-Sondereinheiten helfen dem Drogen-Netzwerk

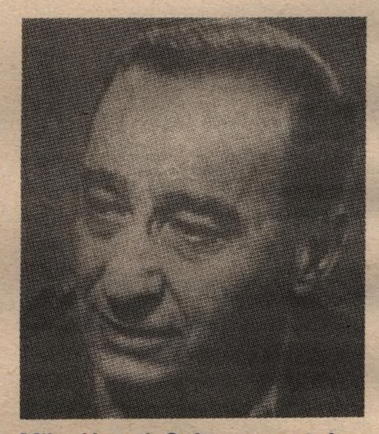
Mike Blair

Der Strom von Drogen im Rahmen einer geheimen Mossad-Operation hatte seinen Ursprung in Kolumbien und führte über Panama in die Vereinigten Staaten. Bei der unter dem Namen »Watch Tower« bekannten Operation – CODE berichtete darüber –, setzten der CIA und der Mossad Sondereinheiten der amerikanischen Armee ein, um ein elektronisches System zu errichten, das es möglich machte, Drogen im Pendelverkehr auf dem Luftwege zum Luftstützpunkt Albrook in Panama zu befördern, ohne von der Luftüberwachung entdeckt zu werden.

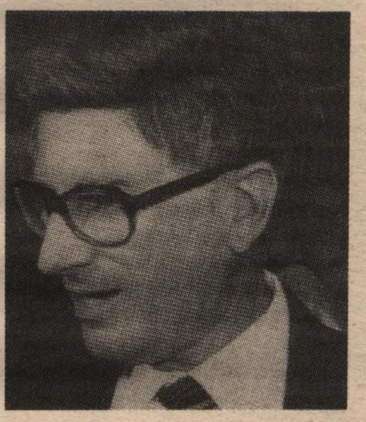
Laut Mitteilung von Offizieren, denen das Programm mißfiel, wurden die aus dem Drogengeschäft erzielten Gelder dazu verwendet, heimliche CIA- und vermutlich auch Mossad-Operationen zu finanzieren. Oberst Edward P. Cutolo von den Sondereinheiten, Kommandeur der in Fort Devens, Massachusetts, stationierten 10th Special Forces, beschrieb die Operation »Watch Tower« in allen Einzelheiten in einer fünfzehnseitigen eidesstattlichen Erklärung, die er am 11. März 1980 unterzeichnete und von einem Notar beglaubigen ließ, da er um sein Leben fürchtete.

Genaue Einzelheiten über die Aktion

In seinem Affidavit berichtete Oberst Cutolo in Einzelheiten, daß er »mit Vorbereitungen begonnen habe, mit (den hochrangigen Mossad-Agenten) David Kimche oder Michael Harari anläßlich der jährlichen NATO-Übungen (im Spätfrühjahr 1980) zusammenzutreffen«. Bei dem Zusammentreffen wollte er bestätigen, daß Harari derjenige war, der einem damals hochrangigen CIA-Agenten »zwei Aktentaschen voll amerikanischer Währung in verschiedenen Benennungen« überreichte. Bei den Landungen des Flugzeugs und der Übergabe, der mit Bargeld gefüllten Aktentaschen, anwesend war der damalige Oberst Antonio »Tony« Noriega, seinerzeit Leiter des Geheimdienstes der Panama Defense Forces. Obwohl ihm Hararis Name nicht genannt worden war, identifizierte Cutolo ihn an Hand eines Fotos, das er von einer Kontaktperson im Verteidigungsministerium bekommen hatte.



Mike Harari, Spitzenagent des Mossad, war in das Drogen-Netzwerk eingebunden.



David Kimche gehörte ebenfalls zu den Eingeweihten der Operation »Watch-Tower«.

Während des NATO-Manövers im Frühjahr 1980 wurde Oberst Cutolo getötet, als er zu einem britischen Luftstützpunkt bei Mindenhall zurückfuhr, wo die 10th Special Forces während des Manövers stationiert war.

Die schmutzige Arbeit der Einheit

Ein ehemaliger Offizier der Special Forces aus New England war bereit, bei der Untersuchung der Operation »Watch Tower« durch unsere Reporter mitzuarbeiten, vorausgesetzt, daß seine Identität geschützt werde. Er erinnerte sich daran, daß in dem amtlichen Bericht zu lesen war, Cutolo habe getrunken und sein Auto sei aus der Kurve getragen worden, als er von »einer Sitzung« in der nahegelegenen Stadt Fakenham zurückkehrte.

Ein hochangesehener, jetzt im Ruhestand lebender Oberst der Sondereinheiten, der Cutolo kannte, sagte zu unseren Korrespondenten, der tote Offizier sei weder ein Alkoholiker noch von der Sorte von Männern gewesen, die zuviel trinken, um noch sicher fahren zu können.

Der Offizier, der über Cutolos Tod berichtete, sagte, es werde von anderen Soldaten der Sondereinheiten auf dem Luftstützpunkt weithin die Ansicht vertreten, daß ein Mitglied der Sondereinheit der 10th Special Forces sich an den Bremsen des Wagens von Oberst Cutolo zu schaffen gemacht habe. Die Einheit sei dafür bekannt, daß sie »schmutzige Arbeit« zu verrichten hatte. Sie habe seinerzeit aus zwölf Männern bestanden. Cutolo war einer von mehreren Offizieren der Special Forces, darunter drei weitere Oberste, die unter geheimnisvollen Umständen zu Tode kamen, und die das gemeinsame Wissen miteinander verband, daß sie mit »Watch Tower« in Verbindung standen.

Zur Zeit steht Noriega, der sich nach dem Einmarsch der Amerikaner im Dezember 1989 den amerikanischen Streitkräften ergab, in Miami auf Grund zahlreicher Anklagen, die mit illegalem Drogenhandel zu tun haben, vor einem US-Bundesgericht.

Die Bemühungen seitens der Verteidigungsmannschaft darzulegen, in welchem Maße Noriega bei dem von der US-Regierung geförderten Drogenschmuggel und der Finanzierung der nicaraguanischen Contras und der Operation »Watch Tower« kooperiert hatte, wurden vom amerikanischen Justizministerium aus angeblichen Gründen der »nationalen Sicherheit« abgeblockt.

Immer und immer wieder, wenn die Verteidigung Noriegas versuchte, sich in Noriegas Verbindungen mit dem CIA und dem Mossad-Häuptling Harari zu vertiefen, wurden diese Bemühungen vom Bundesrichter William M. Hoeveler, in die Sackgasse geführt. Harari wurde zwar während des Einmarsches der Amerikaner in Panama gefangengenommen, man ließ ihn jedoch an Bord eines israelischen Flugzeugs aus dem mittelamerikanischen Land entkommen – CODE berichtete darüber –.

Die Landungen in Florida

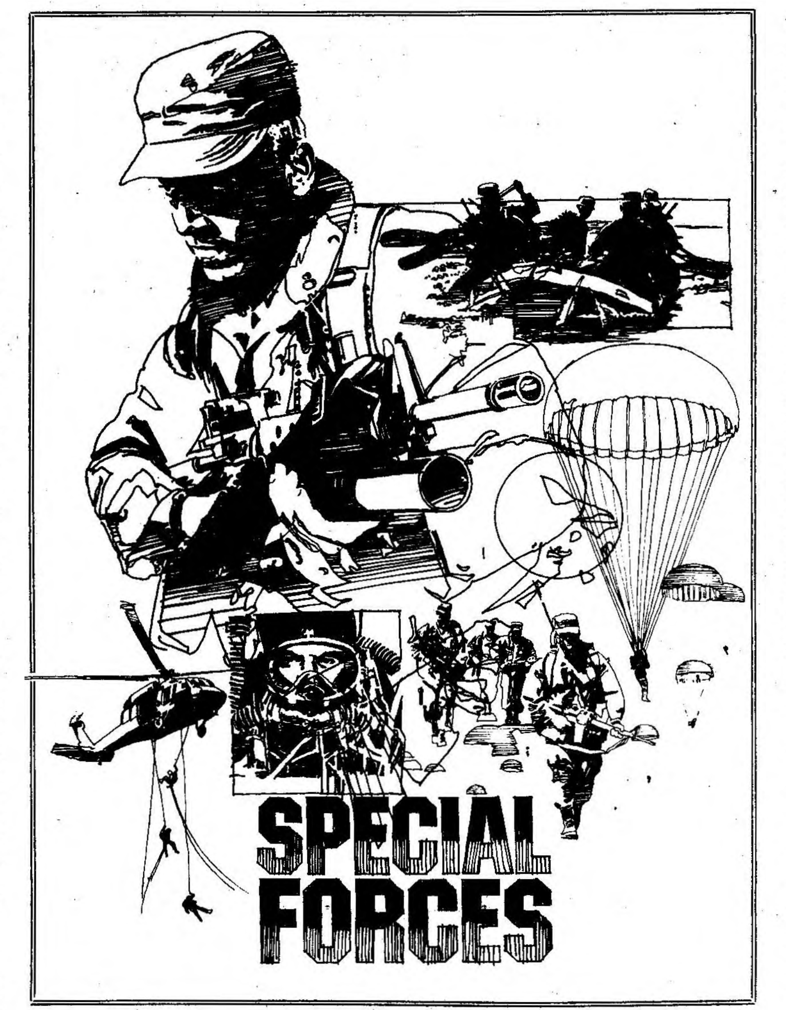
Der Offizier der Sondereinheiten aus New England, der mit uns bei der Untersuchung der »Watch Tower«-Affäre zusammen arbeitet, sagte, er sei dort gewesen, wo anscheinend die »Empfangsstelle« der Operation war.

Er habe zu einer »Ausbildungs«-Einheit der Special Forces gehört, die in dem Militär-Komplex Truman Annex in der Nähe des

Marineluftstützpunktes Boca Chica in den Florida Keys (Kette von kleinen Inseln) wenige Meilen östlich von Key West stationiert war. Der Offizier sagte, er habe zu einer Kompanie der Special Forces gehört, die als Teil ihrer Ausbildung, zu einer verlassenen Luftabwehr-Raketenstation auf Boca Chica Key versetzt wurde, um dort eine Operation zur Beobachtung der Ausladung von Drogen längst eines abgelegenen Küstenstreifens südlich der Inselkette durchzuziehen.

»Uns wurde gesagt, wir hätten lediglich das Eintreffen der Drogen an der Küste zu beobachten«, sagte er zu unseren Korrespondenten, »aber in Wirklichkeit sicherten wir die Küste ab, damit die Boote landen konnten.«

In der Nähe hätten sich zahlreiche Krabben-Boote befunden, welche die militärischen Schnellboote, »Zodiacs« genannt, die verwendet wurden, um die Drogen an Land zu bringen, abschirmten. Sobald die Drogen an Land waren, wurden sie zu der in der Nähe liegenden Landstraße gebracht. Dort wurden sie vermutlich auf Fahrzeuge geladen und abtransportiert.



Laut eidesstattlicher Erklärung Cutolos gehörte zur Operation »Watch Tower« die Errichtung einer Reihe von Leuchttürmen, die sich von Bogota aus nordwestlich der Grenze zu Panama erstreckten, wo die Flugzeuge, die den Leuchtfeuern folgten, auf dem Luftstützpunkt Albrook, unmittelbar nördlich von Panama City gelegen, von Noriega, Harari und untergeordneten Beamten begrüßt wurden.



Über die Rolle von General Antonio Noriega während der Operation »Watch Tower« herrscht verordnetes Schweigen.

Laut Cutolo wurden Drogen anscheinend erstmals im Dezember 1975 aus Kolumbien nach Albrook hinausgeflogen. Zu dieser Zeit stand die Operation »Watch Tower« unter dem Kommando von Oberst »Bo« Baker, der Cutolo zu dieser Operation angeheuert hatte. Oberst Baker »starb«, als er dabei war, zusammen mit anderen Offizieren der Special Forces die Umstände um Cutolos Tod zu untersuchen.

Cutolo befehligte anschließend zwei Lufttransporte von Drogen im Rahmen der Operation »Watch Tower«, eine im Februar und eine im März 1976. Während des Einsatzes im Februar 1976, berichtete Cutolo in seiner eidesstattlichen Erklärung, »landeten 30 Hochleistungsflugzeuge sicher auf dem Luftstützpunkt Albrook«, und »die Mission dauerte 22 Tage«.

Die Kolumbianer wußten von nichts

Anscheinend wußte die kolumbianische Regierung und die Militärs nichts von den Missionen, da Cutolo feststellte, daß die Mission von Februar 1976 »mit nur einem berichtenswerten Vorfall endete, der sich zwischen Mannschaftsmitgliedern und einer Einheit der kolumbianischen Armee ereignete. Unter den Mitgliedern der ›Watch Tower‹-Mannschaft habe es keine Todesfälle gegeben. Es gab auch keinen Hinweis darauf, daß die betreffende Einheit der kolumbianischen Armee Todesfälle zu verzeichnen hatte.«

» Bei der März-Mission gab es einen schweren Unfall«, stellte Cutolo fest, »und dabei wurden einige Mitglieder des SAT (special action team) verwundet, als sie versuchten, aus Kolumbien über die Grenze nach Panama zu schleichen, wo Hubschrauber auf sie warteten, um sie abzutransportieren«.

Von den drei Funkleuchttürmen, die während der Operation »Watch Tower« errichtet wurden, stand einer in der Nähe von Bogota, einer vielleicht in der Nähe von Medellin, Kolumbien, Sitz des Medellin Drogen-Kartells, und einer soll auf der Isla del Rey in der Bucht von Panama, in der Nähe von Panama City, errichtet worden sein. □



Naher Osten

Milliarden von den Alliierten erpreßt

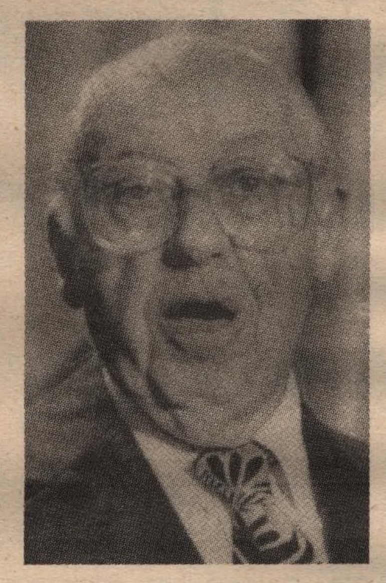
Lawrence Wilmot und Dennis Thaggart

Als er über Militärausrüstung für sein Land in Höhe von Milliarden Dollar verhandelte, preßte Prinz Bandar bin Sultan, Saudi-Arabiens Botschafter für die Vereinigten Staaten, angeblich »die höchsten Bestechungsgelder, die jemals in Washington gezahlt wurden,« für sich und seine Familie heraus, wie aus kürzlich zu den Akten gegebenen Gerichtsdokumenten und aus Mitteilungen anderer Kreise, die mit den Kaufpraktiken des Königreichs am Golf vertraut sind, hervorgeht.

Oberstleutnant Thomas F. Dooley, ein Absolvent von West Point, der in Vietnam mit dem Silver Star ausgezeichnet wurde und später in Saudi-Arabien als amerikanischer Militär-Attaché diente, klagte den Riesenkonzern United Technologies Corporation an, Bandar und seinen beiden Brüdern Prozente in Höhe von Milliarden Dollar gezahlt zu haben, um einen Verkauf von Hubschraubern in der Größenordnung von sechs Milliarden Dollar unter Dach und Fach zu bekommen.

Bestechungsgelder unter der Hand gezahlt

Dooley, der 1986 in den Ruhestand trat, um Verkaufsleiter in der Hauptabteilung Sikorsky-Hubschrauber bei United Technologies zu werden, berichtete in Gerichtspapieren, daß der bekannte saudische Gesandte in dem Bestechungsplan als »zentrale Figur« fungierte und dafür gesorgt habe, daß die lukrativen Flugzeug-Aufträge ohne die gewöhnlich vom amerikanischen Verteidigungsministerium vorgeschriebene Ausschreibung an mehrere Wettbewerber unmittelbar an United Technologies vergeben wurden. Da mit Verteidigungsaufträgen befaßte amerikanische Offiziere offen ihren Argwohn über »korrupte Praktiken« bei Einkäufen von Kriegsgerät durch die Saudis zum Ausdruck gebracht hatten, wurden die Auszahlungen unter der Hand als Promotion für den Hubschrauber-Deal bereits an die Brüder des saudischen Botschafters, Prinz Khalid und Prinz Fahd, geleistet, wie aus Dooleys Strafanzeige hervorgeht.



William Casey, inzwischen verstorbener Leiter des CIA, arbeitete über Prinz Bandar mit dem Mossad zusammen.

Als meistfotografierter arabischer Botschafter in Washington bekannt, ist Prinz Bandar der Sohn von Prinz Sultan, des mächtigsten Ministers für Verteidigung und Luftfahrt des saudischen Königreichs, dessen älterer Bruder der herrschende Monarch des Golfstaates ist.

Dooleys Anklagen tragen eine seit langem schwelende Kontroverse über den mehrere Millionen schweren saudischen Gesandten, der mit Skandalen, angefangen von angeblichen Finanzmanipulationen bis zu einem berichteten Mordkomplott während seines Aufenthalts in Washington, in Verbindung gebracht wurde, auf den Höhepunkt.

»Die Behauptung, daß bei saudischen Einkäufen von Kriegsgerät oft deftige Auszahlungen eine Rolle spielen, ist nichts Neues«, erklärte ein Beamter der Arabischen Liga am Hauptsitz der Vereinten Nationen in New York City, der, wie andere diplomatische Kreise, dieses heikle Problem nur von der Vorgeschichte her diskutieren wollte.

Nur eine Tatsache des Lebens

Höflich »Provisionen« genannt, sind über Mittelsmänner an Schlüsselbeamte gezahlte Prozente »nur eine Tatsache des Lebens am Golf«, stellte dieser gutinformierte Beobachter nüchtern fest.

»Erinnern Sie sich an Nachrichtenbilder jenes riesigen Düsenflugzeugs mit Installationen aus solidem Gold, einer Sauna in voller Größe und anderen palastartigen Armaturen, in der der saudiarabische Waffen-Makler Adnan Kashoggi umherzufliegen pflegte, umgeben von Showgirls?«, fragte er. »Dollar des US-Verteidigungsministeriums, getarnt als ›Provisionen‹ – damit wurde all dieses Leben in großem Stil bezahlt, und noch viel mehr.«

Der Hauptunterschied bestand darin, daß in jenen Tagen Mittelsmänner wie Kashoggi das Feld für sich hatten. Die Botschaft von Saudi-Arabien in Washington hielt sich von undurchsichtigen Vertragsabschlüssen fern.

»Scheich Alhegelan, ein aufrichtiger Gentleman der alten Schule, der vor Bandar Botschafter in Washington war, ließ nicht zu, daß er selbst oder seine Mitarbeiter mit irgendwelchen fraglichen Transaktionen in Verbindung gebracht werden konnten«, sagt ein altgedienter libanesischer Journalist, der für einen Verlagskonzern in Washington arbeitet. »Das saudische diplomatische Corps wurde wegen seines makellosen und streng ethischen Verhaltens hoch geachtet.«

Aber als eine plötzliche Krankheit in der Familie Scheich Alhegelan 1985 dazu zwang, seinen Posten aufzugeben, wurde Prinz Bandar zum Botschafter in Washington ernannt und die Dinge begannen sich zu wandeln.

»Scheich Alhegelan wurde als Führer des arabischen diplomatischen Corps in Amerika angesehen«, erinnerte sich der Journalist. »Als er von Bandar abgelöst wurde, schwand das hohe Ansehen der saudischen Botschaft dahin.«

Den neuen Gesandten zog es nach Machtzentren, die für die islamische Welt lange Zeit ein rotes Tuch waren. Zu diesen neuerdings gepflegten Kontakten gehörte der CIA, Wall Street-Finanziers und Zeitungen des Establishments, die für ihre pro-israelischen Tendenzen bekannt waren, und schließlich die Israel-Lobby.

Viele Gerüchte schwirren umher

»Anstatt sich das Gewand der Führung für die Sache der Araber, das sein Vorgänger hinterlassen hatte, anzuziehen und dessen Kontakte zu amerikanischen Gruppen, die als Verfechter einer ausgewogenen Strategie Amerikas im Nahen Osten bekannt waren, weiterhin zu pflegen, erwies sich Bandar als Hinterzimmer-Operateur«, behauptet ein ehemaliger Mitarbeiter des Weißen Hauses. »Er wurde als Schützling von Bill Casey – des inzwischen verstorbenen Leiters des zentralen Nachrichtendienstes CIA bekannt. Es liefen Gerüchte umher, die besagten, daß dieser arabische Fürst über Casey mit dem Mossad, Israels Geheimpolizei, in Verbindung stand.«

Es dauerte nicht lange, bis diese Gerüchte eine hochnotpeinliche öffentliche Bestätigung erfuhren, und zwar aus einer Quelle, die Bandar wohl vergeblich kultiviert hatte: der innere Kreis der »Washington Post«.

1989 wurde in einer sensationellen Entlarvung des CIA durch einen Redakteur der »Washington



Der saudi-arabische Waffen-Makler Adnand Kashoggi lebte von den Provisionen des amerikanischen Verteidigungsministeriums.



Der saudische Botschafter Prinz Bandar bin Sultan (links) während eines Gesprächs mit US-Präsident George Bush im Weißen Haus.

Post« enthüllt, daß der saudische Botschafter und der CIA-Chef Casey mindestens bei einer Gelegenheit an einem Komplott beteiligt waren, das darauf abzielte, Scheich Ahmed Fadlallah, einen hochverehrten islamischen fundamentalistischen Führer im Nahen Osten, zu ermorden.

»Bandar besorgte angeblich das Bargeld – etwa drei Millionen Dollar –, während der CIA und der Mossad die Muskeln spielen ließen, das heißt, die Killer stellten«, erinnerte sich der ehemalige Mitarbeiter des Weißen Hauses. »Der Mordversuch wurde verpfuscht, wie so manches Gemeinschaftsunternehmen dieser beiden Spionagedienste. Scheich Fadlallah blieb bei der Explosion der monströsen Autobombe, die gelegt wurde, um ihn zu töten, unverletzt, aber 81 unschuldige Zuschauer kamen dabei um. Die Sache erregte in der gesamten islamischen Welt helle Empörung.«

Jetzt wird der saudische Botschafter mit diesem neuen Skandal in Verbindung gebracht: Unter Eid vor einem Bundesgericht vorgetragene Beschuldigungen, daß von einem Auftragnehmer des US-Verteidigungsministeriums, der sich eifrig um einen großen Flugzeug-Auftrag vom Persischen Golf bemühte, hohe Prozente (kickbacks) an Prinz Bandar und seine Brüder gezahlt wurden.

Die Tage des Botschafters sind gezählt

In dem Prozeß berichtet Dooley, daß er, als er die korrupten Beziehungen zwischen der Firma, bei der er beschäftigt war, und dem saudischen Botschafter entdeckte, Protest einlegte. Seine »Belohnung«: er wurde gefeuert.

An ihrem Hauptsitz in Connecticut bestritt die Firma United Technologies jegliches Vergehen. »Wir wußten seit Monaten von diesen Beschuldigungen«, sagte der Sprecher der Firma zu unseren Korrespondenten, »und wir beauftragten neutrale Berater – die Washingtoner Anwaltspraxis Covington and Burling – den Fall zu untersuchen. Sie kamen zu dem Ergebnis, daß unsere Hubschrauber-Geschäfte mit Saudi-Arabien nicht durch Bestechung befleckt wurden, und daß Oberst Dooleys Beschuldigungen daher unbegründet sind.«

In Washington war Prinz Bandar nicht zu einer Stellungnahme bereit. Ein Sprecher für die saudische Botschaft sagte lediglich, daß »der Botschafter versichert habe, er wisse nichts von irgendwelchen Auszahlungen«.

Nach Auskunft von Rechtsexperten sind dies weniger als kategorische Dementis – zu sagen, daß Bestechung einen spezifischen Vertrag nicht »befleckt« habe, ist keine Bestätigung dafür, daß es keine Auszahlungen zwischen der Firma und saudischen Beamten gegeben hat –, aber wie der Streit vor Gericht entschieden wird, ist schwer vorauszusagen.

In Washington und New York schien jedoch Übereinstimmung darüber zu herrschen, daß, ganz gleich wie der Rechtsstreit ausgehen mag, Prinz Bandars Tage als saudischer Botschafter und Washingtoner »wheeler-dealer« (Mauschler) gezählt sind. □



Irak

Das Land wird seine »Bombe« bekommen

Alec de Montmorency

Ungeachtet der Inspektionsmannschaften der Vereinten Nationen und des Säbelrasselns von US-Präsident George Bush wird Iraks Saddam Hussein eine Atombombe bekommen. Und das Gleiche gilt für Pakistan.

Das ist die Meinung von Stanley Orman, ehemaliger stellvertretender Leiter des Atomic Weapons Establishment in Aldermaston in England. Orman begründet seine Voraussage auf dem fortgeschrittenen Stand der industriellen Infrastruktur des Iraks und Pakistans, und der Bereitschaft des Westens – offen oder »unter dem Ladentisch« – die erforderliche Ausrüstung zu verkaufen, vorausgesetzt der Preis stimmt.

Zurückgreifen auf eine alte Methode

Orman wurde in der Londoner »Times« als »besonders beeindruckt« durch die Entdeckung einer »Gaszentrifuge zur Anreicherung von Uran« in den Außenbezirken von Bagdad durch die Vereinten Nationen zitiert.

Nils Bohr, der dänische theoretische Physiker, der während des Zweiten Weltkriegs an dem amerikanischen »Manhattan Project« gearbeitet hatte, faßte die verschiedenen Technologien, die eingesetzt werden, um eine kontrollierbare Atomreaktion zu erzielen, zusammen.

Die erste sei die »gasförmige Diffusion«, die von den Briten ausgearbeitet wurde. Sie bestand daraus, vergastes Uranium-Hexafluorid, oder Kurz »Hex«, durch eine Vielfalt von Sieben zu drücken, wo der Wichte-Unterschied zwischen dem schweren, trägen Uranium – U-238 – von dem leichteren, spaltbaren U-235, das in die auf Hiroshima abgeworfene Bombe ging, getrennt wird.

Bei der zweiten Vorrichtung wurde Plutonium verwendet, das in einem Reaktor des »Manhattan Project« gewonnen wurde, bei dem die von Enrico Fermi aus Italien vorgeschlagene Methode zum Tragen kam. Sie wurde zur Herstellung von »Fat Boy«, der auf Nagasaki abgeworfenen Bombe angwendet.

Bohr erwähnte eine dritte Methode, die nicht funktionierte: Die der »Ultrazentrifuge«, bei der auch das »Hex« verwendet wurde. Diese Methode war von dem schwedischen Wissenschaftler Theodore Svedberg entwikkelt worden, der 1925 für seine Erfindung den Nobelpreis erhielt Svedbergs Theorie funktionierte zwar auf dem Papier, aber Experimente ergaben eine Anreicherung von nur acht Prozent, statt der durch andere Verfahren erreichten 80 Prozent. Dieser Fehlschlag, so wurde festgestellt, war auf das Fehlen von ausreichend harten Werkstoffen zum Bau einer gebrauchsfähigen Ultrazentrifuge zurückzuführen. Diese Werkstoffe stehen der Industrie seit den siebziger Jahren zur Verfügung. Und Swedbergs Ultrazentrifuge ist im Westen seit einem Vierteljahrhundert in Betrieb.





Spektakuläre Atomtests gehören der Vergangenheit an. Heute kann man in der Waschküche eine Atombombe bauen.

Die fortschrittliche Technologie und Werkstoffe machen die dritte Option realisierbar, in gleicher Anreicherung oder über die 80 Prozent Anreicherung der beiden ersteren Methoden hinausgehend.

Für die Herstellung braucht man nur einen Kellerraum

Hier liegt nun das Problem. Eine Ultrazentrifuge, die in der Lage ist, spaltbares Material zu produzieren, paßt bequem in den Keller eines Einfamilienhauses hinein. Nach einer solchen Art von Ausrüstung zur Herstellung von Bomben zu suchen, käme der Suche nach einer Nadel im Heuhaufen gleich.

Keiner kann sie hindern Atombomben zu bauen

Der britische Experte Michael Evans sagt: »Diese fatalistische Bewertung des Atomwaffen-Potentials des Irak soll die gegenwärtigen Versuche, Saddam Husseins heimliches Programm zu entlarven, nicht schmälern, sondern lediglich in den richtigen Zusammenhang bringen. Ebenso wie internationale Absicherungen und Beschränkungen in der Vergabe von Technologien Nordkorea, Pakistan und andere mutmaßliche Atomstaaten nicht daran hindern werden, Atomwaffen zu entwickeln, wird dies auch dem Irak eines Tages gelingen, egal, wieviele amerikanische Bomben abgeworfen und wieviele UNO-Inspektoren hinausgesandt werden, um das Land nach geheimen Einrichtungen zu durchsuchen.«

Laut britischen Experten wußte der Westen bisher noch nicht, daß der Irak eine Ultrazentrifuge hat, sondern »es gibt wahrscheinlich mindestens eine gleiche zweite Anlage«, die noch nicht von den Inspektoren entdeckt wurde. □



Die Opfer der Zivilbevölkerung

John Mc Brien

Präsident George Bush hat wiederholt vor, während und nach seinem Krieg am Persischen Golf erklärt, der irakische Präsident sei sein Feind, nicht die Zivilbevölkerung des Landes. Und doch, obwohl Bush sagte, es sei nicht angemessen, amerikanische Streitkräfte nach Bagdad zu entsenden, um Saddam Hussein zu entmachten, hatte er anscheinend keinerlei Hemmungen, das schwerste Luftbombardement in der Geschichte – eine Orgie der Zerstörung, die Tausenden von hilflosen Zivilisten das Leben kostete und immer noch das Leben gewöhnlicher irakischer Bürger bedroht – vom Stapel zu lassen.

Es gab in den Medien des Establishments zwar einige Berichte über die massive Entwurzelung der irakischen Gesellschaft und Zerstörung der Infrastruktur des Landes, aber diese erschienen typischerweise in Artikeln auf den letzten Seiten der Zeitungen versteckt. Weit größere Aufmerksamkeit wurde den Behauptungen der Bush-Regierung, wonach der Irak weiterhin irgendwie eine Bedrohung für die Menschheit darstelle, und Warnungen, daß weitere Bomben fallen könnten, zuteil.

Grund für den Krieg

Darüber hinaus bestehe die einzige Rettung für den Irak darin, so heißt es, seine Ölindustrie ganz einfach an Bush und andere Führer des Westens anzugliedern. Öl ist Iraks einzige einkommensträchtige Industrie, und selbst ein Verrückter wie Saddam Hussein ist nicht dazu bereit, Gewinne in der Form von Kriegsreparationen nach Kuwait und an die Vereinten Nationen abzuzweigen, zumal jeder Cent benötigt wird, um das Land im Griff zu halten und für die grundlegenden Bedürfnisse der Bevölkerung zu sorgen.

Indessen weigert sich die Bush-Regierung, die im Herbst 1990 gegen den Irak erhobenen Wirtschaftssanktionen, eine Blokkade, die bereits tief in Iraks Importe von Medikamenten und Nahrungsmitteln eingeschnitten hatte, wieder aufzuheben. Vor dem Beginn des Golf-Krieges war es sogar Mitgliedern des amerikanischen Kongresses klar, daß das Embargo den Irak schließlich dazu zwingen werde, aus Kuwait abzuziehen, was dem angeblichen Ziel einer möglichen von den Vereinigten Staaten angeführten Militäraktion gegen Husseins Streitkräfte voll entsprochen hätte. In seiner Eilfertigkeit, einen Krieg vom Zaun zu brechen und um seine Popularität bei den Wählern zu erhöhen, wischte Bush diesen Einwand jedoch beiseite.



Hunger, Unterernährung, Cholera und Typhus bedrohen die irakische Bevölkerung Monate nach Ende des Krieges.

Aber der Reingewinn des Blutbads im Nahen Osten ist und wird sich weiterhin für die USA als katastrophal erweisen, wie CODE seinerzeit mehrfach berichtete. Amerika wird letztenendes der Verlierer sein, weil, wie jetzt sogar von Bush eingeräumt wird, der Hauptgrund für den Angriff gegen den Irak darin bestand, Israel zu beschützen.

Die wahren Gegner des Krieges

Vor und während seines Krieges hatte Bush dies niemals gesagt. Uns wurde erzählt, der Grund für den Krieg bestehe darin, den Emir von Kuwait wieder auf den Thron zu setzen und das Märchen aufgetischt, Saddam werde Saudi-Arabien angreifen.

Wir wurden rundheraus kritisiert – selbst von einigen unserer Leser –, weil wir den Golf-Krieg als »no-winn proposition« (verlorene Sache) bezeichnet hatten. Die Widerlegung wurde unverzüglich in Begriffe des Patriotismus gekleidet; gegen den Krieg zu sein bedeute, die von amerikanischen Soldaten und Soldatinnen gebrachten Opfer zurückzuweisen. Wir sagten jedoch richtig voraus und CODE berichtete darüber, daß amerikanische Steuerzahler und Verbraucher, die amerikanische Wirtschaft und das Ansehen des Landes auf Jahre hinaus die Verlierer sein würden. Die einzigen Gewinner, schrieb CODE seinerzeit, seien »Israel, der Emir von Kuwait, die Oligarchen am Persischen Golf, die Trilaterale Kommission und andere Nutznießer der Neuen Weltordnung.«

Saddam Hussein herrscht immer noch über den Irak, ein Land das buchstäblich von einer Grenze zur anderen Grenze verwüstet worden ist. Die Bomben forderten schätzungsweise allein in Bagdad 220000 Menschenleben und weitere 75000 anderswo im Lande. Mehr als 70 Prozent der Bomben verfehlten ihre Ziele.

Fast ein Jahr nach Ende des Krieges ist immer noch nicht gewiß, wieviele irakische Soldaten – von denen einige in Gräben lebendig begraben wurden, ein klarer Verstoß gegen die Kriegsgesetze – von amerikanischen und alliierten Streitkräften getötet wurden. Seinerseits konnte das amerikanische Verteidigungsministerium nur schätzen, daß 100000 irakische Soldaten getötet und weitere 300000 verwundet wurden.

Viele Kinder müssen sterben

Unterdessen haben Ärztemannschaften, die versuchen, die Situation des öffentlichen Gesundheitswesens im Irak zu bewerten, warnend darauf hingewiesen, daß die Sterblichkeitsziffer von Kindern unter fünf Jahren möglicherweise auf das Dreifache der Zahlen vor dem Golf-Krieg ansteigen werde. Es wird vorausgesagt, daß Cholera, Typhus und Unterernährung den Tod von Hunderttausenden von Kindern über die Zahl hinaus, die unter normalen Umständen sterben würden, herbeiführen werde.

Das Internationale Komitee des Roten Kreuzes hat davor gewarnt, daß dem Irak ohne sofortige Hilfsaktionen eine »langfristige Katastrophe« bevorstehe. Eine amerikanische Mannschaft aus Harvard, die das Land berei-

Irak

Die Opfer der Zivilbevölkerung

ste, sagte, Hungersnot »ist eine sehr reale Möglichkeit«.

Bush beharrte auf seiner These, daß unschuldige irakische Zivilisten nicht zu leiden brauchten, aber genau das ist eingetreten. Große Aufmerksamkeit wurde auf das Elend der kurdischen Minderheit und deren andauernde Revolte gegen die Regierung des Irak gelenkt. Was aber nur selten erwähnt wird, ist die Tatsache, daß alliierte Regierungen die Kurden aufgestachelt haben, in der Hoffnung, die Aufmerksamkeit der irakischen Truppen abzulenken. Sobald die wütenden Kämpfe ausgebrochen waren, wurden die Kurden grausam ihrem Schicksal überlassen, fast so wie es zur Zeit der Nixon-Regierung geschah, als ein Kurdenaufstand von Henry Kissinger solange ermutigt wurde, bis der Irak die von den USA gewünschten Konzessionen an den Iran machte.

Während der weithin publizierten Belehrungen der gespannt lauschenden Journalisten in Saudi-Arabien und im amerikanischen Verteidigungsministerium ergötzten sich amerikanische und alliierte Kommandeure daran, zu zeigen, wie ihre »klugen« Waffen zum Beispiel genau auf einen Türeingang in einem Bunkerkomplex gezielt werden konnten. Nicht so offensichtlich für die Reporter waren jedoch die gewaltigen Schäden als Folge der weitaus schwereren Beharkung mit »dümmeren« Waffen, denjenigen, die auf spezifische Gebiete irakischer Immobilien abgeworfen oder abgeschossen wurden. In allen modernen Kriegen werden Zivilisten getötet und verwundet. Aber die Alliierten scheinen die Zahlen über die sogenannten nebensächlichen Schäden verheimlicht zu haben.

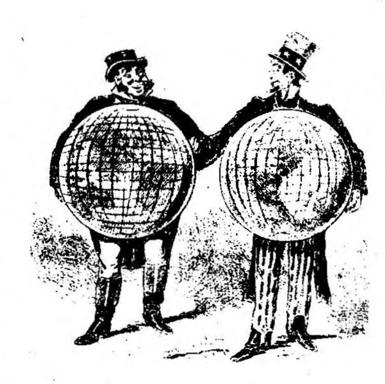
Krankenhäuser vorsätzlich ausgebrannt

Der Euphemismus über »nebensächliche Schäden« des Krieges bedeutete unbeabsichteten Tod und Verletzung von Zivilpersonen und Zerstörung der irakischen Infrastruktur. In Wirklichkeit ist jetzt klar, daß Iraks Kraftwerke, Ölraffinerien und Transportnetzwerke willkürlich vernichtet wurden. Auch Krankenhäuser, Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen und die Landwirtschaft wurden bewußt zerstört.

Bush entschied sich dafür, sein Glück beim amerikanischen Volk nicht zu strapazieren und befahl den amerikanischen Truppen nicht, bis Bagdad vorzustoßen und Saddam Hussein leibhaftig aus der Macht zu entfernen. Seit Ende des Golf-Krieges versucht er, Sanktionen als Mittel zu verwenden, um ihn zu vertreiben, anscheinend in dem Glauben, eine Palastrevolte werde zu einer neuen Regierung führen. Die Wünsche des irakischen Volkes sind jedoch völlig belanglos, da amerikanische und israelische Regierungsbeamte nicht die Absicht haben, einen Moslem des harten Kurses in einer nationalen Revolte zur Macht kommen zu lassen.

Obwohl hierzulande weiterhin Berichte über steigende Todesziffern besonders unter Kindern durchsickern, hält Bush an seinem Statement fest: »Ihr, das irakische Volk, seid nicht unser Feind. Wir streben nicht nach eurer Vernichtung.«

Dies wird zweifellos Millionen von irakischen Familien, die in Abwasserkanälen hausen, deren Kleinkinder durch Seuchen und Hungersnot sterben, die den Tod ihrer Lieben betrauern und dem Verlust derjenigen entgegensehen, die noch in den kommenden Wintermonaten als direkte Folge von Bushs sadistischem, unnötigem Krieg sterben werden, keineswegs beruhigen. □



Israel

Ein Ausweg aus der Krise

Victor Marchetti

Jetzt, wo die Länder der Welt im Kielwasser des Zusammenbruchs des Sowjetreiches und des Endes des Kalten Krieges auf die gewaltigen Veränderungen in den grundlegenden Dingen politischer Verhältnisse reagieren, liegt der neue Schwerpunkt auf wirtschaftlichem, im Gegensatz zum militärischen Wettbewerb. Die politische Führung wird sich langsam darüber klar, wie Japan es schon getan hat, daß die staatliche Sicherheit im 21. Jahrhundert von der Fähigkeit eines Landes abhängt, auf dem Weltmarkt konkurrieren zu können.

Der schärfste Wettbewerb zwischen den Ländern – wenn erst einmal die politische Landschaft in Osteuropa umgestaltet und neue Länder aufgenommen worden sind – wird zum wirtschaftlichen Vorteil gereichen. Diese Umwandlung im grundlegenden Verhältnis zwischen den Ländern muß im Nahen Osten, wo riesige stehende Heere, vor Massenvernichtungswaffen strotzend, sich über umstrittene Grenzen hinweg einander anstarren, erst noch an Land gespült werden. Dort geht das Wettrüsten rasch weiter, obwohl sich die Supermächte anschicken, ihre gewaltigen Atom-Arsenale auszuräumen und aus aufgeblähten Verteidigungshaushalten die Luft herauszulassen. Aber es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis die Länder des Nahen Ostens diesem Kurs folgen, entweder aus eigenem Antrieb heraus oder als Reaktion auf Druck durch die Völkergemeinschaft, die eine fortdauernde Bedrohung des Weltfriedens nicht hinnehmen kann, vor allem nicht in einer Region, die derart lebenswichtig für die Energieversorgung der Welt ist.

Gemeinsamer Markt für den Nahen Osten

Israels Führer der Arbeiter-Partei, Shimon Peres, verlieh kürzlich seiner Vision der Veränderungen Ausdruck, deren Israel sich unterziehen müsse, um sein politisches und wirtschaftliches System umzuwandeln, damit es in der neuen Welt wettbewerbsfähig bleiben kann. In einem kürzlichen Artikel für die »Jerusalem Post« schrieb er: »Das Schicksal der Verteidigung in unseren Tagen hängt stark vom Zustand unserer Wirtschaft ab. Die Märkte von heute erzeugen Politik und verteidigen sie; die Macht eines Marktes ist greifbarer als die eines Staates.«

Angesichts einer Reihe von Problemen, darunter eine schnell wachsende Bevölkerung, einer stagnierenden und mehr und mehr verkümmernden Wirtschaft, politischer Unstabilität und Bedrohung der inneren Sicherheit durch die große palästinensische Bevölkerung, und die mögliche Umleitung amerikanischer Hilfsleistungen nach Osteuropa, verlangt die Peres-Lösung nach nichts weniger als die Schaffung eines »neuen Nahen Osten«.

»Nur ein Naher Osten dessen Grenzen offen sind und innerhalb derer regionale Entwicklungsprogramme voranschreiten, in dem ein gemeinsamer Markt ensteht, kann die Frage der Grenzen und Territorien in etwas weniger Entscheidendes verwandeln, als dies heute der Fall zu sein scheint«, schreibt Peres.

Mit dieser Erklärung räumt er ein, daß Israels derzeitige Problemlösung der Bedrohung der äußeren und inneren Sicherheit – Militärmacht und bewaffnete Einschüchterung – die Probleme des Nahen Ostens niemals lösen wird. Die wirtschaftliche Lösung ist die einzige tragbare Option. »Es wäre vom Standpunkt der

Verteidigung aus gesehen absurd, und verteidigungsmäßig innerhalb des Umkreises unserer Grenzen zu beschränken: dies könnte eine territoriale Antwort, aber keine strategische sein. Die Strategie unserer Zeit beweist, daß eine militärische Konfrontation heute manchmal eher der Zusammenstoß der Technologien als der zwischen Armeen ist«, schreibt Peres.

»Das Gleiche gilt für den Frieden: Wenn als Ergebnis einer Friedensvereinbarung, was immer dabei herauskommen mag, eine Feuereinstellung oder Abrüstung oder gar das Ende des Krieges ist, wäre es ein historischer Fehler, da alle diese Fragen ein relatives und sich ständig veränderndes Gewicht haben; was ein dauerhaftes Gewicht hat, ist eher die Struktur als das Mittel.«

Alternative zur messianischen Vision

Mit anderen Worten, Israel würde einen Fehler begehen, seine Zukunft der militärischen Lösung anzuvertrauen, da es sehr bald feststellen würde, daß die Umwandlung des Globus diese weit hinter sich gelassen haben wird. Owohl seine militärische Macht Israel in die Lage versetzen würde, Tod und Verderben über seine Nachbarn zu bringen, würde dieses Werkzeug der Diplomatie in der neuen Welt veralten. Und Israel wäre vom wirtschaftlichen Hauptstrom abgeschnitten.

Zum Beispiel, die neu enstehende Europäische Gemeinschaft (EG), die der größte Einzelmarkt auf der Erdoberfläche und ein mächtiger Konkurrent in der wirtschaftlichen Arena sein wird – einmal mit ihrem Einfluß, denjenigen Bedingungen aufzuerlegen, die mit ihr Geschäfte machen wollen, Bedingungen, die weit über einfache Festsetzungen von Preisen und einem Warenangebot hinausgehen –, ist ein neuer Mitspieler auf der politischen Bühne.
Peres schreibt: »Die Europäer sagen uns in einer fast ruppigen Sprache: Entweder löst ihr das Palästinenser-Problem, oder ihr könnt uns von hinten betrachten.«

Peres bringt die grundlegenden Voraussetzungen seines Planes, die wahrscheinlich von seiner Partei als ideologische Alternative zu Israels messianischer Vision des Eretz Yisrael übernommen werden, mit kühnen Worten zum Ausdruck, indem er sagt: »Nichts könnte Israels Sicherheit, die Aufnahme von Einwanderern, die Gleichheit der arabischen Bürger des Landes, die Verhinderung der Auswanderung und die Verringerung der Arbeitslosigkeit besser gewährleisten als eine Nahost-Gemeinschaft, in der jedes Volk seine Identität, jede Religion ihr Gebetbuch, jeder Staat seine eigenen Regierungsinstitutionen beibehalten würde. Der Unterschied würde in den Grenzen und den Herrschern bestehen: Sie werden beim Aufbau der Volkswirtschaften und Gesellschaften aller Länder der Region nicht im Wege stehen.«
Die Nahost-Gemeinschaft die Peres vorschlägt soll auf einem regionalen gemeinsamen Markt beruhen.

Förderung des Konsums statt Atomwaffen

Er nennt wiederholt das europäische Modell als Beispiel für das, was erreicht werden kann. Aber er weist die gegenwärtige israelische Strategie, die darin besteht, den Schwerpunkt auf Aufnahme in die EG selbst zu legen, zurück und plädiert somit für die Herstellung wirtschaftlicher Beziehungen Israels zu seinen Nachbarn.

Peres weist darauf hin, daß die EG »zwei Europas« repräsentiert – das wohlhabende im Westen und das schwankende im Osten. Dieses »zweite« Europa, der Osten, stehe am Rande des wirtschaftlichen Zusammenbruchs, seine Arbeiter seien bereit, für Hungerlöhne zu arbeiten, als Gegenleistung für die magere Sicherheit des täglichen Brotes und Brennstoffes, um die kalten Winternächte zu überstehen.

Peres führt weiterhin aus, daß die Vereinigten Staaten irgendwann in der Zukunft nicht umhin kommen werden, ihr Auslandshilfe- und Investitionskapital nach Osteuropa umdirigieren zu müssen, »da gesellschaftliche Auflösung, die wachsenden Knappheiten und ein großes Arsenal von Atomwaffen keine einfache Kombination sind«.

Als Vorbereitung auf das Unvermeidliche sollte Israel sein Schicksal in die eigene Hand nehmen und damit beginnen, das Fundament zu seinem Anteil am nahöstlichen Wohlstand zu legen. »Dies ist ein logischer Verlauf, weil das Vorhandensein eines regionalen gemeinsamen Marktes den Frieden besser gewährleisten wird, als die Verringerung der Anzahl von Raketen. Er ist logisch, weil wir, wie die Europäer, uns innerer, billiger Transportwege erfreuen könnten. Dies ist logischer als alle anderen Aussichten, nicht nur andere Gefahren, da diese Aussichten mehr von regionalen als von Weltsituationen abhängig wären.«

Peres sagt, es sei unvernünftig, von Israel zu erwarten, als gleichberechtigter Partner entweder am europäischen gemeinsamen Markt teilnehmen zu dürfen, oder sowohl aus praktischen oder politischen Erwägungen heraus dazu in der Lage zu sein. Die Lösung – zumindest in deren ersten Phase – bestehe darin, unmittelbar zu Hause einen neuen Markt zu errichten auf dem Israels Waren verkauft werden, so daß es eine eigene Industriekapazität entwickeln kann.

Es geht um Israels Überleben

Es steht nichts weniger auf dem Spiel als Israels Überleben. Perez versichert: »Wir stehen vor einer harten Wahl: entweder Kraft der Anzahl von Palästinensern, über die wir herrschen, ein großes Israel zu sein, oder entsprechend dem Umfang des Marktes, der uns zur Verfügung steht, ein großes Israel zu werden.«

Er warnt davor, daß, wenn Israel keine Exportmärkte entwickelt, seine Jugend niemals Arbeitsplätze finden und auf der Suche nach Arbeit auswandern wird. Was noch schlimmer sei, es wäre die beste Jugend des Landes – die fähigste, gebildetste und ehrgeizigste –, die das Land verlassen würde.

Um ausländische Investitionen anzulocken, die Israel so verzweifelt benötigt, muß es die interne politische Lage stabilisieren und die Bedrohung von außerhalb seiner Grenzen verringern. Es gibt viele Ausreden für den Mangel an Auslandskapital, das für Israel bestimmt ist, die gebräuchlichste davon lautet, daß Israels überbürokratisierte, zentralgeplante Wirtschaft Geldanleger abschrecke. Dies ist aber nur ein Teil des Problems, sagt Perez. Es herrscht auch der »nie endende Kampf zwischen den Ministern, aus denen sich die Koalitionsregierung zusammensetzt«. Aber das größte Hindernis sei die grundlegende Fehleinschätzung der Marktkräfte. »Geld ist ein sehr verwöhnter und wählerischer Gegenstand. Es wird von solchen Stellen angezogen, wo politisch und wirtschaftlich Ruhe und Frieden herrscht.«

Die Konstellation der Vorteile

Peres nennt spezifische Beispiele für die Möglichkeiten, bei denen eine regionale Kooperation allen Parteien zugute kommen könnte. Wasser und Tourismus sind die beiden vielversprechendsten und grundlegendsten, schreibt er.

»Der gemeinsame Markt im Nahen Osten muß sich bald mit diesen beiden Themen befassen, so wie Europa in den frühen Stadien der Verhandlungen über die Bildung der Europäischen Gemeinschaft mit Kohle und Stahl begann. Gleichzeitig ist die Konstellation der Vorteile – wie saudisches Öl, türkisches Wasser, der ägyptische Markt – mehr regional als national.«

Die Durchführbarkeit von Peres' Plan ist äußerst zweifelhaft, angesichts vor allem der mächtigen politischen Kräfte, die in Israel an der Arbeit sind, aber als nationales Ziel ist er eine weit überlegenere Alternative als Likuds Traum von der Eroberung – Eretz Yisrael – und führt schneller zum Frieden.

Vielleicht als Beschwichtigung für die Attraktivität des messianischen Reizes der heiligen Mission des Likud, kleidet Peres seinen Vorschlag in gleichermaßen mystische Worte; »Frieden ist nicht nur ein Ziel«, so beschließt er seinen Artikel, »sondern ein Mittel zu einem höheren Zweck: Ein goldenes Zeitalter für die Bevölkerung des Nahen Ostens zu ermöglichen, ein Zeitalter, wie es die Geschichte niemals gekannt hat, eine goldene Epoche, die zu einem Gebiet paßt, das die ganze Welt umfaßt.« □

Zionismus

Zahl der Juden

Victor Marchetti

Nur 26 Prozent der amerikanischen Juden behaupten, sie seien Zionisten. In einem Beitrag in der neuesten Ausgabe von »Commentary«, das Journal des American Jewish Committee, »das von bemerkenswerten Gedanken und Meinungen getragen wird«, fragt Edward Norden: »Wieviele Juden gibt es heute auf dem Planeten, und wieviele werden es in der nächsten Generation sein? Wo sind sie, und wo werden sie, ihre Kinder und Kindeskinder möglicherweise im Jahre 2021 sein? Was macht das für einen Unterschied?«

Um diese Fragen zu beantworten, schreibt Norden: »Der erste Schritt ist, eine Gegenfrage zu stellen, nämlich: Wer ist Jude?« Seine Antwort: »Ein Jude zu sein, einst eine Bedingung, oder Schicksal, oder Berufung, ist zu einer Auswahlmöglichkeit geworden, und dies nirgendwo spektakulärer als in den USA.«

Der Krieg der Gebärmutter

Norden, der sich auf Daten stützt, die weitgehend von israelischen Demographen zusammengestellt wurden, kommt zu einigen faszinierenden Schlußfolgerungen, deren keineswegs geringste folgende ist: »Die Diaspora und Zion werden einander weiterhin bedürfen, so wie Yin Yang nötig hat, und um beide muß man sich irgendwie kümmern. Das Ironische an der Sache ist, daß die ehemalige – vorwiegend amerikanische Judenheit – größere Gefahr läuft, durch Freundlichkeit getötet zu werden, als letzterer (Israel) durch bis an die Zähne bewaffneten Haß.«
Das Problem in Israel, schreibt Norden, ist nicht wieviele Juden in 30 Jahren dort sein werden, sondern wieviele Palästinenser dort sein werden. Trotz Israels Gesetzgebung und Kultur, die darauf abzielen, sicher zu gehen, daß alle im zionistischen Staat lebenden Juden in der einen oder anderen Form Juden bleiben werden, werden die eingeborenen Palästinenser, sowohl in Israel selbst als auch in den besetzten Gebieten, den Juden zahlenmäßig überlegen sein.

Die niedrige Geburtenziffer der israelischen Juden wird im Krieg der Gebärmutter gegen die Palästinenser ein großes Hindernis sein.

Selbst der derzeitige Strom sowjetischer Juden nach Israel hinein kann diesen Trend auf lange Sicht nicht ausgleichen. Die niedrige Geburtenziffer der israelischen Juden, zusammen mit dem stetigen Strom von Auswanderern nach den USA und nach dem Westen, wird im Krieg der Gebärmutter gegen die Palästinenser weiterhin ein überwältigendes Hindernis sein.

Indessen gewinnt in der Diaspora, speziell in Amerika, der Trend zur Assimilation durch Mischehen und Herausfallen aus dem Judentum an Schwungkraft, räumt Norden bedauernd ein. Darüber hinaus, schreibt er, wird dieser Trend mehr und mehr unter amerikanischen Juden akzeptiert. Er zitiert einen pessimistischen Demographen, der voraussagt: »Wenn die derzeitigen Trends nicht gestoppt oder ins Gegenteil verkehrt werden, dann steht die amerikanische Judenheit in der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts, durch eigene Hand, vor ihrer Auslöschung als bedeutsamer Rechtsträger.«

Aber während sich die amerikanische Judenheit langsam mit der amerikanischen Gesellschaft vermengt, lehrt der klassische Zionismus, daß »es letztendlich eine antisemitische Reaktion geben muß«, stellt Norden fest. »Diese Gegenreaktion, ausgelöst durch harte Zeiten und/oder einen verlorenen Krieg, wird den Schmelzprozeß zum Erliegen bringen« – und möglicherweise manchen assimilierten und halb-assimilierten Juden nach Israel treiben.

Was sich viel wahrscheinlicher ereignen werde, sei folgendes: »Bis spätestens 2021 wird die Diaspora wahrscheinlich in aller Stille um eine Million oder mehr Körper und Seelen zusammengeschmolzen sein. Um diesen verkleinerten Kern herum ... werden viele Millionen Amerikaner mit einem jüdischen Eltern- oder Großelternteil ihr eigenes Leben führen.« Aber er hofft: »Wie es in der Sowjetunion über Jahrzehnte hinweg, in denen es viele Mischehen gegeben hat, geschehen ist, so bildet sich jetzt in einem noch größeren Ausmaß in den USA ein Reservoir von potentiellen Juden, just in dem Augenblick, wo so viele wirkliche Juden wahlweise aus dem Judentum ausscheiden.«

Und er kommt zu der kühnen Schlußfolgerung: »Die Zeit kann natürlich einen Ozean von Ex-Juden in Nacht und Nebel auflösen, wie es mit den conversos in Spanien geschah. Aber ... muß ein kleineres jüdisches Volk ... unbedingt ein schwächeres und neurotischeres oder weniger fähigeres oder konsequentes Volk sein, jetzt, wo seine nächsten 4000 Jahre beginnen?«

Die wahre Situation der Juden

Der Soziologe Steven Cohen vom New Yorker Queen's College heizt in einer für das Institute on American Jewish-Israeli Relations des American Jewish Committee durchgeführten Untersuchung die düstere Voraussage weiter an. Laut Cohens Überblick über amerikanische Juden:

»Sagten sage und schreibe 63 Prozent von ihnen sind niemals in Israel gewesen. Und 26 Prozent nur bestätigen, daß sie sich als Zionisten betrachten, sieben Prozent bezeichneten sich als Orthodoxe, 38 Prozent als Konservative, 31 Prozent als Reformierte, ein Prozent als Rekonstruktionisten und 23 Prozent als ganz einfach Juden.«

60 Prozent identifizierten sich als Demokraten, 16 Prozent als Republikaner, 21 Prozent als Unabhängige, und vier Prozent waren sich nicht sicher.

49 Prozent stimmten zu, daß die Einwanderung sowjetischer und äthiopischer Juden nach Israel ihnen das Gefühl einer besonderen Verantwortung verleihe, an karikative Verbände zu spenden, die Juden bei der Ansiedlung in Israel helfen; 30 Prozent waren anderer Meinung und 21 Prozent waren sich nicht sicher.

45 Prozent sagten, sie wüßten nichts über den Spionagefall Jonathan Pollard. Nur 16 Prozent sagten Pollards Urteil sei zu hart, und nur 12 Prozent sagten, daß amerikanische jüdische Gruppen einen Feldzug unternehmen sollten, um ein abgemildertes Urteil für Pollard zu erreichen. □

Zionismus

Eine neue Identität für Israel

Victor Marchetti

Als Reaktion auf die dramatischen Veränderungen, die über den Globus hinwegfegen – das Ende der Konfrontation zwischen den Supermächten und die steigende Bedeutung der Wirtschaftsmacht als definierendes Element der nationalen Sicherheit – schätzen amerikanische Juden die Rolle Israels im jüdischen Leben neu ein. Insbesondere bewerten sie die Richtigkeit ihrer Schuld, nicht nach aliyah, der Heimstätte der Juden, gegangen zu sein, und die sich daraus ergebende Heftigkeit ihrer Hingabe zu Israel neu.

Über die letzten Monate hinweg hat sich der Trend entwickelt, daß immer mehr amerikanische Juden die Rolle des Judentums in der Diaspora bei der Unterstützung Israels neu definieren. Der Trend setzte ein, als 1987 die ersten Anzeichen eines Tauwetters zwischen Moskau und Washington erkennbar wurden. Die Erwärmung kam als unwillkommener Schock für Israel und seine Anhänger, die ihre Rolle als amerikanisches Bollwerk gegen sowjetische Expansion im Nahen Osten genossen und davon profitiert hatten. Wie wir des öfteren in der Vergangenheit feststellten, war Israels Wert als Stellvertreter der Vereinigten Staaten und militärischer Verbündeter in den Vorstellungen und in der Öffentlichkeitsarbeit der Israel-Lobby viel größer als in Wirklichkeit.

Der »Stellvertreter« der USA

Aber dieses sogenannte strategische Verhältnis mußte zu Scheinbegründungen für das starke finanzielle und politische Engagement der USA in Bezug auf Israels Militärmacht und wirtschaftliche Sicherheit herhalten. Als dieser gesamte Punkt in der Argumentation zusammen mit dem der sowjetischen Bedrohung wegfiel, sahen sich die Israelis und ihre Anhänger gezwungen, auf das sogenannte moralische Argument zurückzugreifen, das heißt, daß die USA es Israel einfach schuldig seien, seine fortdauernde Existenz zu finanzieren, weil Israel die »einzige Demokratie« im Nahen Osten sei, und um das Leiden der Juden im Zweiten Weltkrieg wiedergutzumachen.

Zum ersten Mal seit acht Jahren war eine amerikanische Regierung an der Macht, die Israel nicht jene fast religiöse Hingabe zuteil werden ließ, wie es die Reagan-Regierung getan hatte. Da ihr das strategische Argument zur Untermauerung des Anspruchs des Judenstaates auf das amerikanische Finanzministerium aus den Händen geglitten ist, und da ihr sehr wohl bewußt ist, daß das »moralische« Argument auf eine unfreundliche Bush-Regierung nur sehr wenig Eindruck macht, griff die Israel-Lobby in größerem Maße als je zuvor auf Machtpolitik, Armverrenkungen, Drohungen und hysterische Angriffe auf ihre Gegner, eingebildete oder wirkliche, zurück.

Die Suche nach einem Leitprinzip

Sogar die israelfreundliche »New York Times« räumte kürzlich die Realität dieser Veränderung ein, als ihr Korrespondent Thomas Friedman, ein Kenner des Nahen Osten und Verfasser eines Bestsellers über Israel, die »Ängste« der Israelis beschrieb, die instinktiv spüren, daß »jetzt die Vereinigten Staaten die einzige Supermacht der Welt sind, die sich von ihrer Rolle als Israels Schutzpatron in Weltangelegenheiten auf eine solche des mehr oder weniger neutralen Schiedsrichters zubewegen, der leidenschaftslos zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn vermittelt, und dies in der Zukunft verstärkt tun wird«.

Es ist diese immer verzweifelter werdende Suche nach einem Leitprinzip zur Festlegung der Rolle Israels in der neuen Welt, die unter amerikanischen Juden zu einer Neubewertung des Platzes, den Israel in ihrem persönlichen und Gemeindeleben und in der Definition ihres eigenen jüdischen Bewußtseins einnehmen sollte, geführt hat.

Gideon Shimoni, Professor für Israel-Diaspora-Beziehungen am Institut für Zeitgenössisches Judentum an der Hebräischen Universität, liefert in einem kürzlich in der Zeitschrift »Moment« veröffentlichten Artikel eine prägnante Untersuchung, der sich verändernden Identifizierung der in der Diaspora lebenden Juden mit Israel. Shimoni erkennt an, daß Israel seit seiner Existenz eine zentrale Position im jüdischen Leben eingenommen hat, eine radikale Abkehr von der Zeit vor dem Zionismus, in der das Judentum zwischen denjenigen, die für die Errichtung eines jüdischen Heimatlandes eintraten und denjenigen, die »glaubten, dies würde mehr Probleme schaffen als lösen, oder daß die Hoffnung darauf quixotisch sei«, gespalten war.

Der Zionismus wurde in den sechziger Jahren neu definiert, als er zu einem Glaubensartikel wurde, daß alle guten Juden auch Zionisten sein müssen. Die zionistische Weltorganisation hob sogar die Bedeutung des Zionismus in einer Welt hervor, in der das jüdische Heimatland eine feststehende Tatsache und kein Traum mehr war. Die Erklärung wurde als das Jerusalemer Programm bekannt. Sie bestand aus fünf Grundsätzen:

Die Einheit des jüdischen Volkes und der Mittelpunkt Israels im jüdischen Leben.

Das Hereinholen des jüdischen Volkes in sein historisches Heimatland, Eretz Yisrael, aus allen Ländern.

Die Stärkung des Staates Israel auf der Grundlage der Prophezeiung.

Das Jersualemer Programm

Die Bewahrung der Identität des jüdischen Volkes durch Pflege der jüdischen und hebräischen Bildung.

Der Schutz jüdischer Rechte überall.

Diese Grundsätze stellen nun die Gegebenheiten des jüdischen Lebens dar, aber für Shimoni besteht ein Unterschied darin, wie der erste Grundsatz von Mitgliedern der amerikanisch-jüdischen Gemeinde ausgelegt wird: »Die Zentralität Israels kann auf eine und auf eine völlig andere Weise verstanden werden«, schreibt er. »Die eine nenne ich ›innewohnende Zentralität‹, die andere eine ›detaillierte, ins Einzelne gehende Zentralität‹.«

Diejenigen, die einem Glauben an die innewohnende angeborene Zentralität Israels nachgehen, bekennen, daß die Kultur und Gesellschaft der Juden in Israel das »entscheidend Bestimmende der kollektiven Zukunft der Juden« ist, schreibt Shimoni. »Nach dieser Ansicht kann die Diaspora niemals eine lebensfähige Alternative zur autonomen jüdischen Gesellschaft und Kultur Israels sein. Daher muß, im Grundsatz, dem Überleben und der Kreativität Israels Vorrang eingeräumt werden, wenn man sich auf die Ressourcen des jüdischen Lebens beruft und sie in Anspruch nimmt.«

Andererseits, diejenigen, die die »detaillierte Zentralität« Israels im jüdischen Leben akzeptieren, erachten »eine doppelte kulturelle Identität mindestens als gleichwertig mit einer vollständigen kulturellen Identität innerhalb eines ganz und gar jüdischen Ambiente«.

Zionistischer als die Israelis

Bei der Beschreibung dieser beiden Positionen setzt Shimoni absichtlich den herausragendsten Glauben der Mehrheit der israelischen Bürger herab, daß in der Diaspora kein lohnender Aus-

Zionismus

Eine neue Identität für Israel

druck der jüdischen Identität gegeben ist, und daß man kein echter Jude sein kann, wenn man nicht in Israel lebt und die angeblichen Härten und Gefahren des jüdischen nationalen Lebens und der Kultur miteinander teilt.

Es ist diese Abspaltung die die meisten amerikanischen Juden in die Defensive drängt, und sie neigen dazu, dies dadurch wieder wettmachen zu wollen, daß sie zionistischer als die Israelis selbst sind. Jüdische Anhänger Israels führen im amerikanischen Kongreß oft Kampagnen im Namen Israels, die die Israelis selbst am liebsten vermeiden, oder zumindest herunterspielen möchten. Diese übertriebene Schuld hat zu solch einem Verrat wie den des Jonathan Jay Pollard und vieler anderer geführt, die nie dabei gefaßt wurden. Dies tut sich auch in Pollards Anhängern kund, die glauben, seine Handlungen verteidigen zu müssen und lauthals seine Freilassung fordern.

Einige amerikanische Juden behaupten sich jedoch allmählich angesichts des herablassenden Gebarens der Israelis und sagen: »Seht, wir haben uns um alle eure Bedürfnisse gekümmert, wir haben sichergestellt, daß das Geld weiterhin fließt, wir haben für eure Verteidigung gesorgt, wir haben großzügig aus eigener Tasche an euch gespendet; jetzt ist die Zeit für uns gekommen, unser eigenes Leben zu führen, und, obwohl wir eure Interessen nicht vernachlässigen, so werden wir jedoch den Status zweitklassiger Juden nicht länger hinnehmen.«

Zusammen mit den Christen gegen Ungläubige

Der Rechtsanwalt Alan Dershowitz behauptet in seinem Buch »Chutzpah« (»Chutzpe«) stolz, er habe seine Pflicht Israel gegenüber als Jude in Amerika wirksamer erfüllt, als wenn er nach dorthin ausgewandert wäre. Und er fordert angriffslustig jeden israelischen Juden heraus, etwas anderes zu sagen. Er sagt, daß amerikanische Juden, um Israel wirksamer unterstützen zu können, ihre Präsenz in Amerika auf immer tiefgreifenderen Ebenen fühlbar machen müssen; sie müssen sich kulturell, politisch und wirtschaftlich behaupten. Der Reinerfolg dessen, daß sie sich in diesem Lande wichtig machen, wird Israel zugute kommen, da die jüdisch-amerikanische Gemeinde zu einem gefährlicheren Gegner derjenigen wird, die Israel am liebsten abschreiben möchten.

In einem anderen Beispiel erklärte Irving Kristol, daß amerikanische Juden den Tatsachen ins Auge schauen und zugeben müssen, daß sie niemals nach Israel gehen werden, und daß es Zeit ist, mit den Christen gegen die »Ungläubigen«, das heißt gegen jeden außerhalb der »jüdisch-christlichen« Tradition, der möglicherweise gegen Israel ist, gemeinsame Sache zu machen.
Was bei dieser Wandlung und neuen Rechthaberei seitens amerikanischer Juden herauskommt, ist, daß es über die Zeit hinweg höchst wahrscheinlich zu einer besonneneren, leidenschaftsloseren Ansicht über Israel führen wird, da, ungeachtet dessen, wie eng amerikanische Juden sich mit Israel identifizieren, ihre Interessen unvermeidlicherweise hier und dort voneinander abweichen werden, und, was noch wichtiger ist, amerikanische Juden werden langsam einsehen, daß das Beste für Israel nicht immer der Kurs ist, den seine politischen Führer eingeschlagen haben.

Jetzt, wo die Israel-Recht-oder-Unrecht-Ethik dahinschwindet, wird dies in der Denkart amerikanischer Juden eine gewisse Ausgewogenheit herbeiführen. Natürlich werden jüdische Geldeintreiber und alle anderen, die ihren Lebensunterhalt der großzügigen und gedankenlosen Unterstützung Israels durch Juden verdanken, diesen Trend bekämpfen, weil Geldspenden, selbst wenn sie nicht austrocknen, mehr als wahrscheinlich durch alternative Quellen geschleust werden, weil mehr Bedingungen an die Art und Weise geknüpft werden, in der Israel sie ausgeben kann, denn amerikanische Spender verlangen jetzt ein größeres Mitspracherecht darüber, wie ihr Geld verwendet wird. □

Revisionismus

Noch einmal das Massaker von Katyn

John Tiffany

Anfang der vierziger Jahre, nach dem fast gleichzeitigen Angriff auf Polen durch die Deutschen und Sowjets, verschwanden bis auf wenige Hundert alle 15000 polnischen Offiziere, die crème de la créme der polnischen Intelligenz, die von den Sowjets gefangengenommen worden waren.

Als zwei Jahre später, nachdem die Sowjets und die Deutschen damit begonnen hatten, gegeneinander Krieg zu führen und der Raum Smolensk – der unter sowjetischer Besetzung stand – von den deutschen Truppen überrannt wurde, fand man die Leichen von 4300 dieser Offiziere im Wald von Katyn, westlich von Gnezdowo, das wiederum westlich von Smolensk liegt.

Suchen Sie Katyn auf ihrem Atlas, wenn sie wollen, aber die meisten Karten dieses Gebiets sind sehr ungenau – auf vielen Atlanten findet man zum Beispiel Smolensk, aber nicht Gnezdowo oder Katyn –. Der genaue Tatort im Wald war eine Stelle, die Ziegenhügel (Kosy Gory oder Kosigorij) genannt wurde, wo die sowjetische Geheimpolizei, damals als NKWD bezeichnet, eine Datscha hatte. Die Leichen waren in acht Massengräbern verscharrt worden.

Von den 4143 Leichen, die zunächst von den Deutschen exhumiert wurden, konnten 2914 namentlich erkannt werden. Alle anderen wurden nach ihrem Dienstrang identifiziert. Unter den Leichen befanden sich drei Generale – Bronislaw Bohatyrewicz oder Bonaterewicz, H. Minkiewicz, Mieczyslaw Smorawinskij – und ein Konteradmiral mit Namen K. Tschernitzkij.

Da waren auch annähernd 100 Oberste und Oberstleutnants, 300 Majore, 1000 Hauptleute, 2500 Leutnants und mehr als 500 Kadettenoffiziere.

Ohne Ausnahme wurden alle Opfer, deren Leichen in den Gräbern von Katyn gefunden, durch Genickschuß getötet. Etwa fünf Prozent der Opfer hatten ihre Hände auf dem Rücken gefesselt. Der auf gleiche Länge geschnittene Strick war, wie eine internationale Ärztekommission, die den Tatort dieses Kriegsverbrechens des Jahrhunderts 1943 untersuchte, sowjetischer Herstellung.

Außerdem waren die Kinnladen einiger Soldaten eingeschlagen worden oder die Soldaten erlitten im Rücken beziehungsweise im Unterleib Stichwunden durch Seitengewehre.

Eine Anzahl »anderer Katyns« sind inzwischen aufgetaucht, aber das ursprüngliche Katyn ist und bleibt der berüchtigtste und symbolhafteste dieser Massenmord-Tatorte des NKWD.

Wer hat es getan?

Als die Leichen zuerst ausgegraben wurden, war der Fall des Waldes von Katyn hinsichtlich der Täter das größte Fragezeichen in der Geschichte. Die Reaktion der Sowjets auf die Offenlegung des NKWD-Massenmords bestand darin, zu behaupten, die Deutschen hätten diese Morde 1941 begangen. Jahrzehntelang zog das amerikanische Außenministerium bei dieser sowjetischen Lüge mit.
Winston Churchill sagte über Katyn: »The issue should be avoi-

ded« (»Das Thema sollte vermieden werden«).

Ein ehemaliger demokratischer Gouverneur von Pennsylvania, George H. Earle, kam zu der Zeit, als er als US-Präsident Franklin Delano Roosevelts Sonderbotschafter in der Türkei diente, in den Besitz von Dokumenten, mit denen die Schuld der Sowjets an diesem grauenvollen Massenmord bewiesen wurde.

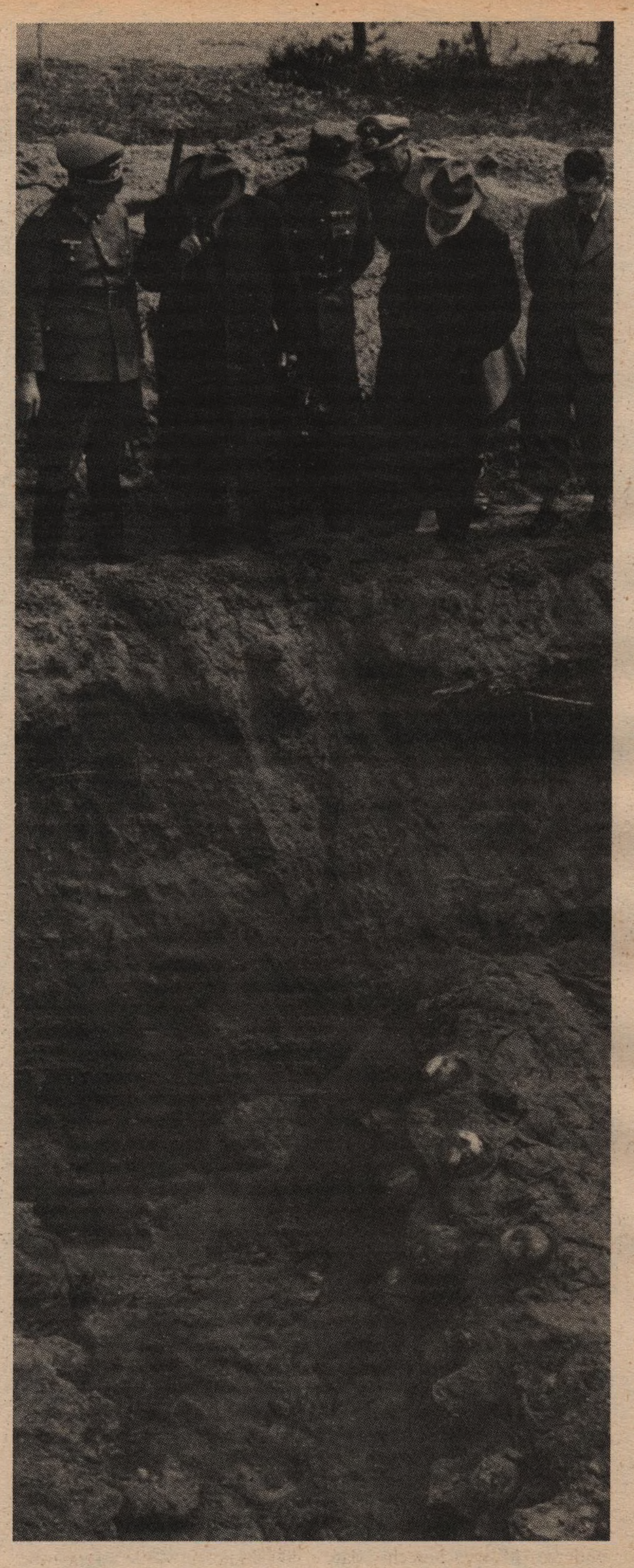
Earle setzte Roosevelt über das, was er gefunden hatte, in Kenntnis und wurde unverzüglich von seiner Dienststelle abberufen und auf einen Posten der US-Navy im fernen Samoa versetzt. Als er um Erlaubnis bat, die Dokumente zu veröffentlichen, lehnte Roosevelt dies ab, da dies »ein böser Verrat an einem Alliierten« wäre.

Earle blieb in Samoa bis Roosevelt starb. Danach wurde er nach Washington zurückberufen. Dort entschuldigte sich der Personalchef der Kriegsmarine für die Abberufung und versicherte ihm, daß die Entscheidung, ihn nach Samoa zu verbannen, nicht von der Kriegsmarine gekommen sei.

Einzelne Gesichtspunkte des Massakers

»Katyn: The Untold Story« von Allen Paul ist ein Buch des Establishments. Es gibt einige Aspekte des Massakers, die der Verfasser nicht untersuchen kann oder will. Er erzählt uns vor allem nichts über die ethnische Herkunft der mutmaßlichen Mörder. Paul erwähnt nur die Namen von zwei oder drei Tätern, obwohl viel umfangreichere Listen, die zwar immer noch unvollständig sind, zur Verfügung stehen. Leser, die nach Beweisen dafür suchen, daß dies ein Verbrechen des Rassenhasses gegen Nichtjuden war, werden sie hier nicht finden. Auch geht der Verfasser nicht auf die Beweggründe ein. Er sagt lediglich, diese geben ihm Rätsel auf.

Und um seinen Standort innerhalb des Establishments zu bewahren, macht er die üblichen Verbeugungen gegenüber dem sogenannten Holocaust. Zur Rechtfertigung der Art und Weise, wie Paul das Thema behandelt, muß gesagt werden, daß er den Schwerpunkt auf die Opfer, nicht auf die Mörder, legt.



Eine internationale Kommission besichtigt ein Massengrab bei Katyn.

Keine schrecklichen Fotos

Anders als in dem früheren Buch gleichen Titels (»Katyn«), das zur Zeit leider in den USA vergriffen ist, des revisionistischen Wissenschaftlers Fitz Gibbon, sind in diesem Buch keine Fotos, aber es hat einen Index. Für Leser mit empfindsamem Magen ist die Weglassung von schrecklichen Fotos ein Plus.

Seien Sie nicht überrascht, wenn Sie Pauls Buch kaum aus der Hand legen können, nachdem sie angefangen haben, es zu lesen. Es ist packend geschrieben und liest sich wie ein Roman. Paul zeichnet die persönlichen Erlebnisse der Czarneks, der Hoffmans und der Pawulskis – drei Familien, die ihre Lieben bei Katyn verloren und die sowjetische Besetzung erdulden mußten – nach. Er macht Geschichte in eindringlichen und ergreifenden Einzelheiten lebendig.

Für diejenigen, die zwischen den Zeilen lesen können, ist Roman Dmowskij, Vorsitzender der Nationaldemokratischen Partei, der für ein »Polen für das polnische Volk« eintrat, der unbesungene Held. Natürlich wird er nur in wenigen Zeilen erwähnt, aber das ist immerhin besser, als das, was man möglicherweise in einem Nachschlagwerk des Establishments findet, wo der Patriot in das Erinnerungsloch fällt.

Werke über Katyn sind derzeit besonders zeitgemäß, da die UdSSR erst vor kurzem ihre Schuld an dem Massenmord eingestanden hat. Die Frage bleibt jedoch offen: Werden diese des Völkermords Schuldigen, diese Kriegsverbrecher – diejenigen von ihnen, die noch leben – jemals zur Verantwortung gezogen? Wird sich das amerikanische Office of Special Investigations an einer weltweiten Fahndung beteiligen, um die Schuldigen zu fassen? Und wenn nicht, warum nicht? □

»Katyn: The Untold Story« von Allen Paul. Erhältlich bei Liberty Library, 300 Independence Ave. SE, Washington, D.C. 20003, USA. Preis: 26,95 Dollar.

Vertrauliches

China

Hardliner fürchten Boris Jelzin

Der Führer der Hardliner-Fraktion der Chinesischen Kommunisten, Chen Yun, soll vor der Möglichkeit gewarnt haben, daß einige der Schützlinge von Deng Xiaoping Konterrevolutionäre nach dem Muster des russischen Präsidenten Boris Jelzin werden könnten.

Der Reporter der »South China Morning Post«, Willy Wo Lap Lam, schrieb: »Der einflußreiche Partei-Älteste Chen Yun hat warnend darauf hingewiesen, daß die Chinesische Kommunistische Partei alles in ihrer Macht stehende tun muß, um das Hervortreten einer ›Jelzin-ähnlichen Figur‹ zu verhindern. Der konservative Patriarch hat auch indirekt den höchsten Führer Deng Xiaoping kritisiert, weil dieser Führungskräfte mit zweifelhafter Loyalität zum Marxismus fördert und die Landwirtschaft ›privatisiert‹. Wie aus chinesischen Quellen verlautet, sagte der konservative Patriarch bei einer Besprechung mit engen Parteifreunden nach dem fehlgeschlagenen Staatsstreich in Moskau, die Partei müsse aus dem Zusammenbruch des Kommunismus in der Sowjetunion und der Vorherrschaft bürgerlich-liberaler Politiker die ›richtigen Lehren‹ ziehen.«

»China muß das Auftauchen von Rädelsführern wie Jelzin verhindern«, sagte der 87jährige Chen. »Wir müssen unsere Lehre aus der Sowjetunion ziehen und politische Grundsätze und die ideologische Reinheit in den Vordergrund stellen, wenn wir Führungskräfte fördern.«

Von unserem Informanten war weiterhin zu erfahren, daß Chen, der Vorsitzende der Central Advisory Commission (CAC), Deng Xiaoping indirekt kritisiert habe, weil dieser viele »ideologisch schwache Führungskräfte, darunter die ehemaligen Generalsekretäre der Partei, Hu Yaibang und Zhao Ziyang, an die Spitze gebracht hat. Und was noch wichtiger ist, konservative Führer, die Cheng nahestehen, haben sein jüngstes Diktum dazu verwendet, die Autorität von Dengs jüngstem Kandidaten für ein hohes Amt, den Vizepräsidenten Zhu Rongji, im Westen am besten als ›Chinas Gorbatschow‹ bekannt, zu untergraben. □

Aids

Asien und Südafrika stehen vor einer neuen Virus-Explosion

Asien steht vor einer explosionsartigen Aids-Epidemie von gleichem Ausmaß wie Afrika, wurde auf einer Ärztekonferenz in Kuala Lumpur, Malaysia, berichtet. John Dwyer, Vorsitzender der Aids Society für Asien und den Pazifik, sagte: »Die Epidemie in Asien ist jung, breitet sich aber schnell aus«. Er meinte, obwohl die Zahl der voll ausgebrochenen Aids-Fälle im Vergleich zu weltweiten Ziffern gering sei, machen die bekannten Infektionsfälle in Asien bereits zehn Prozent oder 800 000 Fälle aus. Dwyer ist Professor für Medizin an der Universität von New South Wales in Australien.

Indessen werden in Südafrika monatlich 10 000 neue Aids-Fälle entdeckt, heißt es in einem Leitartikel der Johannesburger Zeitung »The Star«. In dem Leitartikel wird die Tatsache beklagt, daß das Land »auch nicht annähernd auf eine expandierende Krankheit dieses Ausmaßes vorbereitet ist ... Viele Schwarze glauben, Aids sei nur ein Komplott, um sie daran zu hindern, Kinder zu bekommen. Und weißen Führungspersönlichkeiten gelang es ebensowenig, Weiße, die Aids als überwiegend schwarze Seuche auffassen, von deren schlimmen wirtschaftlichen und sozialen Folgen für jedermann zu überzeugen.«

Der Leitartikler vermutet: »Es hat in Südafrika wahrscheinlich keine vorsätzliche Vertuschung von Statistiken gegeben – nicht wie in Zimbabwe, wo der neue Gesundheitsminister plötzlich enthüllte, daß mehr als einer von vier Arbeitern HIV-positiv sei. Aber unsere Zahlen dürften nicht weit davon entfernt liegen. HIV-Infektion muß zu einer Krankheit werden, die der Anzeigepflicht unterliegt!«

Die Behörden in Mexiko sind über die Aids-Vorkommen, vor allem unter weiblichen Personen, sehr beunruhigt. In der Gemeinde Nezahualcoyotl von Mexico City wird von über 400 000 Träger des Virus berichtet. Das Verhältnis der mit Aids infizierten Frauen zu Männern ist von einer Frau auf 25 zu einer Frau auf vier Männer angestiegen. Aus jüngsten Berichten geht hervor, daß die Mehrzahld er Virusträger in diesem Stadtviertel Hausfrauen sind. □

Hongkong

Peking bei Wahlen erfolglos

Bei den allerersten Volkswahlen in Hongkong errangen die Pro-Peking-Kandidaten keine Sitze. Die Wahl selbst war eine Farce, da nur 18 der 60 Sitze im Gesetzgebenden Rat gewählt wurden – die übrigen wurden durch die koloniale Regierung oder durch ausgewählte Gruppen aus der Geschäftswelt ernannt –. Als Folge davon nahmen nur 39 Prozent der Wahlberechtigten an der Wahl teil, aber sie wählten mit überwältigender Mehrheit gegen die Pro-Peking-Kandidaten, die von der P.R.C. stark unterstützt worden waren.
Martin Lee, Leiter der Vereinigten Demokraten, die den Feldzug gegen die für 1997 geplante Eingliederung Hongkons in China angeführt hatten und dessen Partei 16, der zur Wahl stehenden 18 Sitze errang, wurde von Reuters wie folgt zitiert: »Die Sonne wird am 30. Juni 1997 wegen der Art und Weise, wie die Briten uns verraten und verkauft haben, verschämt untergehen. Wir werden einem kommunistischen Unterdrückungsregime ausgeliefert..., ohne daß wir eine bedeutsame Demokratie im Lande haben.«
Chinas »People's Daily« nannte Lee einen Konterrevolutionär, eine der schwersten Anlagen im Vokabular der Kommunistischen Partei. Aber seine Popularität ist in Hongkong gestiegen. Über den Zusammenbruch des Kommunismus in Osteuropa und in der Sowjetunion befragt, sagte Lee: »Der Papst sagte kürzlich, der Kommunismus sei am Ende, und der ist bekanntlich unfehlbar.« □

Südafrika

Absprachen gelten als Todesurteile

Im September 1991 fand eine Geheimsitzung statt, die den Tod von tausenden von schwarzen und weißen Südafrikanern besiegelte. Präsident F. W. De Klerk, sechs Mitglieder seines Kabinetts und Spitzenführer des African National Congress/South African Communist Party (ANC/SACP) unterzeichneten mehrere Vereinbarungen, die im Februar 1992 in Kraft treten sollen.

Die Vereinbarungen werden zum Ausstoß aller Beamten, die gegen die Übernahme des Landes durch die Kommunisten waren, aus der Regierung führen. Andere Merkmale des Dokuments sind die Eingliederung militanter Terroristen in die südafrikanische Armee und Polizei. Der vereinbarte Zeitplan legt den Januar 1993 als den Zeitpunkt fest, an dem ANC/SACP die volle Kontrolle über die bewaffneten Streitkräfte und die Polizei übernehmen wird.
Die Architekten der Machtübernahme durch die Kommunisten sind das British Foreign Office und das amerikanische Außenministerium. Die Aufstellung des Zeitplans und die Planung selbst erfolgten innerhalb der Wände der US-Botschaft in Südafrika. Der CIA-Stationschef war für die koordinierenden Zusammentreffen zwischen dem amerikanischen Botschafter, seinem Stab, Mitgliedern der Britischen Botschaft und den höchstrangigen Mitgliedern des ANC/SACP verantwortlich. Wie aus einer Quelle in Washington verlautet, hat der CIA die Geheimdienst-Ausschüsse des US-Repräsentantenhauses und des Senats über jede Entwicklung der südafrikanischen Verhandlungen in Kenntnis gesetzt. □

Peru

Garcia soll angeklagt werden

Perus Unterhaus des Parlaments stimmte ab, den ehemaligen Staatspräsidenten Alan Garcia als Senator auf Lebenszeit in Frage zu stellen und klagte ihn an, sich während seiner Amtszeit als Präsident von 1985 bis 1989 ungesetzlich bereichert zu haben. Reuters berichtet, daß die Sache jetzt zum Senat gehen wird, der dann mit einfacher Mehrheit darüber entscheiden muß, ob Garcia unter Anklage gestellt werden soll; falls der Senat den Beschluß des Hauses aufrechterhält, wird Garcia seiner parlamentarischen Immunität entkleidet und vom Obersten Gericht unter Anklage gestellt.

Garcia zog sich 1985 den Zorn des Internationalen Währungsfonds (IWF) zu, als er erklärte, daß nicht mehr als zehn Prozent der Deviseneinkünfte Perus zur Schuldenbezahlung verwendet würden. »Sie wollen mein Fell, weil ich mich dem IWF entgegengestellt habe«, kommentierte er. Garcia, der, ohne einen Anwalt zu haben, gezwungen wurde, vor Untersuchungsbeamten auf Kongreßebene auszusagen, bleibt dabei, daß er sich keinerlei Vergehen schuldig gemacht habe, und daß die gegen ihn erhobenen Anklagen Lügen sind. □

Malaysia

»Wissenschaft ist gemeinsames Erbe«

»Der Grundsatz, daß Wissenschaft gemeinsames Erbe der Menschheit ist«, ist in den letzten Jahren ständig verwässert worden, sagte der malaysische Außenminister Datuk Abdullah Haji Ahmad Badawi in New York City auf der 15. Jahresversammlung der Außenminister der Gruppe der 77.

Der Minister stellte fest, daß übernationale Firmen im Norden den Strom der Technologie, die für Wirtschaftswachstum und Entwicklung in den Entwicklungsländern von entscheidender Bedeutung ist, in ihrer Gewalt haben.

»Wissen wird in immer stärkerem Maße privatisiert, und der Süden wird davon ausgeschlossen. ... Sie entscheiden, wo Produktionsbetriebe angesiedelt werden, und unter welchen Bedingungen sie Dienstleistungen erbringen und Technologie weitergeben. wobei sie sich ausschließlich von ihren weltweiten Firmeninteressen leiten lassen, die oft mit den Interessen der Entwicklungsländer in Konflikt stehen.«

Malaysia tritt voll und ganz dafür ein, daß das Wiener Aktionsprogramm für Wissenschaft und Technologie, das 1979 angenommen wurde, in die Tat umgesetzt werden muß, sagte der Minister. Er setzte hinzu, daß Malaysia die Schaffung eines UNO-Finanzwesens für Wissenschaft und Technologie, wie im Wiener Plan vorgesehen, begrüßen würde. □

Aids

Mexiko gibt neue Entdeckung bekannt

Mexikanische Beamte gaben bekannt, daß »Forscher eine preisgünstige Methode für die Entdeckung des Immunmangelsyndrom-(AIDS-)Virus durch menschlichen Speichel herausgefunden haben, die fast 100 Prozent wirksam sei«. Aus einer Erklärung des staatseigenen mexikanischen Instituts für Soziale Sicherheit geht hervor, daß Versuche mit dieser Methode an 1000 mit AIDS infizierten Personen in Mexiko, den Vereinigten Staaten und Malaysia durchgeführt wurden und diese sich zu 99,8 Prozent als richtig erwiesen hätten.

Die Speichelmethode der Entdeckung des AIDS-Virus ist schneller und billiger als herkömmliche Blutproben. Die Ergebnisse der Speichelprobe sind innerhalb von 30 Minuten verfügbar, heißt es weiter in der Erklärung. Außerdem sei die bei den Tests verwendete Chemikalie, die die Bezeichnung Immuno-Punto trägt, »völlig mexikanisch und ihre Entdeckung versetzt unser Land an die Spitze der Suche nach neuen Methoden zur AIDS-Diagnose«. □

Theologie

Befürwortung der Kampagne Öko '92

Der peruanische »Vater« der Theology of Liberation, Gustavo Gutiérrez, vertritt die Ökologie-Bewegung als Teil seines Beitrags zu einer »Theologie der Befreiung der Natur«.

Auf einer Konferenz über »Die Theologie der Natur«, die vom Goethe-Institut in Lima gefördert wurde, stellte Gutiérrez – ein Freund des pornographischen Schriftstellers Mario Vargas Llosa und des Verfechters des freien Unternehmertums Hernando de Soto – den deutschen Theologen Jürgen Moltmann vor. Moltmann, ein Mitglied der Christlich-Reformierten Kirche sowie des »Christlich-marxistischen Dialog«, rief zu einer Revision der Auffassung von der Dreieinigkeit auf und charakterisierte den Earth Summit in Brasilien im Juni 1992 (»Öko '92«) als wichtigste Entwicklung für die Menschheit seit der Erklärung der Menschenrechte vor 200 Jahren. Wie berichtet, ist der deutsche Theologe als Sprecher für die Konferenz in Rio vorgesehen.

Während einer Pressekonferenz sagte Moltmann, er glaube, die Vereinten Nationen sollten militärisch gegen Länder – wie Brasilien – einschreiten, die die Ökologie »mißhandeln«, und er setzte hinzu, daß das Zeitalter der staatlichen Souveränität zuende sei. Er dementierte später, dies gesagt zu haben. □

China

Weitere Hinrichtungen politischer Gegner

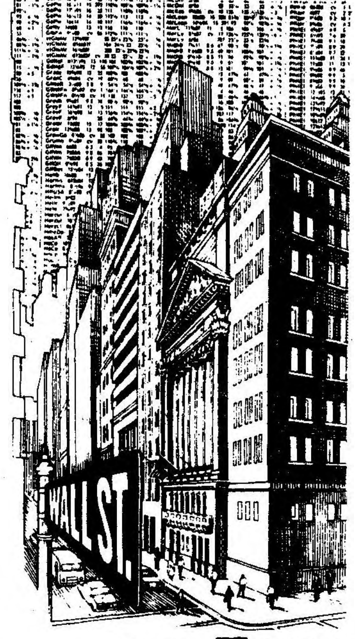
Offizielle Hinrichtungen in der Volksrepublik China in den letzten Wochen erreichten die Zahl von mindestens 46, wobei verschiedene Vorwände die Ausschaltung politischer Gegner des Regimes vertuschen sollen.

Die Nachrichtenagentur Reuters zitierte provinzielle Presseberichte in China über die »Hinrichtungs-Massenversammlungen« im Stil der römischen Arenen und Hinrichtungen: »Ein Gericht in Kunming, in der südwestlichen Provinz Yunnan, verurteilte am 26. September 1991 23 Personen zum Tode wegen solcher Verbrechen wie Mord, Raub, Vergewaltigung und Sabotage an elektrischen Kraftwerken. Die Männer wurden sofort hingerichtet.«

»Der stellvertretende Sekretär der Kommunistischen Partei in Kunming, Sun Jin, hielt im Stadium, wo ein öffentlicher Prozeß stattfand, eine Ansprache, in der er zu einer Verbesserung der öffentlichen Ordnung vor einem örtlichen Kunst-Festival im kommenden Jahr aufrief.«

»In Haikou, in der südlichen Inselprovinz Hainan, verhängte ein Gericht in einem öffentlichen Prozeß am 25. September 1991, an dem 20000 Menschen teilnahmen, die Todesstrafe gegen 16 Personen wegen Mord und Raub. Die Männer wurden zur sofortigen Hinrichtung abgeführt.«

»Sieben Personen wurden am 27. September 1991 in der nördlichen Provinz Hebei wegen Räuberei und Unterschlagung hingerichtet. Das Urteil wird gewöhnlich mit einer einzigen Kugel ins Genick vollstreckt.« □



Briefe

Betr.: Deutschland »Unterdrückung und Entmündigung der Bürger«, Nr. 11/91.

Der Behauptung des Verfassers, die »Nationalversammlung des Deutschen Ostens« arbeite im Rahmen des Grundgesetzes (womit Verfasser Emil Schlee offensichtlich das Bonner Grundgesetz meint), ist mit Nachdruck zu widersprechen.

Dieses Grundgesetz ist nämlich, was der Verfasser wider besseres Wissen leider unerwähnt läßt und was Millionen von um- und falscherzogenen Deutschen unbekannt ist, auf ausdrücklichen Wunsch der Kriegssiegermächte, hauptsächlich dem der USA; und dem ihrer deutschen Kollaborateure unter vorsätzlichem Bruch zwingenden Kriegsvölkerrechtes einerseits und deutschen Reichsverfassungs- und Reichsstrafrechtes andererseits geboren und dadurch die Bundesrepublik Deutschland – unter gleichzeitiger Änderung (!) der strafrechtlichen Bestimmungen für Hoch- und Landesverrat – geschaffen worden.

Bei der BRD handelt es sich – entgegen anderslautenden Behauptungen – um ein erwiesenermaßen von Anfang an fremdbestimmtes, nicht läuterungsfähiges Kriegssieger-Gebilde.

Die Aufrechterhaltung dieses Zustandes, den laut ihren Partei- und Wahlprogrammen auch sogenannte nationale BRD- wie RÖ-Parteien wünschen (um an Bundestags-/Nationalrats- sowie Landtagswahlen überhaupt teilnehmen zu »dürfen« und nicht von vornherein für »verfassungswidrig«, in der BRD richtig: grundgesetzwidrig, erklärt zu werden), einerseits und das Verlangen nach endlicher Wiederherstellung der völkerrechtswidrig geraubten Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches andererseits schließen sich gegenseitig aus wie Feuer und Wasser.

Daher war, ist und bleibt gemäß seiner Notverfassung das Grundgesetz des 1981 gegründeten Bundesstaates im Vertriebenenstand (Exilstaates), »Vereinigte Länder des Deutschen Ostens im Deutschen Reich« (VLDO) ausschließlich die Verfassung des Deutschen Reiches von 1919 (WRV). Sie allein ist in rechtsstaatlicher Weise geschaffen und zu keiner Zeit aufgehoben worden (wozu auch keine Veranlassung bestand). Allein auf ihrer Grundlage ist die Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches durch Volkswahl des Reichspräsidenten und des Reichstages – nach rechtswidrig erzwungener und jahrzehntelang aufrechterhaltener gesamtstaatlicher Unfreiheit – endlich wiederherzustellen. Etwaige Änderungen und Ergänzungen der fortgeltenden (bislang nur nicht angewandten) Reichsverfassung durch einen gewählten Reichstag können dann durch diese Volksvertretung erwogen und beschlossen werden.

Nach der Reichsverfassung von 1919 in Verbindung mit der VLDO-Notverfassung von 1981 sowie nach dem Völkerrecht und entsprechend der geschichtlichen Wahrheit unseres Jahrhunderts handelt nicht nur die VLDO-Exilregierung, sondern selbstverständlich auch die VLDO-Volksvertretung, nämlich die durch Emil Schlee genannte Nationalversammlung des Deutschen Ostens (deren wiedergewählter, vereidigter Präsident der Einsender dieser Leserzuschrift ist).

Konrad Hoffmann, Augsburg

In der Tat ist es hierzulande wenig bekannt, daß die Artikel 53 und 107, die sogenannten Feindstaatenklauseln der UNO-Charta, nach wie vor ihre volle Gültigkeit besitzen. Es erscheint geradezu paradox, daß wir die Freunde und Verbündeten der westlichen Allianz und zugleich auch deren Feinde sein sollen.

Wenn man aber bedenkt, daß das Deutsche Reich am 8. Mai 1945 nicht untergegangen ist, sondern sowohl nach dem Verständnis der Alliierten als auch aufgrund der Feststellungen des Bundesverfassungsgerichtes (zum Beispiel das Urteil vom 31. Juli 1973) weiterbesteht und daß die Nachkriegs-Teilstaaten BRD, DDR und BRÖ Schöpfungen der Alliierten sind beziehungsweise waren, eröffnet sich die Möglichkeit, den Freund-Feind-Widerspruch zu entwirren.

Die Handlungsweise der alliierten »Kriegssiegermächte« läßt eigentlich wenig Spielraum für logische Schlußfolgerungen zu. Man kann auf das wiedervereinigte Kleindeutschland bezogen unschwer erkennen, daß die Alliierten einerseits mit der von ihnen selbst geschaffenen und ferngesteuerten BRD nicht gerade echt befreundet, aber um so enger verbündet sind und andererseits sich gegenüber dem Deutschen Reich und dem Deutschen Staatsvolk als Feind verstehen und auch immer deutlicher werdend so verhalten.

Wie läßt sich überhaupt die Existenz mehrerer Staatsgebilde auf einem und demselben Territorium völkerrechtlich begründen? Es kann doch nur ein Staat rechtens sein und die anderen illegal.

Warum aber der absolut ernst zu nehmende Kriegszustand seit über 46 Jahren und kein Friedensvertrag in Sicht? Gibt es einen Umstand, der die Alliierten daran hindert, mit uns Frieden zu schließen? Seltsamerweise haben die Alliierten im Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 unter Ziff. A.3.(ii) beschlossen, »... das deutsche Volk muß überzeugt werden, daß es eine totale militärische Niederlage erlitten hat.« Wieso mußte das deutsche Volk von der totalen Niederlage überzeugt werden, wenn dies doch so offenkundig war? Ebenso unverständlich ist die Tatsache, daß 13 europäische Staaten zwischen 1947 und 1949 untereinander 13 Bündnis- und Beistandsverträge gegen eine erneute Aggression von deutscher Seite geschlossen haben. Diese Verträge wurden in der Folgezeit erweitert und führten im Westen über den Brüsseler Fünf-Mächte-Vertrag zur NATO und im Osten zum Warschauer Pakt. Propagandistisch wurde zwar die Notwendigkeit der Militärblöcke mit der Ost-West-Feindschaft begründet, inhaltlich aber bezogen sich die Folgeverträge jeweils auf die Vorverträge, allerdings ohne Deutschland ausdrücklich als möglichen Aggressor zu erwähnen.

Die USA und die UdSSR waren nie echte Feinde, sie waren ohne Zweifel über 1945 hinaus gegen Deutschland verbündet. 1984 standen wir nicht zum erstenmal am Rande eines begrenzten Atomkrieges auf deutschem Boden zum Zwecke der deutsch-deutschen Selbstvernichtung, der im letzten Moment aus allgemein nicht bekannten Gründen verhindert werden konnte. Henry Kissinger sagte bereits 1979 in Brüssel: »Ihr Europäer müßt schon verstehen, daß, wenn es in Europa zu einem Konflikt kommt, wir Amerikaner natürlich keineswegs beabsichtigen, mit euch zu sterben.« 1982 wurde die Errichtung von atomaren MX-Raketen-Stationen unter der makabren Bezeichnung »Operation Brudermord« angekündigt und im gleichen Jahr hat das Pentagon die Errichtung eines Ausweich-Hauptquartiers in England für seine 360 000 in Europa stationierten Soldaten angekündigt.

Wie sieht es aber jetzt nach der Ost-West-Entspannung aus? Das nicht der NATO unterstellte strategische Bomberkommando des US-Grönlandstützpunktes »Thule« hat nach wie vor ständig einsatzbereite B-47 bzw. B-52 Atombomber in der Luft. Die Sowjetunion rüstet trotz gegenteiliger Behauptungen gezielt auf, wobei die Tiefseemarine eine besondere Priorität hat. Das gescheiterte, aber nicht aufgegebene SDI-Programm wird unter anderem Namen weitergeführt.

Wie soll man die im Stillen ablaufende Rüstung in der Entspannungsära verstehen? Der Feind ist angeblich weg, die Bedrohung bleibt, sie muß nur neu definiert werden.

Könnte es sein, daß sich Ost und West gemeinsam von den real existierenden, aber nach wie vor rätselhaften UFO's bedroht fühlen, vor deren Invasion US-Admiral R. Byrd schon 1947 gewarnt hat? Nachdenklich stimmt auch die Erklärung des einstigen UNO-Generalsekretärs Sithu U Thant in der Petition an die Nationen vom 29. Juli 1968: »UFO's sind das wichtigste Problem, dem die Vereinten Nationen gegenüberstehen ...« Beachtenswert ist auch die Meldung der Berliner taz vom 17. Februar 1987 über das Genfer Gipfeltreffen von 1985, in der mitgeteilt wird: »Auf dem Treffen in Genf äußerte der Präsident der USA (Reagan) den Gedanken darüber, daß sich die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion – falls der Erde eine Invasion von Außerirdischen drohen würde – vereinigen werden, um diesen Überfall zurückzuschlagen.« Nach einem Bericht der Weekly World News, USA vom 14. April 1987 soll ein diesbezüglicher Geheimpakt kurz nach dem spektakulären UFO-Ereignis vom 17. November 1985 über Alaska geschlossen worden sein.

Was Deutschland gegenwärtig bedroht, ist nicht militärischer Art, sondern der Volkstod durch Abtreibungsfreigabe und Ausländerüberflutung. Man kann sich des Eindruckes nicht erwehren, daß dies die Verwirklichung eines modifizierten Kaufmann-Morgenthau-Planes ist.

Hans-Werner Nolte, Bochum

Betr.: Waffen »Jules Vernes Superkanone«, Nr. 11/91.

Von Kaliber und Reichweite her gesehen mag die Bull'sche Superkanone diesen Namen verdienen; von der Technologie her rangiert sie jedoch weit hinter dem heute fast vergessenen »England-Geschütz«, der V3-Waffe Hitlers. Mit ihr sollte vom besetzten Frankreich aus London unter Feuer genommen werden.

Mit einem Personaleinsatz von mehr als 5000 Mann und riesigen Mengen an Beton und Stahl errichtete die Organisation Todt (OT) 1943 bei Mimoycques im Pas de Calais eine gigantische, völlig verbunkerte Artillerieanlage. Der Bau lief bei der OT unter der Projekt-Nr. 61 und den Decknamen »Hochdruckpumpe« und »Fleißiges Lieschen«. Vorgesehen waren zehn Batterien mit jeweils fünf Geschützrohren, mit einem Neigungswinkel von ca. 45 Grad fest im Kalkgestein installiert und direkt auf das Zentrum von London ausgerichtet.

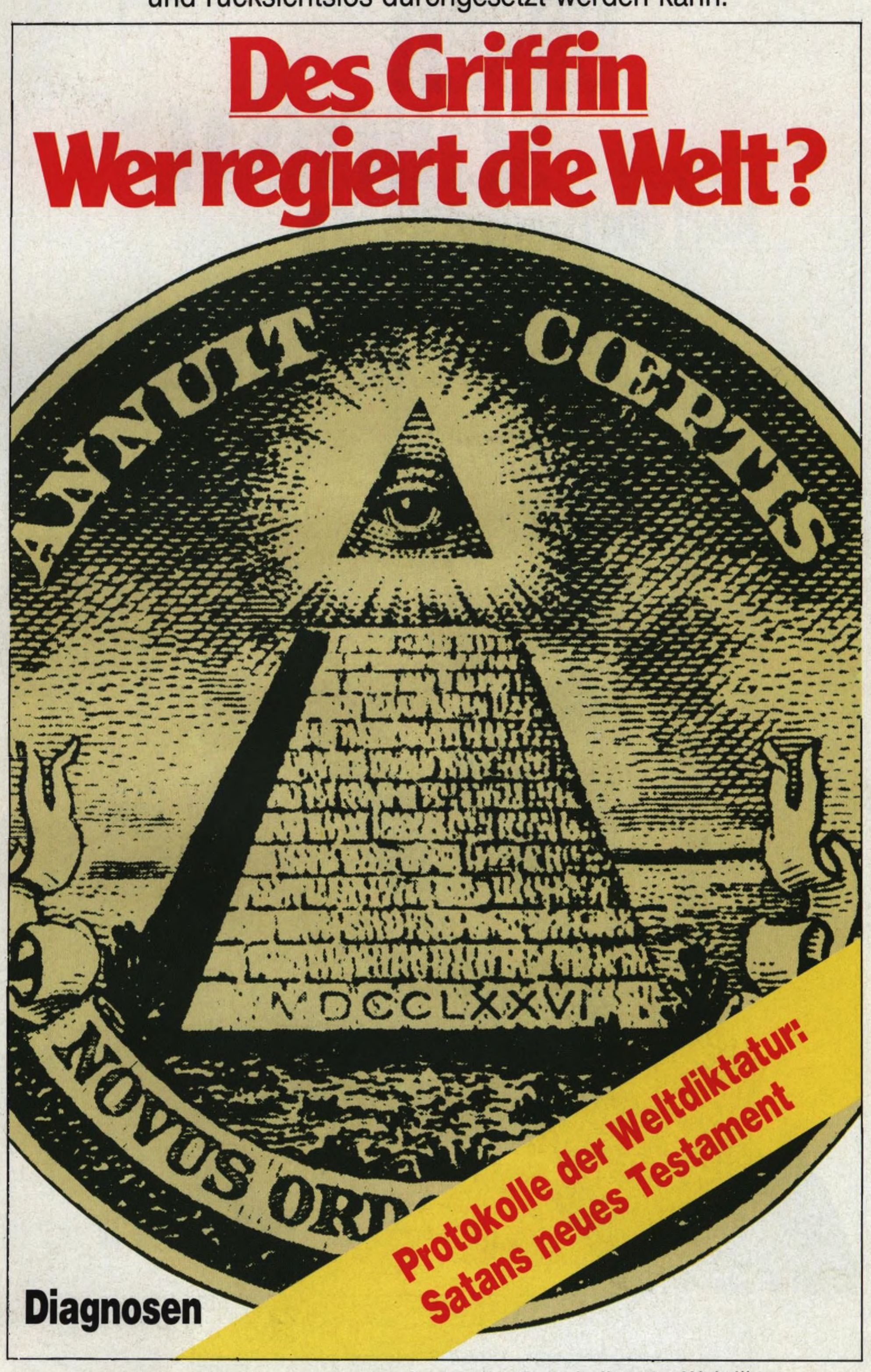
Die Rohre hatten eine Länge von 124 m und sollten flügelstabilisierte 15 cm-Granaten auf das etwa 160 km entfernte London verschießen bei einem Salventakt von 600 Schuß/Std. Dies erforderte eine Mündungsgeschwindigkeit von mehr als 1500 m/sec. Erzielt wurde dies durch einen Trick, der noch heute das neudeutsche Prädikat »Hi-Tec« verdiente: die Geschützrohre erhielten in schrägseitlicher Anordnung zusätzliche Treibladungskammern, die nach Passieren des Projektils elektrisch gezündet wurden und durch den neuen Schub die Granate auf Endgeschwindigkeit brachten.

Durch Luftaufklärung erhielten die Alliierten Wind von der Stellung und bombardierten sie am 6. Juli 1944 mit den neuen 5t-Tallboy-Riesenbomben; mit mäßigem Erfolg: der einzige Volltreffer füllte nur eine Rohrkaverne mit Schutt und Geröll. Ende August wurde die Anlage – fast fertiggestellt – von den Invasionstruppen überrannt.

Die anschließende Inspektion der Anlage ließ die Alliierten, insbesondere die englischen Experten erbleichen; Fazit: die Stellung konnte in kurzer Zeit komplettiert und feuerbereit gemacht werden! Churchill sah durch sie England noch immer als bedroht an und verfügte – ohne Zustimmung von de Gaulle – die Sprengung der Anlage. Der Erfolg war bescheiden: mit 35 t Sprengstoff, gezündet durch englische Royal Engineers am 9. und 14. Mai 1945, gelang es nur, die in 30 m Tiefe verlaufenden Straßen- und Eisenbahnzugänge zu verschütten.

Im Prinzip hatten freilich Hitlers Hochdruckpumpe und Saddams Superkanone das gleiche Schicksal: kein einziger scharfer Schuß wurde jemals aus ihnen abgefeuert.

Dr. Kurt Dannhäuser, Ettlingen


Des Griffin
Wer regiert die Welt?
ANNUIT COEPTIS
MDCCLXXVI
NOVUS ORD
Protokolle der Weltdiktatur:
Satans neues Testament
Diagnosen